

GÜNTER KORELL

JÜRGEN WULLENWEVER

Sein sozial-politisches Wirken in Lübeck
und der Kampf
mit den erstarkenden Mächten Nordeuropas

Abhandlungen
zur Handels- und Sozialgeschichte

Band
19



HERMANN BÖHLAUS NACHFOLGER WEIMAR

V. 531

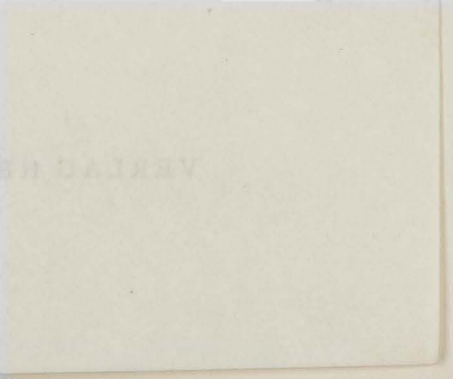
VERHANDLUNGEN ZUR HANDELS-
UND SOZIALGESCHICHTE



Die Verhandlungen von der
Handelsgeschichte
der Handels-Gesellschaft
der Deutschen Handelskammer Weimar

Band 18

1918
VERLAG HERMANN BOHLAUS NACHFOLGER
WEIMAR



ABHANDLUNGEN ZUR HANDELS-
UND SOZIALGESCHICHTE

Herausgegeben von der
Hansischen Arbeitsgemeinschaft
der Historiker-Gesellschaft
der Deutschen Demokratischen Republik

Band 19

1980
VERLAG HERMANN BÖHLAUS NACHFOLGER
WEIMAR

JÜRGEN WULLENWEVER

*Sein sozial-politisches Wirken in Lübeck
und der Kampf
mit den erstarkenden Mächten Nordeuropas*

V o n

GÜNTER KORELL

1980

VERLAG HERMANN BÖHLAUS NACHFOLGER
WEIMAR

Rat der Stadt Wismar

(Bezirk Rostock)

— Stadtarchiv —

Aufnahme Ratsarchiv

113/80

Copyright 1980 by Hermann Böhlhaus Nachfolger, Weimar

LSV 0265

272-140/198/80

Printed in the German Democratic Republic

Gesamtherstellung: VEB Druckhaus Köthen

L.-Nr. 2499

Best.-Nr. 795 608 5

DDR 15,- M

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	7
I. Die Stellung Jürgen Wullenwevers in der bürgerlichen Historiographie	9
II. Die Sozialstruktur Lübecks im 15. und zu Beginn des 16. Jahrhunderts	27
III. Die Bedeutung der Lübecker Bürgerausschüsse für den Kampf um die Beteiligung an der Stadtherrschaft und die Einführung der Reformation sowie das Wirken Jürgen Wullenwevers	39
IV. Wullenwevers Stellung in den Auseinandersetzungen in Lübeck und den wendischen Hansestädten	58
V. Wullenwevers außenpolitische Zielstellung und die von ihm durchgeführten Maßnahmen unter besonderer Berücksichtigung der Ereignisse in Dänemark	82
VI. Wullenwevers Wirksamkeit – Zusammenfassung und Wertung	117
Anhang	
Anlage I: Der Lübecker 64er Ausschuß	126
Anlage II: Der Lübecker 100er Ausschuß	127
Quellen- und Literaturverzeichnis	130
1. Quellen	130
2. Literatur	131

VORWORT

Die Zeit der Reformation und des Bauernkrieges – die frühbürgerliche Revolution – nimmt in der Geschichte des deutschen Volkes einen hervorragenden Platz ein, kam es doch zum „ersten großen revolutionären Ansturm gegen die Feudalordnung in Deutschland, kämpften die Volksmassen um eine Lösung der herangereiften Widersprüche“.¹

Da während des Bauernkrieges besonders die plebejischen Schichten einiger Städte den Kampf der Bauern unterstützten, das mittlere Bürgertum und die plebejische Opposition auch in den Städten, die nicht unmittelbar im Wirkungsbereich des Bauernkrieges lagen, gegen die patrizische Herrschaft und die katholische Kirche auftraten, kann man auch vom ersten Versuch des Bürgertums sprechen, die bestehenden feudalen Verhältnisse zu ändern.

Obwohl mit der grausamen Unterdrückung der Bauernaufstände die Machtfrage eindeutig zugunsten der Territorialfürsten entschieden worden war, kam es auch im Anschluß an die frühbürgerliche Revolution noch zu einer bürgerlich-plebejischen Oppositionsbewegung, besonders in den nord- und nordwestdeutschen Städten. Diese Bewegung setzte letztlich die Reformation in diesem Gebiet durch.

Während dem Komplex der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland von den Historikern größte Aufmerksamkeit geschenkt wurde,² ist die Zeit danach hinsichtlich der Untersuchung der innerstädtischen Auseinandersetzungen weitgehend unberücksichtigt geblieben.³ Zwar fehlen dieser Phase die dramatischen Höhepunkte – abgesehen von der Errichtung und der Zerschlagung des Täuferreiches in Münster 1535 –, aber dennoch sind die Reaktionen der bürgerlich-plebejischen Schichten in den Städten nach dem Sieg der Feudalgewalten für den marxistischen Historiker von Interesse.

Legten die bürgerlichen Historiker in ihren Darstellungen zur Geschichte der Hanse den Schwerpunkt auf das Entstehen und die Blütezeit, so haben sich die marxistischen Hansehistoriker in der DDR in letzter Zeit bei der Klärung von Fragen des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus besonders den Problemen der hansischen Spätzeit zugewandt. Dabei kamen sie zu dem Ergebnis, daß der Niedergang und der Zerfall der Hanse sowohl durch innere als auch durch äußere Faktoren verursacht worden war. Die Erkenntnis, daß im letzten Viertel des 15. Jahrhunderts von Niedergangserscheinungen

¹ Klassenkampf, Tradition, Sozialismus. Von den Anfängen des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Grundriß, hrsg. vom Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1974, S. 146.

² Siehe u. a.: Laube, A., Steinmetz, M., Vogler, G., Illustrierte Geschichte der deutschen frühbürgerlichen Revolution, Berlin 1974.

³ Ausnahmen bilden die Untersuchungen von G. Brendler über Münster und die Arbeit von J. Schildhauer über Wismar, Rostock und Stralsund.

des Städtebundes gesprochen werden muß, wird heute ebenso allgemein anerkannt wie die historische Tatsache, daß der endgültige Zusammenbruch des hansischen Wirtschaftssystems seit dem ersten Viertel des 16. Jahrhunderts erfolgte.

In dem Jahrzehnt nach der frühbürgerlichen Revolution und des sich beschleunigenden Zerfallsprozesses der Hanse nimmt der Lübecker Bürgermeister Jürgen Wullenwever eine umstrittene Stellung ein. Da die bürgerlichen Historiker in der Vergangenheit ihre Aufmerksamkeit wenig auf die wirtschaftlich-sozialen Auseinandersetzungen und auf eine Einschätzung der unteren und mittleren Schichten der Stadtbevölkerung gerichtet haben, wird Jürgen Wullenwever in allgemeinen Darstellungen zumeist nur im Zusammenhang mit den kirchlichen Neuerungen und den politischen und ökonomischen Veränderungen im Norden Europas gesehen.

Es ist daher mein Anliegen, gestützt auf die Forschungsergebnisse über diese Epoche, das Wollen und Wirken Jürgen Wullenwevers auf der Grundlage einer Analyse der religiösen, politischen und wirtschaftlich-sozialen Auseinandersetzungen in Lübeck und im nordeuropäischen Raum einzuschätzen.

Die Arbeit setzt sich zuerst mit den bisherigen Einschätzungen Jürgen Wullenwevers in der bürgerlichen Historiographie auseinander, dabei vor allem den Zeitraum vom Ende des 18. Jahrhunderts bis in die Gegenwart betrachtend.

Ausgehend von der Sozialstruktur Lübecks, galt es dann, die Kräfte zu analysieren, auf die sich Jürgen Wullenwever in seinem Kampf gegen die patrizische Stadtherrschaft stützen konnte. Weiterhin wird die Frage beantwortet, welche Auswirkungen die innen- und außenpolitischen Maßnahmen auf die wendischen Hansestädte, die dänischen Städte, den Hansebund und auf die gesamte nordeuropäische Geschichte hatten.

Mit der weitgehenden Lösung dieser Probleme soll die Arbeit einen Beitrag dazu leisten, der umstrittenen Persönlichkeit Jürgen Wullenwevers den gebührenden Platz in der Geschichte zuzuweisen.

Neben der umfangreichen Literatur zur Geschichte der Hansestadt Lübeck zu Beginn des 16. Jahrhunderts wurden besonders die gedruckten Quellen Lübecker Chronisten, dänische Quellenpublikationen, die Quellensammlung von G. Waitz und die Hanserezesse, besonders die der Jahre 1535–1537, hrsg. von Kl. Friedland,⁴ ausgewertet. Darüber hinaus wurden mir in dankenswerter Weise vom Zentralarchiv Potsdam die ungedruckten Quellen *Externa Danica VI* (1525–1532) und *Externa Danica VII* (1532–1554) zur Verfügung gestellt. Bei der Durchsicht dieser Quellen zeigte es sich jedoch, daß die für diese Arbeit wichtigen Schriftstücke schon in den Hanserezessen gedruckt vorlagen.

Mein ganz besonderer Dank gilt Herrn Prof. Dr. sc. phil. Johannes Schildhauer, auf dessen Anregung ich die vorliegende Problematik als Thema wählte. Seine fachwissenschaftlichen und methodologischen Hinweise unterstützten meine Arbeit wesentlich. Auch den Angehörigen der Forschungsgruppe Feudalismus/Kapitalismus der Sektion Geschichtswissenschaft der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald möchte ich meinen Dank sagen, da ihre wichtigen Hinweise zur Gestaltung des Themas beitrugen. Weiterhin danke ich der Hansischen Arbeitsgemeinschaft der Historiker-Gesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik sowie dem Verlag Hermann Böhlau Nachfolger, Weimar, für die Aufnahme der Arbeit in die Reihe „Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte“.

⁴ Hanserezesse von 1531–1560, IV. Abteilung, 2. Bd., 1535 Juli – 1537, bearbeitet von Klaus Friedland und Gottfried Wentz, Köln-Wien 1970.

I. Die Stellung Jürgen Wullenwevers in der bürgerlichen Historiographie

Der Kampf Lübecks im ersten Drittel des 16. Jahrhunderts um die Erhaltung der hansischen Vorrangstellung im Norden Europas, die innerstädtischen Auseinandersetzungen um die Vorherrschaft in Lübeck und die Einführung der Reformation waren unlösbar mit dem Lübecker Bürgermeister Jürgen Wullenwever verbunden. Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts versuchten die bürgerlichen Historiker diese umstrittene Persönlichkeit der hansischen Geschichte zu werten, und es ist sehr aufschlußreich, wie sich die Beurteilungen in der bürgerlichen Historiographie bis in die Gegenwart hinein wandelten. Kein geringerer als der Historiker Georg Waitz wandte sich vor über 100 Jahren in einer umfassenden Einzeluntersuchung dieser historischen Gestalt aus der Zeit des Niedergangs der Hanse zu, und noch heute ist Waitz' Darstellung des äußeren Geschehens dieser Periode unübertroffen.¹

Während bei Historikern Ende des 18. Jahrhunderts das Bestreben vorhanden war, die Handlungen Wullenwevers real einzuschätzen, ist in den vormärzlichen Tagen bei den liberalen Historikern eine Glorifizierung der Taten Wullenwevers zu verspüren. Klang bei Leopold von Ranke und Georg Waitz eine zurückhaltende Bewertung an, so fiel die Beurteilung Wullenwevers bei den deutschen bürgerlichen Historikern sowie den meisten Hansehistorikern der BRD negativ aus, da von ihnen jegliche politischen und sozialen Umwälzungen in Lübeck abgelehnt wurden, die sich gegen das herrschende Stadtreime richteten. Dabei ist nicht zu übersehen, daß sich bei einigen Hansehistorikern der BRD Tendenzen einer objektiven Einschätzung Jürgen Wullenwevers abzeichnen.

Als Ausgangspunkt für eine marxistisch-leninistische Wertung und für die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Historiographie sollen die Urteile einiger Lübecker Chronisten und Zeitgenossen Wullenwevers stehen.

Der Lübecker Chronist Hermann Bonnus, ab 1531 Superintendent in Lübeck, der in einem Schreiben vom 4. Mai 1534 an den Lübecker Rat unmißverständlich zum Ausdruck brachte, daß er die Veränderung der bestehenden Obrigkeit ablehnte,² wofür er von Wullenwever mit einem strengen Verweis des Predigens entbunden wurde, schrieb über Jürgen Wullenwever: *ydt ys Jürgen Wullenwever von natur nicht ein ungeschicket man gewesen, so be ydt tom besten hadde bruken kont. Wente ydt synt de vörnemesten unde grothesten gebreke an em gewesen, dat be gantz unbestendich was yn synem vörnemende unnde ydermanne synes anhanges lichtblikken gelövede, dartho ok nemande des Rades vorgudt heldt, unde wolde alles na synem koppe utrichten.*³

¹ Waitz, G., Lübeck unter Jürgen Wullenwever und die europäische Politik, 3 Bde, Berlin 1855/56.

² Nach Willebrandt, J. P., Hansische Chronik aus beglaubten Nachrichten zusammengetragen, Lübeck 1748, S. 157.

³ Bonnus, H., Chronika der vörnemlikesten geschichte unde handel der Keyserlichen Stadt Lübeck up dat körteste vörvatet und mit vlite vertekent, gedrucket tho Magdeborch 1559, S. LII.

Obwohl Hans Regkmann in seiner Chronik in starkem Maße auf die Aufzeichnungen von Bonnus zurückgriff,⁴ bereicherten seine persönlichen Erinnerungen an die Zeit der Reformationskämpfe in Lübeck das Wissen der Hansehistoriker. *Er fieng wol ein sach bart an/vnd liesse sie hastiglich fallen/dazu auch keinen des Raths vor gut hilt/vnd wolt alles nach seinem Kopf ausrichten/vnd hat dem Marco Meyer mehr gehorcht und gefolget/dann was der gantze Rath vor gut ansabe. Derhalben hat er letztlich müssen groblich anlaufen.*⁵ Mit diesen Worten schätzte Regkmann das Auftreten und die Handlungen Wullenwevers ein. Beim Studium dieser Quelle kann man sich insgesamt des Eindrucks nicht erwehren, daß der Verfasser gewisse Sympathien für die Taten Wullenwevers empfunden hat. Wie anders ist es sonst zu verstehen, daß Regkmann nach der ausführlichen Mitteilung vom Vollzug der Todesstrafe an Wullenwever am Rande bemerkt: *Das hat er mit verdient.*⁶

Hart klang dagegen das Urteil des 1629 verstorbenen Lübecker Chronisten Hans Rehbein,⁷ der den Tod Jürgen Wullenwevers und Marcus Meyers triumphierend mit den Worten einschätzte: *wie man zu sagen pflegt, solch Werk solch Leben, und wer das Schwert nimmt soll durchs Schwert gestrafet werden.*⁸ Mit Genugtuung konstatierte der Stralsunder Chronist Bartholomäus Sastrow beim Tode Wullenwevers: *So ist auch daraus, das Jorgen Wollenweber zu Wolffenbuttel die von Lubeck durch iren Secretarium haben anlagen und inuierteilen lassen, zu ersehen, mit was grossen Frewden unnd Verlangen sie gewuscht, daß ir auffrurrischer Burgermeister letztlich also gestrafft worden ist.*⁹ Gottschalk Kirchring und Gottschalk Müller, die bei der Aufzeichnung ihrer Chronik auf Überlieferungen von Lübecker Chronisten zurückgriffen, berichteten bei der Wahl Wullenwevers zum Bürgermeister, daß *dieser Mann als ein gewesenes Haupt des gantzen Auftrubs/wie er zu Rathe gekommen/hat böse unruhige Händel angefangen! . . . und besagte gute Stadt in stäter Unruhe gehalten.*¹⁰ In der 1748 von Johann Willebrandt veröffentlichten Chronik wurde Wullenwever als ein Mann hingestellt, *dem es zwar nicht an natürlichem Verstande und an Wohlredenheit fehlte, daß er ungeachtet seines Eigensinnes von denen, die seinen Ehrgeiz zu schmeicheln wusten, sich leicht überreden lies.*¹¹

Interessant sind in diesem Zusammenhang die Äußerungen von Zeitgenossen, die persönlich mit Handlungen Wullenwevers konfrontiert wurden. Die Haltung des Patriziats

⁴ Siehe bei Schäfer, D., Die Lübeckische Chronik des Hans Reckemann. HG Bll 1876, S. 59–93.

⁵ Regkmann, H., Lübeckische Chronik/Das ist/Alle vornembste Geschicht und Handel/so sich in der Kayserlichen Reichs-Stadt Lubeck/von zeit ihrer ersten erbawung zugetragen: Wer jederzeit Burgermeister/und Bischoffe gewesen etc. Auf das kurzest/aus gewissen Authoren und Alten Chronicken/in drey Büchern zusammen getragen Durch Hans Regkmann. Ehrngedachter Stadt und E. E. Rath daselbsten . . . an tag gegeben/e Mss. Johann Friedrichs Fausten von Aschaffenburg, 1619, Sp. 170.

⁶ Ebenda, Sp. 215.

⁷ So bei Jannasch, W., Reformationgeschichte Lübecks vom Petersablaß bis zum Augsburger Reichstag 1515–1530. Veröff. z. Gesch. der Hansestadt Lübeck, hrsg. vom Archiv der Hansestadt, Bd. 16, Lübeck 1958, S. 77.

⁸ Zitiert nach Waitz, Wullenwever, III, S. 242.

⁹ Sastrow, B., Herkommen, Geburt und Lauff seines gantzen Lebens. Hrsg. von G. C. F. Mohnike, 1. Teil, Greifswald 1823, S. 154.

¹⁰ Kirchring, G., Müller, G., Compendium Chronicae Lubecensis oder Auszug und Historischer Kern Lübischer Chronicken aus verschiedenen Authoribus als: Alberto Crantzio, Hermanno Bonno, Chythreo, Reimaro Kock, Reckmann, Helmoldo, Rehbeen, Angelo, Petersen/und anderen dergleichen Scribenten auff's fleißigste extrahiert/und biß auff jetzige Zeiten continuiert, Hamburg 1678, S. 191.

¹¹ Willebrandt, Chronik, S. 157.

gegenüber den Verhandlungspraktiken Wullenwevers brachte der Stralsunder Bürgermeister Nicolaus Smiterlow auf der Hamburger Tagfahrt 1534 zum Ausdruck, wo er Wullenwever tadelnd ermahnte: *Herr Jorgen, ich bin bei vielen Handlungen gewesen, aber nie gesehen, das man so midt sachen, als Ir ibut, vorfabren, Ir werdet midt dem Kopffe an die Mauer lauffen, das ir auf den Hindern werdet sitzen geben.*¹²

Hämisch äußerte sich der Kaufmann Lambert von Dahlen, der mit Kräften gegen die Politik Wullenwevers auftrat, bei dessen Tod: *Suß is de ende des boven gewest, de de gode stadt van Lubeck in grottem jamer scaden scande unnde nadeel geföret befft. Also mote se Godt straffen up erden, de under den namen des wordes Gades ore scande förn ende bringen de avericheit uten gebör unde de Gemente in grottem jammer unde noet; dat Godt de werrelt dajor beware, dar wilt umme bidden ut grundt jewes herten, de dit lesen.*¹³

Beim Studium der Quellen über die historischen Ereignisse zu Beginn des 16. Jahrhunderts in Lübeck und über Jürgen Wullenwever fällt auf, daß die Lübecker Chronisten und Zeitgenossen eine abwertende und feindliche Haltung zu Wullenwever einnahmen, da sie als Vertreter der Geistlichkeit und des Patriziats ihm sein Auftreten gegen die bestehende Ordnung und gegen die Obrigkeit nicht verzeihen konnten. Nur der Kaufmann und Chronist Hans Regkmann, der Bergenfahrer,¹⁴ gedachte des Verstorbenen mit Achtung.

Die überwiegend negativen Einschätzungen der Lübecker Chronisten und Zeitgenossen Wullenwevers konnten aber nicht verhindern, daß schon Ende des 18. Jahrhunderts Historiker versuchten, die Handlungen Wullenwevers zu begründen und zu rechtfertigen. Der Göttinger Ludwig Thimotheus Spittler sagte 1781 in seinen Vorlesungen „Über die Geschichte der drei letzten Jahrhunderte, besonders in Rücksicht auf die Friedensschlüsse“ über Jürgen Wullenwever und Marcus Meyer: „der letzte hatte noch mehr politisches Genie als der erste, er wäre vielleicht in einer anderen Lage ein Richelieu geworden“.¹⁵ Obwohl Spittler mit seiner Feststellung in erster Linie die Fähigkeiten von Marcus Meyer in den Vordergrund stellen wollte, zeigte der Vergleich mit Wullenwever, wie hoch auch dessen politisches Geschick von ihm eingestuft wurde.

Nach Spittler war es vor allen Dingen der Lübecker Kämmerisekretär Johann Rudolf Becker, der Wullenwever beurteilte. Obgleich es ihm nicht möglich war, das Lübecker Ratsarchiv zu benutzen und er sich eines kritischen Urteils der von ihm benutzten Quellen weitgehend enthielt,¹⁶ hat sein Buch¹⁷ den Hanseforschern wertvolle Dienste geleistet. Becker wandte sich gegen die Lübecker Chronisten, denen er in der Beurteilung Wullenwevers Parteilichkeit vorwarf. Er vermutete, daß nicht die Fehler Wullenwevers, die dieser während seiner Herrschaft machte, zur Enthauptung führten,

¹² Ebenda, S. 118.

¹³ Lamberts von Dahlen Bericht über die Lübecker Ereignisse 1530–1537, Waitz, III, Nr. 59, S. 531.

¹⁴ Bruns, F., Die Lübecker Bergenfahrer und ihre Chronistik. Hans. Geschichtsquellen NF, Bd. II, Berlin 1900, S. 345 ff. Als aktiv handelnder Kaufmann war Regkmann den Plänen Wullenwevers nicht abgeneigt.

¹⁵ Zitiert nach Wurm, C. F., Die politischen Beziehungen Heinrichs VIII. zu Marcus Meyer und Jürgen Wullenwever. In: Verzeichnis der Vorlesungen welche am Hamburgischen Gymnasium von Ostern 1852 bis Ostern 1853 gehalten wurden, Hamburg 1852, Anmerkung 1.

¹⁶ Becker, J. R., DAB, Bd. 2, S. 222.

¹⁷ Becker, J. R., Umständliche Geschichte der Keiserlichen und Heil. Römischen Reiches freyen Stadt Lübeck, 3 Bde, Lübeck 1782, 1784 und 1805.

sondern die Rachsucht des Patriziats, welches von ihm angegriffen worden war.¹⁸ Becker betonte, daß sich Wullenwever zwar durch Gewalt des Stadtreiments bemächtigt hatte, daß es aber keinen Zweifel daran gäbe, daß Wullenwever auf Grund seines Ansehens und Könnens bei der Führung der Stadt ohnehin hätte berücksichtigt werden müssen, denn „ein Mann von solchem Genie als Wullenwever wird nur selten gefunden“.¹⁹

Georg Sartorius, dessen 1802–1808 veröffentlichte „Geschichte des Hanseatischen Bundes“ die erste wissenschaftliche Bearbeitung der Gesamthanse war,²⁰ anerkannte den Weitblick Wullenwevers, den dieser nach seiner Meinung bei der Einschätzung der komplizierten Situation in Lübeck bewiesen hatte. Er unterstrich, daß Wullenwever den alten Glanz Lübecks und der Hanse nur dann bewahren konnte, wenn er die nordischen Reiche Dänemarks und Schweden niederhielt und den Holländern den Handel auf der Ostsee untersagte. Sartorius begrüßte auch die Art und Weise, wie Wullenwever sein Ziel erreichen wollte. „Er bediente sich der Mittel, welche Staaten in ihren Verhältnissen zueinander stets gebraucht haben, da hier kein Recht, sondern Kraft, Macht und Klugheit entscheiden.“²¹ Damit verteidigte er die kriegerischen Handlungen Wullenwevers im Norden Europas, die seines Erachtens nur deshalb gescheitert waren, weil Wullenwever das Kräfteverhältnis falsch eingeschätzt hatte, und weil die früheren Bundesgenossen zu keiner aktiven Hilfe bereit gewesen waren.²²

Eine Steigerung bis zur rückhaltlosen Begeisterung erfuhren die Taten Wullenwevers in den Werken von Friedrich Wilhelm Barthold, Jean Jaques Altmeyer, Herrmann Adolf Lüntzel und Christian Friedrich Wurm. Während Barthold Jürgen Wullenwever den „größten und kühnsten Staatsmann, den das Abendrot des freien deutschen Bürgertums hervorgebracht hat“,²³ nannte, war Jürgen Wullenwever für Altmeyer „der größte und kühnste Staatsmann, den das alte freie Germanien gesehen“.²⁴ Barthold bedauerte sehr, daß die Zeitgenossen Wullenwevers seiner nur mit Haß gedachten.²⁵ Leidenschaftlich begrüßte er das Vorgehen Wullenwevers gegen die nordischen Reiche. Für ihn stand außer Zweifel, daß die Rechte und Privilegien, die Lübeck in früherer Zeit von den jetzt erstarkten Nationen erhalten hatte und nun von diesen verweigert wurden, in hartem Kampfe verteidigt werden mußten.²⁶ Das zeitweilige Zusammengehen der freien Bürger des Nordens mit den Bauern Dänemarks gegen die Feudalmächte erweckte bei Barthold den Glauben, daß Wullenwever das Ziel hatte, auf der Grundlage des Protestantismus im Ostseeraum für Bauern und Bürger eine staatliche Ordnung zu schaffen. Obwohl er die Zielstellung Wullenwevers voll akzeptierte, mußte auch er eingestehen, daß sich Wullenwever in den Kräften, die ihm zur Verfügung standen, verschätzt hatte. Entschuldigend fügte Barthold aber gleich hinzu: „Diesen Irrtum, der die Seele adelt, hat er mit den markigsten Charakteren aller Zeiten gemein.“²⁷

¹⁸ Becker, J. R., Geschichte, Bd. 2, S. 106.

¹⁹ Ebenda, S. 108.

²⁰ So bei Schwebel, K. H., Zur Historiographie der Hanse im Zeitalter der Aufklärung und der Romantik. HG Bil 82/1964, S. 11.

²¹ Sartorius, G., Geschichte des Hanseatischen Bundes, 3. Teil, Göttingen 1808, S. 103.

²² Ebenda.

²³ Barthold, F. W., Jürgen Wullenwever von Lübeck oder die Bürgermeisterfehde. In: Raumers Historisches Taschenbuch, Leipzig 1835, S. 195.

²⁴ Altmeyer, J. J., Die politische Rolle der Niederlande in den nordischen Revolutionen. In: Der Kampf demokratischer und aristokratischer Principien zu Anfang des 16. Jhs., Lübeck 1843, S. 114.

²⁵ Barthold, Wullenwever, S. 192.

²⁶ Ebenda, S. 193.

²⁷ Ebenda, S. 196.

Als ein weiterer Streiter für die Anerkennung Jürgen Wullenwevers trat der belgische Historiker Altmeyer auf, der neue Wege der Forschung beschritt, indem er Archivalien auswertete, die bis dahin nicht bekannt waren. Wie enttäuscht war Altmeyer, als er erfahren mußte, daß die Lübecker Archivare und auch die Lübecker Schonenfahrer-Gesellschaft, die damals noch ein selbständiges Archiv besaß, ihm den Zugang zu den Aktenstücken aus fadenscheinigen Gründen verweigerte.²⁸ Trotzdem nahm er die Bewertung dieser historischen Persönlichkeit, in der er eine Gestalt „aus der Geschichte freiheitlich-revolutionären Bürgertums“²⁹ sah, in Angriff. Altmeyer faßte letztlich zusammen, daß Wullenwever deshalb scheiterte, weil seine Pläne dem konservativen Patriertum widersprachen.³⁰

„Drei Jahrhunderte haben geschwiegen, ohne den ungerechten Spruch der Mitwelt umzustößen, erst die neueste Zeit hat in gründlichster Forschung und dichterischer Darstellung den Kranz auf Wullenwebers Haupt gesetzt, der es schon längst hätte schmücken sollen.“³¹ Mit diesen Worten brachte Herrmann Adolf Lüntzel seine Hochachtung vor den Taten Wullenwevers zum Ausdruck, wobei er vor allen Dingen das unerschrockene Auftreten Wullenwevers gegen Dänemark bewunderte.³² Wenn Lüntzel auch die Überschätzung der Kräfte durch Wullenwever bemängelte und dessen gegen die objektiven Entwicklungstendenzen gerichtete Politik monierte, so trauerte er doch darum, daß dem „kühnen Demagogen“ in Deutschland noch kein Denkmal gesetzt worden ist.³³

In seinen Vorlesungen am Hamburgischen akademischen Gymnasium befaßte sich Christian Friedrich Wurm eingehend mit den politischen Beziehungen des englischen Königs Heinrichs VIII. zu Marcus Meyer und Jürgen Wullenwever. Ausgehend von dem Vorwurf, durch das Scheitern der Politik Wullenwevers wäre die Vormachtstellung Lübecks beseitigt worden, verteidigte Wurm den Lübecker Bürgermeister, indem er an Ereignisse der Weltgeschichte erinnerte, die mit dem bedeutendsten Staatsmann der englischen bürgerlichen Revolution, Cromwell, und mit dem herausragenden Führer der demokratischen Partei des alten Athen, Perikles, verbunden waren. „Wullenwever war kein Perikles, so wenig als Cromwell es war. Aber Perikles hatte nicht weniger vollständig als die beiden Andern mit allen konservativen Vorrichtungen der früheren Zeit gebrochen; wir haben die Beweise, dass er eben deshalb nicht weniger gründlich gehasst, nicht weniger schändlich verlästert ward.“³⁴ Wurm maß dem Kampf Wullenwevers um die Herstellung der alten Vormachtstellung Lübecks im Norden Deutschlands und im gesamten Ostseegebiet eine einschneidende Bedeutung bei. Solange die Macht Lübecks nicht gesunken war, bestand seiner Meinung nach eine reelle Chance, im Bündnis mit den anderen Hansestädten des nördlichen Deutschlands die Führung innerhalb der gesamten Nation zu übernehmen, um somit den aufkommenden reaktionären Feudalmächten entgegenzuwirken und den Weg der Zentralisation Deutschlands zu beschreiten.³⁵ In dem Bündnis Wullenwevers mit dem Kopenhagener Bürgermeister Ambrosius Bog-

²⁸ Siehe Friedland, Kl., Das wirtschaftspolitische Erbe Jürgen Wullenwevers. HG Bll 89/1971, S. 27.

²⁹ Ebenda, S. 26.

³⁰ Ebenda, S. 27.

³¹ Lüntzel, H. A., Geschichte des Schlosses Steinbrück im Fürstenthume Hildesheim und Jürgen Wullenweber, Hildesheim 1851, S. 81.

³² Ebenda.

³³ Ebenda, S. 82.

³⁴ Wurm, Beziehungen, S. 3.

³⁵ Ebenda, S. 4.

binder und dem Malmöer Bürgermeister Jürgen Kock glaubte Wurm die Erkenntnis Wullenwevers zu sehen, daß nur ein Bündnis freier Bürgergemeinden Nordeuropas die Gewähr bot, den aufsteigenden Feudalgewalten entgegenzutreten. Aus diesem Grunde wertete Wurm das Scheitern der Wullenweverschen Politik als tragisch, da nun das Bürgertum, für das jener gekämpft hatte, nicht mehr in der Lage war, das Aufkommen der Fürstenmacht zu verhindern. In einem Aufsatz³⁶ setzte sich Wurm mit den handelspolitischen Plänen Wullenwevers auseinander. Er betonte, daß vor allem sie als Ausgangspunkt für eine gerechte Beurteilung des Lübecker Bürgermeisters herangezogen werden müssen, da es Wullenwevers erklärtes Ziel war, der Hansestadt Lübeck den gebührenden Platz im Ostseeraum zurückzuerobern. In diesem Zusammenhang nahm Wurm ihn auch gegen den Vorwurf des Wankelmuts und der Abenteuierlichkeit in seiner Politik in Schutz. Wurm hob hervor, daß Wullenwever jede Gelegenheit ergreifen mußte, um sein Hauptziel zu erreichen, das darin bestand, einen entscheidenden Einfluß auf die dänische Politik auszuüben.

Während man bei Historikern wie Ludwig Thimotheus Spittler, Johann Rudolf Becker und Georg Sartorius das echte Bemühen verspürt, die Handlungen Wullenwevers im historischen Prozeß auf Grund der ihnen zugänglichen Quellen zu rechtfertigen und zu verteidigen, haben Friedrich Wilhelm Barthold, Jean Jaques Altmeyer, Herrmann Adolf Lüntzel und Christian Friedrich Wurm die Pläne und Taten Wullenwevers gepriesen. Enttäuscht und verbittert über die politischen und wirtschaftlichen Zustände in Deutschland, die Fürstenherrschaft und die Kleinstaaterei, wandten sich diese bürgerlich-liberalen Historiker der mittelalterlichen Gestalt des Lübecker Bürgermeisters zu, der für sie die Inkarnation eines freiheitlichen, aufstrebenden deutschen Bürgertums war. Die angestrebte Lösung Wullenwevers mit Dänemark, die auf eine Bevormundung Dänemarks durch Lübeck hinauslief, war für sie willkommener Anlaß, die nationalistischen Gefühle der liberalen Bourgeoisie in Deutschland anzusprechen, da auch sie den Anschluß von Schleswig an den Deutschen Bund forderte.

Diese Auffassungen über Jürgen Wullenwever fanden ihren Niederschlag in der Publizistik und in der schönggeistigen Literatur. Der Lübecker Dichter Emanuel Geibel, der aus seiner Abneigung gegen den „Pöbel“ und die Revolution von 1848 kein Hehl machte,³⁷ verfaßte Zeitgedichte, die durchdrungen waren von einer idealistischen Begeisterung für ein einheitliches Deutschland nach hohenzollerschem Muster. Hingerissen von der erinnerungswürdigen Geschichte seiner Vaterstadt, wählte er bei der Bewältigung politischer Zeitereignisse solche Gestalten wie Jürgen Wullenwever und Marcus Meyer aus, die seiner Meinung nach zum Wohl der Stadt gewirkt hatten. Als 1845 der Dänenkönig Lübeck die Erlaubnis verweigerte, ein Teilstück der Lübeck-Büchener Eisenbahnlinie durch das Gebiet Lauenburg zu legen, was den Anschluß Lübecks an das deutsche Verkehrsnetz und Wirtschaftssystem bedeutet hätte, wandte Geibel sich wütend mit seinem „Ruf von der Trave“ an den Deutschen Bund, dem Dänenkönig entgegenzutreten.³⁸ Wie das geschehen sollte, proklamierte er in dem Gedicht „Eine Septembernacht“, wo er den Geist Wullenwevers prophezeien ließ:

Frischauf mein Volk, du großes Vaterland,
Treu einig, wie ich's nimmer durfte schauen,

³⁶ Wurm, C. F., Eine deutsche Kolonie und deren Abfall. In: Schmidts Allgemeine Zeitschrift für Geschichte, Berlin 1846, S. 97-175.

³⁷ Siehe Koenig, R., Deutsche Literaturgeschichte, 9. Auflage, Leipzig 1880, S. 700.

³⁸ Ebenda, S. 702.

Vollführe du, was mir im Herzen stand,
 Zu Masten laß des Forstes Tannen hauen!
 Dein sei der Sund, der dich nach Westen weis't,
 Der Weg des Meeres dein, ein glorreich Lehen.
 Mit Kugeln gib den Zoll! ---³⁹

Wie Jürgen Wullenwever vor über 300 Jahren den Dänen die Sundschiffahrt streitig machen und sie beherrschen wollte, so sollte Dänemark jetzt der Sundzoll entrissen werden.

Auch Karl Gutzkow, ein Vertreter der Schriftsteller des „Jungen Deutschland“,⁴⁰ nahm die Person Wullenwevers als Vorlage für ein Drama. Die Jungdeutschen, die die Literatur als agitatorisches Mittel im politisch-gesellschaftlichen Kampf sahen, verbreiteten in ihren Werken Ideen, die eine liberal-demokratische Umgestaltung Deutschlands zum Ziel hatten.⁴¹ Schon im Vorwort des Dramas weist der Dichter den Betrachter unmißverständlich auf sein Ziel hin, den Leser in eine patriotische Befriedigung zu versetzen.⁴² Entsprechend zog sich die Kritik an den bestehenden politischen Verhältnissen in Deutschland wie ein roter Faden durch das Werk. Die Probleme der 40er Jahre des 19. Jahrhunderts klangen an, wenn Gutzkow Wullenwever als aufrichtigen Demokraten konstatieren ließ: „Ein großes Werk begann ich für das Wohl meiner Vaterstadt, nicht in frevelndem Muth löste ich die Ketten sklavischer Abhängigkeit des Bürgers von einigen wenigen reichen Tyrannen.“⁴³ Es brauchte wohl auch keines weiteren Hinweises, wenn er den Lübecker Stadthauptmann Marcus Meyer und den Grafen Christoph von Oldenburg als leidenschaftliche Streiter gegen Dänemark auftreten ließ.

Das durch die liberalen Historiker des Vormärz geschaffene Denkmal eines patriotisch deutschen Bürgers hielt dem Urteil solcher Historiker wie Leopold von Ranke und Georg Waitz nicht stand. Mit Genugtuung hob Waitz 1852 hervor, daß Ranke in der dritten Auflage der „Deutschen Geschichte im Zeitalter der Reformation“ dem Abschnitt über Jürgen Wullenwever eine umfassende Überarbeitung zuteil werden ließ.⁴⁴ Obwohl Ranke nicht die Person Wullenwevers in den Mittelpunkt rückte, benannte er das gesamte Kapitel nach Jürgen Wullenwever, damit zum Ausdruck bringend, welchen Anteil dieser Mann an den Ereignissen in Lübeck hatte.⁴⁵ Ranke kam zu folgendem Urteil über Jürgen Wullenwever: „Demokratische, religiöse, mercantile und rein politische Motive durchdrangen sich in ihm; er faßte die Absicht, das reformierte Lübeck zum Oberhaupt des demokratischen Nordens zu machen; er selbst wäre an das Ruder dieser umgestalteten Welt getreten. Damit überschritt er aber zugleich den Kreis der Ideen, durch welche die deutsche Reformation gediehen war; die Kräfte, die er angriff, waren ihm doch zu stark.“⁴⁶ Deutlich ist bei Ranke zu verspüren, daß er dem Aufbegehren Wullenwevers

³⁹ Ebenda.

⁴⁰ Siehe Deutsche Literaturgeschichte in einem Band, hrsg. von Hans Jürgen Geerdts, Berlin 1965, S. 339.

⁴¹ Ebenda.

⁴² Gutzkow, K., Wullenweber. In: Dramatische Werke, Dreizehntes und vierzehntes Bändchen, 3. Auflage, Jena 1872, S. 16 f.

⁴³ Ebenda, S. 122.

⁴⁴ Siehe bei Waitz, G., Jürgen Wullenwever. Zweiter Artikel. Die Beziehungen zu England. In: Allgemeine Monatsschrift für Wissenschaft und Literatur, Halle-Braunschweig 1852, S. 1119.

⁴⁵ Siehe bei Häpke, R., Untergang der hansischen Vormachtstellung in der Ostsee (1531-1544). HG Bll 18/1912, S. 108.

⁴⁶ Ranke, L. v., Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation, Bd. 3, Berlin 1840, S. 597 ff.

gegen die bestehende Ordnung keine Sympathien entgegenbrachte; machte er sich doch zum Verteidiger der von der Hohenzollerndynastie geschaffenen Ordnung,⁴⁷ vertrat er doch den Klassenkompromiß zwischen Bürgertum und Adel nach der Revolution von 1848/49⁴⁸ und negierte in seiner Geschichtsauffassung die Rolle der Volksmassen.⁴⁹

Als der gelehrige Schüler Leopolds von Ranke Georg Waitz, beim umfassenden Studium der Geschichte von Schleswig-Holstein mehrere norddeutsche Archive aufsuchte, entdeckte er verschiedene wertvolle Nachrichten über die Zeit der entscheidenden Auseinandersetzungen zwischen dem Haupt der Hanse, Lübeck, und dem Königreich Dänemark zu Beginn des 16. Jahrhunderts. Dies und die Tatsache, daß zur gleichen Zeit die interessantesten Aktenstücke der sogenannten Grafenfehde durch Paludan-Müller⁵⁰ veröffentlicht wurden, ließen den Entschluß in ihm reifen, dieser Zeit eine ausführliche Darstellung zu widmen, in deren Mittelpunkt er den Lübecker Bürgermeister Jürgen Wullenwever stellte. Es gelang dem bürgerlichen Mediävisten G. Waitz, basierend auf ein umfangreiches Quellenstudium, der Nachwelt eine Monographie zu hinterlassen, die einen Einblick in die politischen und wirtschaftlichen Verwirrungen zu Beginn des 16. Jahrhunderts in Nordeuropa gab. In der Auseinandersetzung mit den oben angeführten Historikern, die in Wullenwever einen Helden und Märtyrer gesehen hatten, lenkte Waitz die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß vor allen Dingen die außenpolitischen Beziehungen stärker in Rechnung gestellt werden müßten,⁵¹ so wie es Christian Friedrich Wurm schon versucht hatte. Es ist in diesem Zusammenhang nicht möglich, alle Gesichtspunkte wiederzugeben, die Waitz zur Einschätzung Jürgen Wullenwevers dargelegt hat. Aber einige wesentliche Schwerpunkte sollen angeführt werden, um den Unterschied zu den Meinungen der bisher genannten Historiker herauszustellen.

Waitz setzte sich kritisch mit der Ansicht auseinander, daß Wullenwever auf der Grundlage des Protestantismus und des freien Bürgertums des Nordens die Macht Lübecks aufbauen wollte. Er gab zu bedenken: erst als die Verhandlungen mit dem dänischen und dem holsteinischen Herzog Christian um die Krone fehlschlügen, nahm Wullenwever Verbindungen zu den Bürgern von Kopenhagen und Malmö auf. Auch die außenpolitischen Beziehungen zu Albrecht von Mecklenburg sprachen nicht für eine solche zukünftige Lösung. Waitz hielt Wullenwever zugute, daß er zwar die alte Machtposition Lübecks wiederherstellen wollte, dabei aber die Kräfte falsch eingeschätzt hatte und sein Ziel ohne feste Konsequenz verfolgte.⁵² Energisch betonte Waitz, daß Wullenwevers Mitstreiter, Dr. Oldendorp und Marcus Meyer, einen großen Einfluß auf Wullenwever hatten. Beiden, ganz anders geartet als Wullenwever, gelang es oft sehr schnell, Entscheidungen Wullenwevers zu beeinflussen.⁵³ Auch bescheinigte Waitz Jürgen Wullenwever, daß dieser sich mit ganzer Kraft für die neuen Ideen der Zeit, der Reforma-

⁴⁷ So bei Schilfert, G., Leopold von Ranke. In: Studien über die deutsche Geschichtswissenschaft vom Beginn des 19. Jhs. bis zur Reichseinigung von oben, hrsg. von Joachim Streisand, Berlin 1963, S. 248.

⁴⁸ Ebenda, S. 243.

⁴⁹ Vgl. Schilfert, G., Die Behandlung der Rolle der Volksmassen und ihrer Führer durch L. v. Ranke. In: Forschen und Wirken. Festschrift zur 150-Jahrfeier der Humboldt-Universität, Berlin 1810-1960, Bd. 3, Berlin 1960, S. 127 f.

⁵⁰ Paludan-Müller, C., Aktstykker til Nordens Historie in Grevefeidens Tid. 2 Bde, Odense 1852/53.

⁵¹ Vgl. dazu Waitz, Beziehungen, S. 1119.

⁵² Vgl. dazu Waitz, Wullenwever, S. 384.

⁵³ Waitz, Wullenwever, I, S. 197.

tion, eingesetzt hatte. Diese Überzeugung schloß aber nicht aus, daß Wullenwever unter bestimmten Bedingungen die religiösen Interessen hinter den politischen zurückstellte.

In den eben dargelegten Gedanken von Waitz kommt zum Ausdruck, daß das Urteil über Jürgen Wullenwever ungünstiger ausfallen mußte als bei den vorher interpretierten Historikern. „Teilnahme, fast Mitleiden, aber keine Bewunderung flößt Jürgen Wullenwever ein. Er ward von den Ereignissen, welche seine Zeit bewegten, hoch emporgetragen, aber er war nicht der Mann, sie zu leiten oder sich auch nur an der Spitze zu behaupten, ein weicher Charakter, beweglich in seinen Entschlüssen, Plänen und Hoffnungen, kein Verbrecher, nicht einmal ein wahrer Demagog, aber ebensowenig ein Staatsmann oder Held.“⁵⁴ Wie sein Lehrer verteidigte Waitz die zahlreichen fürstlichen Herrschaften in Deutschland und verherrlichte das monarchistische System.⁵⁵ Waitz, der es mit den anderen liberalen Historikern 1848/49 ablehnte, mit den Volksmassen für eine demokratische Umwälzung in Deutschland einzutreten,⁵⁶ schätzte die Handlungen Wullenwevers kritisch ein, sprach ihm die Fähigkeiten eines Politikers ab.

Ließen Ranke und Waitz eine kritische und zurückhaltende Beurteilung Wullenwevers erkennen, so haben Historiker des imperialistischen Deutschland wie Dietrich Schäfer, Rudolf Häpke, Georg Fink und Gottfried Wentz eine abweisende Haltung zum Lübecker Bürgermeister Jürgen Wullenwever eingenommen.

Am 24. Mai 1870 trafen sich in Stralsund die Vertreter der vier norddeutschen Geschichtsvereine – der Verein für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde, die Rügisch-Pommersche Abteilung der Gesellschaft für pommersche Geschichte, der Verein für Hamburgische Geschichte und die Abteilung des Künstlervereins für Bremische Geschichte und Altertümer –⁵⁷ aus Anlaß des Stralsunder Friedens von 1370. Um bei der Erforschung der Hansegeschichte enger als bisher zusammenarbeiten zu können, beschlossen die anwesenden Historiker die Gründung des Hansischen Geschichtsvereins, dessen wissenschaftliche Fundierung von Georg Waitz entscheidend geprägt wurde. Wenn 1870 die Gegenwartsbezogenheit auf die Durchdringung der deutschen Zukunft mit „communalen Geist“, also mit einer erheblichen Dosis demokratischer Gesinnung, abzielte, so sah eine spätere Generation, ich erinnere hier namentlich an Dietrich Schäfer, in der Vertretung Deutschlands zur See „Wesen und Inhalt der Hanse“.⁵⁸ Schäfer, der von Heinrich von Treitschke die antidemokratischen und fortschrittsfeindlichen Ansichten in der Geschichtstheorie übernahm, war es auch, der um die Jahrhundertwende eine neue Tendenz in die Hanseforschung brachte, die darauf hinzielte, die Hanseforschung den Interessen des deutschen Imperialismus unterzuordnen.⁵⁹ Die Möglichkeit, dem deutschen Imperialismus Weltgeltung zu verschaffen, erkannte Schäfer darin, den Ausbau einer Kriegsflotte zu forcieren. Da Deutschlands Seegeschichte keine gleichmäßige Aufwärtsentwicklung aufwies, wie das z. B. bei England der Fall war, berief sich Schäfer auf die Geschichte der Hanse, mit der er meinte, die Tradition deutscher

⁵⁴ Ebenda, III, S. 247.

⁵⁵ So bei Obermann, K., Die deutschen Historiker in der Revolution 1848/49. In: Studien über die deutsche Geschichtswissenschaft vom Beginn des 19. Jhs. bis zur Reichseinigung von oben, hrsg. von Joachim Streisand, Berlin 1963, S. 235.

⁵⁶ Ebenda, S. 237.

⁵⁷ Vgl. dazu Schwebel, K. H., Der Stralsunder Friede (1370) im Spiegel der historischen Literatur. Eine Übersicht. Schriften der Wittheit zu Bremen, NF, Bd. 2, Bremen 1970, S. 195.

⁵⁸ So bei Rörig, F., Stand und Aufgaben der hansischen Geschichtsforschung. HG BLL 69/1950, S. 2.

⁵⁹ So bei Krause, Th. H., Dietrich Schäfer und die Umorientierung der deutschen bürgerlichen Hanseforschung zu Beginn des 20. Jhs. In: Neue Hansische Studien, Berlin 1970, S. 95.

Seegesichte nachweisen zu können.⁶⁰ Ein Historiker wie Schäfer, der die Hanse als „das mittelalterliche Deutschland auf dem Meere“, als „Vertreter der deutschen Interessen zur See“⁶¹ bezeichnete, wandte sich in aller Schärfe gegen den Mann, der seiner Meinung nach seiner Vaterstadt Lübeck und dem gesamten Hansebund schweren Schaden zugefügt hatte. Schäfer beschuldigte Wullenwever, durch seine Fehler in der Außenpolitik den Rückgang der Hanse beschleunigt zu haben.⁶² Probleme, die vom alten Rat Jahrhunderte hindurch mit Vorsicht und Ausdauer gelöst wurden, wollte Wullenwever mit kriegerischen Mitteln lösen, was zur Folge hatte, daß alle potentiellen Gegner Lübecks, Dänemark, Schweden und der Adel Schleswig-Holsteins, in einer Front gegen die Travestadt standen. Schäfer kritisierte nicht den Kampf um die Vormachtstellung im Ostseeraum, sondern er bemängelte die fehlenden persönlichen und charakterlichen Voraussetzungen bei Wullenwever, diese Auseinandersetzungen zum guten Ende zu führen.⁶³ Er wälzte die gesamte Schuld auf Wullenwever ab und bestritt den negativen Einfluß solcher Männer wie Oldendorp und Meyer.

Wie kein anderer Historiker vorher triumphierte Schäfer, daß Wullenwever seine Irrtümer und Verfehlungen mit dem Tode gebüßt hat, da der Schaden, den er dem Gemeinwesen zugefügt hatte, gesühnt werden mußte. „Wahre Größe war nicht in ihm. Eine gewisse Selbstgefälligkeit und ein kecker leichter Zug leichtfertiger Mut sind seine hervorstechendsten Charakterzüge. Hochtrabendes, prahlerisches Auftreten kann man bei ihm mehr als einmal zum Vorwurf machen.“⁶⁴

In einem Vortrag „Der Untergang der hansischen Vormachtstellung in der Ostsee (1531–1544)“ am 8. März 1911 in der Historischen Gesellschaft zu Berlin, setzte sich ein Schüler Schäfers, Rudolf Häpke, mit den handelspolitischen Bestrebungen der Stadt Lübeck zur Zeit Jürgen Wullenwevers auseinander. Häpke erklärte, daß Wullenwever auf der Hamburger Versammlung 1534 die Konkurrenz der Holländer im Ostseeraum nicht beseitigen konnte. Aber nicht dieser Mißerfolg, sondern die abenteuerliche Politik der Lübecker Führer von 1533–1535 hatte zur Folge, daß eine Machtverschiebung zuungunsten der Lübecker eintrat. Die Verantwortung dafür gab Häpke den inneren Unruhen in Lübeck, die von Jürgen Wullenwever und Marcus Meyer ausgenutzt worden waren.⁶⁵ Häpke warf Waitz und anderen Historikern vor, daß sie die Bedeutung Wullenwevers überschätzt hätten. Er verwies darauf, daß Wullenwever zwar in Lübeck eine gewisse Machtvollkommenheit erreichte, seine politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen aber häufig von seinen Mitstreitern beeinflußt wurden.⁶⁶

Als Gottfried Wentz sich 1931 auf der Pflingsttagung des Hansischen Geschichtsvereins in Bremen an die anwesenden Historiker wandte, verfolgte er das Ziel, gestützt auf eine reiche Fülle quellenmäßigen Materials, die inneren Beziehungen der wendischen Hansestädte zur Zeit Wullenwevers darzustellen.⁶⁷ Wie Häpke sah auch Wentz in den politischen und sozialen Unruhen, die Jürgen Wullenwever an die Macht gebracht hatten, den

⁶⁰ So bei Rörig, Aufgaben, S. 2.

⁶¹ Schäfer, D., Die Hanse, Bielefeld und Leipzig 1903, S. 74.

⁶² Schäfer, D., Wullenwever. ADB, Bd. 44, Leipzig 1899, S. 307.

⁶³ Schäfer, D., Die Hanse und ihre Handelspolitik. In: Derselbe, Aufsätze, Vorträge und Reden, Bd. 1, Jena 1913, S. 193.

⁶⁴ Schäfer, Wullenwever, S. 307.

⁶⁵ Häpke, Untergang, S. 106.

⁶⁶ Ebenda.

⁶⁷ Wentz, G., Der Prinzipat Jürgen Wullenwever und die wendischen Städte. HG Bll 56/1931, S. 83 ff.

Hauptgrund für die Einbuße der Machtstellung Lübecks. Wentz gab zwar zu, daß der allmähliche Rückgang der Vormachtstellung Lübecks objektiv nicht aufzuhalten war, „daß die hansische Vormachtstellung in der Ostsee ohne zwingende Notwendigkeit aufs Spiel gesetzt und verloren wurde, ist die historische Leistung der Lübecker Demokratie“.⁶⁸ Weiterhin vertrat Wentz die Ansicht, daß eine gegenseitige Unterstützung der wendischen Hansestädte den Glanz der Hanse noch einige Zeit hätte aufrechterhalten können. Dazu wäre es notwendig gewesen, vor Beginn der kriegerischen Auseinandersetzungen Absprachen untereinander zu führen, um zum Erfolg zu kommen. Das wurde von Wullenwever versäumt.⁶⁹ In diesem Zusammenhang verurteilte Wentz die Art und Weise, wie Wullenwever die wendischen Städte für seine politischen und wirtschaftlichen Ziele zu gewinnen suchte. Als die Städte nicht bereit waren, sein kriegerisches Unternehmen gegen Dänemark aktiv zu unterstützen, „griff er zu dem verhängnisvollen Mittel der Demokratisierung der Seestädte“.⁷⁰ In seinen Feststellungen widerspiegelt sich, wie Wentz den Kampf der unterdrückten Schichten gegen die Obrigkeit einschätzte. Wentz kritisierte Wullenwever hart, wenn er betonte, daß die hansische Geschichtsforschung in Wullenwever „nur einen politischen Dilettanten sieht, dem staatsmännische Fähigkeiten so gut wie völlig mangelten“.⁷¹

Mit der Hinrichtung Wullenwevers 1537, war für Georg Fink der Schlußstrich unter eine geschichtliche Periode gezogen, die von der Politik Jürgen Wullenwevers beherrscht worden war. Zwar anerkannte Fink den ungeheuren persönlichen Einsatz und die Hingabe, mit der Wullenwever seine Aufgabe meistern wollte, sprach ihm aber jegliche Merkmale eines Führers ab, da Wullenwever die Zeichen der Zeit nicht verstanden habe. Fink bescheinigte Wullenwever, daß er innenpolitisch im Kampf gegen die patrizischen Geschlechter Erfolge errang, diesen Erfolgen aber außenpolitisch Aktionen folgen ließ, denen er nicht gewachsen war. „Religiöser Vorkämpfer, hinreißender Volksmann, demokratischer Revolutionär, eigenwilliger Diktator, politischer Ränkeschmied und christlich ergebener Dulder – das alles war Wullenwever, aber keines ganz, keines mit dem untrüglichen Maßstab seines Wesens; darum mußte er zugrunde gehen.“⁷²

Hatte Dietrich Schäfer in Ermanglung einer eigenen nationalen Seegeschichte die Hanse als leuchtendes Vorbild deutscher Seemacht proklamiert, so hat sich in der Zeit des Faschismus Ernst Hering nicht gescheut, die Geschichte der Hanse als Rechtfertigung für die faschistischen Eroberungspläne zu mißbrauchen. Anknüpfend an die nationalistischen Auffassungen bürgerlicher und imperialistischer Historiker,⁷³ die die Vorrangstellung des deutschen Kaufmannes im Ostsee- und Nordseeraum gegenüber den slawischen und skandinavischen Kaufleuten in nationalistischer Überschätzung mit der beson-

⁶⁸ Ebenda, S. 109.

⁶⁹ Ebenda, S. 110.

⁷⁰ Ebenda, S. 111.

⁷¹ Ebenda, S. 110.

⁷² Fink, G., Die geschichtliche Gestalt Jürgen Wullenwevers. In: Der Wagen. Ein Lübisches Jahrbuch, Lübeck 1938, S. 25.

⁷³ Siehe u. a.: Barthold, F. W., Die Geschichte der deutschen Hanse, Bd. 1, Magdeburg-Leipzig 1909, S. 11.; Schäfer, D., Die Hansestädte und König Waldemar von Dänemark, Jena 1879, S. 573 f.; Rörig, F., Außen- und innenpolitische Wandlungen in der Hanse nach dem Stralsunder Frieden. In: Wirtschaftskräfte im Mittelalter. Abhandlungen zur Stadt- und Hansegeschichte, hrsg. von P. Kaegbein, Weimar 1959, S. 147 f., 151.; Derselbe, Raum, Volk und politische Ordnung in der deutschen Hanse. Vorträge und Schriften der Preuß. Akademie der Wissenschaften, H. 19, Berlin 1944, 10.

deren Tüchtigkeit des Deutschen begründeten, forderte Hering in großdeutschem Stil, den Geist der Hanse wieder aufleben zu lassen.⁷⁴ Der faschistischen Ideologie entsprechend begrüßte Hering die Handlungen und den Tatendrang Jürgen Wullenwevers. Eine reale Grundlage für den Sieg Wullenwevers glaubte Hering im Bündnis Lübecks mit den protestantischen deutschen Fürsten, den protestantischen Bürgern von Kopenhagen und Malmö sowie den dänischen Bauern zu sehen. Mit Wehmut gedachte Hering des Mannes, „der gewagt hatte, noch einmal den Traum von der einst meerbeherrschenden Stadt zu verwirklichen“.⁷⁵

Nach dem Zusammenbruch des „Tausendjährigen Reiches“ fanden grundlegende Veränderungen innerhalb der deutschen Hansegeschichtsforschung statt. Die Zerschlagung des deutschen Faschismus und die damit verbundene Verurteilung seiner menschenfeindlichen Ideologien zwang die bürgerlichen Hansehistoriker, Rückschau zu halten und eine Neuorientierung in der Forschung vorzunehmen. In seinem auf der Pflingsttagung des Hansischen Geschichtsvereins 1947 in Soest gehaltenen Vortrag „Stand und Aufgaben der Hansischen Geschichtsforschung“ schätzte Fritz Rörig die geleistete Arbeit in der Vergangenheit ein und steckte neue Ziele für die künftige wissenschaftliche Betätigung des Hansischen Geschichtsvereins ab. Rörig resümierte, daß die bisherigen Akzente der Hanseforschung, die „auf die Durchdringung der deutschen Zukunft mit „communalem Geist“, wie sie bei der Gründung des Vereins von Wilhelm Mantels proklamiert wurden, oder hansische Geschichte als Ausgangspunkt „der Vertretung Deutschlands zur See“, wie Schäfer meinte, keine Voraussetzungen mehr für die Gegenwartsbezogenheit der Hanse seien.“⁷⁶

In Auseinandersetzung mit den wirtschaftsgeschichtlichen Ansichten von Karl Bücher und Werner Sombart, leitete Rörig die Forderung ab, der Wirtschaftsgeschichte besondere Aufmerksamkeit zu widmen.⁷⁷ Rörig würdigte den Beitrag der Hanse, Europa wirtschaftlich zusammengeführt zu haben und wies zum Abschluß auf die Gegenwartsbezogenheit der hansischen Geschichte hin, die für ihn darin bestand, „den hansisch-deutschen Menschen politisch und wirtschaftlich handelnd (zu) erkennen, bevor er durch eine staatliche Fehlentwicklung ... verbildet, verkümmert, hier und da auch verdorben wurde“.⁷⁸

Die Hansehistoriker der BRD schenken der Hansegeschichtsforschung der Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Städte immer größere Beachtung. Dabei werden oft die Kräfte, die soziale und politische Umwälzungen auslösten, ablehnend beurteilt.

In dem Artikel „Lübeck in der deutschen Geistesgeschichte“ pries Brandt den Einfluß der Hansestadt Lübeck auf die deutsche Geistesgeschichte. Dabei hob er hervor, daß zu Beginn des 16. Jahrhunderts durch verschiedene Faktoren – Erstarken der skandinavischen Mächte, Renaissance und Reformation – die führende politische und geistige Stellung verlorenging.⁷⁹ Trotz dieser Feststellung gab Ahasver von Brandt den politischen Vorgängen in der Stadt die Hauptschuld für das plötzliche Absinken. Der Niedergang wäre seiner Meinung nach in gemäßigeren Formen vor sich gegangen, „wäre der

⁷⁴ Hering, E., Die deutsche Hanse, Leipzig 1940, S. 261.

⁷⁵ Ebenda, S. 253.

⁷⁶ Rörig, Aufgaben, S. 2.

⁷⁷ Ebenda.

⁷⁸ Ebenda, S. 12.

⁷⁹ Brandt, A. v., Geist und Politik in der Lübeckischen Geschichte. Acht Kapitel von der Grundlage historischer Größe, Lübeck 1954, S. 30.

Stadt das Schicksal erspart geblieben, gerade in diesem Augenblick in die Hände einer der wenigen Demagogengestalten unserer deutschen Geschichte zu fallen“.⁸⁰

Für Brandt war das Auftreten Wullenwevers kein Zufall, sondern er stand auf einer Stufe mit Volkstribunen und Diktatoren, „die in allen Kulturen und Kulturepochen die Auflösung . . . der schöpferischen Leistungskraft einer Gesellschaftsordnung ankündigen und vollenden“.⁸¹ Dabei verglich er Wullenwever mit historischen Persönlichkeiten wie Kleon, den römischen Soldatenkaisern, Napoleon und Hitler, deren Handeln auch das Ende einer Epoche bedeuteten.⁸²

Welch ein Unterschied! Christian Friedrich Wurm verglich Wullenwever mit Perikles und Cromwell, um die Größe des Mannes zu zeigen, Brandt stellte Wullenwever auf eine Stufe mit Kleon, den römischen Soldatenkaisern, Napoleon und Hitler, um das Ausmaß der Katastrophe deutlich zu machen, die Jürgen Wullenwever heraufbeschworen hatte. Für Brandt, der alle politischen und sozialen Umwälzungen in Lübeck, die sich gegen das herrschende Stadregime richteten, ablehnte, war Wullenwever „ein begabter, aber charakterschwacher Vertreter jener unzufriedenen Schichten, die durch die wirtschaftlichen Umwandlungen und die soziale Krise besonders schwer betroffen waren“.⁸³ Wo nur Besonnenheit und Zurückhaltung die schwierige Lage hätte meistern können, griff Wullenwever „mit der kühnplumpen Faust des außenpolitischen Dilettanten in das politische Gewebe, das ohne nur noch dürftig zusammenhing“.⁸⁴ Zufrieden gab Brandt zu verstehen, daß der Diktator aber schon im August 1535 gestürzt wurde, und der alte Rat das außenpolitische Abenteuer beendete, um damit die alten Machtverhältnisse wiederherzustellen.

Waren die Darlegungen von Brandt vor allen Dingen für die Geschichtsforschung bestimmt, so wurde das Buch „Die Hanse“ von Karl Pagel massenwirksam wie bis dahin kein anderer wissenschaftlicher Beitrag zur Hansegeschichte. Es trägt auch heute zur Meinungsbildung über die Hanse in der BRD entscheidend bei.⁸⁵ Schon im Jahre 1942 erschien eine volkstümliche Darstellung „Die Hanse“⁸⁶, zu der Wilhelm Koppe in wissenschaftlichen Fragen schon erhebliche Bedenken angemeldet hatte,⁸⁷ die aber ihre Wirkung auf die breite Öffentlichkeit nicht verfehlte.⁸⁸ Die Herausgabe der 2. Auflage dieses Werkes⁸⁹ nahm Brandt zum Anlaß einer grundsätzlichen Darlegung über die Herausgabe einer Gesamtgeschichte der Hanse. Er äußerte sich dahingehend, daß die vorliegende Darstellung Pagels über einen längeren Zeitraum hinaus bestimmend für die Allgemeinheit sein werde.⁹⁰

Obwohl Pagel im Vorwort seiner 3. neu bearbeiteten Auflage darauf hinwies, daß in der Neuausgabe seines Buches Hinweise und Kritiken zu den beiden vorhergegangenen

⁸⁰ Ebenda, S. 31.

⁸¹ Ebenda.

⁸² Ebenda.

⁸³ Ebenda, S. 159.

⁸⁴ Ebenda.

⁸⁵ Siehe dazu Schmidt, H., Über zwei Gesamtdarstellungen der Hansegeschichte. HG Bll 83/1965, S. 111.

⁸⁶ Pagel, K., Die Hanse, Oldenburg 1942.

⁸⁷ Koppe, W., Rezension zu Pagel, K., Die Hanse, Oldenburg 1942. HG Bll 69/1950, S. 110.

⁸⁸ So bei Schwebel, Frieden, S. 212.

⁸⁹ Pagel, K., Die Hanse, Braunschweig 1952.

⁹⁰ Brandt, A. v., Grenzen und Möglichkeiten einer hansischen Gesamtgeschichte. HG Bll 72/1954, S. 95.

Auflagen berücksichtigt worden seien, stellte er aber gleichzeitig fest, daß Eingriffe in die Komposition des Buches nicht erfolgt sind. Der Leser wird sofort ideologisch eingestimmt, wenn Pagel schreibt, „daß der Geist der Hanse . . . lebendig bleibe und den Zukunftsweg unseres geschlagenen Volkes erhellen helfe – der echte Geist der Hanse, der so viel Gemeinsinn und Bürgertugend umschließt, so viel Zähigkeit und Widerstandskampf, so viel Geschicklichkeit und Tüchtigkeit – zum Segen für unser Volk“.⁹¹ Bei der Bedeutung, die Pagel der Hanse für das deutsche Volk zumaß, können wir von vornherein nicht erwarten, daß er Jürgen Wullenwever, dem es bestimmt sein sollte, die hansische Macht noch einmal aufzurichten,⁹² wohlwollende Kritik entgegenbrachte. Einen Grund für den katastrophalen Zusammenbruch sah Pagel darin, daß Wullenwever die Praktiken der Ratspolitik nicht beherrschte, da er „als Revolutionär in sein Amt (kam)“.⁹³ Vor allen Dingen stand Pagel der Maßnahme Wullenwevers ablehnend gegenüber, die Bauern und die Bürgerschaft Dänemarks gegen den Adel aufzuhetzen, war das Patriziat in Lübeck doch immer bestrebt gewesen, die Widersprüche innerhalb des Adels für sich zu nutzen.⁹⁴ Immer wieder spürt man die Ablehnung Pagels, der Wullenwever vorwarf, gestützt auf die Masse des Volkes, sein Ziel zu erreichen. So empfand Pagel die grausame Strafe für Jürgen Wullenwever als durchaus gerechtfertigt.⁹⁵

Im Jahre 1950 charakterisierte Walter Hubatsch die Vorgänge in Lübeck zur Zeit Wullenwevers als eine Situation, in der politische, wirtschaftliche und konfessionelle Gegensätze übereinstimmten.⁹⁶ Er sah in Wullenwever den Vertreter einer „von den Ämtern getragenen Volkspartei“,⁹⁷ der in falscher Einschätzung seiner Machtmittel die Vormachtstellung Lübecks im Ostseeraum wieder erkämpfen wollte, was aber durch den Ausgang dieses Kampfes zum Zusammenbruch der hansischen Vorrangstellung im Ostseeraum führte.⁹⁸ Enttäuscht über die Folgen dieser Auseinandersetzungen bedauerte es Hubatsch sehr, daß der letzte Kampf der Hanse „unter der Führung eines persönlich untadeligen, aber der ihm gestellten Aufgaben nicht gewachsenen Mannes“⁹⁹ ausgefochten werden mußte.

Walter-Peter Fuchs sah den Grund für das grausame Schicksal Wullenwevers in der Konsequenz der herrschenden Klasse, die aus der Entstehung und den Auswirkungen des Bauernkrieges und des münsterischen Wiedertäuferreiches resultierte.¹⁰⁰ Fuchs bescheinigte Wullenwever, daß er mit den Täufeln nichts gemein hatte. Aber die Tatsache, daß Wullenwever mit Unterstützung dänischer Bauern und Bürger Lübecks Vorherrschaft im Norden Europas wieder aufrichten und die in einigen Hansestädten „ins Leben gerufenen demokratischen Stadtherrschaften zu Herren der Ostsee machen wollte“,¹⁰¹ machte ihn zum erbittertsten Feind des Adels und des Patriziats der Hansestädte.

⁹¹ Pagel, K., Die Hanse, 3. neubearbeitete Auflage, Braunschweig 1963, S. 7.

⁹² Ebenda, S. 324. ⁹³ Ebenda, S. 325.

⁹⁴ Ebenda, S. 328.

⁹⁵ Ebenda, S. 332.

⁹⁶ Gerhardt, M., Hubatsch, W., Deutschland und Skandinavien im Wandel der Jahrhunderte, Bonn 1950, S. 99.

⁹⁷ Ebenda.

⁹⁸ Ebenda.

⁹⁹ Ebenda, S. 100.

¹⁰⁰ Fuchs, W. P., Das Zeitalter der Reformation. In: B. Gerhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 2. Von der Reformation bis zum Ende des Absolutismus, 16. bis 18. Jh., hrsg. von H. Grundmann, Achte, vollständig neu bearbeitete Auflage, Stuttgart 1955, S. 90.

¹⁰¹ Ebenda.

In seiner Untersuchung über den Prozeß Jürgen Wullenwevers unternahm Hans Thieme den Versuch, die Geschehnisse während der Gefangenschaft Wullenwevers und den Rechtstag von der rechtshistorischen Seite zu beleuchten. Waren die Aufklärungen und Wertung der gerichtlichen Verhandlungen die eine Seite, so wollte der Verfasser auf der anderen aktualisierend „angesichts der politischen Justiz unserer Tage zu einer besonders notwendigen geschichtlichen Besinnung anregen“.¹⁰² Ausgehend von den kritischen Urteilen der Historiker über Wullenwever als Politiker, lenkte Thieme ein, daß seit dem Zeitpunkt, da die Quellen einen Einblick über das Ende Wullenwevers gestatteten, sich alle Historiker einig darüber sind, „den Prozeß Jürgen Wullenwevers als einen Akt schlimmster Willkür zu kennzeichnen“.¹⁰³ An Hand der vorliegenden Quellen wies Thieme eindeutig nach, daß die Gegner Wullenwevers auch nicht vor unlauteren Mitteln mittelalterlicher Gerichtsbarkeit zurückschreckten, um Wullenwever anzuklagen und Geständnisse seiner Schuld zu erlangen, die eine strenge Aburteilung dieses für sie gefährlichen Mannes rechtfertigten. Daß diese auf der Folter gestandenen Aussagen Wullenwevers selbst in Lübeck nach seinem Tode nicht ernst genommen wurden, zeigte sich darin, daß der Lübecker Rat Wullenwevers Vermögen nicht konfiszierte und ihn selig sprach.¹⁰⁴ In Auswertung der Quellen machte Thieme auf einen weiteren Umstand aufmerksam, der den Anschauungen einiger Hanshistoriker widersprach. Bei den Verhandlungen zeigte es sich, daß Wullenwever trotz erdrückenden Belastungsmaterials – von ihm frei oder auf der Folter gestanden – bereit war, um sein Recht zu streiten. Als bewundernswürdig wertete Thieme die Haltung Wullenwevers, der wenige Minuten vor Vollstreckung des Todesurteiles noch die Kraft fand, ruhig und besonnen die Anklagepunkte betreffs seines Handelns in Lübeck zurückzuweisen. Die in dem feudalen Schauprozeß gezeigte Haltung und die Verteidigung seiner Taten lassen Wullenwever als eine Persönlichkeit erscheinen, die „uns nicht nur Teilnahme und ein halbes Mitleiden, sondern auch Bewunderung abnötigt“.¹⁰⁵

In seinem für die breite Öffentlichkeit geschriebenen Abriss „Die Hanse“ verglich Klaus Friedland die Bestrebungen Jürgen Wullenwevers, die hansische Macht noch einmal zu erneuern, mit den Bemühungen Kaiser Karls V. um die Festigung seines Reiches.¹⁰⁶ In der Politik Wullenwevers, die darin bestand, die Trennung Dänemarks von Holland herbeizuführen, und nach dem Mißlingen dieses Vorhabens in der militärischen und politischen Unterwerfung aller Anliegerstaaten des Sundes, sah Friedland eine kontinuierliche Fortsetzung der alten Lübecker Ratspolitik.¹⁰⁷ Obwohl Friedland Wullenwever bei der Durchsetzung seiner Ziele mangelndes staatsmännisches Geschick vorgeworfen hatte, so mußte er später doch anerkennend zugeben, daß Wullenwever in seinen Geständnissen politische und wirtschaftliche Situationen richtig einschätzte.¹⁰⁸ Um die Bedeutung der politischen und wirtschaftlichen Aufgaben Wullenwevers zu

¹⁰² Thieme, H., Der Prozeß Jürgen Wullenwevers. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Strafrechtspflege. In: Städtewesen und Bürgertum als geschichtliche Kräfte. Gedächtnisschrift für Fritz Rörig. Hrsg. von A. v. Brandt und W. Koppe, Lübeck 1953, S. 350.

¹⁰³ Ebenda.

¹⁰⁴ Ebenda, S. 375.

¹⁰⁵ Ebenda, S. 374.

¹⁰⁶ Friedland, Kl., Die Hanse. In: Der Göttinger Arbeitskreis, H. 40, Kitzingen 1954, S. 28.

¹⁰⁷ Ebenda.

¹⁰⁸ Hanserezesse, Vierte Abteilung (von 1531–1560). Zweiter Band: 1535 Juli–1537, hrsg. vom Hansischen Geschichtsverein, bearbeitet von Klaus Friedland und Gottfried Wentz, Köln-Wien 1970, S. 10.

unterstreichen, scheute sich Friedland nicht, noch andere bedeutende Herrscher mit Wullenwever in Verbindung zu bringen. „Er kann zwar mit Leuten wie Alexander, Karl dem Großen und Ludwig XIV. nicht mithalten; aber es scheint, als ob das, was ihm immer etwas im Wege war, heute zum Vorteil für ihn ausschlägt.“¹⁰⁹ Er unterstrich diese Feststellung damit, daß in der jetzigen Geschichtswissenschaft nicht nur die Repräsentanten von Staaten, sondern vor allen Dingen auch die „sozialgeschichtlichen Zusammenhänge“ an Bedeutung gewonnen haben. Einen wesentlichen Grund für das Scheitern der Pläne Wullenwevers sah Friedland darin, daß Wullenwever die Kaufleute, die schon nach den ersten Jahren der Reformation Lübeck in ein neues wirtschaftspolitisches Verhältnis zu den aufstrebenden Nationalstaaten bringen wollten, nicht beachtet hat.¹¹⁰ Friedland charakterisierte die Geschehnisse der Zeit Wullenwevers als ein Forschungsgebiet, das jeder nordeuropäische Sozial- und Wirtschaftshistoriker beachten muß. „Wullenwever – das ist der Mann der Reformation, das ist der Mann der Revolution und der sozialen Reformversuche – Ereigniskomplexe, deren Erforschung heute des Schweißes der Edlen in ganz besonderem Maße wert scheint.“¹¹¹

Vorrangig auf Erkenntnisse der bürgerlichen deutschen Historiographie aufbauend, faßte der Vertreter für elsässische und deutsche Geschichte in Strasbourg, Philippe Dollinger – entgegen der Voraussage Brandts – viel eher die Ergebnisse zusammen und veröffentlichte eine Geschichte der Hanse,¹¹² welche dann ins Deutsche übersetzt wurde und 1966 erschien.¹¹³ Ohne Ressentiment gegenüber der Politik Wullenwevers äußerte sich Dollinger: „Sein wechselvolles und dramatisches Geschick und die Größe seiner Bestrebungen haben Wullenwever zur berühmtesten Gestalt der ganzen Hansegeschichte gemacht.“¹¹⁴ Auch Dollinger gab Wullenwever die Schuld, mit seinen außenpolitischen Maßnahmen den Niedergang der Hanse beschleunigt zu haben, fügte aber entschuldigend hinzu, daß Wullenwever nicht in der Lage war, die objektiv wirkenden gesellschaftlichen Kräfte und Entwicklungstendenzen zu erkennen.¹¹⁵ Die Bemühungen Dollingers um eine objektive und gerechte Beurteilung Wullenwevers gipfelten in der Frage, ob man ihn allein für seine Taten verantwortlich machen kann.¹¹⁶

Standen die von mir genannten Historiker des imperialistischen Deutschland – von einigen pseudowissenschaftlichen Werken, die völlig im Dienst der faschistischen Ideologie standen, abgesehen – dem Wirken Wullenwevers ablehnend gegenüber, so zeigen die ausgewählten Arbeiten der heutigen bürgerlichen Literatur, daß sich ein Differenzierungsprozeß innerhalb der bürgerlichen Hansehistoriker vollzieht. Während auf der einen Seite aus der Antipathie gegen Wullenwever weiterhin kein Hehl gemacht wird, da man in ihm den Initiator der politischen und sozialen Umwälzungen in Lübeck sieht, machen sich auf der anderen Seite auf Grund wirtschafts- und sozialgeschichtlicher Forschungen – unter dem Einfluß von Ergebnissen der marxistischen Geschichtswissenschaft – Tendenzen bemerkbar, die subjektivistischen Einschätzungen zu überprüfen und die Taten Wullenwevers objektiver zu werten.

¹⁰⁹ Friedland, *Kl. Erbe*, S. 26.

¹¹⁰ Ebenda, S. 40.

¹¹¹ Ebenda, S. 26.

¹¹² Dollinger, Ph., *La Hanse (XII^e–XVII^e) siècles*, Paris 1964.

¹¹³ Dollinger, Ph., *Die Hanse*, Stuttgart 1966.

¹¹⁴ Ebenda, S. 428.

¹¹⁵ Ebenda, S. 424.

¹¹⁶ Ebenda.

Mit der Gründung der DDR-Arbeitsgemeinschaft innerhalb des Hansischen Geschichtsvereins im Jahre 1955 fand die Hanseforschung auch bei den Historikern der DDR ein wachsendes Interesse.¹¹⁷

In der Forschungsarbeit stellte sich die neue Arbeitsgemeinschaft das Ziel, das von den bürgerlichen Hansehistorikern in der Vergangenheit geschaffene Bild der Hanse von nationalistischen Tendenzen zu säubern und eine Basis für eine wissenschaftliche Darstellung der Geschichte der Hanse zu schaffen.¹¹⁸ Die Erfüllung dieser Aufgabe war besonders wichtig für die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen zu anderen Ländern, denn die Werke bürgerlicher Geschichtsschreibung waren oftmals „durchtränkt von der Großmachtideologie des deutschen Imperialismus, dessen Geschichtsschreiber sich auch dieses Kapitels aus der Geschichte unseres Volkes bemächtigten, um es zu verfälschen und zur Propagierung der Vormachtansprüche gegenüber unseren Nachbarländern zu mißbrauchen“.¹¹⁹

Ein anderer Forschungsschwerpunkt richtete die Aufmerksamkeit auf die Erfassung der unteren und mittleren Bevölkerungsschichten der Stadt, welche bis dahin von den bürgerlichen Hansehistorikern ignoriert worden waren.¹²⁰

Von Seiten der marxistischen Historiker gibt es noch keine speziellen Untersuchungen zum Wirken Jürgen Wullenwevers. In einem Vortrag auf der Tagung der „Hansischen Arbeitsgemeinschaft in der DDR“ 1955 in Leipzig machte Heinz Pannach einige Ausführungen zu den sozial-ökonomischen Problemen zur Zeit Wullenwevers, die aber mehr anregenden als beweisenden Charakter trugen. Pannach versuchte darzulegen, welche Kräfte hinter Wullenwever standen und welche wirtschaftlichen Veränderungen zu Beginn des 16. Jahrhunderts die Machtstellung Lübecks eindämmten. Er beurteilt Wullenwever nach dem erstrebten Ziel seiner Bemühungen, nämlich kämpfend die Machtstellung der Hanse wiederzuerreichen, was historisch gesehen nicht mehr möglich war. „Hier zeigt sich Wullenwevers Grenze, die verbietet, ihn zu den großen, die geschichtliche Entwicklung fördernden Persönlichkeiten zu rechnen.“¹²¹ Dabei ließ Pannach nicht außer acht, daß Wullenwever zur Durchsetzung seiner Ziele sich auf Bevölkerungsschichten stützte, die vom Patriziat politisch und wirtschaftlich unterdrückt wurden: Bürger und Bauern. Die Zusammenfassung dieser Kräfte führte zur Bedrohung der herrschenden Ordnung.¹²²

Gab es bis zum Jahre 1974 nur aus der Feder bürgerlicher Historiker stammende Gesamtdarstellungen über die Hanse, so wurde mit der Herausgabe des Buches „Die Hanse“¹²³ in der DDR eine erste Gesamtdarstellung auf der Grundlage des historischen Materialismus vorgelegt. Das Autorenkollektiv unter der Leitung von Johannes Schildhauer stellte sich die Aufgabe, gestützt auf die Forschungsergebnisse von zwei Jahrzeh-

¹¹⁷ Siehe bei Schildhauer, J., Progressive und nationale Traditionen in der Geschichte der Hanse. WZ d. E.-M.-Arndt-Univ. Greifswald, Jg. XII/1963, Ges. Spr. Wiss. Reihe Nr. 5/6, S. 497 ff.

¹¹⁸ Siehe bei Schildhauer, J., Forschungen zur Geschichte des Ostseegebietes. Literaturbericht über die in der DDR erschienenen Publikationen. In: Rostocker Beiträge, Regionalgeschichtliches Jahrbuch der mecklenburgischen Seestädte, Bd. 1, Rostock 1967, S. 10.

¹¹⁹ Zitiert nach Schildhauer, J., Fritze, K., Stark, W., Die Hanse, Berlin 1974, S. 8.

¹²⁰ Siehe bei Schildhauer, J., Forschungen, S. 11.

¹²¹ Pannach, H., Einige Bemerkungen zu den sozialökonomischen Problemen um Jürgen Wullenwever. In: Vom Mittelalter zur Neuzeit. Zum 65. Geburtstag von Heinrich Sproemberg, Berlin 1956, S. 124.

¹²² Ebenda, S. 125.

¹²³ Schildhauer/Fritze/Stark, Hanse, 3. Auflage, Berlin 1977.

ten Hanseforschung in der DDR sowie mehrerer sozialistischer Länder, eine objektive Wertung der positiven und negativen Auswirkungen der Hanse auf die Entwicklung anderer Länder und des deutschen Volkes vorzunehmen.¹²⁴ Weiterhin kam es darauf an, die in der Hanse wirkenden Triebkräfte zu erfassen, und die Frage nach ihrem Klassencharakter zu beantworten.

Ausgehend von der historisch-materialistischen Grundposition, daß die religiösen Auseinandersetzungen zu Beginn des 16. Jahrhunderts ihre Ursachen zugleich in sozial-ökonomischen Bereichen hatten, werteten die Verfasser den Kampf Jürgen Wullenwevers als ersten Versuch, gestützt auf die bürgerliche und plebejische Opposition, gegen die Herrschaft des Patriziats und die des Adels vorzugehen.

In der Feststellung, „Jürgen Wullenwever ist eine der hervorragendsten, aber auch umstrittensten Persönlichkeiten der hansischen Geschichte gewesen“,¹²⁵ widerspiegelt sich die Schwierigkeit einer eindeutigen Wertung Wullenwevers.

So schätzten die Autoren Wullenwevers Kampf gegen die Herrschaft des Patriziats und gegen den Feudaladel, mit dem er die Beteiligung „breiterer Schichten der Bevölkerung“ an der Herrschaft sichern wollte, progressiv ein, während sein außenpolitisches Ziel, „die Wiederherstellung und Konservierung überlebter Verhältnisse im Ostsee- und Nordseeraum, nämlich einer auf dem Zwischenmonopol beruhenden Vorherrschaft der Hanse“,¹²⁶ als konservativ, teilweise als reaktionär gewertet wurde.

Stellt man in Rechnung, daß die umfangreiche Untersuchung von Georg Waitz über 100 Jahre zurückliegt, so könnte sich schon daher die Berechtigung einer Neueinschätzung Wullenwevers ableiten. Die unterschiedliche Beurteilung Jürgen Wullenwevers in der älteren und neueren bürgerlichen Geschichtsschreibung und die Tatsache, daß die marxistische Historiographie diese Frage erst berührt hat, fordern uns geradezu auf, eingehendere Forschungen zu treiben, um zu einer objektiven Wertung Wullenwevers zu kommen.

Die Arbeit setzt sich weiterhin das Ziel, ausgehend von den Erkenntnissen der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft über Ziele, Aufgaben und Triebkräfte der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland, das Wirken des Lübecker Bürgermeisters in der Zeit, in der die revolutionäre Bewegung im Abklingen ist, zu sehen und zu werten.

¹²⁴ Ebenda, S. 9.

¹²⁵ Ebenda, S. 236.

¹²⁶ Ebenda, S. 237.

II. Die Sozialstruktur Lübecks im 15. und zu Beginn des 16. Jahrhunderts

Für die Beurteilung der Stellung Jürgen Wullenwevers in den innerstädtischen Auseinandersetzungen in Lübeck im ersten Drittel des 16. Jahrhunderts ist die Darstellung der Bevölkerungsschichten in der Hansestadt, ihrer Beziehungen zueinander und ihrer Haltung gegenüber Jürgen Wullenwever unbedingt notwendig.

Am 21. Mai 1895 übermittelte Friedrich Engels Karl Kautsky unter anderem seine Meinung zu dessen Buch: „Vorläufer des Sozialismus“. Friedrich Engels schrieb: „Die Hauptfehler scheinen mir zwei: 1. Sehr mangelhafte Untersuchung der Entwicklung und Rolle der ganz außerhalb der feudalen Gliederung stehenden, deklassierten, fast pariamäßig gestellten Elemente, die unvermeidlich mit jeder Stadtbildung aufkommen mußten, die unterste rechtlose Schicht jeder Stadtbevölkerung im Mittelalter bilden, los von Marktgenossenschaft, feudaler Abhängigkeit und Zunftverband. Das ist schwer, aber es ist die Hauptbasis, denn allmählich mit Auflösung der Feudalbande wird dies das Vorproletariat . . . Hier ist noch viel nachzuholen.“¹

Diese Einschätzung Friedrich Engels läßt sich übertragen auf Untersuchungen bürgerlicher Historiker zur Zeit der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland und der folgenden Jahre. Ihre Darstellungen befaßten sich zwar mit dem politischen Geschehen und dem Verlauf der religiösen Auseinandersetzungen, berücksichtigten aber in ihrer Mehrzahl unzureichend die ökonomische Entwicklung Deutschlands zu Beginn des 16. Jahrhunderts und die Rolle der untersten Schichten der Stadtbevölkerung. Während vor allen Dingen durch marxistische Historiker in jüngster Zeit zahlreiche Untersuchungen über die ökonomischen und politischen Verhältnisse vor Beginn der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland fundierte Ergebnisse brachten, konnten in gleichem Maße solche hinsichtlich der Darstellung der untersten Schichten der Stadtbevölkerung und der sozialen Stellung der plebejischen Schichten nicht erreicht werden, da die Quellenlage weitaus schwieriger ist. Trotzdem beschäftigten sich in zunehmendem Maße die marxistischen Hansehistoriker mit der Sozialgeschichte der Städte und insbesondere auch der Hansestädte, was in zahlreichen Arbeiten zu diesem Problembereich seinen Ausdruck gefunden hat.²

¹ Marx, K., Engels, F., *Ausgewählte Briefe*, Berlin 1953, S. 589.

² Siehe dazu Schildhauer, J., *Soziale, politische und religiöse Auseinandersetzungen in den Hansestädten Stralsund, Rostock und Wismar im ersten Drittel des 16. Jahrhunderts*. *Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte*, hrsg. im Auftrag des Hansischen Geschichtsvereins, Bd. II, Weimar 1959. Ders., *Die Sozialstruktur der Hansestadt Rostock von 1378–1569*. In: *Hansische Studien*, Berlin 1961, S. 342 ff. Ders., *Das Anwachsen der plebejischen Schicht der Stadtbevölkerung im Ostseegebiet und deren Rolle in der frühbürgerlichen Revolution*. In: *Die frühbürgerliche Revolution in Deutschland*, Berlin 1961, S. 73–80. Fritze, K., *Am Wendepunkt der Hanse. Untersuchungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der wendischen Hansestädte in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts*, Berlin 1967. Ders., *Die Bevölkerungsstruktur Rostocks, Stralsunds und Wismars*

Auch in der Stadt- und Hansegeschichtsforschung der BRD wurde mit Beginn der fünfziger Jahre der Sozialstruktur der Hansestädte größere Beachtung beigemessen,³ ohne aber zu einer befriedigenden Antwort zu kommen. Den unteren Schichten wurde zuwenig Aufmerksamkeit geschenkt.⁴ Wenn W. Hubatsch die Ansicht vertritt, daß für ihn Geschichte „nicht dort von Interesse ist“, wo „pedantische Strukturanalysen anonymer Massen vorgenommen werden“, sondern vielmehr da, wo der historischen Persönlichkeit „die Freiheit der Entscheidung ... vom Schicksal als Gnade geschenkt wird“,⁵ so vertreten die marxistischen Hansehistoriker die Meinung, daß jede weitere sozialgeschichtliche Untersuchung neue Ergebnisse zur Geschichte unseres Volkes bringt.

Es ist erstaunlich, daß die Aussage von H. Reincke, der die vermögensmäßige Gliederung der Bevölkerung der Stadt Hamburg gegen Ende des 14. Jahrhunderts als ausgeglichen charakterisierte und dies als typisches Merkmal für alle Hansestädte an der See ansah,⁶ ohne weiteres von anderen Hansehistorikern der BRD übernommen wurde. So begründete Brandt mit der Ausgeglichenheit der Sozialstruktur⁷ die Tatsache, daß Lübeck und die anderen wendischen Städte – im Gegensatz zu den flandrischen und süd- und westdeutschen Städten – bis Ende des Mittelalters von Verfassungsänderungen verschont geblieben waren.

Jeder Historiker, der sich mit der Wirtschaftsstruktur der wendischen Hansestädte beschäftigt hat, kann ein ziemlich umfassendes Bild der Sozialstruktur der Bevölkerung dieser Städte geben. Außerordentlich schwierig wird es aber, wenn man versucht, auf Grund zeitgenössischer Unterlagen exakte Zahlenangaben über die Stärke der einzelnen Schichten der Stadtbevölkerung zu machen. So fehlen Bürgerschafts- und Einwohnerlisten vollends, so daß selbst die Gesamteinwohnerzahlen der Hansestädte nicht exakt zu ermitteln sind. Zwar würde die genaue Bestimmung der Gesamteinwohnerzahl einer Hansestadt keine direkte Aussage zur Sozialstruktur zur Folge haben, könnte aber doch bestimmte Ansatzpunkte bieten.

am Anfang des 15. Jahrhunderts. Versuch einer sozialstatistischen Analyse. Greifswald Stralsunder Jb. 4/1964, S. 69–79. Ders., Die Lage der hansestädtischen Plebejer. In: Rost. Beitr. 1/1966, S. 41–44. Ders., Soziale und politische Auseinandersetzungen in wendischen Hansestädten am Ende des 14. Jahrhundert. In: Städtische Volksbewegungen im 14. Jahrhundert, Berlin 1961, S. 147–156. Hamann, M., Der Einfluß der verschiedenen Bevölkerungsklassen auf das mittelalterliche Stadtreigiment. Gezeigt am Beispiel der wendischen Hansestädte im Gebiet der DDR. Diss., Berlin 1953. (Maschinenschrift)

³ Siehe dazu Uthmann, K. J., Sozialstruktur und Vermögensbildung im Hildesheim des 15. und 16. Jahrhunderts. Veröff. des Niedersächs. Amtes für Landesplanung u. Statistik, Reihe A, NF. 65, Bremen 1959. Landgraf, H., Bevölkerung und Wirtschaft Kiels im 15. Jahrhundert. Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Neumünster 1959. Brandt, A. v., Die Lübecker Knochenhaueraufstände von 1380/84 und ihre Voraussetzungen. Studien zur Sozialgeschichte Lübecks in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts. Ztschr. f. Lüb. Gesch. 39/1959. Ellermeyer, J., Stade 1300–1399; Liegenschaften und Renten in Stadt und Land. Untersuchungen zur Wirtschaft- und Sozialstruktur einer hansischen Landstadt im Spätmittelalter. Einzelschriften des Stader Gesch.- und Heimatvereins, 25, Stade 1975. Ders., Zur Ermittlung städtischer Sozialstrukturen im Spätmittelalter; Ergebnisse, Fragen und Vorschläge am Beispiel Stades. Stad. Jb. 1974, S. 83–103. Bohmbach, J., Sozialschichten und Steuervermögen in Stade 1677. Stad. Jb. 1974, S. 22–82.

⁴ Siehe bei Fritze, Wendepunkt, S. 156.

⁵ Hubatsch, W., Unruhe des Nordens, Göttingen 1956, S. 59.

⁶ Reincke, H., Bevölkerungsprobleme der Hansestädte. HG Bll 70/1951, S. 33.

⁷ Brandt, Knochenhaueraufstände, S. 136.

Da auch die mittelalterlichen Bürger- und Taufbücher der städtischen Pfarrkirchen als Quellen nicht genutzt werden konnten, benutzten J. Schildhauer und K. Fritze die Verzeichnisse über die Einnahmen der ordentlichen direkten Steuern, die sogenannten Schoßregister, als Quellengrundlage. So kamen sie zu einer Einschätzung der Sozialstruktur der wendischen Hansestädte. Es muß jedoch hervorgehoben werden, daß das Vorhandensein von Schoßregistern in einigen hansischen Archiven ein ausgesprochener Glücksfall ist, da selbst mächtige Hansestädte wie Lübeck und Hamburg diese unvollständig besitzen,⁸ während in anderen Hansestädten nur Bruchstücke der Schoßregister noch vorhanden sind.

Im 2. und 3. Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts vergrößerten sich ständig die Spannungen zwischen der herrschenden Oberschicht und den mittleren und unteren Schichten der Bürger- und Einwohnerschaft der wendischen Hansestädte. In Stralsund, Wismar, Rostock und Lübeck kam es zu erbitterten Auseinandersetzungen um das Stadtrecht, ohne daß wir über die soziale Stellung und aktive Beteiligung der unteren Schichten genügend informiert sind.

Schildhauer wies nach (gestützt auf ein bisher unveröffentlichtes und weitgehend unausgewertetes Quellenmaterial – Stadt-, Haus-, Zeuge-, Garten-, Gerichts- und Bürgerbücher, sowie Schoß- und Steuerregister), daß neben dem Patriziat, der wohlhabenden Kaufmannschaft, das mittlere Handelsbürgertum, die Handwerksmeister und die unteren Schichten in großer Zahl standen.⁹ Auf Grund der günstigen Quellensituation für die Hansestadt Rostock – es sind die Schoßregister von 1378–1569 fast vollständig erhalten – konnte Schildhauer nicht nur die soziale Zusammensetzung der Stadtbevölkerung im ersten Drittel des 16. Jahrhunderts analysieren, sondern auch die Veränderung der Sozialstruktur über einen Zeitraum von ungefähr 200 Jahren verfolgen. Die Untersuchungen bewiesen, daß am Ende des 14. Jahrhunderts eine relative soziale Ausgeglichenheit herrschte. Diese aber ging bis zum ersten Drittel des 16. Jahrhunderts vollends verloren. Während sich die Zahl der vermögenden Kaufleute unwesentlich vergrößerte (von 12% auf 16%), sanken die breiten Mittelschichten (von 60% auf 20%) ab. Die Verkleinerung der Mittelschichten hatte ein starkes Anwachsen der plebejischen Schichten zur Folge, die in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts ungefähr zwei Drittel bis drei Viertel der Bevölkerung Rostocks betrug. Es ist einleuchtend, daß sich diese tiefgreifenden Veränderungen in der Sozialstruktur auf die politischen Verhältnisse auswirken mußten.¹⁰

Während sich die Studien von Schildhauer auf die Städte Rostock, Stralsund – hier wurde für die Jahre 1534/35 das „Rekensbock der upborynghe“ ausgewertet – und Wismar im ersten Drittel des 16. Jahrhunderts konzentrierten, unternahm K. Fritze den Versuch, die wendischen Hansestädte in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts in ihrer Wirtschafts- und Sozialstruktur sowie in ihren außenpolitischen Beziehungen zu erfassen. Fritze ermittelte aus den Rostocker Schoßregistern, daß einer kleinen Oberschicht, die ungefähr 10% der Gesamtbevölkerung Rostocks ausmachte, „breite plebejische Schichten gegenüberstanden, denen die Hälfte, wenn nicht gar fast zwei Drittel der Stadtbevölkerung zuzurechnen sind“.¹¹ Trotz ungünstiger Quellensituation für Stralsund und Wismar – für Lübeck und Greifswald machte das Fehlen von verwertbaren Quellen für

⁸ Siehe bei Fritze, Wendepunkt, S. 116, Anmerkung 6.

⁹ Schildhauer, Stadtbevölkerung, S. 75.

¹⁰ Ebenda, S. 77.

¹¹ Fritze, Wendepunkt, S. 121.

diese Zeit eine Untersuchung der sozialen Schichtung der Bevölkerung dieser Städte unmöglich – kam Fritze zu dem Schluß, daß die Sozialstruktur der Bevölkerung in den genannten Hansestädten in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts im wesentlichen gleich gewesen sei.¹²

Wenn wir die Untersuchungsergebnisse von Schildhauer und Fritze zusammenfassen, können wir folgendes konstatieren: Die soziale Ausgeglichenheit, die am Ende des 14. Jahrhunderts in den wendischen Hansestädten weitgehend noch vorhanden war, ging auf Grund der Tatsache, daß die Mittelschichten zum großen Teil in die plebejischen Schichten hinabgezogen wurden, vollends verloren. Diese Differenzierung hatte zur Folge, daß die politischen und sozialen Spannungen sich in den wendischen Hansestädten zuspitzten und letztlich zu den erbitterten Auseinandersetzungen im ersten Drittel des 16. Jahrhunderts beitrugen.

Für die bessere Einschätzung der Kräfte, auf die sich Jürgen Wullenwever bei seinen Aktionen stützen konnte, ist es notwendig, sich Klarheit über die soziale Struktur und zahlenmäßige Stärke der Stadtbevölkerung zu dieser Zeit in Lübeck zu schaffen. Die Quellensituation gestattet es aber nicht, über die Sozialstruktur Lübecks zu Beginn des 16. Jahrhunderts neue Forschungsergebnisse vorzulegen. Daher erscheint es von Interesse, die Ergebnisse von Schildhauer und Fritze über Rostock, Stralsund und Wismar mit den Ergebnissen Brandts über Lübeck zu vergleichen.

Im Jahre 1959 legte Brandt eine Analyse der Sozialstruktur der Hansestadt Lübeck zur Zeit der Knochenhaueraufstände 1380/84 vor.¹³ Er unternahm den Versuch, die einzelnen Bevölkerungsschichten in Lübeck nach dem Berufsstatus zu gliedern, bezog aber nicht die Schichten ein, die kein Bürgerrecht besaßen. So begrüßenswert die komplizierten Untersuchungen auch waren, ein wahres Bild der Sozialstruktur Lübecks konnte dadurch nicht erbracht werden. Diesem Ziele kommt jedoch die 1966 erschienene Arbeit Brandts näher, die geeignet ist, die soziale Struktur Lübecks Mitte des 15. Jahrhunderts besser zu erkennen und damit Schlußfolgerungen – unter Hinzuziehung der vorhandenen Ergebnisse von Schildhauer und Fritze – auf die Sozialstruktur Lübecks zur Zeit Jürgen Wullenwevers zu ziehen.¹⁴ Eine exakte Analyse der Sozialstruktur der Stadtbevölkerung Lübecks ist nicht möglich, weil in den Steuerregistern nicht alle Bürger erfaßt worden sind.¹⁵ Außerdem sind wichtige mittelalterliche Archivalien verlorengegangen, so daß Brandt auf ältere Quellenverarbeitungen zurückgreifen mußte.¹⁶ Er benutzte die sozialstatistischen Ergebnisse seiner Arbeit über die Knochenhaueraufstände in Lübeck Ende des 14. Jahrhundert. Zu der Sozialschicht I (Kaufleute, Standespersonen), der Sozialschicht II (Krämer, Schiffer, Brauer), der Sozialschicht III (Ämter, Träger), ergänzte Brandt seine Struktur der beruflichen Gliederung nun durch die Sozialschicht IV, in der er die Masse der Unselbständigen, die nicht das Bürgerrecht besaßen, einordnete, so daß er zu folgendem Ergebnis kam:

¹² Ebenda, S. 125.

¹³ Brandt, Knochenhaueraufstände, siehe Anmerkung 3.

¹⁴ Brandt, A. v., Die gesellschaftliche Struktur des spätmittelalterlichen Lübeck. Untersuchungen zur gesellschaftlichen Struktur der mittelalterlichen Städte in Europa. Reichenau-Vorträge 1963–1964, hrsg. vom Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte, Bd. XI, Konstanz-Stuttgart 1966, S. 215–239.

¹⁵ Ebenda, S. 218.

¹⁶ A. v. Brandt benutzt des öfteren Hartwig, J., Der Lübecker Schoß bis zur Reformationszeit. Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, hrsg. von G. Schmoller, Bd. 21, H. 6, Lübeck 1903. Reincke, Bevölkerungsprobleme.

Sozialschicht	Bürgerbevölkerung %	Gesamtbevölkerung %
I	26,5	15,4
II	12,5	7,3
III	61,0	35,4
(davon Handwerker allein)	42,0	24,5
IV	—	41,8 ¹⁷

Um die gewonnene Struktur zu überprüfen, wandte sich Brandt einer Analyse der Vermögensstruktur zu, indem er die Schoßregister der Stadt Lübeck aus dem Jahre 1460 benutzte, wie es Schildhauer für Rostock, Wismar und Stralsund, Fritze für Rostock schon vorher getan hatten.

Die Schoßregister, die jeden Inhaber eines eigenen Haushaltes, auch die Nichtbürger, erfaßten, liegen für das Jahr 1460 in Lübeck in vollständiger und auswertbarer Form vor. Im Jahre 1460 schoßten 19% der Steuerzahler geheim, alle diejenigen, deren Vermögen 768 m. l. überstieg. So konnte zwar von dieser wirtschaftlich und sozialen entscheidenden Bevölkerungsschicht der Stadt Lübeck die Gesamtzahl von 820 Personen und der Gesamtbetrag von 58% des Steueraufkommens ermittelt werden; eine Aufschlüsselung dieser Steuerklasse I aber war nicht möglich. Ein weiterer Mangel liegt darin, daß bei den 1258 Nichtzahlern des Jahres 1460 in Lübeck nur annähernd festgestellt werden konnte, wer steuerfrei¹⁸ oder zahlungsunfähig war.¹⁹ Für das Jahr 1460 wurde die Begründung für 403 Nichtzahler vermerkt. Brandt ermittelte, daß in 123 Fällen (30%) Befreiung, in 224 Fällen Fortzug, Tod, usw. (56%), in 56 Fällen Armut (14%) als Begründung angegeben worden ist. Brandt errechnete prozentual auf die Gesamtzahl der Nichtzahler 180 Arme, machte aber darauf aufmerksam, daß die Zahl der Armen im allgemein wirtschaftlichen Sinn bei weitem größer war.²⁰ Wenn man noch berücksichtigt, daß der von ungefähr 1500–1600 Personen gezahlte Vorschuß der Steuerklasse I und II vom Gesamtsteueraufkommen subtrahiert werden müßte, so kommt insgesamt wohl zum Ausdruck, wie schwierig es ist, selbst eine soziale Gliederung der steuerpflichtigen Stadtbevölkerung vorzunehmen.

Für das Jahr 1460 ergibt sich folgendes Bild der Vermögens- bzw. Einkommensklassen unter den 5600 Zensiten in Lübeck:

Steuerklasse I 18% der steuerpflichtigen Bevölkerung

Oberschicht obere Mittelschicht

Versteuerter Durchschnittsbetrag geschätzt:

ca. 1000 m. l.

Steuerklasse II 30% der steuerpflichtigen Bevölkerung

Mittelschicht

Versteuerter Durchschnittsbetrag:

461 m. l.

¹⁷ Tabelle bei Brandt, Struktur, S. 224.

¹⁸ So waren u. a. Beamte, Geistliche und Stiftungen von der Steuerzahlung befreit.

¹⁹ So bei v. Brandt, Struktur, S. 226.

²⁰ Ebenda, Anmerkung 31.

Steuerklasse III	38% der steuerpflichtigen Bevölkerung
Versteuerter Durchschnittsbetrag:	
114 m. l.	
Steuerklasse IV	14% der steuerpflichtigen Bevölkerung ²¹
Versteuerter Durchschnittsbetrag:	
16 m. l.	

Um seine Ergebnisse mit den ermittelten Werten von Schildhauer für Rostock und Stralsund zu vergleichen,²² faßte Brandt seine vier Steuerklassen zu drei Steuerklassen zusammen.²³ Dabei ergab sich folgendes Bild:

Versteuerter Betrag in m. l.	Lübeck (1460) %	Rostock (1482) %	Stralsund (1534) %	Augsburg (1475) %
über 600	22,3	15,6	12,6	8,5
150-600	38,3	28,6	41,7	5,0
0-150	39,4	55,8	45,7	86,5
der steuerpflichtigen Bevölkerung ²⁴				

Berücksichtigt man die Unterschiede von Größe, Zeit und wirtschaftlicher Bedeutung zwischen den Städten Lübeck, wo der Handel um 1460 noch einer relativ breiten Schicht der Stadtbevölkerung eine ausreichende Existenzgrundlage schuf, und Stralsund und Rostock, wo 1534 bzw. 1482 schon ein Absinken der wirtschaftlichen Bedeutung zu verspüren war, so glaubte Brandt typische Verhältnisse der Hansestädte erfaßt zu haben.

Ein Vergleich mit den von Fritze für Rostock in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts ermittelten Werten, ergibt:

Versteuerter Betrag in m. l.	Lübeck ²⁵ (1460) %	Rostock (1404) %	Rostock (1410) %	Rostock (1421) %	Rostock ²⁶ (1430) %
über 600	22,3	2,61	2,94	6,33	2,89
150-600	38,3	28,13	24,38	36,01	29,75
0-150	39,4	69,29	72,68	57,66	67,36

²¹ Ebenda, S. 227.

²² Siehe bei Schildhauer, Auseinandersetzungen, S. 46.

²³ Steuerklasse I über 600 m.l., Steuerklasse II 150-600 m.l., Steuerklasse III 0-150 m.l.

²⁴ Tabelle bei v. Brandt, Struktur, S. 228. Um vergleichen zu können, faßte A. v. Brandt die von J. Schildhauer ermittelten Werte für Rostock (1482) und Stralsund (1534) wie folgt zusammen: über 600 m.l. Steuergr. 1-4, 150-600 m.l. Steuergr. 5-6, 0-150 m.l. Steuergr. 7. Die Werte für Rostock und Stralsund entnahm A. v. Brandt Schildhauer, Auseinandersetzungen, S. 46, die für Augsburg Reincke, Bevölkerungsprobleme, S. 30.

²⁵ Siehe bei v. Brandt, Struktur, S. 228.

²⁶ Siehe bei Fritze, Wendepunkt, S. 117 ff. Um vergleichen zu können, habe ich die von K. Fritze ermittelten Werte folgendermaßen zu drei Steuerklassen zusammengefaßt: über 600 m.l. Steuerklassen 9, 8, 7 u. 6, 150-600 m.l. Steuerklassen 5 u. 6, 0-150 m.l. Steuerklassen 4, 3, 2 u. 1.

Die Tabellen ermöglichen einen Vergleich der wirtschaftlich-sozialen Stellung der verschiedenen Schichten der Stadtbevölkerung in Lübeck (1460) und Rostock (1404, 1410, 1421, 1430). Es kommt zum Ausdruck, daß die Zahl der reichsten Bürger und natürlich auch ihr Vermögen in Lübeck weitaus größer war als in Rostock, während der prozentuale Anteil der Mittelschichten nicht erheblich voneinander abwich. Auffallend für Rostock im Vergleich zu Lübeck zu Beginn des 15. Jahrhunderts war der große Anteil der plebejischen Schichten.

So aufschlußreich eine Charakterisierung der Stadtbevölkerung nach der Vermögenslage für die Herausarbeitung einer Sozialgliederung auch sein mag, so muß man doch in Rechnung stellen, daß durch sie über die zahlenmäßige Stärke der plebejischen Schicht keine exakten Aussagen gemacht werden können, da nur Personen zur Besteuerung herangezogen wurden, die selbständig waren, aber nicht die Unselbständigen, wie Gesellen, Dienstboten und Arme.

Die Untersuchungen Brandts über die Sozialstruktur Lübecks für das Jahr 1460 haben gezeigt, daß die von Fritze für Lübeck und Greifswald geäußerte Vermutung, daß sich die Sozialstruktur dieser Städte nicht wesentlich von Wismar, Stralsund und Rostock unterschieden habe,²⁷ für Lübeck voll und ganz zutrifft.

Ausgehend von dieser Tatsache und den Ergebnissen Schildhauers über die Veränderung der sozialen Gliederung der Städte Rostock und Stralsund am Ende des 15. und im ersten Drittel des 16. Jahrhunderts kann man wohl auch mit Recht für Lübeck annehmen, daß ein Teil der Mittelschichten in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts verarmte und in die plebejische Schicht absank. Dieser Prozeß hatte auch in Lübeck zur Folge, daß sich die sozialen und politischen Spannungen vergrößerten und mit zu den inneren Auseinandersetzungen unter Führung Jürgen Wullenwevers beitrugen. Weiterhin kann man vermuten, daß die plebejischen Schichten in Lübeck prozentual zur Stadtbevölkerung nicht ganz so groß waren wie in Rostock oder Stralsund. Das war vielleicht eine Begründung dafür, daß die Hansestadt Lübeck als letzte der wendischen Hansestädte von den inneren Unruhen erfaßt worden ist und die Kämpfe nicht die Schärfe angenommen haben, wie in Rostock oder Stralsund.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß, gestützt auf die Ergebnisse von Schildhauer, Fritze und Brandt, die Möglichkeit besteht, hinreichend Aussagen über die Sozialstruktur der wendischen Hansestädte zu machen. Es wird deutlich, daß die Sozialgliederung gemeinsame Züge aufweist, was bestimmte Schlußfolgerungen über die inneren städtischen Auseinandersetzungen zuläßt. Brandt verglich das gewonnene Bild der Sozialstruktur nach dem Berufsstatus mit dem entsprechenden Ergebnis nach der Steuerkraft und kam zu dem Schluß, daß in der Lübecker Sozialstruktur von Harmonie keine Rede mehr sein könne.²⁸ Es ergibt sich, daß der Handelsstand (Kaufleute, Brauer, Schiffer) und die reiche Oberschicht (Steuerklasse I) nicht identisch sind, sondern daß Teile der oberen Berufsgruppen finanziell in die Mittelschicht eingestuft werden müssen. Ebenso haben nicht alle Handwerker – Brandt vermutet die Hilfgewerbe (Träger) – finanziell die Mittelschicht erreicht. Sie sanken in die Unterschicht ab. Der errechnete Anteil der Unterschicht mit 52% auf Grund des Steuervermögens deckt sich recht gut mit den von Schildhauer und Fritze gewonnenen Werten für Rostock und Stralsund. Geht man von der ermittelten Gliederung nach der Steuerleistung aus, so ergibt sich für Lübeck im Jahre 1460 eine Sozialstruktur von 18% Oberschicht, 30% Mittelschicht und 52% Unterschicht.

²⁷ Fritze, Wendepunkt, S. 125.

²⁸ v. Brandt, Struktur, S. 230.

Diese genannte Schichtung ist natürlich sehr grob, da sie die Differenzierungen, die innerhalb jeder Schicht noch bestanden, nicht widerspiegeln kann. Aus diesem Grunde wird die Ober-, Mittel- und Unterschicht in Lübeck etwas näher charakterisiert.

Die herrschende Schicht in der Hansestadt Lübeck bildete das Patriziat.²⁹ Zum Patriziat gehörte eine kleine Gruppe der reichsten Kaufleute, die die Ratsämter, Ratsstühle und Gerichtsfunktionen unter sich verteilte. Bedingt durch ihre ökonomische Macht und die sich daraus ergebende politische Stellung, konnte sie die Innen- und Außenpolitik Lübecks vollkommen bestimmen. Für Lübeck im Jahre 1460 vermutete Brandt wohl richtig, daß das Fünftel, welches mehr als 768 m. l. zu versteuern hatte und darum geheim schoßte (ungefähr 160 Familien), die Gruppe von Kaufleuten bildete, die die Ratsstühle und das Lübecker Domkapitel besetzte. Sie bestimmte die hansische Politik und beeinflusste den nordeuropäischen Fernhandel maßgeblich. An Hand der von E. F. Fehling³⁰ ermittelten Ratslinien wies Brandt nach, daß je Generation 40–50 Geschlechter mit 120–150 Familien das Patriziat in Lübeck bildeten.³¹ Die Zusammensetzung der obersten Schicht schwankte stark. So nahm Brandt an, daß rund ein Fünftel je Generation ausschied und durch neue Kräfte ersetzt wurde.

Folgende Beispiele vermitteln einen Eindruck, wie außerordentlich groß der Reichtum patrizischer Familien in Lübeck im 16. Jahrhundert sein konnte.

Bei seinem Tode 1531 hinterließ der Lübecker Bürgermeister Hermann Plönnies 4858 m. l., Silbergerät, Kleinodien und ein Wohnhaus, außerdem beliebte hansische Handelswaren (Bier, Tuch). 1522 hatte er schon an Kinder aus erster Ehe 4500 m. l. ausgezahlt. Sein Gesamtvermögen wird mehr als 10 000 m. l. betragen haben.³² Godert van Hovelen, 1531 zum Bürgermeister gewählt, verfügte 1537 in seinem Testament über 13 700 m. l. Dann wurde noch Silbergerät und ein Wohnhaus erwähnt, was man insgesamt auf 5000 m. l. schätzen kann. Da aber seinem Sohn noch Renten überschrieben wurden, betrug der Gesamtwert des Vermögens mindestens 20 000 m. l.³³ Zuletzt sei der Lübecker Bürgermeister Nikolaus Brömse angeführt. In seinem vom 22. August 1525 datierten Testament vergab er an Legaten 15 880 m. l., außerdem Renten, Silber, Pferde, bares Geld und ein Wohnhaus, die zusammen einen Wert von 15 000 m. l. hatten. Da sein Sohn 4000 m. l., seine Frau alles übrige erhalten sollte, erreichte sein Vermögen einen Gesamtwert von mindestens 40 000 m. l.³⁴

Diese wenigen Beispiele vermitteln bereits eine klare Vorstellung der Vermögenskonzentration Lübecker patrizischer Familien. Wenn die Oberschicht im Jahre 1460 auch nur 160 Familien stark war, so besaß diese Minorität, gemessen an der Gesamtbevölkerung Lübecks, die wirtschaftliche Macht.

Zahlenmäßig weitaus stärker als die Oberschicht war die Mittelschicht. Zu dieser rechnen wir in Lübeck die noch stark gegliederte Gruppe der mittleren Kaufmannschaft, die Krämer, die Händler, die Brauer, die Schiffer und die Zunfthandwerker. Trotz der

²⁹ Zur Charakterisierung des hansestädtischen Patriziats vgl. Schildhauer, Auseinandersetzungen, S. 27 f. Fritze, Wendepunkt, S. 126 ff.

³⁰ Fehling, E. F., Lübeckische Ratslinie von den Anfängen der Stadt bis auf die Gegenwart. Veröff. zur Gesch. der Freien und Hansestadt Lübeck, hrsg. vom Staatsarchiv Lübeck, Bd. 7, Heft 1, Lübeck 1925.

³¹ v. Brandt, Struktur, S. 232.

³² Siehe bei Richter, W., Lübeckische Vermögen im 16. und 17. Jahrhundert (1500–1630), Diss. Berlin 1913, S. 10 f.

³³ Ebenda, S. 13.

³⁴ Ebenda, S. 11 f.

Unterschiede innerhalb der Mittelschicht war allen die Selbständigkeit gemeinsam.³⁵ Diese Selbständigkeit unterschied die Mittelschicht zwar eindeutig von der plebejischen Schicht, grenzte sie aber nicht von der Oberschicht ab.

Die politische Stellung der einzelnen Gruppen der Mittelschicht betreffend kann man feststellen, daß die Stellung der Kaufmannschaft gegenüber dem Patriziat verfassungsrechtlich gleich war, denn nach dem Lübischem Recht waren alle Kaufleute ratsfähig. Die Praxis zeigte aber, daß nur die reichsten Familien die Macht ausübten, während der reichen und mittleren Kaufmannschaft die Ratstühle versagt blieben. Dennoch bildete die mittlere Kaufmannschaft das Nachwuchsreservoir der Führungsschicht. Hatte ein Kaufmann günstige Geschäfte getätigt und ein großes Vermögen angehäuft, besaß damit also ökonomische Stärke, konnte er ohne weiteres in die Führungsschicht auf-rücken. Wie groß aber der soziale Unterschied zwischen der patrizischen und nicht-patrizischen Kaufmannschaft in Lübeck war, äußerte sich in der Gründung der Kaufleute-Kompanie Mitte des 15. Jahrhunderts, der nur Kaufleute angehörten, denen die patrizische Zirkelgesellschaft den Zutritt verweigerte.

Weiterhin schlossen sich Lübecker Großkaufleute – entsprechend ihrer bevorzugten Handelsgebiete – zu großen kaufmännischen Genossenschaften, den sogenannten „nation“, zusammen. So entstanden in Lübeck die Gesellschaften der Riga-, Bergen-, Stockholm-, Nowgorod- und Schonenfahrer. Diese kaufmännischen Vereinigungen hatten das Ziel, die gemeinsamen Interessen gegenüber dem Rat zu vertreten und sich selbst ausreichend Schutz im überseeischen Handel zu gewähren. Kaufleute also von entscheidender wirtschaftlicher Bedeutung, denen aber, obwohl ratsfähig, der Zugang zur Stadtherrschaft versperrt war. Obwohl auch die Kleinkaufleute, die Händler und die Krämer die formalrechtliche Gleichheit besaßen, war die Abgrenzung in der sozialen Stellung gegenüber den Ratsfamilien auf Grund der Vermögensunterschiede eindeutig.

Deutlich unterschied sich die sozialökonomische Stellung der Zunfthandwerker von der des Patriziats und selbst von der mittleren Kaufmannschaft. Diese zahlenmäßig relativ starke Bevölkerungsgruppe war in Lübeck wie in anderen Städten minderberechtigt, da die Handwerker nach dem Lübischem Recht, insbesondere nach dem sogenannten Ratswahldekret Heinrichs des Löwen,³⁶ nicht ratsfähig und damit von jeder politischen Entscheidung ausgeschlossen waren. Während das Bestreben der nichtpatrizischen Kaufmannschaft dahinzielte, durch eine entscheidende Verbesserung ihrer ökonomischen Situation in die Führungsschicht einzudringen, war den Handwerkern dieser Weg versperrt. Sie standen damit in einem grundsätzlichen Gegensatz zur herrschenden Schicht.

Es ist auf Grund der Quellenlage sehr schwierig, die Mittelschicht quantitativ auf Kaufleute, Krämer, Brauer, Schiffer und Zunfthandwerker aufzuschlüsseln, da die Berufsbezeichnungen in den Schoßregistern nicht gefordert und nur manchmal darin aufgezeichnet worden sind.

Aus den ermittelten Zahlen für Lübeck am Ende des 14. Jahrhunderts – 50 Krämer, 150 Brauer, 120 Schiffer und 1350 Meister verschiedener Berufe –³⁷ geht wohl eindeutig hervor, welche Kraft die Zunfthandwerker innerhalb der Mittelschicht verkörperten. Die Handwerker gliederten sich in Lübeck nach Beschäftigung und Erwerb in Ämter. J. P. Willebrandt nannte die vier großen Ämter – Schuster, Bäcker, Schmiede, Schnei-

³⁵ Siehe bei Fritze, Wendepunkt, S. 140.

³⁶ LUB I, Nr. 4. Danach waren alle Personen nicht ratsfähig, die durch Ausübung eines Handwerks ihren Lebensunterhalt verdienten.

³⁷ So bei v. Brandt, Knochenhaueraufstände, S. 129 f.

der – und 72 kleinere Ämter.³⁸ Für Lübeck muß man wohl auch die Krämer, Schiffer und Brauer im weiteren Sinne zu den Ämtern zählen.³⁹ Brandt wies darauf hin, daß neben den Bäckern und Schustern auch solche Ämter wie die der Goldschmiede und Schlachter (Knochenhauer) beträchtliche Vermögen aufwiesen, während andere Ämter sozial und finanziell weit unter ihnen standen.

Das wird klar ersichtlich, wenn man die Höhe des Mindestvermögens bei der Aufnahme in die verschiedenen Ämter betrachtet. So mußten zu Anfang des 15. Jahrhunderts bei den Nädlern 4 m. l. und bei den Schustern 30 m. l. bei der selbständigen Berufsausübung nachgewiesen werden.⁴⁰ Auch innerhalb einer Berufsgruppe – z. B. bei den Brauern – gab es erhebliche vermögensmäßige Unterschiede. So hatten nach der Brauordnung von 1409 der Exportbrauer 100 m. l. und der „Pfennigbrauer“ 50 m. l. Vermögen bei der Aufnahme in die Zunft nachzuweisen.⁴¹ Brandt vermutete auch, daß einige Handwerker und Brauer neben ihrem Gewerbe mit Heringen, Salz und Tuchen Handel trieben oder aber – Voraussetzung war die Anhäufung eines gewissen Vermögens – ganz in der Kaufmannschaft aufgingen. Diese Vermutung wird durch Verbote des Rates bestätigt.⁴²

Die Mittelschicht war damit ein äußerst starker ökonomischer Faktor in der Hansestadt Lübeck. Die Gruppen innerhalb dieser Schicht aber vertraten sehr verschiedene politische und ökonomische Ziele weil, wie dargelegt wurde, entscheidene Vermögensunterschiede vorhanden waren. Es muß also bei einer Einschätzung der Mittelschicht zu den außen- und innenpolitischen Aktionen Jürgen Wullenwevers differenziert vorgegangen werden.

Die Untersuchungen von Schildhauer, Fritze und Brandt haben bestätigt, daß in den wendischen Hansestädten die plebejische Schicht das zahlenmäßig stärkste Element der Stadtbevölkerung war. Schon in bekannten mittelalterlichen Chroniken finden sich Bemerkungen, die auf die untersten Schichten der Stadtbevölkerung hinweisen. So berichtete Thomas Kantzow in seiner Chronik aus dem 16. Jahrhundert, daß 1400 Menschen in Stralsund nur mit dem Entladen und Beladen von Schiffen beschäftigt gewesen seien, und von etlichen tausend Leuten, die in Kellern gehaust hätten.⁴³ So übertrieben diese Zahlen auch sein mögen, geben sie uns doch wichtige Hinweise darüber, wie groß die unterste Schicht von einigen Chronisten eingeschätzt wurde.

Die oben erwähnten Arbeiten haben diese Erkenntnis nun dahingehend präzisiert, daß wir mehr über die zahlenmäßige Stärke, die Zusammensetzung, die politische und soziale Stellung dieser plebejischen Schicht wissen und ihre Bedeutung bei den innerstädtischen Auseinandersetzungen einschätzen können. So wies Schildhauer nach, daß von den Personen, die in den Steuerregistern erfaßt worden waren, nicht weniger als 55,3% (Stralsund 1534) beziehungsweise 63,6% (Rostock 1533) zur untersten Schicht gehörten, die plebejische Schicht aber weitaus stärker gewesen war.⁴⁴ Die Studien von Fritze ergaben, daß schon in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts die plebejische Schicht in Rostock

³⁸ Willebrandt, Chronik, S. 55 f.

³⁹ So bei v. Brandt, Struktur, S. 235.

⁴⁰ Ebenda, S. 236.

⁴¹ Ebenda.

⁴² Ebenda.

⁴³ Kantzow, Th., Chronik von Pommern in hdt. Mundart. Hrsg. von G. Gaebel, Bd. 2, Stettin 1898, S. 258.

⁴⁴ Schildhauer, Auseinandersetzungen, S. 42 ff.

1430 54,87%,⁴⁵ in Stralsund 1405 40,9%⁴⁶ und in Wismar 1435 56,52%⁴⁷ der Stadtbevölkerung betrug, während Brandt 1460 in Lübeck eine Unterschicht von 52% ermittelte.⁴⁸ Auch für die Hansestadt Reval errechnete H. v. z. Mühlen eine Unterschicht von 60% der Stadtbevölkerung. Trotz dieses Ergebnisses erkannte Mühlen die These von Reincke von der angeblichen Ausgeglichenheit der Sozialstruktur in den Hansestädten an und betrachtete Reval als einen „mehr zum Typus der süddeutschen Großkaufmannschaft gehörenden Sonderfall“, der durch eine „national gemischte Bevölkerung ... besonderen Bedingungen der sozialen Struktur unterworfen war“.⁴⁹ Man kann wohl mit Recht feststellen, daß Reval hinsichtlich der Sozialstruktur keinen Sonderfall innerhalb der Hansestädte im Spätmittelalter darstellte, sondern eine typische Sozialstruktur aufwies, wie wir sie in den wendischen Hansestädten auch hatten.

Während wir die Selbständigkeit als ein gemeinsames Merkmal aller Angehörigen der Mittelschicht betrachteten, fällt es schwer, ein ähnliches Charakteristikum für die einzelnen Bevölkerungsgruppen der plebejischen Schicht zu finden.⁵⁰ Die plebejische Schicht hatte in den wendischen Hansestädten eine sehr verschiedenartige Zusammensetzung. Zu ihr gehörten auch die verarmten Handwerker und Kleinhändler. Brandt hob hervor, daß in Lübeck 5,4% der Handwerker finanziell nicht den Mittelstand erreichten⁵¹ und zu der Unterschicht gezählt werden müssen. Die Anzahl der Gesellen und Lehrlinge war mindestens so groß wie die Anzahl aller Meister der Stadt Lübeck. Durch die Schließung der Ämter seit Beginn des 15. Jahrhunderts und die Absprachen der Zünfte mehrerer Städte untereinander über die Höhe des Lohnes verschlechterte sich die Lage gerade dieser Gruppe besonders.

So wie sich die Handwerker in eigenen Korporationen zusammenschlossen, müssen auch die Träger in die Unterschicht eingegliedert werden. Dem Zusammenschluß zur Korporation legte der Rat keine Schwierigkeiten in den Weg, da diese sich leichter überwachen ließ als Einzelpersonen. Brandt schätzte für Lübeck im ausgehenden 14. Jahrhundert mit den eng dazugehörigen Korporationen der Packer, Kohlenstürzer, Karrenführer, Wein- und Bierspunder mindestens 500 Träger.⁵² Zum Plebejertum in Lübeck gehörten auch die Seeleute. Da die lübische Handelsflotte am Ende des 14. Jahrhunderts 120 Schiffe zählte, schätzte Brandt 500–600 Seeleute.⁵³ Hinzu kam eine große Anzahl von Tagelöhnern, die alle unqualifizierte Arbeiten in der Stadt ausführen mußten. Da sie außerhalb jeglicher Korporation standen, teilweise nur in Kämmererechnungen erwähnt wurden, ist es unmöglich, ihre Zahl auch nur annähernd festzustellen. Ähnlich schwierig ist es, die Anzahl der Knechte, Diener und Mägde, die einen großen Teil der untersten Schicht ausmachten, für Lübeck zu ermitteln, obwohl man wohl annehmen kann, daß jeder Haushalt der Ober- und Mittelschicht einen Knecht, einen Diener oder eine Magd hatte. Es gab Beispiele von Bürgerfamilien, die fünf Personen Dienstpersonal hatten.⁵⁴

Für die genannten Gruppen innerhalb der plebejischen Schicht zweifelte Brandt eine

⁴⁵ Fritze, Wendepunkt, S. 120.

⁴⁶ Ebenda, S. 123.

⁴⁷ Ebenda, S. 125.

⁴⁸ v. Brandt, Struktur, S. 236.

⁴⁹ v. z. Mühlen, H., Die Bevölkerung Revals im Spätmittelalter. HG Bil 75/1957, S. 48.

⁵⁰ Siehe dazu Fritze, Wendepunkt, S. 158.

⁵¹ v. Brandt, Struktur, S. 230.

⁵² Ders., Knochenhaueraufstände, S. 134.

⁵³ Ebenda, S. 135.

⁵⁴ Vgl. dazu Fritze, Wendepunkt, S. 160.

echte soziale Notlage an, da es in Lübeck zu Äußerungen sozialer Unzufriedenheit nicht gekommen war und das Steueraufkommen aus dieser Unterschicht der Erwerbstätigen es nicht rechtfertigte, von Armen zu sprechen.⁵⁵ Diese Aussage steht aber in schroffem Gegensatz zu den Ermittlungen von Fritze über den Verdienst der Tagelöhner in Rostock, der nämlich feststellte, daß dieser Verdienst oftmals unter dem Existenzminimum lag.⁵⁶

Auch Brandt stellte fest, daß die Armut in Lübeck bis zum Beginn des 16. Jahrhunderts auf fast 20% gestiegen sei. Diese 3000 Armen waren natürlich um die Mitte des 15. Jahrhunderts ein wichtiger Faktor, wobei die Insassen der Hospitäler und Armenhäuser noch hinzukommen, so daß Brandt ungefähr 3500 Arme annimmt.

Fassen wir das gewonnene Bild über die Sozialstruktur Lübecks Mitte des 15. Jahrhunderts zusammen.

An der Spitze stand eine patrizische Oberschicht von 150 Familien, die die politische und wirtschaftliche Macht in ihren Händen hatten. Zu der bürgerlichen Mittelschicht, nichtpatrizische Kaufleute, Schiffer, Brauer und Zunfthandwerker, gehörten 2500 Familien, wobei das Vermögensgefälle doch schon recht beachtlich sein konnte. Die zahlenmäßig stärkste Schicht war die plebejische Schicht. Rechnen wir 100 verarmte Handwerker und Kleinkaufleute, mindestens 3000 Knechte, Diener und Mägde, 500 Träger, 600 Seeleute, 2500 Gesellen und Lehrlinge und 3500 Arme, so kommen wir auf rund 10 000 Personen in Lübeck, die die unterste Schicht bildeten. Stellt man nun die Entwicklungstendenz der Sozialstruktur von der Mitte des 15. Jahrhunderts bis zum ersten Drittel des 16. Jahrhunderts in Rechnung, daß nämlich Teile der Mittelschicht in die plebejische Schicht absanken, wird ersichtlich, daß die unterste Schicht sich zahlenmäßig vergrößerte.

⁵⁵ v. Brandt, Struktur, S. 237.

⁵⁶ Fritze, Wendepunkt, S. 166.

III. Die Bedeutung der Lübecker Bürgerausschüsse für den Kampf um die Beteiligung an der Stadtherrschaft und die Einführung der Reformation sowie das Wirken Jürgen Wullenwevers

Ebenso wie in den westlichen Hansestädten und den anderen Städten des wendischen Quartiers hatten sich die reformatorischen Lehren zu Beginn der 20er Jahre des 16. Jahrhunderts auch in Lübeck verbreitet. Zwar gelang es Rat und Domkapitel, die Einführung der Reformation noch zu verhindern, indem sie die Schriften Luthers verboten und die neuen Prediger auswiesen, aber sie konnten durch diese Maßnahmen nicht vermeiden, daß die neuen Lehren von der bürgerlichen und plebejischen Opposition aufgenommen wurden und daß sich ihre Durchsetzung gegenüber dem Rat mit sozialpolitischen Forderungen verband.

Lübecks unmittelbare Beteiligung an den politischen Umwälzungen im Norden Europas war durch eine aktive Unterstützung Gustav Wasas in Schweden und durch die Hilfe für Herzog Friedrich von Holstein in Dänemark im Kampf gegen Christian II. gekennzeichnet. Das hatte die Stadt in finanzielle Schwierigkeiten gebracht, die das normale Maß weit überschritten, denn Lübeck mußte die Hauptlast der Kriegskosten tragen. Nach der Festlegung auf dem Städtetag 1523 in Stralsund entfielen von 30 000 Gulden, die die Hansestädte Stralsund, Rostock, Danzig und Lübeck für zweitausend Landsknechte und zweihundert Reiter aufbringen sollten, allein 9729 Gulden auf Lübeck, also fast ein Drittel der Gesamtsumme.¹ Außerdem kam noch hinzu, daß Lübeck bei öffentlichen Leistungen für die Hanse oder für das Reich immer an Spitze der Hansestädte stand. Diese permanenten finanziellen Belastungen, der Unwillen der Bevölkerung gegen die Mißstände der katholischen Kirche und der sich verschärfende Kampf um die Durchsetzung der neuen Lehren zwangen den Rat in den 20er Jahren des 16. Jahrhunderts des öfteren, die Stimmung der Bürgerschaft festzustellen. Dabei konnte der Rat nicht übersehen, daß die Haltung der Bürger- und Einwohnerschaft immer aggressiver wurde, so daß äußerste Vorsicht geboten war. Da es keine gesetzlichen Vorschriften, sondern nur überlieferte Gewohnheiten gab, die Meinung der Bürger zu erfragen, hing es von einer geschickten Auswahl der zu Befragenden ab, welches Ergebnis der Rat erreichen wollte. Es lag natürlich nicht im Interesse des Rates, die gesamte Gemeinde zu befragen, da er Zusammenrottung und Aufruhr fürchtete, sondern nur angesehene Bürger – z. B. die Älterleute der kaufmännischen Genossenschaften – auf das Rathaus bat. E. H. Grauthoff vermutete, daß es auch im Reformationsjahrzehnt eine feste Liste solcher Bürger in Lübeck gegeben habe, die der Rat im Bedarfsfalle befragen konnte.² Die Einberufung der ganzen Gemeinde durch den Rat war nur dann nicht zu umgehen, wenn eine bestehende Steuer erhöht werden sollte oder es sich um die Bewilligung einer neuen Steuer

¹ Vgl. Hanserezesse, III. Abteilung, hrsg. von Dietrich Schäfer und Friedrich Techen, Bd. 8, Leipzig 1910, Nr. 264.

² Grauthoff, E. H., Vorlesungen über die lübeckische Reformationsgeschichte. In: Historische Schriften aus dem Nachlasse, 2. Bd, Lübeck 1836, S. 16 ff.

bzw. Sondersteuer handelte. Diese Maßnahme, so unangenehm sie dem Rat auch sein mochte, war nicht zu vermeiden, da die gesamte Bürger- und Einwohnerschaft die Steuerlast tragen mußte. Sie hätte eine Erhöhung bzw. Einführung einer Steuer auf administrativem Wege nicht in jedem Fall geduldet, so daß der Rat an die Freiwilligkeit seiner Bürger appellierte. Außerdem muß betont werden, daß das Einziehen von Sondersteuern erwählten Bürgern, den „Kistensittern“, zufiel, was natürlich die Alleinherrschaft des Rates in der Stadt einengen konnte.

Die nicht endende finanzielle Unsicherheit und die sich immer mehr verschärfenden Auseinandersetzungen auf kirchlichem Gebiet zwangen den Rat – W. Jannasch vermutete 1526, spätestens 1527 – sich einen feststehenden Kreis von wirtschaftlich starken und einflußreichen Bürgern zu schaffen, den er bei wichtigen Entscheidungen befragte. So gehörten dazu von ratsfähigen Familien Hans Lüneburg, Hartich van Stiten, Gotke Engelstede, Hans Castorp, Hinrik Castorp, Jasper Bomhower und Dr. Hinrik Brömse,³ ein Bruder des Bürgermeisters Nikolaus Brömse. Von der Leonhardsbruderschaft finden wir die Namen Marcus Helmstede, Berend Johannsen, Borchardt Klodt, Claus Repenhagen, Lutke Walhoff, Berend Kruselman, Hans Stippekkolk und Kord Koning,⁴ während sich bei acht weiteren Mitgliedern die Zugehörigkeit zu den Ämtern nachweisen läßt.⁵ Analysiert man die späteren Bürgerausschüsse, so stellt man fest, daß Männer wie Hans Stippekkolk, Gotke Engelstede (64er) und Kord Koning (100er) auch dort wieder in Erscheinung traten. Interessant ist auch, daß Gotke Engelstede, Lutke Walhoff, Berend Johannsen, Hans Castorp und Hinrik Castorp geschäftliche Verbindungen zu Jürgen Wullenwever hatten, der damals einer der Älterleute der Nowgorodfahrer war.⁶ Über den Einfluß dieses Gremiums ist weiter nichts bekannt, es hat aber bei wichtigen Entscheidungen in dieser Zeit bestimmt mitgewirkt.

Da in der Folgezeit die Schulden der Stadt nicht getilgt werden konnten, war der Rat gezwungen, neue Steuern von der Gemeinde zu fordern. Die kurz vor dem 1. April 1528 ungerufen erschienene Lübecker Bürgerschaft war wohl nicht sofort bereit, denn sie verband die Bewilligung der Steuer mit der Forderung, daß 36. Männer aus dem Mittel der Bürgerschaft erwehlet worden/welche auff den Empfang und Ausgabe der bewilligten Contribution mit Obacht haben solten.⁷

Innerhalb eines Jahres hatte sich die Situation zuungunsten des Rates verändert. Während der Rat 1527 noch selbständig die ihm angenehmen Bürger aussuchte, machte nun die Lübecker Bürgerschaft die Zahlung der Steuer davon abhängig, daß Vertreter aus ihrer Mitte gewählt wurden, die die Aufsicht über die Steuergelder führen sollten.

Schon in der Vergangenheit hatte der Lübecker Rat sich bemüht, teils um die Schulden der Stadt schneller zu beseitigen, teils um die Bürgerschaft zu beruhigen, die Geistlichkeit Lübecks ebenfalls zu besteuern, was auf den energischen Widerstand des Domkapitels stieß. Obwohl es zwischen Rat und Domkapitel deswegen zu Meinungsverschiedenheiten kam, muß hervorgehoben werden, daß gemeinsame Interessen grundsätzlich zu einem guten Einvernehmen in dieser Frage führten.

Der Grundgedanke der Artikel, die der 36er Ausschuß am 1. April 1528 dem Rat und der Gemeinde vorbrachte, war die Besteuerung von sechs Schilling auf hundert Mark, die

³ Siehe bei Jannasch, Reformationgeschichte, S. 212.

⁴ Ebenda.

⁵ Ebenda.

⁶ Ebenda.

⁷ Kirchring, Müller, Compendium, S. 143.

Weltliche und Geistliche, Kirchen und Klöster zahlen sollten.⁸ Weiterhin verlangte der 36er Ausschuß, daß die vier Mark, die das Kapitel von allen Benefizien und Vikarien bekam, solange in die „Kiste“ fließen sollten, bis die finanzielle Notlage beseitigt war. Der Rat drang auf Abänderung dieser Forderungen, mußte aber nach der drohenden Haltung des 36er Ausschusses die Artikel annehmen, um die Schulden der Stadt abzutragen und einem Aufruhr vorzubeugen. Da der Rat die Zustimmung bekam, vierundzwanzig Personen auszuwählen, die an der „Kiste“ den Vorsitz führen sollten, rechnete er fest damit, durch geschickte Zusammensetzung dieses Personenkreises eine Änderung der Artikel durchzusetzen. Das aber wurde verhindert, da die Gemeinde es ablehnte, Ratsherren als „Kistensitzer“ zuzulassen. Hier wurde klar ersichtlich, daß der Rat mit seiner Parteinahme für das Kapitel eine Niederlage erlitt, was selbst der stolze Nikolaus Brömse zugeben mußte.⁹

Die vorhandene Quellsituation läßt es leider nicht zu, die Zusammensetzung des 36er Ausschusses zu ermitteln. Aus seinen Forderungen und seinem Auftreten kann man aber schließen, daß er sich wohl schon erheblich vom 32er Ausschuß des Jahres 1527 unterschied und daß die Elemente, die auf Veränderung des Stadtreiments drängten, zugenommen hatten. Weniger der 36er Ausschuß, über dessen Tätigkeit nichts bekannt ist, sondern die vom Rat erwählten vierundzwanzig „Kistensitzer“ haben in der Folgezeit energisch versucht, die beschlossenen Artikel durchzukämpfen.

In diesen Auseinandersetzungen trat ein in Lübeck angesehener Kaufmann, Harmen Israhel, in den Vordergrund, der sich in den 20er Jahren des 16. Jahrhunderts zum Wortführer der bürgerlichen Opposition entwickelt hatte. Er hatte 1520 Gustav Wasa in seinem Hause Unterschlupf gewährt und ihm später im Kampf gegen Christian II. Hilfe geleistet. Diese Unterstützung hatte ihm der Schwedenkönig mit erheblichen Vergünstigungen im Handel gedankt.¹⁰ Als eifriger Anhänger der kirchlichen Neuerungen und leitendes Mitglied der „Kistensitzer“ weitete sich Harmen Israhels Einfluß, und man kann wohl annehmen, daß er bis zum Emporkommen Jürgen Wullenwevers an jeder finanziellen Aktion Lübecks beteiligt war.¹¹ Als Vertreter der „Kistensitzer“¹² forderten Harmen Israhel und Hans Reder persönlich das Kapitel und den Klerus auf, an der „Kiste“ zu erscheinen, um ihrer Steuerpflicht unter Eidesleistung nachzukommen. Der Dekan nahm diese Aufforderung an und berief einige angesehene Mitglieder des Kapitels zu einer Sitzung, wo über die Antwort an die „Kistensitzer“ entschieden werden sollte. Der Stimmung der Bürgerschaft Lübecks Rechnung tragend, verzichtete das Kapitel auf eine strikte Ablehnung, wie es in der Vergangenheit des öfteren praktiziert worden war. Einigen Domherren schwebte die Bildung eines Zwölferausschusses vor, bestehend aus vier Mitgliedern des Rates, die als Vermittler auftreten sollten, vier Mitglieder des Kapitels und vier Angehörigen der „Kistensitzer“, um über die Forderungen an das Kapitel zu sprechen. Als der Dekan am 25. April die Bürgermeister über das Begehren der „Kistensitzer“ informierte, leugneten diese, den Forderungen zugestimmt zu haben. Sie gaben aber der Hoffnung Ausdruck, daß die Antwort des Kapitels so abgefaßt werde, daß keine Empörung in der Bürgerschaft entsteht. Am 28. April empfingen Harmen Israhel und Hans Reder das Antwortschreiben des Kapitels, worin die Geistlichkeit als Grund-

⁸ Vgl. Jannasch, Reformationgeschichte, S. 212.

⁹ Ebenda.

¹⁰ So bei Waitz, Wullenwever, I, S. 74.

¹¹ Siehe bei Jannasch, Reformationgeschichte, S. 258.

¹² Ebenda, S. 214, Anm. 17.

lage weiterer Verhandlungen über die Steuern die Bildung eines Zwölferausschusses forderte.¹³ Obwohl der Rat versuchte, die „Kistensitzer“ von der Richtigkeit der Entgegnung des Kapitels zu überzeugen, lehnten diese jede Änderung ihrer Artikel ab, mit dem Hinweis, daß die Bürger es beschlossen hätten. Die weiteren Verhandlungen waren dadurch gekennzeichnet, daß die „Kistensitzer“ versuchten, ihre Forderungen zu verteidigen, während der Rat unter allen Umständen verhindern wollte, daß die gesamte Bürgerschaft zusammenkommen könnte. Das hätte eine Verschärfung der Situation nach sich gezogen. Der Rat bat letztlich aus diesem Grunde, daß das Kapitel einlenken solle, um Ärgeres zu verhindern. So erklärte sich dann das Kapitel bereit, die von der Bürgerschaft geforderten Steuern zu zahlen.¹⁴ Die Durchsetzung dieser Forderungen und die standhafte Haltung der „Kistensitzer“ zeigte, wie sich das Selbstbewußtsein der Bürger entwickelt hatte und wie stark die antiklerikalen Kräfte sein mußten, auf die sich die „Kistensitzer“ stützen konnten.

Auch die im Jahre 1528 von der Gemeinde bewilligten Steuern hatten es nicht vermocht, Lübeck aus der finanziellen Misere herauszuführen. Der Rat rief deshalb am 24. August 1529 einige namhafte Bürger – aus ratsfähigen und Handwerkerkreisen – zusammen, um ihnen neue Steuerartikel vorzuschlagen. Diese lehnten aber mit dem Hinweis ab, daß zu dieser wichtigen Entscheidung die gesamte Gemeinde einberufen werden müsse. Als am 7. September die vom Rat geladene Bürgerschaft erschien, bemerkte man, daß der Rat einige Bürger „vergessen“ hatte, so daß die Verhandlungen scheiterten. Am 10. September endlich erläuterte der Bürgermeister Harmen Falcke vor der vollständig einberufenen Gemeinde die neuen Steuerforderungen des Rates. Bei der Begründung versäumte er nicht, die Türkensteuer, die der Stadt vom Kaiser auferlegt worden war, anzuführen, um die Bürgerschaft von der Notwendigkeit neuer Steuern zu überzeugen. Es drohte bei Nichtzahlung die Acht und Aberacht.¹⁵ Nachdem der Gemeinde die Steuerartikel verlesen worden waren, ergab die anschließende Besprechung, zu der sich die Gemeinde nach altem Brauch in Kaufleute und Junker einerseits und Angehörige der Ämter andererseits geteilt hatte, keine Einigung. Darauf wählten sie *also 24 van junkern und kopluden und 24 ut den amten*¹⁶ und teilten dem Rat die Namen der Gewählten mit. Aus der paritätischen Zusammensetzung des 48er Ausschusses wird ersichtlich, daß der Einfluß der Handwerker zugenommen hatte. Vertreter der plebejischen Schichten fehlten aber vollends, so daß man nicht erwarten kann, daß sich dieser Ausschuß für ihre Belange einsetzte. Durch den 48er Ausschuß stellte die Gemeinde eindeutig die Forderung an den Rat, daß sie den neuen Steuern nur dann zustimmen würde, wenn *se gude predicanten mochten kriegen, de en Gades Wort mochten predigen und lehren*.¹⁷ Außerdem verlangte die Gemeinde Rechenschaft über die Geldausgaben vergangener Kriegs- und Friedensjahre und über die Einnahmen von Gotland und Bornholm.¹⁸

Ein neues Moment in der Auseinandersetzung zwischen Rat und Bürgerschaft tritt damit hervor. Jetzt wurden kirchliche, wirtschaftliche und politische Forderungen miteinander verknüpft. Nur dann ist die Gemeinde bereit, dem Rat in Steuerfragen entgegen-

¹³ Ebenda, S. 214.

¹⁴ Ebenda, S. 217.

¹⁵ Ebenda, S. 263.

¹⁶ Petersen, F., Ausführliche Geschichte der Lübeckischen Kirchenreformation in den Jahren 1529–1531 aus dem Tagebuch eines Augenzeugen und Beförderers der Reformation, Lübeck 1830, S. 4.

¹⁷ Ebenda, S. 5.

¹⁸ Ebenda.

zukommen, wenn sie von ihm Zugeständnisse zur Durchsetzung der neuen kirchlichen Lehre erhält und Einsicht in die Finanzlage der Stadt bekommt. Um dem Rat die beiden entscheidenden Punkte – Rechenschaft über die Geldausgaben und Einsetzung neuer Prädikanten – vorzutragen, wählte der 48er Ausschuß *tein borger ut sik*.¹⁹ Berichten die Quellen wenig über die Zusammensetzung des 48er Ausschusses, so gibt doch der Zehnerausschuß, dessen Mitgliederliste bekannt ist, einen Überblick über die Kräfte, die im 48er Ausschuß führten. Ihm gehörten die Kaufleute Harmen Israhel, Gotke Engelstede, Hans Castorp, die Rentner Markus Tode und Gerd Stotebrügge, der Ritter Jürgen van Lunten sowie der Brauer Joachim Sandow und der Ankerschmied Borchert Wrede an.²⁰ Obwohl diese Gruppe eindeutig unter kaufmännischer Führung stand, darf nicht übersehen werden, daß mit Borchert Wrede und Joachim Sandow Männer aus den Ämtern in den Vordergrund traten.

Am 13. September verhandelten die Bürgermeister Harmen Falcke, Mathäus Packebusch, Harmen Plönnies, die beiden Kämmerer Jochim Gercken und Hinrich Kerkring mit dem Zehnerausschuß.²¹ Dieser brachte gegenüber den Mitgliedern des Rates zum Ausdruck, daß die Bewilligung der städtischen Sondersteuer von der Zusage guter Prädikanten durch den Rat abhängige. Der Zehnerausschuß schlug vor, daß Rat und 48er Ausschuß gemeinsam die neuen Prediger auswählen sollten, ohne die bisherigen Geistlichen zu vertreiben. Da der Rat nicht nachgeben wollte, verhärteten sich in den nächsten Verhandlungen die Standpunkte, und der 48er Ausschuß drohte mit seinem Rücktritt. Aus der Bemerkung eines Ausschußmitgliedes: *wenn ein ersam rat nicht wolde mede bewilligen, wolden se schipper und boslüde upbringen*,²² wird ersichtlich, wie man zum Ziel zu gelangen dachte.

Schon am nächsten Tage ließ der Rat katholisch gesinnte Bürger laden und fragte sie, ob sie den 48er Ausschuß beauftragt hätten, neue Prediger zu fordern.²³ Als ein Mitglied der 48er, Hartich van Stiten,²⁴ dies leugnete, *de Junkern und koplude bedden en sodanes nicht bevalen*,²⁵ wurde für den Rat offensichtlich, daß innerhalb des 48er Ausschusses keine Einheit bestand. Diesen Umstand wollte der Rat geschickt ausnutzen. Aus der Äußerung Hartich van Stitens kann man folgern, daß die Mitglieder der Ämter die vorwärtstreibenden Kräfte waren. Wie richtig die Einschätzung des Rates in bezug auf das gemeinsame Handeln des 48er Ausschusses war, erwies sich auf der folgenden Verhandlung, wo wieder die Forderung nach neuen Predigern besprochen wurde. Hartich van Stiten ergriff Partei für den Rat und verließ nach heftigem Wortwechsel die Beratung.²⁶

Empört über das Auftreten des Ausschußmitgliedes erbat der Schuhmacher Peter Molenbeke das Wort und verurteilte die Haltung Hartich van Stitens. Gleichzeitig warf er dem Rat in scharfen Worten vor, *be bedde der botter van Gottland und Bornholm in*

¹⁹ Ebenda, S. 6.

²⁰ Vgl. Jannasch, Reformationgeschichte, S. 264.

²¹ Ebenda, S. 265, Anm. 98.

²² Ebenda, S. 267.

²³ Nach Petersen, Kirchenreformation, S. 10.

²⁴ Ebenda, S. 14. Ebenfalls Jannasch, Reformationgeschichte, S. 267, Anm. 107. H. v. Stiten gehörte zu einer ratsfähigen Familie. Er war Sohn des Bürgermeisters Hartwig von Stiten und ein Bruder des Ratsherrn Antonius van Stiten. Vgl. dazu Fehling, Ratslinie, S. 84, Nr. 575 und S. 93, Nr. 620.

²⁵ Petersen, Kirchenreformation, S. 10.

²⁶ Ebenda, S. 14.

*sine koke nicht vele gekregen.*²⁷ Es war das erste Mal, daß ein Mitglied der Ämter es wagte, den Rat zu kritisieren, er habe die Einkünfte von Gotland und Bornholm, die Lübeck von König Friedrich von Dänemark erhalten hatte, nur für die reichen Bürger verbraucht. Aufgebracht über die Anschuldigung des Schuhmachers verlangte der Rat, daß der Ausschuß sich von Peter Molenbeke trennen sollte. Durch Harmen Israhel und Joachim Sandow bekundete der Ausschuß, daß er fest zu Peter Molenbeke stehe, und warnte den Rat, etwas gegen ihn zu unternehmen. Da die Predigerfrage und die Steuerartikel nicht gelöst worden waren, beschloß der Rat, die gesamte Gemeinde *vorbidden* zu lassen. Am Morgen des 10. Dezember erschien die Gemeinde in überraschender Vollzähligkeit, die Evangelischen dabei mit der festen Erwartung, *dat man Gades Wort tho Lübeck apenbar predigen mochte.*²⁸ Wieder waren es zwei aus den Ämtern, der Ankerschmied Borchert Wrede und der Brauer Joachim Sandow, die der Gemeinde bewiesen, daß nun der richtige Augenblick gekommen sei, die Steuerforderung des Rates mit der Prädikantenforderung zu verbinden. Um sich der Gemeinde sicher zu sein, führte Joachim Sandow eine regelrechte Abstimmung durch.²⁹ Bis auf den Schneider Peter Bulder entschied sich keiner für den alten Glauben, das Gelächter der anderen zog aber auch ihn in die Masse zurück. Um ihre Forderungen noch energischer durchzusetzen, wurden noch weitere acht Bürger in den Ausschuß gewählt. Diese Sechsendfünfzig trugen dem Rat mit Nachdruck den Beschluß der Gemeinde vor, *dat se nicht enen artikel boren wolden, ik swiege denn holden, idt weren denn gude predicanten der gemene vorgunnet und upgestellet.*³⁰ Daß nicht alle Ausschußmitglieder hinter dieser Forderung standen, bewies der folgende Zwischenfall. Als die Bürger in die Hörkammer gingen, rief Johann Stolterfot³¹ dem Rat zu, *idt weren Hans Ranges veer efte vyff, de so mank der gemene schrieben van den predicanten.*³² Dieser Ausruf ermunterte den Rat so, daß er die Sechsendfünfzig nicht mehr beachtete und die ganze Gemeinde vor den Ratsstuhl kommen ließ. Wie unsicher das Abstimmungsergebnis der Gemeinde war, kam bei der Aussprache zum Ausdruck. Als der Bürgermeister Harmen Falcke auf die Unannehmlichkeiten hinwies, die von den ketzerischen Prädikanten ausgehen konnten, gelang es ihm leicht, die Menge umzustimmen. Die Spaltung der Bürgerschaft schien vollkommen, denn ein Teil der Gemeinde war bereit, die Steuerartikel zu hören. In dieser kritischen Situation sprang der Ankerschmied Borchert Wrede auf eine Bank und schrie: *wille gy dale gabn, de artikel boren lesen und by den gottlosen predicanten bliven?* Da riefen die Bürger: *Nen, nen, nen!*³³ Die Sechsendfünfzig bekamen von der Gemeinde den Auftrag, einen Vorschlag zu verfassen, der bestimmte Bedingungen für die Annahme der Steuerartikel enthalten sollte. Der sofort erbrachte Vorschlag – Rückführung von Andreas Wilms und Johann Walhof als Prädikanten, Fortbestand der kirchlichen Zeremonien bis zu einem Konzil und Anhören der neuen Steuerartikel nach Eintreffen der neuen Prediger – fand die Zustimmung der Gemeinde. Im Beisein der gesamten Bürgerschaft trug Harmen Israhel dem Rat diesen Beschluß vor. Nach den letzten Ereignissen, die dem Rat die Stimmung der Stadtbevölkerung klar vor Augen geführt hatten, nahm er die

²⁷ Ebenda.

²⁸ Ebenda, S. 17.

²⁹ Ebenda, S. 19.

³⁰ Ebenda, S. 20.

³¹ Johann Stolterfot gehörte dem Bürgerausschuß an. Er wurde 1530 in den Rat gewählt. Vgl. dazu Fehling, Ratslinie, S. 94, Nr. 623.

³² Petersen, Kirchenreformation, S. 20.

³³ Ebenda, S. 23.

Forderungen zwar sehr zurückhaltend auf, ließ aber durch Harmen Falcke seine Zustimmung erklären.

Die Bürgerschaft hatte ihren ersten Sieg gegen den Rat errungen, und es ist offensichtlich, daß Männer aus den Ämtern, der Schuhmacher Peter Molenbeke, der Brauer Joachim Sandow und der Ankerschmied Borchert Wrede, in dieser Phase der Auseinandersetzungen die progressiven Kräfte waren, während von den Kaufleuten nur Harmen Israhel im Vordergrund stand.

Im Zusammenhang mit den Ereignissen am 10. Dezember 1529 tritt ein neuer Aspekt im Kampf gegen den Rat hervor. Es sieht so aus, als wenn auch Teile der plebejischen Schichten die Forderungen der Bürgerschaft unterstützt haben. Wie soll man sonst die Äußerung des Chronisten verstehen, daß *sik ok ein grot hupen volkes up dat markt gesammelt, . . . leet ok jedermann den dag sine arbeit liggen*.³⁴ Die Stimmung in der Masse der Versammelten muß sehr aggressiv gewesen sein, denn es wurde ihnen vom Ausschuß zugerufen, *se scholden by en bliven, averst de band stille holden und nemend gewalt dobn*.³⁵

Die nächsten Wochen waren von dem Bestreben des Rates gekennzeichnet, die Steuerartikel lesen zu lassen, ohne die Forderungen der Bürgerschaft zu erfüllen. Auf der anderen Seite war aber auch nicht zu übersehen, daß die Bürgerschaft sich mit dem Erreichten nicht zufrieden geben wollte. Als Gegengabe für die Zulassung der beiden Prädikanten forderte Bürgermeister Mathäus Packebusch von den Sechsfünfundzighern die Verlesung der Steuerartikel. Dafür verlangten Borchert Wrede und Peter Molenbeke vom Rat, vier weitere Prädikanten und den Laienkelch zu gestatten. Der Rat lehnte rundweg ab.

Veranlaßt durch Gerüchte, daß der Rat heimlich Lutheraner umbringen lassen wolle, versammelte sich am 7. März 1530 die Bürgerschaft in der Peterskirche. Sechzehn Bürger – die schon genannten Harmen Israhel, Borchert Wrede, Joachim Sandow und Peter Molenbeke, die Kaufleute Jürgen Wullenwever, Johann von Achelen und Peter Kroger, der Krämer Gert Schulte, der Brauer Gert Busch, der Goldschmied Hans Frolike, der Schneider Marcus Vierege sowie Schickepreen,³⁶ Andreas, Tilo to Gottingen, Pawel Sp. und ein schomaker³⁷ – wurden von der Versammlung gewählt. Sie erhielten den Auftrag, am folgenden Tag die Bürgermeister nach diesen Gerüchten zu befragen. Nach ihrer Rückkehr – Nikolaus Brömse hatte alles dementiert – fand sich im Predigthaus eine noch größere Menge als am Vortage ein. Sie forderten die Sechzehn auf, den ganzen Rat anzusprechen. In der Verhandlung mit dem Rat traten Harmen Israhel, Borchert Wrede, Joachim Sandow und Jürgen Wullenwever hervor.³⁸ Die Sechzehn verlangten Schutz für die Evangelischen und die Einberufung der Gemeinde. In der folgenden Auseinandersetzung zwischen dem Rat und der Bürgerschaft wurde erstmals der Gedanke einer Disputation zwischen Katholiken und Evangelischen laut.³⁹ Rat und Kapitel waren nicht bereit zuzustimmen, so daß sich die Situation in den folgenden Tagen zuspitzte.

³⁴ Ebenda.

³⁵ Ebenda, S. 24.

³⁶ Vielleicht der Schuster Herrmann Schickepreen. Vgl. dazu die Liste der Lübecker 64er: Anlage I im Anhang, Nr. 64.

³⁷ Siehe Aufzeichnungen über Versammlungen der Bürgerschaft, 1530, März, 8. 9., Waitz, I, Nr. 13, S. 276.

³⁸ So bei Jannasch, Reformationsgeschichte, S. 289.

³⁹ Ebenda.

In dieser heiklen Lage arrangierten Freunde des Kapitals, Otto von Moninkhausen und der Lübecker Kapitän Harmen Möller, einen Ausgleichsversuch mit den lutherischen Vertretern Johann Walhof, Harmen Israhel, Joachim Sandow und Borchert Wrede auf privater Ebene.⁴⁰ Die Lutheraner erklärten sich bereit, bei entsprechenden Sicherheiten des Rates, dafür zu sorgen, daß die Gemeinde still bleibe und die Steuerartikel endlich verlesen werden könnten. Basierend auf den Vorschlägen, die auf der nächtlichen Zusammenkunft zwischen den führenden Lutheranern und den Mittelsmännern ausgearbeitet worden waren,⁴¹ kam es am 5. April zu einer Besprechung zwischen dem Rat und den Ausschußmitgliedern, auf der der Rat den Forderungen zustimmte. Dafür war der Ausschuß bereit, die Steuerartikel vor der gesamten Bürgerschaft verlesen zu lassen. Danach wollten die Ausschußbürger zurücktreten.

Am 7. April 1530 ließ der Rat die Bürgerschaft rufen und sie *quemen ok by groten bupen, umme de artikel tho lesen*.⁴² Bevor aber die Artikel verlesen wurden, verlangte die Gemeinde vom Rat, daß Abgeordnete der Bürger zur Aufsicht der neuen Steuern benannt werden. So wurden achtmal acht Ausschußbürger gewählt, die, jeden Monat acht, bei der aufgestellten „Kiste“ sitzen sollten. 32 kamen aus den Junkern und Kaufleuten, 32 aus den Ämtern. Nach der Wahl schrieb man die Namen der Ausgewählten auf einen Zettel, der dem Rat übergeben wurde. Ein Bürgermeister teilte der Menge mit, daß der Rat mit der Wahl der Bürger einverstanden sei.⁴³ Danach wurden dem 64er Ausschuß und der Gemeinde die Steuerartikel verlesen, die eine Haussteuer, eine gestaffelte Bierakzise und Einfuhrzölle zum Inhalt hatten. Gleichzeitig erhielt der 64er Ausschuß eine Vollmacht, die Geldartikel mit dem Rat zu verändern, wenn es zum Wohle der Stadt war. Außerdem bewilligte die Gemeinde auf Antrag von Harmen Israhel, daß der Rat und der 64er Ausschuß befugt seien, Maßnahmen zum Nutzen der Bürgerschaft durchzuführen.⁴⁴ Damit hatte sich der 64er Ausschuß einerseits eine Grundlage geschaffen, nicht nur die kirchlichen Neuerungen zu kontrollieren, sondern dem Rat auch auf politischem Gebiet entgegenzutreten, andererseits auch die Macht, eventuellen Ausschreitungen der Gemeinde zu begegnen.

Während die namentliche und soziale Zusammensetzung der vorangegangenen 36er und 48er Ausschüsse auf Grund der ungünstigen Quellensituation nicht exakt ermittelt werden konnte, ist die Quellenlage bei beiden folgenden, dem 64er und 100er Ausschuß, weitaus günstiger, da vollständige Mitgliederlisten überliefert worden sind. Die Aufzeichnungen der Chronisten gleichen sich aber nicht in jedem Falle. F. Petersen gibt ein Verzeichnis der Mitglieder, das die 32, die *van Junkbern, Cremeren un Coplüden* von den 32, die *van den amten* gewählt wurden, unterscheidet.⁴⁵ Er weist darauf hin, daß es statt *Cremeren* wahrscheinlich *Renteneren* heißen muß, da die Krämer damals zu den Ämtern gerechnet wurden. Während bei der ersten Gruppe die Berufsbezeichnungen fehlen, sind sie bei den *van den amten* vollständig vorhanden. Dagegen findet sich bei H. Rehbein⁴⁶ und bei G. Kirchring/G. Müller⁴⁷ je ein Verzeichnis, das bei allen Aus-

⁴⁰ Ebenda, S. 292.

⁴¹ Ebenda.

⁴² Petersen, Kirchenreformation, S. 36.

⁴³ Ebenda, S. 39.

⁴⁴ Ebenda, S. 40.

⁴⁵ Ebenda, S. 37.

⁴⁶ Siehe Ausschuß der 64 Bürger, Verzeichnis der 64er nach Rehbein, Waitz, I, Nr. 19, S. 286.

⁴⁷ Siehe im Anhang Anlage I.

schaftsmitgliedern die Berufsbezeichnung aufweist. Die Übereinstimmung der Mitgliedslisten zwischen H. Rehbein und G. Kirchring/G. Müller ist wohl dadurch zu erklären, daß G. Kirchring/G. Müller die Namen von H. Rehbein einfach übernommen haben. Vergleicht man die Verzeichnisse von Petersen und Rehbein, so stellt man fest, daß sie in mehreren Fällen nicht übereinstimmen. Obwohl diese Einschränkungen berücksichtigt werden müssen, ist es möglich, die soziale Zusammensetzung des 64er Ausschusses zu bestimmen, um daraus die Frage zu beantworten, ob der Bürgerausschuß die Interessen der gesamten Bürger- und Einwohnerschaft vertrat.

In Auswertung der Mitgliederliste nach G. Kirchring/G. Müller wurden in den am 7. April 1530 von der Gemeinde und dem Rat bestätigten 64er Ausschuß 21 Kaufleute, sechs Rentner, drei Junker, fünf Wandschneider, zwei Salzherren, je ein Ritter, Krämer, Schonen- und Bergenfahrer gewählt. Diesen 41 Mitgliedern aus der gehobenen Schicht standen 23 Angehörige der Ämter gegenüber. Zu ihnen gehörten vier Brauer, je zwei Bäcker, Schneider und Schiffer, je ein Schuster, Grobschmied, Fleisshauer, Goldschmied, Kürschner, Wollenweber, Balbierer, Schwertfeger, Tischler, Beutelmacher, Kupferschmied, Plattenschläger und Weinschenker.

Bei der Betrachtung der Namen der Kaufmannschaft fällt auf, daß auf der einen Seite Männer wie Gottschalk Lunte, Gerd Stotebrügge, Ludwig Taschenmacher und Hinrik Carstens gewählt wurden,⁴⁸ die sich bis dahin keineswegs für den neuen Glauben entschieden hatten, auf der anderen Seite aber solche hervorragenden Lutheraner wie Harmen Israhel, Johann von Achelen, Jürgen Sengestake und Jürgen Wullenwever das Vertrauen erhielten. Aus der Zusammensetzung der *van den amten* wird deutlich, daß nicht nur die Vertreter der vier großen Ämter von Lübeck – die Bäcker, die Schneider, die Schuster und die Schmiede – vertreten waren, sondern auch Vertreter der kleineren Ämter dem Bürgerausschuß angehörten. Zu den in den Ausschuß gewählten tatkräftigen Männern wie Joachim Sandow und Borchert Wrede muß man wohl auch Peter Molenbeke rechnen, der in der Ausschußliste bei Petersen geführt wird, während er bei G. Kirchring/G. Müller fehlt. Auffallend ist, daß Vertreter der Ämter der Paternostermacher und der Maler fehlen, was vielleicht in Zusammenhang damit zu sehen ist, daß diese in enger Beziehung zur katholischen Kirche standen, so daß sie sich aus wirtschaftlichen Interessen dem neuen Glauben entgegenstemmten.

Einen umfassenden Überblick über die Vermögensverhältnisse der Mitglieder des 64er Ausschusses zu geben ist nicht möglich, weil die Schoßregister für diese Zeit nicht vorhanden sind. Es ist aber anzunehmen, daß vier Fünftel der im Ausschuß vertretenen Bürgeropposition aus der reichen und mittleren Kaufmannschaft und dem wohlhabenden Handwerkertum stammten, und nur wenig mittlere Handwerksmeister Angehörige des 64er Ausschusses waren. Die plebejischen Schichten hatten keine Vertreter im Bürgerausschuß.

Unter den Bürgern, die am 7. April 1530 in den 64er Ausschuß gewählt wurden, erschien als Vertreter der Junker, Rentner und Kaufleute auch Jürgen Wullenwever, der aber zu keiner älteren Familie der Stadt Lübeck gehörte. Um 1492/93 in Hamburg geboren, siedelte Jürgen Wullenwever wohl 1524 nach Lübeck über.⁴⁹ Hier betrieb er Handel und hat bei den Nowgorodfahrern eine führende Position eingenommen, was man aus einem Brief der Nowgorodfahrer schließen kann. Jürgen Wullenwever setzte

⁴⁸ Vgl. Jannasch, Reformationgeschichte, S. 296.

⁴⁹ Ausführlich dazu Wullenweber, H., Beiträge zur Herkunft und zur zeitgenössischen Beurteilung des Lübecker Bürgermeisters Jürgen Wullenwever. ZVHG 48/1962, S. 77–101.

im Namen des Kollegiums eine Extrabelohnung aus.⁵⁰ Diese Vermutung wurde durch die Auswertung entsprechender Quellen bestätigt. Am 6. Januar 1525 wurden Lambert van Dalen, Hinrich van Freden und Jürgen Wullenwever Ältermänner der Nowgorodfahrer genannt. Nach einer Mitteilung des Oderludbocks der Nowgorodfahrer nahmen Hinrich van Freden, Jürgen Wullenwever und Herman Schutte als Vertreter der Lübecker Kaufmannschaft an der Hinrichtung des Freibeuters Clas Kniphof in Hamburg 1525 teil.⁵¹ Auf Grund dieser Tatsachen ist wohl anzunehmen, daß Jürgen Wullenwever auch schon vor seinem Wirken im 64er Ausschuß eine gewisse Popularität in Lübeck genoß, denn es war bekannt, daß der Rat die Älterleute der seefahrenden Kollegien zu Vorverhandlungen einlud, um dann erst die gesamte Gemeinde zu rufen.⁵² Es ist schwierig zu entscheiden, ob Jürgen Wullenwever zu den reichen Kaufleuten gehörte, da er keinen eigenen Grundbesitz in Lübeck hatte und bei seinem Schwager wohnte. Mit Sicherheit besaß Jürgen Wullenwever bei seiner Wahl in den 64er Ausschuß kein Bürgerrecht. Noch am 15. Juli 1530 ließen sich Cort Wibkeking und Hinrik Castorp dahingehend aus, *dat se Jürgen Wullenwever, enen van den 64 de borgerschap nicht vergunden wolden*,⁵³ da er Schulden bei Jürgen Velth habe. Einige Tage später hat dann Jürgen Wullenwever das Bürgerrecht erhalten, da das für ihn als Deputierten des 64er Ausschusses unbedingt notwendig war.⁵⁴ Also nicht Reichtum und umfangreiche geschäftliche Verbindungen haben Jürgen Wullenwever Ansehen unter der Bürgerschaft gebracht, sondern seine Fähigkeiten machten sich geltend.

Der feierlichen Abmachung vom 7. April zwischen Rat und 64er Ausschuß und Gemeinde entsprechend, gingen am 9. April die Ratsherren Cord Wibkeking und Hinrik Castorp, der Ratsschreiber Lambert Becker und sechs Vertreter des 64er Ausschusses in die Wedemen und Klöster, um den Kaplänen, Kircherren und Mönchen jede Predigt-tätigkeit zu verbieten.⁵⁵ Diese Tatsache darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Rat und das Kapitel in der Folgezeit weiterhin versuchten, die Zugeständnisse an die Evangelischen zu umgehen, hofften sie doch noch auf einen günstigen Beschluß des Augsburger Reichstages. Diese Haltung hatte zur Folge, daß sich die Fronten zwischen den Evangelischen und Katholiken verhärteten und zu Meinungsverschiedenheiten führte.

Stand bis zum April 1530 die Lösung kirchlicher und wirtschaftlicher Fragen auf der Tagesordnung, so wurde nun offensichtlich, daß der 64er Ausschuß – gestützt auf die Gemeinde – politische Zugeständnisse vom Rat erhalten wollte, um aktiv am Stadtregiment teilzunehmen. So verlangte der Bürgerausschuß, daß der Rat die Rechtmäßigkeit seiner Wahl im Stadtbuch verankern sollte. Obwohl der Rat nicht gewillt war, den 64er Ausschuß als legal gewähltes Gremium anzuerkennen, war er am 10. Juni gezwungen, die Verschreibung im Stadtbuch vorzunehmen.⁵⁶ In diesem Zusammenhang wurde dem Rat auch das Recht der Taufe in deutscher Sprache abgerungen.⁵⁷ Man kann sich vorstellen, mit welchem Widerwillen der Rat die Eintragung ins Stadtbuch machen ließ,

⁵⁰ Vgl. Stieda, M., Aus der Zeit Jürgen Wullenwevers. In: Mitteilungen d. Vereins f. Lüb. Geschichte, H. 5, Lübeck 1893, S. 169.

⁵¹ So bei Friedland, Erbe, S. 33.

⁵² Siehe Anm. 2.

⁵³ Petersen, Kirchenreformation, S. 82.

⁵⁴ Ebenda, S. 84.

⁵⁵ Ebenda, S. 40.

⁵⁶ Ebenda, S. 60.

⁵⁷ Ebenda, S. 61.

war es doch nicht üblich, daß sich der Rat gegen seine Bürger verschreibe. In der Verschreibung kam zum Ausdruck, daß einerseits der 64er Ausschuß mit aller Macht darauf drängte, um in Zukunft gegen alle Angriffe geschützt zu sein, andererseits der Rat die Kräfte, auf die sich der Bürgerausschuß stützen konnte, als gefährlich für seine Herrschaft ansah. Wie kritisch der Rat die Situation einschätzte, äußerte sich darin, daß er am 18. Juni materielle Zugeständnisse an die ärmere Stadtbevölkerung machte,⁵⁸ um die Bevölkerung zu beruhigen und sie für die vereinbarten Steuerartikel zu gewinnen.

Schon ein früheres Ereignis hatte darauf hingewiesen, daß auch die unteren Schichten hinter den Forderungen des Bürgerausschusses standen, erhofften sie sich doch eine Verbesserung ihrer sozialen Lage. Den Ausschußmitgliedern war der Inhalt eines Briefes der Braunschweiger Herzöge bekannt geworden, worin diese dem Lübecker Kapitel ihre Unterstützung bei der Erhaltung des alten Glaubens zusicherten. Empört erschienen am 12. April Abgesandte des 64er Ausschusses, unter ihnen Gottschalk Lunte, Johann von Achelen, Harmen Israhel, Borchert Wrede und Joachim Sandow, beim Dekan und beschwerten sich über den Brief, dessen Verlesung durch den Rat und den 64er Ausschuß vor der Bürgerschaft verhindert worden wäre, um das Kapitel gegen einen „Pöbel“-Aufstand zu schützen.⁵⁹

Trotz der Zusage des Rates, die katholische Predigt in Lübeck einzuschränken, waren die Evangelischen mißtrauisch, da in allen Erklärungen des Rates der ständige Hinweis auf den Augsburger Reichstag nicht fehlte, so daß die Spannung zwischen Rat und Gemeinde erhalten blieb, die sich am 29. Juni entlud. Am Morgen dieses Tages hing an der Glocke auf dem Markt ein rotes Leinenstück, dessen Herkunft und Bedeutung sich niemand erklären konnte. Nach der Predigt sammelten sich die Bürger um die Glocke, um *Gades Wort tho handhaven und de 64 by macht tho holden*.⁶⁰ Als der 64er Ausschuß von der Zusammenkunft erfuhr, ging er in ihre Mitte. Dem Schiffer Hinrik Möller gelang es, die aufgebrachte Menge zu beruhigen und vor Unbesonnenheiten zu bewahren. Sehr schnell wurden von der Gemeinde drei Artikel angenommen, die beinhalteten, daß die 64er an der Macht bleiben und der Rat am nächsten Tag mit der Gemeinde verhandeln sollte.⁶¹ Der Rat versuchte, die Forderungen zu bagatellisieren, aber der 64er Ausschuß gab nicht nach. Obwohl der Rat dann doch einlenkte, war es nur dem Eingreifen Joachim Sandows zu verdanken, daß es nicht zu Ausschreitungen kam.

Die Quellen lassen eindeutig die Feststellung zu, daß bei dieser Ansammlung auch wieder Angehörige der ärmeren Schichten anwesend waren, um die Forderungen der Gemeinde durchzukämpfen. Unter dem Vorwand, die Aufstellung der Wachen an den Stadttoren vorzunehmen, sagte Joachim Sandow, daß sich alle Bürger auf das Rathaus begeben sollten, *wobl averst nene borger werden, dat ein jeder tho buß gienge*.⁶²

Zwar hatte der Rat der Einberufung der Gemeinde gezwungenermaßen zugestimmt, durch geschickte Auswahl aber nur ihm angenehme Bürger rufen lassen. Erst als die Gemeinde mit dem Auseinandergehen drohte, entschloß er sich, seine Diener von Haus zu Haus zu senden, so daß *des volkes gruwliken vele und weren etlike van den borgeren*,

⁵⁸ Der Rat bestimmte, daß *alle sondage fromd flesk, alle mandage fromd brod hier inkamen tho kope, . . . dat wat he vam buse, boden, kelleren upbringt, dat schall he dem rentenerer wedder korten, up dat idt dem armode nicht tho schwer werde*. Ebenda, S. 61.

⁵⁹ Nach Jannasch, Reformationsgeschichte, S. 298.

⁶⁰ Petersen, Kirchenreformation, S. 71.

⁶¹ Ebenda, S. 72.

⁶² Ebenda, S. 74.

de artikel by sick bedden van eiliken bebrecken,⁶³ kam. Während auf der einen Seite der Chronist die Vielzahl der Bürger hervorheben möchte, wird auf der anderen Seite ersichtlich, daß zum ersten Mal Artikel über Mißstände aus der Mitte der Gemeinde aufgeschrieben worden waren, ohne daß der 64er Ausschuß etwas davon wußte. Die Forderungen, die von einzelnen Bürgern entworfen und in der Bürgerversammlung vervollständigt wurden, betrafen in erster Linie kirchliche Fragen, wobei nicht übersehen werden darf, daß auch politische Forderungen, wie Verlesung der Geldartikel sowie der Privilegien und die Rechenschaftslegung über Gelder der Hansestädte im Vordergrund standen.⁶⁴ Hier wurde sichtbar, daß die Bürgerschaft sich nicht mit der Durchsetzung kirchlicher Neuerungen begnügte, sondern jede Gelegenheit nutzte, politische und soziale Fragen zum eigenen Vorteil zu lösen.

Am 1. Juli 1530 begaben sich Cord Wibkeking und Hinrik Castorp, ein Gerichtschreiber und zwölf Abgeordnete des 64er Ausschusses, unter ihnen Hans Sengestake, Joachim Sandow, Borchert Wrede und Jürgen Wullenwever, zum Dom, um die wichtigen Beschlüsse der Bürgerversammlung dem Dekan bekanntzugeben.⁶⁵ Das Kapitel nahm die Nachrichten ziemlich gelassen entgegen, hoffte man doch täglich auf einen günstigen Beschluß vom Augsburger Reichstag. Auf Grund der nachlässigen Haltung des Kapitels zu den Artikeln der Gemeinde brachte der 64er Ausschuß vor dem Rat unmißverständlich zum Ausdruck, *idt gienge mit dem rykesdage uth, wo idt konde, se wolden by Gades Wort bliven und der lief und leven darby upsetten*.⁶⁶ Der Bürgerausschuß schätzte die hinter ihm stehenden Kräfte so stark ein, daß er es wagte, eventuellen kaiserlichen Maßregelungen zu trotzen. Vielleicht hoffte man auch, in Gemeinschaft mit anderen Hansestädten, in denen der neue Glauben schon gesiegt hatte, dem Kaiser entgegentreten zu können.

Am 10. Oktober 1530 trafen die vom Rat und vom Kapitel sehnsüchtig erwarteten kaiserlichen Mandate ein. Für wie wichtig der Kaiser die Beilegung des Glaubensstreites in Lübeck einschätzte, äußerte sich darin, daß gleichzeitig mehrere Mandate – an den Rat, an den 64er Ausschuß, an die Gemeinde, an die Kollegien der Bergen-, Nowgorod- und Schonenfahrer und an die vier großen Ämter – in Lübeck eintrafen.⁶⁷ Leider ist nur noch das Mandat an den Rat vorhanden, während die Sondermandate unauffindbar sind. Das ist sehr bedauerlich, hätte man aus ihnen vielleicht die besonderen Anschuldigungen entnehmen können, die Dr. Hinrik Brömse in Augsburg gegen die einzelnen Gruppen vorgebracht hatte.⁶⁸ Als der Rat die Mandate erhalten hatte, bat er die Ausschußmitglieder zu sich, um ihnen die Mandate an den 64er Ausschuß und an die vier großen Ämter zu verlesen, weil er bei einer öffentlichen Bekanntgabe einen Aufruhr der Gemeinde fürchtete. Ein solches Vorgehen lehnten die gewählten Bürger allerdings ab und forderten die Einberufung der gesamten Bürgerschaft. Nach langen Streitereien mußte sich der Rat bereiterklären, die Gemeinde zur Verlesung der Mandate einzuberufen. Noch einmal versuchte es der Rat mit seinem oft bewährten Mittel, die Gemeinde ungleichmäßig zu laden, so daß am Morgen des 12. Oktober die Bürgerschaft in geringer Zahl erschien. Durch Protest wurde der Rat gezwungen, die Gemeinde *naber by naber*⁶⁹

⁶³ Ebenda, S. 75.

⁶⁴ Ebenda.

⁶⁵ Siehe bei Jannasch, Reformationgeschichte, S. 323.

⁶⁶ Petersen, Kirchenreformation, S. 85.

⁶⁷ Ebenda, S. 94.

⁶⁸ Siehe bei Jannasch, Reformationgeschichte, S. 335.

⁶⁹ Petersen, Kirchenreformation, S. 93.

zu verbitten. Vor der nun zahlreich versammelten Bürgerschaft⁷⁰ verlas man dann endlich das Mandat an den Rat. In dem Schreiben wurde gefordert, „dat man de angenamene, schedlike, vervörerische, luthersche lehre verlaten scholde“.⁷¹ Besonders empörte die Gemeinde der Zusatz, daß den katholischen Bürgern der Schutz der benachbarten Reichsfürsten, der Herzöge Georg und Barnim von Pommern, der Herzöge Hinrik und Albert von Mecklenburg, des Herzogs Magnus von Lauenburg, des Markgrafen Joachim von Brandenburg, des Erzbischofs Christoph von Bremen und des Bischofs von Lübeck zugesichert wurde.⁷² In einem weiteren Mandat, das an die Gemeinde gerichtet war, stand die Aufforderung, daß *de 64 sollen binnen dre dagen van erem egen vorgenamen Namen, de 64, und erem officio affstan by pene (strafe) hundert mark lodides goldes*.⁷³ Nicht nur bei den Evangelischen, sondern auch bei den Gegnern der lutherischen Lehre löste dieser plumpe Angriff auf den 64er Ausschuß helle Empörung aus, hatte doch der Rat am 10. Juni 1530 die Rechtmäßigkeit dieses Gremiums durch die Verschreibung ins Stadtbuch anerkannt.

Nach einer Aussprache zwischen dem 64er Ausschuß und der Gemeinde beschloß der Bürgerausschuß durch Jürgen Wullenwever in feierlicher Protestation abzudanken. Zum ersten Mal übertrugen die Abgeordneten des Ausschusses Jürgen Wullenwever eine entscheidende Aufgabe, obwohl aus den Quellen bisher keine besonderen Aktivitäten seinerseits deutlich wurden. Dennoch muß er sich also durch sein Auftreten und durch seine Fähigkeiten bereits Ansehen verschafft haben.

Auf Grund der günstigen Quellenlage ist es möglich, die Protestation zwischen dem Rat und Jürgen Wullenwever ziemlich genau zu rekonstruieren.⁷⁴

Wullenwever bat um die Verlesung der am 10. Juni 1530 im Stadtbuch niedergeschriebenen Urkunde und erkundigte sich dann, ob der Rat dazu stehe. Als der Bürgermeister Nikolaus Brömse dies bejahte, brachte Wullenwever seinen Unmut über die Charakterisierung des 64er Ausschusses in den kaiserlichen Mandaten zum Ausdruck und erklärte den Rücktritt des Bürgerausschusses. Der Rat erkannte, daß sich der Rücktritt des 64er Ausschusses in dieser Situation katastrophal auswirken konnte. Obwohl Nikolaus Brömse inständig an die Ausschußmitglieder appellierte, daß dieser Schritt zum Verderben der Stadt Lübeck gereichen werde, zeigten diese zunächst wenig Einsicht, vielleicht, um die Rücknahme der Protestation mit entscheidenden Zugeständnissen zu erkaufen. Der Stimmung in der Stadt Rechnung tragend, erklärte schließlich Wullenwever, daß die 64er bleiben würden, wenn der Rat zu ihnen stehe. Der Rat gab die Versicherung und versprach, auch bei kommenden kaiserlichen Mandaten für den Ausschuß einzutreten. Gleichzeitig gab Wullenwever dem Rat die Zusicherung, daß sie *wolden ok eren vlit vorwenden, den hupen tho stillen*.⁷⁵ Stellte sich der 64er Ausschuß die Aufgabe, dem Rat neben religiösen auch politische Zugeständnisse abzurufen, um an der Regierung der Stadt teilzuhaben, so war er doch darauf bedacht, alle Bewegungen, die das von ihm gewünschte Maß zu überschreiten drohten, zu unterdrücken.

Noch mehr Bürger versammelten sich am 13. Oktober, um die Mandate des Kaisers an die kaufmännischen Genossenschaften und Ämter zu hören. Die Gemeinde wählte

⁷⁰ *Do quam des volkes so vele, dat nemand sodanen hupen borger by en geseben bedde*. Ebenda.

⁷¹ Ebenda, S. 94.

⁷² Ebenda.

⁷³ Ebenda, S. 95.

⁷⁴ Protokoll über die Verlesung zweier älterer Urkunden, Waitz, II, S. 422.

⁷⁵ Petersen, Kirchenreformation, S. 97.

acht ut erem hupen und 8 ut den 64,⁷⁶ die den Auftrag erhielten, Forderungen der Gemeinde zu formulieren, um sie dem Rat vorzutragen. Die sechsundzwanzig Artikel,⁷⁷ die der Sechzehnerausschuß dem Rat vortrug, unterschieden sich erheblich von vorhergehenden Forderungen. Nun rückten die politischen Fragen in den Vordergrund.

Dem Kaiser sollte geschrieben werden, daß Lübeck weiterhin gehorsam sein werde; wenn er Lübeck jedoch mehr als andere freie Städte drängen wolle, müßte man sich nach anderen Beschützern umsehen.⁷⁸ Außerdem verwahrte sich die Bürgerschaft gegen die Drohung, die Stadt unter den Schutz benachbarter Fürsten zu stellen.⁷⁹

Ohne Wissen des 64er Ausschusses sollten weder Bündnisse geschlossen noch Schulden gemacht werden. Innenpolitisch forderte man die Bekanntgabe aller Privilegien sowie die Rechenschaftslegung über die Einnahmen der Stadt. Die Artikel, die kirchliche Fragen betrafen, zielten eindeutig darauf hin, der lutherischen Lehre zum endgültigen Sieg zu verhelfen und den alten Glauben mit seinen Einrichtungen zu beseitigen.

Weiter erteilte die Gemeinde den Auftrag, daß die Ausschußmitglieder weitere 100 Bürger aus der Bürgerschaft wählen sollten.⁸⁰

Die oben genannten Artikel der Lübecker Bürgerschaft hatten das Ziel, die unkontrollierbare Herrschaft des Rates zu beseitigen, dem 64er Ausschuß nicht nur das Mitbestimmungsrecht zu geben, sondern auch keine Entscheidung der Innen- und Außenpolitik ohne ihn zu ermöglichen. Wenn auch der Rat die sechsundzwanzig Artikel angenommen hatte, bedeutete das noch lange nicht, daß er bereit war, sie zu erfüllen. Auffallend aber ist, daß sich der Rat und der 64er Ausschuß umgehend über die Wahl des geforderten 100er Ausschuß einigten. Am 22. Oktober 1530 wählten die 64er weitere 100 Ausschußmitglieder aus der Gemeinde.⁸¹

Der Grund für die schnelle Erfüllung des Artikels 12 lag wohl darin, daß der Rat und der 64er Ausschuß bestrebt waren, die Versammlungen der gesamten Bürgerschaft weiterhin zu verhindern. Die letzten Ereignisse hatten gezeigt, daß durch den Druck der Gemeinde Forderungen gestellt wurden, die dem Rat und nunmehr auch den 64ern nicht immer angenehm waren. Außerdem war dem Rat in der Vergangenheit nicht entgangen, daß innerhalb des 48er und des 64er Ausschusses widersprüchliche Meinungen auftraten, die er teilweise recht geschickt ausgenutzt hatte. Der Rat hoffte, sich durch die Wahl des 100er Ausschusses ein Gremium zu bilden, das die Ansichten der 64er abschwächen konnte, wodurch er dann Vorteile hatte. F. Faulstich wies darauf hin, daß der 100er Ausschuß ein Kontrollorgan des 64er Ausschusses sein sollte.⁸²

Nach der Mitgliederliste des 100er Ausschusses wurden am 22. Oktober 1530 42 Kaufleute, zwei Rentner, zwei Salzherren, drei Bergenfahrer und vier Krämer von den Bürgerausschußmitgliedern gewählt. Diesen 53 Deputierten der reichen Bürgerschaft standen 47 Abgeordnete der Ämter gegenüber, die sich auf fünf Brauer, drei Schneider und je zwei Becker, Schiffer, Wullenweber, Boddecker und je einen Fleischhauer, Kürschner, Grobschmied, Goldschmied, Balbier, Kleinschmied, Plattenschläger, Bernsteindreher,

⁷⁶ Ebenda, S. 98.

⁷⁷ Siehe Beschlüsse der Gemeinde, 1530, October 13., Waitz, I, Nr. 22, S. 289 ff.

⁷⁸ Ebenda, Art. 4.

⁷⁹ Ebenda, Art. 5.

⁸⁰ Ebenda, S. 290, Art. 12.

⁸¹ Nach Petersen, Kirchenreformation, S. 99.

⁸² Faulstich, F., Zur Geschichte Stralsunds in der Zeit der Grafenfehde, Strals. Gymn. Progr., 1902, S. 16.

Pferdekauffer, Messerschmied, Rothgiesser, Grapengiesser, Sattelmacher, Thomschläger, Beutelmacher, Pantoffelmacher und Drechsler verteilen.

Vergleicht man die Zusammensetzung des 64er Ausschusses mit der des 100er Ausschusses, so ergibt sich auch im neuen Ausschuß eine annähernde Parität zwischen Kaufleuten und den Ämtern. Dabei fällt auf, daß diesmal keine Junker, Ritter und Wandschneider gewählt wurden. Genau wie die vier großen Ämter waren auch einundzwanzig kleinere Ämter vertreten. Die Berücksichtigung der Bernsteindreher läßt auf ihre zwischenzeitlich geänderte Einstellung zum katholischen Glauben schließen. Obwohl nachgewiesen wurde, daß bei den Bürgerversammlungen oft die ärmeren Schichten die Forderungen des Ausschusses unterstützten, findet sich auch in diesem Ausschuß kein Vertreter der plebejischen Schichten.

Schon am 15. Oktober begaben sich die Ratsherren Hinrik Castorp und Johannes Lüneburg mit Deputierten des 64er Ausschusses, unter ihnen Jürgen Sengestake, Borchert Wrede und Harmen Israhel zum Kapitel, um die Artikel, die die Domherren betrafen, bekanntzugeben. Während Harmen Israhel den Inhalt der Artikel zurückhaltend darlegte, forderte Borchert Wrede energisch die sofortige Durchsetzung aller Forderungen, die das Domkapitel betrafen.⁸³

Welche Haltung die Bürgerausschüsse zu willkürlichen Zusammenrottungen der Lübecker Bürgerschaft einnahmen, erwies sich bei einem Streit zwischen den Rotbrauern und den Weißbrauern. Über den Aufkauf des gesamten Getreides zu Höchstpreisen durch die Weißbrauer waren die Rotbrauer so erregt, daß sie vier Weißbrauerknechte in die Trave warfen.⁸³ Draufhin machten die Rotbrauer am 14. November 1530 in der Marienkirche eine Versammlung, zu der auch die Knochenhauer und andere Ämter zugegen waren. Als die 64er und die 100er von diesem Streit und der Zusammenkunft hörten, gingen sie vor den Rat und forderten, Zusammenrottungen in der Stadt zu verbieten.⁸⁴ Mit dem Erreichten zufrieden, wünschte die bürgerliche Opposition keine Tumulte, die die Obrigkeit gefährden könnten.

Daß die bürgerliche Opposition den Rat nicht beseitigen wollte, soll an einem weiteren Beispiel gezeigt werden.

Am 23. November 1530 kam der Ritter Jürgen Reventlow als Abgesandter des dänischen Königs nach Lübeck, um den 64ern die Hilfe seines Königs bei der Beilegung des Streites zwischen Rat und Bürgerschaft anzubieten. Gleichzeitig versicherte er, der dänische König sei bereit, ein Bündnis mit Lübeck zur Verteidigung des evangelischen Glaubens gegen den Kaiser abzuschließen. Der 64er Ausschuß erwiderte, daß man auf das Bündnisangebot mündlich antworten werde, aber von Aufruhr gegen die Obrigkeit könnte in Lübeck keine Rede sein.⁸⁵

Die Folgezeit war gekennzeichnet durch das Wirken Johann Bugenhagens, der in Zusammenarbeit mit den Ratsherren Godert van Hovelen, Hinrik Castorp sowie den Ausschußbürgern, dem Wandschneider Herrmann Huttenbarch, dem Goldschmied Hans Meves, dem Brauer Jürgen Sengestake, dem Ankerschmied Borchert Wrede, die noch die Kaufleute Gotke Engelstede und Gert Oldenberg, den Salzherrn Hans Sengestake und den Bäcker Hinrik Steen nachgewählt hatten,⁸⁶ die evangelische Kirchenordnung für Lübeck ausarbeitete. Diese wurde am 27. Mai 1531 verkündet.

⁸³ Nach Petersen, Kirchenreformation, S. 99.

⁸⁴ Ebenda, S. 100.

⁸⁵ Ebenda.

⁸⁶ Ebenda, S. 101. Vgl. Namen und Berufe in der Anlage I im Anhang.

Doch bereits am 17. Januar 1531 ernannte der 64er Ausschuß aus seiner Mitte vier Wortführer. Bemerkenswert war der Wahlvorgang: *koren de koplude mank den 64 twe utb den amten, alse Jochim Sandow und Borchert Wrede; . . . desgeliken deden de ampte ok und koren van den kopluden Harmen Huttenbarch und Jürgen Wullenwever.*⁸⁷ Die Wahl Joachim Sandows und Borchert Wredes überrascht nicht. Beide hatten in der Vergangenheit aktiv für die Belange des Ausschusses und der Bürgerschaft gestritten. Die Wahl Jürgen Wullenwevers zeigte, welches Ansehen er im Ausschuß schon zu dieser Zeit genoß und welche Hoffnungen gerade die Vertreter der Ämter in ihn setzten, um eine Beteiligung an der politischen Herrschaft in der Stadt zu erreichen. Etwas unerklärlich ist es, daß so ein hervorragender Abgeordneter wie der Kaufmann Harmen Israhel nicht in die Position eines Wortführers gewählt wurde, sondern der bis dahin im Hintergrund stehende Harmen Huttenbarch den Vorrang bekam. Jetzt hatte Jürgen Wullenwever die Möglichkeit, seinen Einfluß bei allen sozialen und politischen Entscheidungen geltend zu machen.

Aus den bisherigen Ausführungen geht hervor, daß Jürgen Wullenwever nach seiner Wahl in den 64er Ausschuß nicht sofort eine führende Stellung einnahm. Nach wie vor war es aus der Gruppe der Kaufleute, Junker und Ritter der angesehene Kaufmann Harmen Israhel, der auf Grund seiner sozialen Stellung und der Verdienste der Vergangenheit alle kirchlichen und politischen Entscheidungen beeinflusste. Es hat eine Zeit gedauert, bis sich Jürgen Wullenwever im Ausschuß Geltung verschafft hatte. Erst, als die Reformation praktisch gesichert und wichtige politische Positionen errungen waren, trat er stärker in Erscheinung. Die Wahl zu einem der vier Wortführer des 64er Ausschusses gibt die Berechtigung zu der Annahme, daß gerade die letzten Entscheidungen – Erhaltung der Obrigkeit und das Zurückdrängen der Bürgerschaft – von Jürgen Wullenwever stark beeinflusst worden waren.

In der Auseinandersetzung des 64er Ausschusses mit dem Rat gelang es ihm, seine wichtigsten kirchlichen und politischen Forderungen durchzusetzen. Damit besaß er praktisch die politische Macht in Lübeck.

Trotz der scheinbar gefestigten politischen Stellung der Bürgerausschüsse in Lübeck fürchtete die Bürgerschaft, daß der in die Enge getriebene Rat als Ausweg aus seiner prekären Lage die Flucht aus der Stadt wählen könnte, wie das im 15. Jahrhundert gesehen war. Damit wäre Kräften außerhalb der Stadt, die gegen die kirchlichen und politischen Neuerungen in Lübeck waren, Grund zum Eingreifen gegeben. Obwohl Nikolaus Brömse das Mißtrauen beseitigen wollte, berieten die 64er Ausschußmitglieder darüber, wie man die Besorgnisse der Bürgerschaft zerstreuen könnte. Um mit dem Rat in Verbindung zu treten, wählten die 64er Jürgen Wullenwever und Borchert Wrede, die 100er Jochim Grammendorp und Hinrick Köhler, die beide als Kaufleute in Lübeck tätig waren.⁸⁸ Durch ein Handgelöbnis schlossen diese vier Abgeordneten mit den vier Bürgermeistern einen Vertrag, wonach keiner gegen den anderen etwas unternehmen sollte.⁸⁹ Obwohl die Bürgerausschüsse in der Lage waren, kompromißlos gegen den Rat vorzugehen, erwirkte Jürgen Wullenwever diesen Akt der Versöhnung, der dem Rat das Weiterbestehen sicherte.

Als am 8. April 1531 bekannt wurde, daß die beiden Bürgermeister Nikolaus Brömse und Harmen Plönnies heimlich die Stadt verlassen hatten, erreichte die Erregung der

⁸⁷ Ebenda, S. 102.

⁸⁸ Ebenda, S. 107.

⁸⁹ Ebenda.

Bürgerschaft ihren Höhepunkt. Viele glaubten, daß die Flucht der beiden einen Eingriff von außen zur Folge haben könnte. Die beiden Bürgerausschüsse traten zusammen und erwirkten die Schließung und Bewachung der Stadttore. Danach begaben sich die Ausschüsse in die Mitte des Rates und ließen durch Wullenwever fragen, ob die beiden Bürgermeister mit Wissen des Rates die Stadt verlassen hätten.⁹⁰ Trotz Beteuerung ihrer Unschuld wurde verfügt, daß die in der Stadt verbliebenen Bürgermeister und Hinrich Kerkring auf dem Rathaus, die Ratsherren in ihren eigenen Wohnungen arretiert werden sollten, was unter starker Anteilnahme der Bevölkerung geschah. Diese gewaltsame Festsetzung bedeutete praktisch die Entmachtung des Rates, dessen Absetzung tatsächlich von Teilen der Bürgerschaft gefordert wurde. So scheute sich der Schonenfahrer Harmen Stüve nicht, das Schwert des Scharfrichters auf das Rathaus zu bringen.⁹¹

Am 9. April kam die Gemeinde auf dem Rathaus zusammen und gab den Ausschüssen das Versprechen, *by Gades Wort tho bliven und tho sterven*.⁹² Sie forderten die Abgeordneten auf, Rechenschaft vom Rat zu verlangen. Es wäre für die Ausschüsse möglich gewesen, die Rats Herrschaft endgültig zu beseitigen, nachdem die Gemeinde dieses Treuebekenntnis abgelegt hatte. Aber schon am 11. April wurden die Arretierten auf Geheiß des 64er Ausschusses wieder freigelassen, da er es nicht für gut befand, die Stadt Lübeck ohne Rat zu lassen.⁹³ Selbst als die Ratsmitglieder auf Grund ihrer Behandlung zum Ausdruck brachten, sie ihrer Ratsstühle zu entledigen und andere Bürger zu wählen,⁹⁴ ließen die Ausschüsse durch Jürgen Wullenwever ablehnen. Die Gunst der Stunde nutzend, stellte der 64er Ausschuss weitere Forderungen an den Rat, die allesamt von diesem akzeptiert wurden. Als Bürgermeister Mathäus Packebusch den Wunsch äußerte, daß auch die Bürger ihr Wort halten sollten, erwiderte Jürgen Wullenwever, daß die Ausschüsse zu ihren Abmachungen stehen werden. Zwar hatte Jürgen Wullenwever die endgültige Beseitigung des Rates verhindert, die Gewalt jedoch lag fest in den Händen der Bürgerausschüsse.

Da es bisher immer so gewesen war, daß der Rat in allen geschäftlichen und politischen Fragen die Stadt vertreten hatte, mußte ein einflußloser Rat die Kräfte der Stadt nach außen lähmen, was sich vor allen Dingen sehr nachteilig für die Kaufmannschaft auswirken konnte. So reifte bei den emporgekommenen Vertretern der Gedanke, den Rat zu ihren Gunsten zu verändern. Jürgen Wullenwever hat später bei seinem ersten Verhör angegeben, daß Harmen Israhel, Hans Meves und Borchert Wrede mit ihm auf den Plan eingingen.⁹⁵ In dieser Situation griff Wullenwever auf die sogenannte Ratswahlordnung Heinrichs des Löwen zurück, die er der Gemeinde am 27. April 1531 vortrug.

Bei der Verlesung mußten die Vertreter der Ämter erfahren, daß Abgeordnete der Zünfte nicht in den Rat gewählt werden konnten. Durch diese Eröffnung wurde verständlicherweise die Begeisterung der Handwerker für Jürgen Wullenwever gedämpft. Sie hatten doch auch mit einer Beteiligung im höchsten politischen Organ der Stadt gerechnet. Bevor die Ergänzungswahl erfolgte, hatte Wullenwever von der Bürgerschaft verlangt, dem Rat wieder unumschränkte Machtbefugnisse einzuräumen.⁹⁶ Jürgen Wul-

⁹⁰ Ebenda, S. 109.

⁹¹ Nach Kirchring, Müller, S. 179.

⁹² Petersen, Kirchenreformation, S. 110.

⁹³ Ebenda, S. 112.

⁹⁴ Ebenda, S. 114.

⁹⁵ Wullenwevers erstes Verhör, 1535, December 31. 1536., Januar 1., Waitz, III, Nr. 43, S. 475, 1.

⁹⁶ Nach Petersen, Kirchenreformation, S. 124.

lenwever wußte sehr gut, daß durch die Wahlordnung nur Kaufleute in den Rat kommen würden, die kein Interesse hatten, die Machtbeschränkungen der Ausschüsse auf sich zu nehmen.

Am 28. April wählten zwölf Abgeordnete – vier aus dem 64er und acht aus dem 100er Ausschuß⁹⁷ – neun Mitglieder aus den Bürgerausschüssen. Als dies geschehen war, wurden die neun Zettel mit den Namen der Auserwählten in eine Kiste gelegt, aus der der Bürgermeister Mathäus Packebusch sieben Zettel zog, während die restlichen Zettel sofort zerrissen wurden.⁹⁸

Auf Grund der Ausschußliste bei Petersen ermittelte Waitz, daß Johann Bussmann, Gotke Engelstede und Gert Odinckburg dem 64er, die übrigen dem 100er Ausschuß angehörten.⁹⁹ In Auswertung der Ausschußmitgliederlisten nach G. Kirchring/G. Müller ergibt folgendes: Das Los traf sechs Mitglieder des 64er Ausschusses, den Kaufmann Gotke Engelstede, den Wandschneider Jochim Grammendorp, den Kaufmann Gert Odinckburg, den Rentner Goßwin Bütepage, den Kaufmann Karsten Timmermann und den Wandschneider Johann Bussmann, während nur der Kaufmann Hinrich Kordes dem 100er Ausschuß angehörte.¹⁰⁰ Wie man sich später in einem Lied äußerte, hatte man wohl nicht die richtigen Vertreter gewählt.¹⁰¹ So meinte man einerseits, Jürgen Wullenwever hätte unbedingt gewählt werden müssen, andererseits aber wünschten sich möglicherweise die Ämter ihre Vertreter in den Rat.

Zwar wurde Jürgen Wullenwever noch nicht in den Rat gewählt, aber er war schon jetzt die führende Persönlichkeit in Lübeck, was sich auch außenpolitisch in den laufenden Verhandlungen mit dem Dänenkönig Friedrich I. nachweisen läßt.

Der in den 20er Jahren des 16. Jahrhunderts beginnende innerstädtische Kampf in Lübeck gegen die Mißstände der katholischen Kirche und gegen die alte Herrschaftsform des Rates – vor allen Dingen wider dessen Steuerpolitik – entwickelte sich im Laufe der Auseinandersetzungen zu einem Kampf um die Durchsetzung der reformatorischen Lehren Luthers und die Beteiligung an der Stadtherrschaft. Durch ihr energisches Vorgehen erreichte die Bürgerschaft die Einsetzung von Bürgerausschüssen, die die Politik des Rates – zuerst besonders die Finanzpolitik – kontrollieren sollten. Während in Lübeck der 32er und der 36er Ausschuß, die fast ausschließlich aus Vertretern der reichen Kaufmannschaft bestanden, nur in die Finanzfragen der Stadt aktiv eingriffen, entwickelten sich der 48er Ausschuß, später der 64er und der 100er Ausschuß zu richtungsweisenden und politischen aktiven Organen der oppositionellen Bewegung in Lübeck. Es gelang ihnen, sich formal mit dem Rat auf eine Stufe zu stellen, praktisch aber – besonders der 64er Ausschuß – die Politik der Stadt zu bestimmen. Vergleicht man die Zusammensetzung der drei letztgenannten Bürgerausschüsse miteinander, so stellt man eine fast paritätische Zusammensetzung zwischen der Gruppe der Kaufleute, Junker und Rentner und den Ämtern fest. Es wurden reiche Kaufleute, Vertreter der mittleren Kaufmannschaft und mehr oder weniger vermögende Handwerksmeister gewählt. Auffallend ist, daß im 48er und im 64er Ausschuß zuerst die Vertreter der Ämter in Erscheinung traten. Nicht die Abgeordneten der nichtpatrizischen Kaufmannschaft, sondern die Ausschuß-

⁹⁷ Ebenda, S. 123.

⁹⁸ Ebenda, S. 124.

⁹⁹ So bei Waitz, Wullenwever, I, S. 98.

¹⁰⁰ Vgl. Anlagen I und II im Anhang.

¹⁰¹ Siehe Lieder über die Lübecker Ereignisse aus dem November 1534., Waitz, II, Nr. 35, S. 344, 51.

mitglieder der Ämter, der Brauer Joachim Sandow, der Grobschmied Borchert Wrede, der Schuster Peter Molenbeke und der Schiffer Hinrik Möller, waren es, die durch ihr kompromißloses und konsequentes Auftreten den entscheidenden Anteil daran hatten, daß letztlich die Reformation in Lübeck sich durchsetzte. Damit wurde das politische Mitbestimmungsrecht der Ausschüsse erkämpft. Ihnen gelang es, der oppositionellen Bewegung in den innerstädtischen Auseinandersetzungen Impulse zu verleihen. Die Ausschüsse nutzten die Stoßkraft der Bürgerschaft und teilweise der plebejischen Schichten, um Zugeständnisse vom patrizischen Rat zu erzwingen. Als die Bürgerausschüsse die politische Macht errungen hatten, war der Weg für die Einführung der Reformation geebnet worden.

Mit dem Aufstieg Jürgen Wullenwevers ging die Führung in den Bürgerausschüssen wieder in die Hände der nichtpatrizischen Kaufleute über. Ihre Vertreter kamen in den Rat und setzten teilweise die Politik des Rates fort.

Trat der Widerspruch zwischen den Bürgerausschüssen und den plebejischen Schichten von Anbeginn der Auseinandersetzungen offen zutage, so zeigte es sich bei der Ergänzungswahl des Rates sehr deutlich, daß Jürgen Wullenwever auch den Abgeordneten der Handwerker keine politische Mitbestimmung einräumen wollte. Jürgen Wullenwever war bestrebt, die Obrigkeit in Lübeck zu erhalten, sie aber so umzugestalten, daß sie den Interessen der nichtpatrizischen Kaufmannschaft entsprach.

Obwohl an den verschiedensten Ereignissen nachgewiesen wurde, daß die plebejischen Schichten einen Anteil an der Durchsetzung der politischen Mitbestimmung der Bürgerausschüsse hatten,⁴⁰² konnten sie keinen Nutzen für sich daraus ziehen. Es wurde ihnen nicht gestattet, Abgeordnete in die Ausschüsse zu entsenden, noch hören wir von Maßnahmen, die zu einer sozialen Besserstellung führten.

⁴⁰² Siehe Anmerkungen 34, 42, 58, 59, 62, 75.

IV. Jürgen Wullenwevers Stellung in den Auseinandersetzungen in Lübeck und in den wendischen Hansestädten

Während durch die Ergänzungswahl vom 29. April 1531 der politische Einfluß der reichen Kaufmannschaft weiter gestiegen war und mit der Verkündung der neuen evangelischen Kirchenordnung am 27. Mai 1531 durch Johann Bugenhagen endgültig die lutherische Lehre in Lübeck gesiegt hatte, versuchten die Gegner, die politischen und kirchlichen Veränderungen rückgängig zu machen. In erster Linie waren es die beiden geflohenen katholischen Bürgermeister Nikolaus Brömse und Harmen Plönnies, die aus der Ferne Einspruch gegen Anordnungen des Rates erhoben, die während ihrer Abwesenheit in Lübeck gegeben worden waren. Zuerst sandten sie ein Schreiben an den Rat, in dem sie sich gegen die Verwendung des Kirchensilbers für weltliche Zwecke aussprachen.¹ Aufregung und Empörung löste ein ausführliches Plakat der beiden Flüchtlinge bei den beiden Bürgerausschüssen aus, welches am 15. Juni 1531 an allen Kirchentüren Lübecks prangte.² Hierin versuchten Nikolaus Brömse und Harmen Plönnies ihren Weggang aus Lübeck zu rechtfertigen. Sie erhoben aber auch Anklage gegen die herrschende Partei in Lübeck, weil diese Neuerungen gegen das göttliche Recht und gegen die kaiserliche Majestät einführten,³ welche zu Aufruhr in der Stadt geführt hätten. Da dieser Brief nicht nur an Lübeck, sondern gleichzeitig auch an Kurfürsten, Fürsten und Prälaten sowie andere Stände und Gewalten des Reiches adressiert war,⁴ verfaßten die beschuldigten Bürgerausschüsse gegen den anfänglichen Willen des Rates ein Antwortschreiben, welches an „Die Gesamtheit der christgläubigen Menschen und Freunde der Rechtfertigung“ gerichtet war.

In der Rechtfertigung betonten die Ausschüsse, daß ihre Wahl erfolgt sei, um Ruhe und Ordnung in der Stadt zu erhalten.⁵ Dieses Antwortschreiben, welches von den vier großen Ämtern befürwortet und vom Rat versiegelt worden war,⁶ verließ am 24. Juni Lübeck. Obwohl die Quellen das Mitwirken Jürgen Wullenwevers bei der Formulierung dieser Erwiderung nicht ausdrücklich betonen, kann man annehmen, daß er bei seiner Stellung als Wortführer des 64er Ausschusses maßgeblich daran beteiligt war. Wenn der Rat und die Bürgerausschüsse besonderen Wert auf die Veröffentlichung dieses Schreibens in allen Hansestädten legten, so wollten sie damit die Stimmen, die sich in den Hansestädten gegen die Veränderungen in Lübeck aussprachen, beruhigen.

Schon mehrmals hatten die Bürgerausschüsse und die Gemeinde den Rat in der Vergangenheit aufgefordert, ihnen Rechenschaft über die Finanzlage der Stadt zu geben. Sie

¹ Siehe Briefe und Erlasse von Brömse und Plönnies, Waitz, I, Nr. 26, S. 300.

² Nach Petersen, Kirchenreformation, S. 126.

³ Siehe Briefe und Erlasse von Brömse und Plönnies, Waitz, I, Nr. 26, S. 300.

⁴ So bei Waitz, Wullenwever, I, S. 100.

⁵ Ebenda, S. 101.

⁶ Nach Petersen, Kirchenreformation, S. 129.

konnten sich das Eindrucks nicht erwehren, daß die Steuereinnahmen der Bürger nicht zum Wohle der ganzen Stadt genutzt wurden. Um einen Überblick über die Einnahmen und Schulden der Stadt zu bekommen, informierte der 64er Ausschuß im Bewußtsein seiner gewonnenen Machtstellung am 24. Juni den Rat über die Wahl von Bürgern, die die Kämmerei übernehmen sollen.⁷ Die Ratsherren hätten sich dieser Forderung des 64er Ausschusses gern widersetzt, denn sie befürchteten *eine grote vorkleninge des Rades*.⁸ Der Not gehorchend, mußten sie zustimmen, daß neun gewählte Bürger für ein Jahr die Aufsicht führen sollten. Der Zustand der Kämmerei, die von Hinrich Kerkring und Godert van Hovelen übergeben wurde,⁹ wird dadurch charakterisiert, daß sich die Bürger erst 1700 m.l. von der „Kiste“ leihen mußten.¹⁰

Von dem 64er und dem 100er Ausschuß wurden im Namen der ganzen Gemeinde Ludwig Taschenmacher, Hans van Lennepen, Herrmann Schickepreen, Marx Stede, Hans Kremer, Hans tor Brugge, Hinrik Carstens, Hinrik Keller und Cort Parleberch gewählt.¹¹ Der Rentner Ludwig Taschenmacher, der Krämer Hinrik Carstens und der Schuster Herrmann Schickepreen gehörten dem 64er Ausschuß an, die übrigen wurden aus der Gemeinde bestimmt.

Seit der Flucht der beiden Bürgermeister waren deren Stellen im Rat noch nicht neu besetzt worden. Da die außenpolitischen Verhältnisse der Stadt von den führenden Persönlichkeiten Entscheidungen von großer Tragweite verlangten, keimte in der Gemeinde der Wunsch, die beiden vakanten Bürgermeisterstellen wieder zu besetzen. Dieses Verlangen der Bürgerschaft wurde vom 100er Ausschuß an den 64er Ausschuß gebracht, in dessen Namen Jürgen Wullenwever am 9. September 1531 dem Rat das Anliegen vortrug. Jürgen Wullenwever begründete den Antrag damit, daß die Bürgermeister ohne Wissen des Rates die Stadt verlassen und nichts Gutes für die Bürgerschaft getan hätten.¹² Bezüglich der Wahl der beiden neuen Bürgermeister stellte Jürgen Wullenwever den Rat vor vollendete Tatsachen, denn der 64er Ausschuß hatte sich schon auf Goslik Lunte und Godert van Hovelen geeinigt.¹³ Der Rat willigte notgedrungen ein und erklärte sich mit den Auserwählten einverstanden.¹⁴ Er war froh, daß einer der Gewählten aus altem Ratsgeschlecht stammte.

Während eindeutig feststeht, daß Godert van Hovelen bereits Mitglied des Rates war, lassen die Quellen keine exakte Feststellung darüber zu, ob Goslik Lunte als Ratsmitglied oder als Deputierter des 64er Ausschusses zum Bürgermeister gewählt wurde.¹⁵ Mit dem Wahlvorschlag noch nicht zufrieden, forderten die 64er von den beiden Bürgermeistern Mathäus Packebusch und Jochim Gercken, daß Goslik Lunte eine Stelle vor Godert van Hovelen sitzen sollte.¹⁶ Überrascht über das außergewöhnliche Anliegen des Ausschusses, die Rangfolge der obersten Ratssitze festzulegen, entschloß sich der Rat nach einer Aussprache, Goslik Lunte die dritte und Godert van Hovelen die vierte

⁷ Ebenda, S. 128.

⁸ Ebenda, S. 129.

⁹ Siehe Uebergang der Kämmerei auf den Ausschuß. (1531), Waitz, I, Nr. 27, S. 301.

¹⁰ Nach Petersen, Kirchenreformation, S. 129.

¹¹ Siehe Uebergang der Kämmerei auf den Ausschuß. (1531), Waitz, I, Nr. 27, S. 301.

¹² Nach Petersen, Kirchenreformation, S. 133.

¹³ Nach Kirchring, Müller, Compendium, S. 189.

¹⁴ Ebenda.

¹⁵ Siehe Die Veränderung des Rathes, 1531, Waitz, I, Nr. 25, S. 297. G. Waitz nahm an, daß Goslik Lunte und Hinrich Reinhusen im April des Jahres 1531 in den Rat kooptiert wurden.

¹⁶ Nach Petersen, Kirchenreformation, S. 135.

Stelle einnehmen zu lassen.¹⁷ Zum ersten Mal hatten die Bürgerausschüsse in Lübeck es gewagt, entgegen althergebrachten Brauchs, die wichtigsten Ratsstellen selbst zu besetzen, um sich einen ausschlaggebenden Einfluß im Rat zu sichern.

Nicht erfreut über die Wahl, nahm Godert van Hovelen die Ungesetzlichkeit seiner Erhebung zum Anlaß – eine Ablehnung seines Amtes wagte er nicht –, eine Protestation in das Stadtbuch schreiben zu lassen. Er betonte seine vom 64er und vom 100er Ausschuß erzwungene Wahl zum Bürgermeister.¹⁸ Obwohl der Inhalt der Protestation bei der Gemeinde Unbehagen hervorrief, gelang es Jürgen Wullenwever, der die Wahl Goderts van Hovelen wohl stark unterstützt hatte,¹⁹ die Bürgerschaft zu beschwichtigen. Als sich aber die Unruhe in der Gemeinde nicht legte, gab Godert van Hovelen die Zusicherung, sich für die Bürgerschaft einzusetzen.²⁰

In diese gespannte Atmosphäre platzten am 13. September 1531 die neuerlichen kaiserlichen Mandate hinein, die direkt an den 64er Ausschuß gerichtet waren.²¹ Bezugnehmend auf die Mandate vom 10. Oktober 1530 wurde bemängelt, daß man in Lübeck der lutherischen Lehre nicht abgeschworen und den alten Rat abgesetzt habe,²² und energisch gefordert, das alte kirchliche und politische Regiment innerhalb von 15 Tagen wieder herzustellen. Als der Inhalt des Mandats in der Stadt ruchbar wurde, entlud sich der Zorn der Bürgerschaft. Die aufgeputschte Menge stürmte die Kompanien der Junker und Kaufleute, plünderte und zerstörte sie.²³

Eine ganz andere Wirkung hatten verständlicherweise die Mandate für die katholische Geistlichkeit in Lübeck, die nun offen eine ablehnende Haltung zu den Bürgerausschüssen einnahm.²⁴ Die Wortgefechte zwischen der katholischen Geistlichkeit und den Anhängern der lutherischen Lehre gaben den Anlaß zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Domkapitel und den Bürgerausschüssen. Wer aber glaubte, Jürgen Wullenwever würde die Macht der Bürgerausschüsse in dieser Phase nutzen, um die Anhänger der katholischen Lehre endgültig zu verdrängen, sah sich enttäuscht. Zwar begaben sich die beiden Wortführer des 64er Ausschusses, Jürgen Wullenwever und Borchert Wrede, die Ratsherren Cord Wibkeking und Gotke Engelstede, der Kaufmann Johann Bone aus dem 100er Ausschuß, der Kaufmann Werner Friesenstein aus dem 64er Ausschuß sowie Albert Geverdink zum Kapitel,²⁵ aber nur um zu einer Disputation über die christliche Lehre aufzurufen.²⁶ Als der Dekan Johann Rode im Namen des Kapitels eine Disputation ablehnte, baten die Bürger – damit kein Aufruhr in der Stadt entstehe²⁷ –, daß die Gotteslästerungen eines gewissen Johann Cure unterbleiben sollen,²⁸ was vom Kapitel zugesichert wurde.

Ogleich es bei diesen Verhandlungen den Anschein hatte, als ob die Vertreter der

¹⁷ Ebenda.

¹⁸ Ebenda, S. 136.

¹⁹ So bei Waitz, Wullenwever, I, S. 102.

²⁰ Nach Petersen, Kirchenreformation, S. 137.

²¹ Ebenda.

²² Ebenda.

²³ Nach Kirchring, Müller, Compendium, S. 189.

²⁴ Nach Petersen, Kirchenreformation, S. 139.

²⁵ Ebenda, S. 140.

²⁶ Ebenda, S. 139.

²⁷ *Damit ok unlust, moye und uproe mank der gemene vorgbekamen und vorbutet mochte bliven;* ebenda, S. 140.

²⁸ Ebenda.

Bürgerausschüsse die Haltung der katholischen Geistlichkeit respektierten, nutzte Jürgen Wullenwever geschickt die Situation, indem er durch einen im November 1531 abgeschlossenen Vertrag die Position des Kapitels in Lübeck entscheidend schwächte.²⁹ In der Abmachung wurde festgelegt, den Domherren, Vikarien und den übrigen Geistlichen ihre Einkünfte auf Lebenszeit zu sichern und die Domkirche für die katholische Predigt freizugeben. Basierend auf dem Beschluß der Gemeinde vom 13. Oktober 1530,³⁰ wurde es dem Kapitel gestattet, alle vor Oktober 1530 erhaltenen Lehen zu behalten, wenn sie nicht vom Papst empfangen worden waren. Eine wichtige Festlegung war weiterhin, daß die Domherren zwar ihre Güter behaupten konnten, diese aber künftig auch besteuert wurden. Nach dem Tode der Domherren sollte der Besitz innerhalb und außerhalb der Stadt an die Gemeinde fallen. Interessant war hierbei die Klausel, daß die Rückgabe an die Stadt erst dann eintritt, wenn die Zahl der Kanoniker auf zwölf gesunken ist und dann weitere Todesfälle eintreten. Weiterhin wurde das Domkapitel gezwungen, alle Kirchspielkirchen abzutreten, Abschriften seiner Kirchenregister und Kirchbücher vorzunehmen, die Hauptbriefe vorzulegen und einen Nachweis über alle Zinsen, Renten und andere Einkünfte zu bringen. Nur unter dem Druck der Ereignisse stimmte das Kapitel diesem Vertrag zu.³¹

Nicht eingeschlossen in diese Abmachungen war der Bischof, der zu dieser Zeit fast immer in seinem Residenzschloß zu Eutin weilte. Die Teilung, die dem Domkapitel die Bischofsstadt, dem Bischof das Bistum ohne den Einflußbereich des Domkapitels zuwies, hatte sich auch für Lübeck durchgesetzt.³² Aus diesem Grunde konnte das Domkapitel nicht über die bischöflichen Güter entscheiden, was Wullenwever und seine Anhänger gern gesehen hätten. Aus weiteren Briefen³³ wird ersichtlich, daß das Kapitel wohl in der Folgezeit versucht hat, gewisse Festlegungen zu umgehen oder hinauszuzögern. Aber der persönliche Einsatz Jürgen Wullenwevers bewirkte die Ratifizierung des Vertrages.

Die Abmachungen, die Jürgen Wullenwever mit dem Domkapitel traf, entsprachen vor allen Dingen den Wünschen der Lübecker Kaufleute, aber auch der Handwerksmeister, die in der Besteuerung der Kirchengüter und den in absehbarer Zeit einsetzenden Säkularisationen eine bedeutsame Einnahmenquelle sahen, durch die die permanenten finanziellen Schwierigkeiten der Stadt Lübeck verringert werden konnten. Diese Maßnahmen sicherten Jürgen Wullenwever die Zustimmung der bürgerlichen Opposition. Das war eine wichtige Voraussetzung, um energisch in die außenpolitischen Ereignisse einzugreifen.

Seitdem die reformatorischen Lehren Luthers in Lübeck fester Fuß gefaßt hatten, waren die außenpolitischen Beziehungen dadurch gekennzeichnet, daß die Anhänger des katholischen Glaubens versuchten, mit Glaubensgenossen, besonders dem Kaiser, dem Herzog Albrecht von Mecklenburg, den Herzögen Heinrich und Erich von Braunschweig, in Verbindung zu treten, um eine Unterstützung im Kampf um die Erhaltung des Katholizismus in Lübeck zu haben. Auch die Protestanten nahmen jede Gelegenheit wahr,

²⁹ Siehe dazu Grauthoff, F. H., Die Lübeckischen Chroniken in niederdeutscher Sprache, Bd. 1, Hamburg 1821, S. 306.

³⁰ Beschlüsse der Gemeinde, 1530, October 13. *Item der Gemente artykel tho Lubeck am 13. dach Octobris anno 1530 jaren na Gades gebort gemaket bewyllygget und confirmert*, Waitz, I, Nr. 22, S. 291, 22.

³¹ Siehe Verhandlungen des Capitels mit der Stadt, 1532, Waitz, I, S. 302. *Wes men uns gelavet, is men mestlick heiden und Juden schuldlich, wes wy aver gelavet, wert my buten Lubeck grofflich vorweten*, schrieb der Dekan Johann Rode.

³² Siehe bei Jannasch, Reformationsgeschichte, S. 21.

³³ Siehe Verhandlungen des Capitels mit der Stadt, 1532, Waitz, I, Nr. 28, S. 302.

ebenfalls Rückendeckung bei Gleichgesinnten zu suchen. Schon im Herbst des Jahres 1530 traten der Herzog Franz von Lüneburg und auch Abgesandte Hessens und Sachsens mit der Bitte an die Stadt heran, sich einem Bündnis der evangelischen Stände anzuschließen. Sie aber wurden abgewiesen, da der von Nikolaus Brömse und Harmen Plönnies geführte Rat das Angebot strikt ablehnte. Nach der Gründung des Schmalkaldener Bundes im Dezember 1530 erschien am 24. Januar 1531 der Kanzler des Herzogs Ernst von Lüneburg, Johann Forster, in Lübeck und richtete die Aufforderung an die beiden Bürgerausschüsse, dem Bund der Evangelischen beizutreten.³⁴ Obwohl der 64er Ausschuß, der dem Rat das Anliegen vortrug, einem Beitritt zustimmte, gelang es dem Rat noch einmal, den Bürgerausschuß dahingehend zu vertrösten, erst dann beizutreten, wenn auch andere Reichsstädte ihre Mitarbeit zusagten.³⁵

Trotzdem konnte der Rat es nicht verhindern, daß am 12. März 1531 der Ratsherr Tönnies van Stiten, die Kaufleute Hans van Elpen und Jacob Krabbe,³⁶ dieser aus dem 64er, jener aus dem 100er Ausschuß, zum Schmalkaldener Tag gesandt wurden, um die Bereitschaft Lübecks zur Mitarbeit im Bund zu erklären. Die Stadt wollte sich damit eine Unterstützung seiner außen- und innenpolitischen Maßnahmen sichern. Gerade der Beitritt Lübecks in den Schmalkaldener Bund wird bestimmt dazu beigetragen haben, daß Nikolaus Brömse und Harmen Plönnies im April 1531 die Stadt verließen, erklärten sie doch in ihrem Schreiben vom 20. Mai 1531, daß sie gegen die Beschickung des Schmalkaldischen Tages waren.³⁷ Am 3. Mai 1531 wurde die Aufnahme Lübecks in den Bund offiziell durch Herzog Ernst von Lüneburg bestätigt.³⁸

War das Verhältnis zwischen Lübeck und dem Kaiser wegen der Vertreibung seines Schwagers Christian II. und der permanenten Auseinandersetzungen mit seinen holländischen Untertanen schon gespannt, so mußte diese Entscheidung Lübecks die Beziehungen noch verschlechtern. Durch die Vermählung von Karls Schwester Isabella mit Christian II. von Dänemark hatte sich die Möglichkeit ergeben, die österreichisch-burgundisch-spanische Macht zu erweitern. Nach der Flucht Christians II. bemühte sich der Kaiser darum, die Rückkehr seines Schwagers nach Dänemark zu ermöglichen. Er verfolgte das Ziel, die nordischen Reiche als Lehen oder als Erbe des burgundisch-österreichischen Hauses zu erhalten.³⁹ Da es offensichtlich war, daß Lübeck die Inthronisierung Friedrichs I. maßgeblich unterstützt hatte und auch bereit war, ihm gegen eventuelle Angriffe Christians II. Hilfe zu leisten, unternahm der Kaiser im Jahre 1531 den Versuch, auf diplomatischem Wege Lübeck und die wendischen Städte für die Rückkehr des Exkönigs Christian II. aus den Niederlanden nach Dänemark zu gewinnen.

Schon während des Augsburger Reichstages war im Auftrag des Kaisers der frühere Sekretär Stephan Hopfensteiner in Lübeck erschienen, um Kontakte mit einzelnen Mitgliedern des Rates und auch der Bürgerausschüsse aufzunehmen. Wohl rühmte er sich später, Erfolg gehabt zu haben,⁴⁰ aber der Einfluß der Katholiken war schon so gering,

³⁴ Nach Petersen, Kirchenreformation, S. 102.

³⁵ Ebenda.

³⁶ Ebenda, S. 107.

³⁷ Siehe Briefe und Erlasse von Brömse und Plönnies, Waitz, I, Nr. 26, S. 300.

³⁸ So bei Waitz, Wullenwever, I, S. 112, Anm. 4.

³⁹ Nach Allen, C. F., Breve og Aktstykker til Oplysning af Christiern II. og Frederik I. Historie, Bd. 1, Kjöbenhavn 1854, S. 132.

⁴⁰ Nach Lanz, K., Staatspapiere zur Geschichte des Kaisers Karl V. Aus dem königlichen Archiv und der Bibliothek de Bourgogne zu Brüssel. In: Bibliothek des Literarischen Vereins in Stuttgart, Bd. XI, Stuttgart 1845, S. 53–56.

daß von der Durchsetzung der Pläne des Kaisers keine Rede mehr sein konnte. Das Eintreffen der kaiserlichen Mandate verschärfte den Gegensatz zum Kaiser.

Eine vom Kaiser für den 11. April 1531 angesetzte Tagfahrt, wo über die Unterstützung Christians II. verhandelt werden sollte, kam nicht zustande, da Lübeck um Aufschub bat.⁴¹ Die Bürgerschaften sprachen sich dagegen aus, weil Friedrich I. als Verbündeter der Stadt nicht eingeladen worden war. Kaiser Karl V., von den Türken arg in die Enge getrieben, wünschte aber Frieden im Norden Europas.

Im Juni traf in Lübeck der kaiserliche Gesandte Wolfgang Prantner ein und forderte die Einberufung der wendischen Städte in Lübeck. Während der Rat seine Zustimmung gab, verweigerten die Bürgerschaften die Zusammenkunft,⁴² erklärten sich aber bereit, eine Tagfahrt in Wismar zu beschicken, wenn König Friedrich I. ebenfalls eingeladen werde.⁴³ Enttäuscht über die Ablehnung der verordneten Bürger, machte der Rat auf die unangenehmen Folgen für die Stadt aufmerksam.

Nach dieser ergebnislosen Werbung in Lübeck schaffte es Wolfgang Prantner, eine Zusammenkunft in Wismar zu erreichen, an der die Abgeordneten Rostocks, Stralsunds und Wismars teilnahmen. Obwohl Wolfgang Prantner hier den Ratssendeboten und später auch den Räten bei einer Hilfe für die Restitution Christians II. in Dänemark die Bestätigung alter Privilegien und neuer Freiheiten in Aussicht stellte, waren diese nicht geneigt, ohne die Zustimmung Lübecks zu handeln. Daraufhin trafen am 25. Juli in Lübeck Ratssendeboten aus Wismar, Rostock und Stralsund ein.⁴⁴ Dem Rat und dem 64er Ausschuß ließen sie durch Dr. Oldendorp erklären, daß sie das Anerbieten Wolfgang Prantners in Wismar zurückgewiesen hätten.⁴⁵ Im Namen des Rates und der 64er gab Bürgermeister Mathäus Packebusch zur Antwort, Lübeck lehne die Werbung Wolfgang Prantners ab, solange man nicht mit seinem Verbündeten Friedrich I. gesprochen habe. Den Vorschlag Lübecks, die Beschildung Friedrichs I. zu übernehmen, lehnten die Ratssendeboten der drei Städte ab, forderten aber gleichzeitig die Teilnahme Hamburgs und Lüneburgs bei kommenden Verhandlungen. Diese strikte Ablehnung durch Wismar, Rostock und Stralsund wurde von den Lübeckern so gedeutet, daß die Versprechungen des kaiserlichen Legaten es schon bewirkt hatten, den Bund der wendischen Städte zu lockern.⁴⁶ Die Lübecker machten darauf aufmerksam, daß sie für Ergebnisse, die aus Verhandlungen zwischen den Städten und Wolfgang Prantner über die dänischen Angelegenheiten entstünden, keine Verantwortung übernehmen. Darauf verließen die Ratssendeboten Lübeck in Richtung Hamburg, um Wolfgang Prantner zu informieren, während der Lübecker Sekretär Andreas Stolpe zur Berichterstattung an Friedrich I. nach Kopenhagen abreiste. Tatsächlich fand eine Aussprache zwischen Wolfgang Prantner und den Städten unter Ausschluß Lübecks statt. Dabei sollen die Städte versprochen haben, eine Aussöhnung herbeizuführen.⁴⁷ Gleichzeitig beschlossen sie die Beschildung des dänischen Königs durch den Hamburger Sekretär Hermann Rover. Nachdem dieser eine Tagfahrt nach Segeberg für den 15. August vereinbart hatte, lehnte Wolfgang Prantner

⁴¹ Kaiser Karl V. forderte am 13. Februar 1531 die wendischen Städte zu einer Tagfahrt auf; Waitz, Wullenwever, I, S. 116, Anm. 1.

⁴² Nach Petersen, Kirchenreformation, S. 127.

⁴³ Ebenda.

⁴⁴ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 14, § 1.

⁴⁵ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 14, § 2.

⁴⁶ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 14, § 5.

⁴⁷ Siehe Verhandlungen mit Wolfgang Prantner, 1531, Juli–Octob., Waitz, I, Nr. 31, S. 307–311.

ab, dort zu erscheinen, da König Friedrich nicht persönlich auftreten wollte und von den Städten nur Hamburg und Lüneburg zusagten.

Am 17. August wurde in Segeberg zwischen den dänischen Räten und den Ratssendeboten eine gemeinsame Aussprache für August in Hamburg festgelegt, die dann am 21. August bei Teilnahme Wolfgang Prantners, der dänischen Räte und der Ratssendeboten von Lübeck, Hamburg und Lüneburg begann.

Als die Vertreter der Städte massiert die Forderung stellten, Christian II. solle sofort alle kriegerischen Unternehmungen gegen Dänemark einstellen, erklärte sich Wolfgang Prantner bereit, den als Bedingung für weitere Verhandlungen geforderten Waffenstillstand von Christian II. einzuholen. Als er am 30. August in Hamburg mitteilte, Christian II. stimme nur einem Waffenstillstand zu, wenn die Städte kurzfristig seine Rückkehr nach Dänemark herbeiführen könnten, stieß er auf den Widerstand von Lübeck und Hamburg. Beide Städte brachten zum Ausdruck, daß durch das Verhalten Christians II. alle Verhandlungen zum Scheitern verurteilt seien, während die anderen Ostseestädte Wismar, Rostock und Stralsund die Werbungen nicht ablehnend aufnahmen. Mit der Landung Christians II. im Oktober 1531 in Norwegen brachen die Verhandlungen zusammen.

Die Lübecker Kaufmannschaft war nicht daran interessiert, Christian II. auf Kosten Friedrichs I. wieder auf den dänischen Thron zu setzen, da der geflohene König aus seiner antilübeckischen Haltung nie ein Hehl gemacht hatte. Die wichtigste Aufgabe für Lübeck bestand nun darin, mit Hilfe der wendischen Hansestädte die Rückkehr Christians II. zu verhindern.

Vom Auftreten der wendischen Städtegruppe, deren Mitglieder durch besondere Verträge verbunden waren, hingen in der Vergangenheit oft Erfolge und Mißerfolge des gesamten Hansebundes ab. Privilegien und Freiheiten, die die Hanse mit Lübeck an der Spitze errungen hatte, galten häufig für die Hansestädte insgesamt. Manche teilte Lübeck aber nur mit den wendischen Städten. Zu Beginn des 16. Jahrhunderts wurde dann aber sichtbar, daß die wendischen Städte nicht immer bereit waren, die Politik Lübecks zu unterstützen. Sie befürchteten eine Übervorteilung, oder sie waren, wie die Verhandlungen mit dem kaiserlichen Abgesandten Wolfgang Prantner zeigten, mit Ansichten Lübecks nicht einverstanden.

Um sich die Hilfe der wendischen Hansestädte zu sichern, hatte Lübeck schon Ende September 1531 Gabriel von Eisenhofen nach Wismar, Rostock und Stralsund gesandt.⁴⁸ Seine Werbung wurde noch durch schriftliche Aufforderungen Lübecks⁴⁹ und Friedrichs I. von Dänemark⁵⁰ unterstützt. Den Lübeckern konnte nicht verborgen bleiben, daß die genannten Städte eine auffallende Zurückhaltung bezüglich der Unterstützung des dänischen Königs Friedrich I. an den Tag legten. Während einerseits Klagen über die alleinige Nutzung des schwedischen Privilegs von Strängnas 1523 durch Lübeck, das im Jahre 1524 abgelaufene und nun fehlende Bündnis der wendischen Städte untereinander und die Rücksichtnahme der Städte Wismar und Rostock auf ihren Landesherren Albrecht von Mecklenburg als Begründung angeführt wurden, waren andererseits die eingetretenen politischen Veränderungen in Lübeck den Räten von Wismar, Stralsund und Rostock nicht angenehm. Wenn sich auch in diesen Städten die reformatorischen Lehren Luthers durchgesetzt hatten, in Wismar und Stralsund durch die Wahl von Bürgerausschüssen der

⁴⁸ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 14, § 1.

⁴⁹ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 36.

⁵⁰ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 39.

Alleinherrschaft des Rates ein Ende gesetzt wurde,⁵¹ so war doch im Gegensatz zu Lübeck die patrizische Stadtherrschaft nicht grundsätzlich angetastet worden.

Sich der verhängnisvollen Gefahr der Uneinigkeit bewußt werdend, reagierte nicht nur der Lübecker Rat, sondern zum ersten Mal griff auch der 64er Ausschuß offiziell in die äußeren Angelegenheiten der Stadt ein, indem er ein Schreiben an die Gemeinde der Stadt Rostock richtete.⁵² Zwar war dieser Brief mit *De 64 vorordenthe burger der stad Lubegke*⁵³ unterschrieben, aber ein Vergleich mit Briefen Jürgen Wullenwevers an Herzog Albrecht von Mecklenburg bestätigt die Meinung von G. Waitz, daß Wullenwever diesen Brief persönlich verfaßt hat.⁵⁴ Die Tatsache, daß die Aufforderung nicht an den Rat adressiert war, weist darauf hin, daß der Bürgerausschuß dem Rat in Rostock nicht traute. Eindringlich machte man auf die Folgen einer Rückkehr König Christians II. nach Dänemark aufmerksam und beschwor Rostock, unbedingt Schiffe nach Kopenhagen zu entsenden. Schon am 26. November 1531 waren vier Schiffe, die von zwei Ausschußmitgliedern, dem Brauer Joachim Sandow und dem Kaufmann Hans Rolle⁵⁵ begleitet wurden, von Lübeck aus nach Kopenhagen in See gestochen. Nichts kann wohl die gewachsene Autorität der Bürgerausschüsse in Lübeck besser widerspiegeln, als daß die Ausschußmitglieder für würdig befunden wurden, im Auftrage der Stadt mit dem dänischen König zu verhandeln, den sie aber in Kopenhagen nicht antrafen. Darauf wurden die wendischen Städte im Januar 1532 zu einer Versammlung nach Neumünster einberufen.⁵⁶ Bis auf Lüneburg nahmen alle wendischen Hansestädte teil. Hauptverhandlungspunkt war die dringende Aufforderung des dänischen Königs, umgehend Kriegsschiffe zu stellen, um den in Norwegen stehenden Exkönig Christian II. wirkungsvoll bekämpfen zu können. Zur aktiven Kriegshilfe war nur Lübeck bereit, während die anderen Städte unter fadenscheinigen Begründungen absagten.⁵⁷ Die Bereitwilligkeit Lübecks basierte allerdings auch auf der Zusage des dänischen Königs, den Handel der Holländer im Ostseegebiet stark einzuschränken.

In der Folgezeit war Lübeck bestrebt, für die vom Dänenkönig einberufene Versammlung nach Kopenhagen eine Einigung unter den wendischen Hansestädten herzustellen, um massiert die Forderung nach Ausschaltung der niederländischen Handelskonkurrenz gegenüber Dänemark zu vertreten. Das scheiterte am Unwillen der anderen Städte. Allerdings erklärten sich Rostock, Wismar und Stralsund bereit, an den Verhandlungen in Kopenhagen teilzunehmen, während Hamburg und Lüneburg strikt ablehnten.

Am 31. März 1532 trafen die Lübecker Gesandten, der Ratmann Gotke Engelstede, die Ausschußmitglieder Jürgen Wullenwever, Jacob Volsche⁵⁸ sowie Hans Stalhot⁵⁹ in Kopenhagen ein, wo der Ratsherr Nikolaus Bardewick⁶⁰ zu ihnen stieß.⁶¹ Im Protokoll

⁵¹ Vgl. dazu Schildhauer, Auseinandersetzungen, S. 117 ff.

⁵² Schreiben der 64er zu Lübeck an die Quartiermeister und Gemeinde zu Rostock, 1531, Decemb. 11. (von Wullenwever), Waitz, I, Nr. 33, S. 312.

⁵³ Ebenda, S. 313.

⁵⁴ Ebenda.

⁵⁵ Siehe Anhang Anlage II, Nr. 23.

⁵⁶ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 54.

⁵⁷ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 54, §§ 7, 8, 11.

⁵⁸ Siehe Anhang Anlage I, Nr. 38.

⁵⁹ Hans Stalhot ist in den Ausschußlisten nicht aufgeführt.

⁶⁰ Nikolaus Bardewick vertrat den erkrankten Godert van Hovelen.

⁶¹ So bei Waitz, Wullenwever, I, S. 134.

der Verhandlungen zu Kopenhagen wurde Jacob Volsche nicht genannt,⁶² aber Waitz begründete dessen Anwesenheit mit seiner Unterschrift, die er unter dem Vertrag zwischen Friedrich I. und Lübeck gefunden hatte.⁶³

Obwohl seit der Wahl Jürgen Wullenwevers zum Wortführer des 64er Ausschusses keine innen- und außenpolitischen Entscheidungen ohne seine Mitwirkung getroffen wurden, trat Wullenwever hier zum ersten Mal aktiv außerhalb der Stadt bei der Lösung außenpolitischer Verwicklungen in Erscheinung. Bevor die Verhandlungen mit den Dänen begannen, tauschten die Lübecker Gesandten mit den Ratssendeboten von Rostock und Stralsund ihre Vorstellungen aus, um diese für ein gemeinsames Vorgehen gegen Christian II. und die Holländer zu gewinnen. Der Hinweis von R. Häpke ist nicht so abwegig, daß die Lübecker hofften, die Ratssendeboten in Kopenhagen von ihren Vorstellungen zu überzeugen, wußten sie doch, daß die Räte dieser Städte kein Hehl aus ihrer Abneigung gegen die Pläne Lübecks machten.⁶⁴

Völlig überrascht traf die wendischen Städtegesandten bei der internen Besprechung mit den Lübeckern die Eröffnung Nikolaus Bardewicks, einen gemeinsamen Krieg gegen die Holländer führen zu wollen. Stralsund und Rostock, die sich zum Kampf gegen Christian II. unter Vorbehalten durchgerungen hatten, lehnten die Beteiligung an einem Krieg gegen Holland ab.

Unter der Belastung dieses Problems wurden die Verhandlungen zwischen Lübeck und den Dänen eröffnet, die dänischerseits die Aufhebung der Bedrohung durch Christian II. von Norwegen aus zum Ziel hatten; während lübischerseits der Wunsch nach endgültiger Verdrängung der niederländischen Handelskonkurrenz im Vordergrund stand. Ebenso wie die Ratssendeboten aus Stralsund und Rostock wunderten sich die dänischen Reichsräte darüber, weshalb die Lübecker nicht über den gemeinsamen Gegner Christian II. sprachen, sondern ihre Angriffe in erster Linie gegen die Holländer richteten.

Jürgen Wullenwever nutzte die Gunst der Stunde und legte ihnen eindringlich dar, warum Lübeck als Äquivalent für die Hilfe gegen Christian II. die Wiederherstellung der alten Wirtschaftsposition Lübecks, den Travestapel,⁶⁵ forderte. Das würde die Einschränkung des Handels der Holländer durch den Sund bedeuten. In seinen Ausführungen betonte Wullenwever geschickt, daß der Handel durch den Sund Lübeck großen finanziellen Schaden bringe, womit er dem dänischen Reichsrat zu verstehen gab, daß Lübeck unter diesen Umständen nicht in der Lage sei, Dänemark gegen Christian II. zu helfen.⁶⁶ Das Anliegen Wullenwevers wurde von Harmen Israhel⁶⁷ dahingehend unterstützt, indem er die holländische Ballastfahrt durch den Sund verbieten und damit Holland einen schweren wirtschaftlichen Schlag versetzen wollte.⁶⁸

Es war verständlich, daß der Plan Jürgen Wullenwevers auf den Widerstand der Dänen stieß, da die Forderungen das Verhältnis Dänemarks zu Seeland und Brabant, dem Kaiser und den osterschen Städten belasten und die Zolleinnahmen von Helsingör schmälern würden. Selbst bei den engsten hansischen Freunden Wismar, Stralsund und

⁶² Vgl. HR, IV, 1, Nr. 64, § 1.

⁶³ Waitz, Wullenwever, I, S. 134, Anm. 3.

⁶⁴ Häpke, R., Die Sundfrage und der holländisch-lübische Konflikt auf der Tagung zu Kopenhagen April 1532. Ztschr. f. Lüb. Geschichte, Bd. 14, Lübeck 1912, S. 99.

⁶⁵ Vgl. dazu Häpke, R., Die Regierung Karl V. und der europäische Norden. Veröff. z. Gesch. der Hansestadt Lübeck, hrsg. vom Archiv der Hansestadt, Bd. 3, Lübeck 1914, S. 20.

⁶⁶ So bei Friedland, Erbe, S. 30.

⁶⁷ Aus Stockholm kommend, war Harmen Israhel zu den Gesandten gestoßen; HR, IV, 1, Nr. 69.

⁶⁸ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 69, § 1.

Rostock entstanden ernste Bedenken, den Handel durch den Sund als ungesetzlich zu erklären.⁶⁹ Der Not gehorchend, hat der dänische König den Lübeckern später das Durchfahrverbot für die Holländer vertraglich gesichert, aber eingehalten wurde es nie.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Frage, warum Wullenwever das Stapelsystem wieder durchsetzen wollte. Friedland vermutete, Jürgen Wullenwever wolle das stark gesunkene Ansehen der Nowgorodfahrer – zu deren Älterleute Wullenwever in den 20er Jahren gehörte – wieder heben.⁷⁰ Die Nowgorodfahrer hatten durch die Schließung des Kontors in Nowgorod den Verlust alter Handelsplätze und Handelsverbindungen zu beklagen. Die Äußerung Wullenwevers, *men muste jo wes to busz bringen, dat den burgern und gemeyne to Lubeck vortobelden*,⁷¹ zeigt eindeutig, wen Wullenwever vertrat. Mit der Forderung nach Wiederherstellung des Stapelgütersystems und der Erlangung neuer Privilegien handelte Wullenwever im Sinne der reichen Kaufmannschaft Lübecks, die von ihm eine Verbesserung des Handels und damit eine Erhöhung des Gewinns erwartete, wobei aber auch das Bemühen Wullenwevers zu erkennen war, den Handwerkern gewisse Vorteile zu verschaffen. Wullenwever ging es vorrangig um die Gewinnung der Kaufmannschaft und der Ämter Lübecks für seine weiteren Pläne und nicht um persönliche Privilegien und Freiheiten. In einem Vertragsentwurf,⁷² den Jürgen Wullenwever 1534 mit dem Herzog Albrecht von Mecklenburg, der dänischer König werden wollte, ausarbeitete, betonte er, daß ihm der Besitz solcher strategisch wichtiger Punkte wie Gotland, Helsingör und Helsingborg weitaus wichtiger schien als die Festigung und die Erweiterung von Handelsrechten.

Mit Verärgerung werden die Ratssendeboten der wendischen Hansestädte Wismar, Stralsund und Rostock in Kopenhagen registriert haben, daß Wullenwever mit seinen Forderungen in erster Linie die Belange der Lübecker Kaufmannschaft vertrat. Mit der Einleitung einer verschärften Politik gegen die Holländer, die Wullenwever vor allen Dingen zum Vorteil Lübecks vorschlug, vergrößerte er die Gegensätze zu den anderen wendischen Städten. Die Räte der wendischen Hansestädte überprüften daraufhin ihre Politik gegenüber Lübeck und standen in der Folgezeit der Außenpolitik Lübecks ablehnend oder zumindest noch zurückhaltender gegenüber.

Die folgenden Wochen bewiesen, daß das unter dem Druck der Gefahr Christians II. für Dänemark erreichte Abkommen zwischen Lübeck und Dänemark nicht die Gewähr gab, die Vormachtstellung Lübecks im Handel zu sichern. Zwar konnte den Holländern erheblicher Schaden zugefügt werden, aber es gelang ihnen, andere Hansestädte und auch Friedrich I. gegen Lübeck aufzuwiegeln. So sollte eine für Juli angesetzte Zusammenkunft in Kopenhagen die Entscheidung bringen.

In der Zwischenzeit hatte Lübeck nichts unversucht gelassen, um seinen Verpflichtungen im Kampf gegen Christian II. nachzukommen. Auf dem Wendischen Städtetag in Lübeck am 2. Juni 1532, an dem alle wendischen Städte teilnahmen, wurde von Lübeck zur aktiven Teilnahme im Kampf gegen Christian II. aufgerufen.⁷³ Lübeck hat sogar den Versuch unternommen, den Schmalkaldener Bund für die Unterstützung Friedrichs I. zu gewinnen, was aber durch die Bundesversammlung in Schweinfurt abgelehnt wurde.⁷⁴

⁶⁹ So bei Häpke, Sundfrage, S. 133.

⁷⁰ Friedland, Erbe, S. 33.

⁷¹ Zitiert nach Häpke, Sundfrage, S. 124.

⁷² Nach Paludan-Müller, Aktstykker, I, S. 285.

⁷³ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 82. Die Quellen über die Versammlung sind sehr dürftig.

⁷⁴ So bei Waitz, Wullenwever, I, S. 151.

Trotzdem reisten im Juni die Ratsmitglieder Cord van Riden und Hinrich Reinhusen, der Sekretär Andreas Stolpe, Jürgen Wullenwever und Ludwig Taschenmacher sowie Jacob Krabbe⁷⁵ zu einer Versammlung sächsischer Städte, um den Beitrag der Bundeshilfe festzulegen.⁷⁶ Hier wurde noch einmal die Bereitschaft zum Kampf gegen Christian II. gefordert, aber ebenfalls abgelehnt, so daß Lübeck die Hinterlegung von Hilfgeldern verweigerte.

Bevor sich die Abgeordneten, die Bürgermeister Jochim Gercken und Goslik Lunte, der Ratmann Gotke Engelstede, der Sekretär Lambert Becker und die Ausschußmitglieder Jürgen Wullenwever, Hans Stalhot und Jacob Volske⁷⁷ von Lübeck nach Kopenhagen begaben, hatten sie noch eine Aussprache mit dem 100er Ausschuß, der ihnen die Vollmacht mit auf den Weg gab, Dänemark nur zu unterstützen, wenn die handelspolitischen Forderungen Lübecks erfüllt wurden.⁷⁸ Außerdem ermächtigte der Ausschuß die Gesandten, energisch gegen die anderen wendischen Städte vorzugehen, wenn sie ihre Hilfe verweigerten. Wie enttäuscht waren die Lübecker Gesandten, als sie bei den Verhandlungen spürten, daß der dänische König sich mit den Holländern verglich und ihnen freie Ostfahrt durch den Sund zusicherte. Dies aber bedeutete das endgültige Scheitern der Politik Wullenwevers. Die Entscheidung zugunsten der Holländer fiel Friedrich I. leicht, da es ihm gelungen war, Christian II. in seine Hände zu bekommen. Das hatte Jürgen Wullenwever unterstützt.⁷⁹ So war die unmittelbare Gefahr für Dänemark beseitigt, und die eigenen Interessen Friedrichs I. traten wieder in den Vordergrund.

Trotzdem versuchte Wullenwever in Kopenhagen, ein Bündnis mit den Dänen und den wendischen Städten gegen die Holländer zu schließen. Hart prallten die Meinungen der Ratssendeboten von Lübeck, Wismar, Rostock, Stralsund und Hamburg aufeinander, und bis auf Stralsund lehnten die Städte dieses Bündnis ab. Hinzu kam, daß Gustav Wasa von Schweden nach der Gefangennahme Christians II. kein Interesse daran hatte, die Stellung Lübecks gegen die Holländer zu stärken. Die Enttäuschung über das Verhalten Friedrichs I. und Gustav Wasas war in Lübeck groß, hatte man sie doch beide bei der Erringung der Königskrone unterstützt, um die Sicherung der Privilegien in den nordischen Reichen zu erwirken. Diese Politik Lübecks, die in der Vergangenheit des öfteren praktiziert worden war, mußte scheitern, denn diese Könige mußten die Abhängigkeit zu Lübeck beseitigen, wenn sie Anerkennung in ihrem Lande erreichen wollten.⁸⁰

Die unbefriedigenden außenpolitischen Fortschritte, die Jürgen Wullenwever auf das konservative Beharren der patrizischen Ratsmitglieder schob, und der Wille, jetzt von einflußreichster Stelle die Politik der Stadt zu bestimmen, werden ihn in seinem Entschluß bestärkt haben, eine Umsetzung des Rates vorzunehmen. Hinzu kam, daß einige im Jahre 1531 gewählte Ausschußmitglieder, Jochim Grammendorp, Karsten Timmermann, Hinrich Kordes und Johann Bussmann den Rat verließen,⁸¹ da sie die Folgen

⁷⁵ Siehe Anhang Anlage II, Nr. 31.

⁷⁶ So bei Waitz, Wullenwever, I, S. 152.

⁷⁷ Siehe Verhandlungen zu Kopenhagen mit den Holländern, 1532, Juli, Waitz, I, Nr. 43, S. 333.

⁷⁸ Siehe Instruction der Lübecker für die zweite Kopenhagener Zusammenkunft, 1532, Juni, Waitz, I, Nr. 42, S. 331.

⁷⁹ Verhandlungen zu Kopenhagen über K. Christian II. Behandlung, 1532, Juli 20–August 3., Waitz, I, Nr. 47, S. 356 ff.

⁸⁰ So bei Pannach, Bemerkungen, S. 118.

⁸¹ Siehe Ergänzung des Rathes im Jahr 1533, Waitz, I, Nr. 53, S. 374.

des kaiserlichen Mandats fürchteten.⁸² Da durch Todesfälle, Goslik Lunte⁸³ und Hans Lüneburg,⁸⁴ und aus Krankheitsgründen, Mathäus Packebusch und Gravert⁸⁵ weitere Mitglieder ausgeschieden waren, konnte Wullenwever sein Vorhaben verwirklichen. Zu Beginn des Jahres 1533 wurden die Kaufleute Jürgen Wullenwever, Hans von Elpen, Helmke Dannemann, Evert Störtelberg, Tile Tegetmeyer, die Rentner Ludwig Taschenmacher und Albrecht Klever sowie der Salzherr Hans Sengestake in den Rat kooptiert.⁸⁶ Entsprechend der neuen Zusammensetzung des Rates – 12 neue und 12 alte Mitglieder – wurden Jürgen Wullenwever und Ludwig Taschenmacher als Bürgermeister gewählt, die nun gleichberechtigt mit Jochim Gercken und Godert van Hovelen regierten. Mit dieser personellen Umbesetzung des Rates war der Einfluß der nichtpatrizischen Kaufmannschaft Lübecks weiter gestiegen, und Wullenwever hatte die höchste Stufe der Macht erklommen.

Nach der Absage der nordischen Könige an die Außenpolitik Lübecks erkannte Wullenwever sehr gut, daß nun unbedingt die wendischen Städte gewonnen werden mußten. Lübeck berief für den 18. März 1533 eine Tagfahrt ein, wo über ein Schutzbündnis der wendischen Hansestädte und über den gemeinsamen Kampf gegen die Holländer beraten werden sollte.⁸⁷ Wie tief die Kluft zwischen Lübeck und den wendischen Städten war, offenbarte sich darin, daß außer Lüneburg alle anderen Städte der Versammlung fernblieben, und auch Lüneburg lehnte eine kriegerische Auseinandersetzung mit den Holländern ab.

Nachdem alle Bemühungen gescheitert waren, Dänemark, Schweden und die Nachbarstädte als Partner zu gewinnen, eröffnete Lübeck am 29. März 1533⁸⁸ eigenmächtig den Krieg gegen Holland, ohne sich vorher mit den wendischen Städten abzusprechen. Eine lübische Flotte, die unter der Führung von Marcus Meyer stand, stach unter Begleitung der beiden neugewählten Ratsherren Albrecht Klever und Hans Sengestake in See, um den Holländern Schaden zuzufügen. Bereitwillig wurde von der Gemeinde das in der Tresekammer lagernde Silber der Kirchen zur Finanzierung des Kriegszuges bewilligt.⁸⁹ Das genügte aber nicht, denn Jürgen Wullenwever ließ die Messingleuchter aus den Lübecker Kirchen holen und zu Waffen umschmieden.⁹⁰

Bald erkannten die Machthaber in Lübeck, daß ohne die Unterstützung der wendischen Städte Holland nicht zum Nachgeben gezwungen werden konnte. Auf der am 14. Mai 1533 beginnenden Tagfahrt in Lübeck, an der alle sechs wendischen Städte teilnahmen, versuchte Jochim Gercken in einer eindringlichen Ansprache Unterstützung zu erreichen, da durch die Holländer großer Schaden für alle wendischen Städte entstehe.⁹¹ Was sich in Kopenhagen 1532 andeutete und durch das Nichterscheinen am 18. März 1533 unterstrichen wurde, trat hier in aller Deutlichkeit zu Tage: Hamburg und Lüneburg zeigten

⁸² Siehe Kammergerichts-Mandat 1532, Regensburg, August 10., Waitz, I, Nr. 41, S. 331. Es beinhaltete u. a., daß innerhalb von 14 Tagen alle politischen Veränderungen in Lübeck rückgängig gemacht werden sollten.

⁸³ Nach Fehling, Ratslinie, Nr. 627.

⁸⁴ Ebenda, Nr. 625.

⁸⁵ Siehe Ergänzung des Raths im Jahr 1533, Waitz, I, Nr. 53, S. 374.

⁸⁶ So bei Waitz, Wullenwever, I, S. 199. Vgl. auch Anlage I im Anhang.

⁸⁷ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 162–167.

⁸⁸ So bei Hápke, Untergang, S. 102.

⁸⁹ So bei Waitz, Wullenwever, I, S. 200.

⁹⁰ Nach Kirchring, Müller, Compendium, S. 192.

⁹¹ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 173, § 3.

sich an der holländischen Angelegenheit völlig desinteressiert. Obwohl Wismar, Rostock und Stralsund durch das Anwachsen der holländischen Sundschiffahrt erheblichen wirtschaftlichen Schaden erlitten, erklärte sich nur Stralsund zur aktiven Hilfe bereit. Der Stralsunder Bürgermeister Christoph Lorbeer appellierte an die anderen Städte, gemeinsam den Krieg gegen die Holländer zu führen, um Privilegien und Freiheiten zu schützen.⁹² Da Lübeck auch bei den anderen Hansestädten, wie denen des sächsischen und rheinisch-westfälischen Quartiers, auf keine Unterstützung hoffen durfte – deren wirtschaftliche Interessen wurden nicht berührt –, die Hansestädte Preußens, des Baltikums und Danzig an der Sundschiffahrt sogar profitierten, stand Lübeck vollständig isoliert da.

Der Krieg gegen die Holländer wurde in den nächsten Monaten nur zögernd geführt, so daß sich auch keine Erfolge für Lübeck einstellten. Eine von Lübeck auf den 6. Dezember 1533 angesetzte Tagfahrt kam nicht zustande, da Hamburg und Stralsund ihre Teilnahme absagten.⁹³ Durch die Vermittlung von Hamburg erklärten dann Lübeck und die Holländer ihr Einverständnis, sich zu einer friedlichen Aussprache zu treffen.

Auf dieser am 2. März 1534 beginnenden Versammlung in Hamburg⁹⁴ beharrte Jürgen Wullenwever energisch auf seiner Forderung, den Holländern die Sundschiffahrt zu verweigern, womit er aber bei den anwesenden Holländern, Dänen und Kaiserlichen auf Widerstand stieß. Als die Ratssendeboten der wendischen Hansestädte zum Nachgeben mahnten, um den Frieden wiederherzustellen, fuhr Wullenwever empört auf und betonte, daß das Vorgehen Lübecks im Sinne aller Hansestädte sei.⁹⁵ Unwillen löste auch die Verlesung einer Anklageschrift Dr. Hinrik Brömses bei Wullenwever aus, in der gefordert wurde, die Veränderung der Obrigkeit in Lübeck rückgängig zu machen und die Bürgerausschüsse ihrer Funktion zu entheben.⁹⁶ Verstimmt verließ Wullenwever vorzeitig Hamburg mit der festen Überzeugung, durch friedliche Beratungen sei nichts mehr zu erreichen.

Bevor Wullenwever diese außenpolitische Frage weiter in Angriff nehmen konnte, mußte er sich vor allen Dingen der Unterstützung der Lübecker Bürgerschaft sicher sein. Von Anfang an gab es Kräfte, die sich gegen die Politik Wullenwevers und seiner Anhänger stellten. Die beiden geflohenen Bürgermeister versuchten unaufhörlich, aus der Fremde gegen die Maßnahmen Wullenwevers aufzutreten. Auch muß man vermuten, die kaiserlichen Mandate seien durch ihren Einfluß erwirkt worden. Zwar waren durch die Einführung der Reformation die Kräfte der katholischen Geistlichkeit in Lübeck weitgehend geschwächt worden, aber gestützt auf den kaiserlichen Schutz und den der Herzöge Heinrich und Erich von Braunschweig, versuchten sie permanent, ihren Einfluß wieder zu verstärken. Daß die alten Ratsmitglieder nur gezwungen der Politik Wullenwevers folgten, bedarf wohl keiner besonderen Ausführung. Konnte Wullenwever die Meinung der zahlenmäßig geringen Gegnerschaft zuerst völlig negieren, so mußte er doch bald erkennen, daß die Ergebnisse der gescheiterten Außenpolitik selbst bei der nichtpatrizischen Kaufmannschaft Mißmut auslösten und Stimmen gegen die Politik Wullenwevers in Lübeck laut wurden. Aus diesem Grunde erließ der Rat mit den beiden Bürgerausschüssen ein Edikt, wonach jegliche Versammlungen der Gemeinde ohne Wissen des Rates und der Bürgerausschüsse bei Strafe verboten wurden.⁹⁷

⁹² Vgl. HR, IV, 1, Nr. 173, § 80.

⁹³ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 186.

⁹⁴ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 228.

⁹⁵ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 228, § 24.

⁹⁶ Siehe Verhandlungen zu Hamburg, 1534, März, Waitz, I, Nr. 63, S. 392.

⁹⁷ Publicandum wegen der infolge der letzten Unruhen aus Lübeck entwichenen Bürger (1534, März), Waitz, I, Nr. 64, S. 405.

Die Furcht, seine Gegner in Lübeck könnten beim Bekanntwerden der erneuten diplomatischen Schlappe die Situation seiner Abwesenheit ausnutzen, um die alte Ordnung in der Stadt herzustellen, war ein wesentlicher Grund, daß Jürgen Wullenwever panikartig Hamburg verließ. Aus Sorge, Wullenwever würde nach seiner Rückkehr in Lübeck einen Aufruhr entfachen, schickten Bürgermeister Jochim Gercken Tönnies van Stiten und die Städte Bremen, Hamburg, Danzig, Rostock und Lüneburg ihre Sekretäre nach Lübeck, um den Lübecker Rat zu informieren.⁹⁸ Als diese am 13. März – etwas früher als Wullenwever – in Lübeck eintrafen,⁹⁹ berief der Rat den 64er und den 100er Ausschuß zu sich, um über die mitgeschickten Schreiben aus Hamburg zu beraten. Während dieser Besprechung erreichte Wullenwever Lübeck und begab sich sofort in diese Versammlung. Die Bürgerausschüsse verweigerten eine Stellungnahme und baten, die Gemeinde einzuberufen.¹⁰⁰ Nachdem die beiden Bürgerausschüsse den Rat verlassen hatten, traten als Vertreter einer gerade stattgefundenen Bürgerversammlung die Bürger Helmicke Schmidt,¹⁰¹ Harmen Huttenbarch, Hartich van Stiten, Lütke Scheppensteede, Claus Repenhagen,¹⁰² Hinrich Köhler,¹⁰³ Lambert von Dahlen,¹⁰⁴ Herman von Dorne¹⁰⁵ und Tideman Dragun¹⁰⁶ vor den Rat,¹⁰⁷ um Beschuldigungen gegen Wullenwever vorzubringen. Sie kritisierten scharf das eigenmächtige Verlassen der Hamburger Versammlung und betonten, daß Jürgen Wullenwever als *ein deef und vorreder*¹⁰⁸ gehandelt hatte. Sie forderten, Wullenwever festzusetzen und den Krieg gegen die Holländer zu beenden. Wie stark die oppositionelle Bewegung war, zeigte sich darin, daß selbst Abgeordnete des 64er Ausschusses, die Wandschneider Harmen Huttenbarch und Lütke Scheppensteede, gegen Wullenwever auftraten. Sich der Gefahr für seine Stellung bewußt, wandte sich Wullenwever, unterstützt vom Bürgermeister Ludwig Taschenmacher, an die am Nachmittag einberufene Gemeinde und beschwor diese, seinen Plänen zu folgen. Die Gemeinde stellte sich hinter die Pläne Wullenwevers¹⁰⁹ und verlangte die Bestrafung der Aufrührer. Während ein Teil der oppositionellen Kräfte die Stadt fluchtartig verließ, wurden die Ratsherren Tönnies van Stiten, Cord Wibkeking und Johann Stolterfot unter Hausarrest gestellt.¹¹⁰

Obwohl Wullenwevers Stellung im Augenblick in Lübeck gesichert war, zeigten sich die Lübecker Ratssendeboten, Helmke Dannemann und Hans von Elpen, den Holländern gegenüber bei den weiteren Verhandlungen in Hamburg weitaus nachgiebiger. Wullenwever brauchte für seine zukünftigen außenpolitischen Ziele unbedingt Waffenruhe mit den Holländern, und so stimmte Lübeck einem vierjährigen Waffenstillstand zu.

⁹⁸ Bericht der Bremischen Gesandten zu Hamburg, Waitz, I, Nr. 64, S. 402.

⁹⁹ So bei Waitz, Wullenwever, I, S. 240.

¹⁰⁰ Bericht der Bremischen Gesandten zu Hamburg, Waitz, I, Nr. 64, S. 402.

¹⁰¹ Helmicke Schmidt war Kaufmann. Vgl. dazu HR, IV, 2, Nr. 91, § 5.

¹⁰² Claus Repenhagen war 1510 Bergenfahrer-Ältermann. Vgl. dazu Bruns, Bergenfahrer, S. 288.

¹⁰³ Der Kaufmann Hinrich Köhler wurde 1537 Ratsherr. Vgl. dazu Fehling, Ratslinie, Nr. 648.

¹⁰⁴ Lambert von Dahlen wurde 1537 Ratsherr. Vgl. dazu Fehling, Ratslinie, Nr. 650.

¹⁰⁵ Herman von Dorne war Livlandfahrer. Vgl. dazu HR, IV, 2, S. 554, Anm. 1. Er wurde 1535 Ratsherr. Vgl. dazu Fehling, Ratslinie, Nr. 647.

¹⁰⁶ Tideman Dragun war von 1526–1536 Bergenfahrer-Ältermann. Vgl. dazu Bruns, Bergenfahrer, S. 288. 1537 wurde er in den Rat gewählt. Vgl. dazu Fehling, Ratslinie, Nr. 648.

¹⁰⁷ Nach Kirching, Müller, Compendium, S. 194.

¹⁰⁸ Bericht der Bremischen Gesandten zu Hamburg, Waitz, I, Nr. 64, S. 403.

¹⁰⁹ *de Gemeynte darsulvest Wullenwefer scholen gestworen hebben, und befolen, dat he fullenkomene macht hebben scholde, de saken jegen de Hollandre utthoforende*, ebenda.

¹¹⁰ So bei Waitz, Wullenwever, I, S. 241.

Die vergangenen Ereignisse hatten Jürgen Wullenwever unmißverständlich vor Augen geführt, daß innerhalb des Rates Kräfte vorhanden waren, die nur darauf warteten, bei einer für sie günstigen Gelegenheit gegen ihn vorzugehen. So entschloß er sich, das Kräfteverhältnis innerhalb des Rates endgültig zu seinen Gunsten zu verändern. Am 11. April 1534¹¹¹ erinnerte Wullenwever vor der gesamten Gemeinde an die sogenannte Bestimmung Heinrichs des Löwen, *dat alle jar de drudde deel des Rades scholde affghan unde ein fry jar hebben*.¹¹² Die Gemeinde gab ihre Zustimmung, und so mußten der Bürgermeister Jochim Gercken, die Ratsherren Claus Bardewick, Tönnies van Stiten, Cord Wibkeking, Johann Stolterfot und Hinrich Kerkring ausscheiden.¹¹³ Da mit Gert van Lenten und David Divessen zwei weitere Ratsherren schon 1533 verstorben waren,¹¹⁴ befanden sich höchstens noch vier alte Ratsmitglieder im Rat. Nun hatte Jürgen Wullenwever die patrizische Herrschaft in Lübeck vollends beseitigt.

Dabei darf nicht übersehen werden, daß Wullenwever mit diesem willkürlichen Akt Teile der lutherischen Geistlichkeit zu der neuen Herrschaft in Opposition brachte, die diesen Angriff auf die Obrigkeit – in Erinnerung an die Ereignisse in Münster – ablehnte. Am 4. Mai 1534 richtete der Lübecker Superintendent Herrmann Bonnus einen Brief an den Lübecker Rat, in dem er die neuen Maßnahmen Wullenwevers verurteilte.¹¹⁵ Statt der in dem Brief verlangten Entlassung wurde durch den Rat ein strenger Verweis ausgesprochen und gefordert, daß sich Herrman Bonnus eine Zeitlang der Predigt enthalten sollte. Diese Anordnung wurde von Wullenwever persönlich überreicht.¹¹⁶

Unter der Parole, Christian II. von Dänemark zu befreien, gewann Wullenwever den Grafen Christoph von Oldenburg, der bereit war, Truppen für den Kampf zu stellen. Während Wullenwever dem Grafen Christoph von Oldenburg den dänischen Thron in Aussicht stellte, versprach er dem Schwager Gustav Wasas, dem Grafen Hoya, die schwedische Königskrone, um einen genehmen Gegenspieler für den vertragsbrüchigen Schwedenkönig zu haben. Die nun folgenden Auseinandersetzungen um die Neuordnung im Ostseeraum haben nach diesen beiden Grafen die irreführende Bezeichnung „Grafenfehde“ erhalten.

Es gelang Wullenwever, die Unterstützung der Lübecker Bürgerschaft zu erreichen,¹¹⁷ denn die Kaufleute und auch die Zünfte versprachen sich durch diesen Krieg eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation. Waitz berichtete, daß nur Lambert von Dahlen seine Stimme gegen die Pläne Wullenwevers erhob, wodurch er sich den Zorn der erregten Menge zuzog.¹¹⁸

Am 14. Mai 1534 eröffnete Lübeck mit dem Einfall von Marcus Meyer in Holstein den Krieg, ohne sich vorher mit den wendischen Städten zu verständigen. Darauf überzog der Graf Christoph von Oldenburg Holstein ebenfalls mit Krieg, und es stellten sich sehr schnell militärische Erfolge ein. Diese wirkten als Ermutigung für weitere Unternehmen, denn nicht Holstein, sondern Dänemark war das eigentliche Ziel Wullenwevers. So kam die militärische Operation des Grafen von Oldenburg nicht überraschend. Er

¹¹¹ Ebenda, S. 245.

¹¹² Zitiert nach Ueber das Ausscheiden von Mitgliedern des Rathes im Jahr 1534, Waitz, I, Nr. 66, S. 408.

¹¹³ Nach Willebrandt, Chronik, S. 159.

¹¹⁴ Siehe Ueber das Ausscheiden von Mitgliedern des Rathes im Jahr 1534, Waitz, I, Nr. 66, S. 409.

¹¹⁵ Nach Willebrandt, Chronik, S. 157.

¹¹⁶ So bei Waitz, Wullenwever, I, S. 248.

¹¹⁷ Nach Willebrandt, Chronik, S. 164.

¹¹⁸ So bei Waitz, Wullenwever, II, S. 26.

verließ am 19. Juni mit seinen Truppen Travemünde und landete auf Seeland, nahm Kopenhagen ein und wurde von der Kopenhagener Bürgerschaft als Befreier empfangen.

Während der Auseinandersetzungen mit Christian II. und später auch mit den Holländern hatten die Lübecker mit Bestürzung bemerkt, daß die Räte der wendischen Städte immer weniger bereit waren, Lübeck militärisch beizustehen. War der Hilferuf des Lübecker 64er Ausschusses an die Gemeinde der Stadt Rostock noch zurückhaltend abgefaßt,¹¹⁹ so ließ ein Schreiben des 64er Ausschusses vom 11. Oktober 1533 an die Quartiermeister Rostocks keinen Zweifel mehr darüber offen, wie Lübeck sich gegenüber Rostock in Zukunft verhalten werde. Ausgehend von der Tatsache, daß Rostock den Holländern Proviant zukommen ließ, drohte der 64er Ausschuß, die Rostocker als Feinde zu betrachten.¹²⁰

So war es denn auch nicht verwunderlich, daß Briefe, die Lübeck und Christoph von Oldenburg an die Räte der wendischen Hansestädte sandten, in denen als Begründung für die Forderung nach militärischer Hilfe das Hauptaugenmerk auf die Wiedererlangung des schwedischen Privilegs gerichtet war,¹²¹ von Hamburg und Lüneburg vollends abgelehnt wurden, aber auch Stralsund, Rostock und Wismar zurückhaltend antworteten. Auf einer Tagfahrt in Damgarten einigten sich Rostock und Stralsund darüber, daß ihnen erst feste Zusicherungen zur Nutzung der Privilegien gegeben werden mußten, bevor sie zur aktiven Hilfe bereit wären.¹²² Diesen Festlegungen schloß sich Wismar an. Die Veränderung des Rates in Lübeck haben wahrscheinlich die Sympathien der wendischen Städte für die Außenpolitik Lübecks weiter reduziert. Den Grund der Ablehnung erkennend, entschloß sich Wullenwever, jene Kräfte in den wendischen Hansestädten anzusprechen, auf die er sich auch in Lübeck stützen konnte. Lübeck richtete im Juni 1534 eindringliche Briefe an die Räte, Bürgerausschüsse und Gemeinden der Städte Wismar, Stralsund und Rostock, während der gleichzeitig entsandte Klaus Holm durch persönliches Einwirken die Bürger dieser Städte für Lübeck gewinnen sollte. So wandten sich am 7. Juni 1534 der Lübecker Rat und am 8. Juni die verordneten Bürger zu Lübeck an den Rat und die Gemeinde der Stadt Rostock und verlangten unmißverständlich nach militärischer Unterstützung im Krieg gegen Dänemark.¹²³ Gleichzeitig wurde die Einberufung der wendischen Städte innerhalb von 14 Tagen nach Lübeck angeregt, um die Meinungen erneut auszutauschen.¹²⁴

Die Verlesung dieser Schreiben vor der einberufenen Bürgerschaft Rostocks am 13. Juni löste die Bewegung gegen die patrizische Herrschaft aus, denn in der Auseinandersetzung zwischen Rat und Bürgerschaft wurde ein 64er Ausschuß gewählt.¹²⁵ Der 64er Ausschuß legte sofort die Forderungen und Ziele der Rostocker Bürgerschaft gegenüber dem Rat fest. Ziel der aufgestellten Artikel war es, die Stellung der katholischen Geistlichkeit zu

¹¹⁹ Siehe Anmerkung 52.

¹²⁰ *alß denne konen wy juw ock nicht anders alß vor unse apenbare vyande achten und bolden*, schrieb der 64er Ausschuß. Siehe Verhältnis der Wendischen Städte und Danzigs zu Lübeck im Sommer 1533, Waitz, I, Nr. 62, S. 390.

¹²¹ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 268.

¹²² Vgl. HR, IV, 1, Nr. 276.

¹²³ Schreiben der verordneten Bürger zu Lübeck an die Gemeinde zu Rostock, 1534, Juni 8., Waitz, II, Nr. 15, S. 272.

¹²⁴ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 282.

¹²⁵ Schreiben der verordneten Bürger zu Lübeck an die Gemeinde zu Rostock, 1534, Juni 8., Waitz, II, Nr. 15, S. 274.

beseitigen und den Rat rechenschaftspflichtig zu machen.¹²⁶ Rat und Bürgerschaft Rostocks einigten sich, Lübeck bei seinen kriegerischen Aktionen zu unterstützen. Aber schon bei der Bereitstellung des Geldes für die Rüstung kam es zwischen dem Rat und dem 64er Ausschuß zu Meinungsverschiedenheiten. Während der Rat durch eine neue Besteuerung der Bürgerschaft das Geld beschaffen wollte, bestand der 64er Ausschuß darauf, den Betrag aus den Einkünften des Stadtgutes und des Kirchengutes aufzubringen.¹²⁷

In Stralsund hatte sich schon in den 20er Jahren des 16. Jahrhunderts eine Oppositionsbewegung gegen den patrizischen Rat formiert, die in der Wahl eines 48er Ausschusses im Jahre 1529 vorerst ihren Höhepunkt fand, der im *Namen der gantzen Bürgerschaft nicht alleine neben dem Rathe, sondern über den Rath regiren*¹²⁸ sollte. Hier fielen die Werbungen Wullenwevers auf fruchtbaren Boden, denn Rat und Bürgerschaft zeigten in einem Schreiben vom 16. Juni Lübeck an, daß sie bereit sind, militärische Unterstützung zu geben.¹²⁹ Dabei darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß Kräfte, die sich gegen die Politik Wullenwevers aussprachen, mundtot gemacht wurden. Als der Bürgermeister Nikolaus Smiterlow, der Wullenwever schon in Hamburg wegen seines Auftretens getadelt hatte, seine Stimme gegen die Unterstützung Lübecks erhob, bedrohte die Gemeinde sein Leben und stellte ihn unter Hausarrest.¹³⁰ Es ist anzunehmen, daß für ihn Johann Kloke als neuer Bürgermeister gewählt wurde, der dann die Führung der Gesandtschaft nach Lübeck übernahm.

Die offenen und versteckten Drohungen bewirkten, daß Rostock, Stralsund und Wismar ihre Bereitschaft zeigten, an einer Tagfahrt in Lübeck teilzunehmen. Dem Vorbild Lübecks folgend, ließ es sich die Stralsunder Bürgerschaft nicht nehmen, zum ersten Mal Vertreter aus ihren Reihen mit den Ratssendeboten nach Lübeck zu senden. Die Stralsunder Gesandtschaft war es auch, die Wismar und Rostock davon überzeugte, daß neben den Vertretern des Rates ebenfalls verordnete Bürger dieser Städte mitgeschickt wurden.¹³¹ Für Rostock ist nachweisbar, daß Jürgen Wullenwever persönlich an die Deputierten des Bürgerausschusses appelliert hatte, nicht nur den Ratssendeboten zu vertrauen, sondern auch eigene Vertreter nach Lübeck zu schicken.¹³² Die Beteiligung an den Gesandtschaften nach Lübeck macht deutlich, wie entscheidend sich das Kräfteverhältnis innerhalb dieser Städte durch den Eingriff Wullenwevers verändert hatte. Schon der nächste Zwischenfall sollte beweisen, daß die Vertreter der Gemeinden gewillt waren, das in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen.

Nicht wenig überrascht waren die Gesandtschaften der drei Städte, die den Streckenabschnitt von Wismar nach Lübeck gemeinsam zurücklegten, als sie bei Grevesmühlen auf Abgeordnete Lübecks stießen. Dr. Oldendorp und Helmke Dannemann versuchten, sie zu überzeugen, die Verhandlungen nicht in Lübeck, sondern an einem anderen Ort zu führen, *da der Rat zu Lübeck beschwerlicher Geschäfte halber an der Abhaltung der*

¹²⁶ Siehe bei Schildhauer, Auseinandersetzungen, S. 137.

¹²⁷ Ebenda, S. 138.

¹²⁸ Sastrow, Herkommen, Bd. 1, S. 31.

¹²⁹ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 285.

¹³⁰ Vgl. dazu Sastrow, Herkommen, Bd. 1, S. 120 ff.

¹³¹ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 292, § 1.

¹³² Die Ratssendeboten würden immer darauf bedacht sein, durch mancherlei *practiken und anslegen vordrucken und underholden, up datte se mochtez grote herens blieven*, schrieb Wullenwever. Zitiert nach Schildhauer, Auseinandersetzungen, S. 140.

*Tagfabrt behindert sei.*¹³³ Während die Ratssendeboten Entgegenkommen zeigten, bestanden die Abgeordneten der Bürgerausschüsse darauf, in Lübeck mit den Bürgern zu verhandeln, so daß die Reise fortgesetzt werden mußte.

Bei der Eröffnung der Tagfahrt am 29. Juni 1534 in Lübeck, an der die gewählten Bürger nicht teilnahmen, registrierten die Ratssendeboten mit Befremden, daß Hamburg und Lüneburg nicht anwesend waren. Die Lübecker erklärten, daß sie wegen ihrer in der Vergangenheit gezeigten Ablehnung der Politik Wullenwevers nicht nach Lübeck eingeladen worden waren.

In einer groß angelegten Eingangsrede erörterte der Lübecker Bürgermeister Godert van Hovelen den Zweck der Tagfahrt, indem er die Beteiligten von der Notwendigkeit einer Lösung der nordeuropäischen Verhältnisse überzeugen wollte und die verwandten Städte zur Gestellung von Schiffen ermunterte. Auf keinen Fall wollten die Ratssendeboten diese wichtige Entscheidung ohne Hamburg und Lüneburg und ihre in Lübeck anwesenden verordneten Bürger treffen.¹³⁴ Die Hinzuziehung der Ausschußmitglieder aus Wismar, Rostock und Stralsund zu den Beratungen wurde von den Lübeckern verweigert.¹³⁵ Was Wullenwever für sich als Vertreter der Lübecker Bürgerschaft in Kopenhagen und Hamburg für selbstverständlich ansah, nämlich aktive Beteiligung an den Verhandlungen, das wurde den Vertretern der Bürgerausschüsse der Nachbarstädte in Lübeck verweigert.

Wie der direkte Schriftverkehr mit den Gemeinden der wendischen Hansestädte gewirkt hatte, offenbarte sich in der Verurteilung dieser Handlungsweise durch die betroffenen Städte. Die Bürgermeister Rostocks, Wismars und Stralsunds beschuldigten Lübeck, durch sein Eingreifen die Bürgerschaft ihrer Städte in Aufruhr gebracht zu haben.¹³⁶

Nach weiteren erfolglosen Verhandlungen überraschte Wullenwever die Ratssendeboten mit seinem Plan, den Herzog Albrecht von Mecklenburg zur Befreiung Christians II. gewonnen zu haben. Diese Mitteilung wurde von den Städten mit großer Zurückhaltung aufgenommen. Sie verschanzten sich hinter dem Argument, keine Zusagen geben zu können, bevor sie nicht mit den Räten und den Bürgerausschüssen ihrer Städte gesprochen hätten. Enttäuscht über die wankelmütige Haltung der Ratssendeboten regten die Lübecker an, einen Entschluß zu fassen, wonach Abgesandte des Lübecker Rates sofort das Einverständnis der Städte einholen sollten.¹³⁷ Mit dieser Maßnahme wollte Wullenwever eine weitere Zusammenkunft der Städte umgehen.

Bevor die Rostocker Gesandtschaft am 5. Juli Lübeck verließ, verpflichtete sich der 64er Ausschuß Lübecks, die Stadt Rostock entsprechend ihrer zukünftigen Hilfe an allen dänischen und schwedischen Privilegien zu beteiligen. Daß Wullenwever gedachte, durch den Einfluß Rostocks noch weitere Hansestädte ins Schlepptau seiner Politik zu nehmen, dokumentierte sich in der Aufforderung, auch Stettin, Greifswald, Kolberg und andere Städte für die Pläne Lübecks zu begeistern.¹³⁸ Sollten diese militärische Hilfe leisten, versprach Lübeck auch ihnen Nutzen der Privilegien.

¹³³ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 292, § 3.

¹³⁴ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 291, § 13.

¹³⁵ *Der burger halven mede to rade to teende sege ein e. r. to Lubeck vor unmodisch an.* HR, IV, 1, Nr. 291, § 14.

¹³⁶ *Der Stralsunder Bürgermeister Johann Kloke bat, se darmede benfurder nicht wider to besweren, anderes gedechten se lever doeth to sinde, wente sodan fbur, als men in orer stadt angesticket, wer ock so balde nicht utbtoloscende.* HR, IV, 1, Nr. 291, § 20.

¹³⁷ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 291, § 60.

¹³⁸ *Der Ausschuß der 64er zu Lübeck verpflichtet sich gegen den zu Rostock, 1534, Juli 5., Waitz, II, Nr. 16, S. 280.*

Um den zurückkehrenden Ratssendeboten wenig Gelegenheit zu geben, ihre Räte und Gemeinden gegen Lübeck in Opposition zu bringen, schickte Wullenwever vorher Gesandte in die Nachbarstädte.¹³⁹ So konnte es geschehen, daß die Boten Wullenwevers, Dr. Oldendorp und Helmke Dannemann, vom Lübecker Bürgerausschuß ausgerüstet mit den verlockendsten Versprechungen, schon am 5. Juli in Wismar eintrafen und dann später über Rostock nach Stralsund weiterzogen. Können wir über das Wirken der beiden Gesandten in Wismar wenig aussagen – Wismars zukünftige Reaktionen bewiesen aber, daß die Bürgerschaft überzeugt wurde, Lübeck beizustehen –, so verschärfte ihr Auftauchen in Rostock die Bewegung gegen den Rat. Im Ergebnis der Auseinandersetzung zwischen Rat und Bürgerausschuß über das Hilfesuch der Lübecker wählte der Bürgerausschuß am 10. Juli aus seiner Mitte neun Älteste, die die Belange des Ausschusses vor dem Rat vertreten sollten.¹⁴⁰

Als Oldendorp und Helmke Dannemann dann am 14. Juli der Stadt Rostock im Namen Lübecks versprachen, das begonnene kriegerische Unternehmen selbst zu verantworten,¹⁴¹ erklärten sich die Rostocker bereit, militärische Hilfe zu leisten. Das teilten sie am gleichen Tage noch Stralsund unter dem Siegel der Verschwiegenheit mit.¹⁴² Die Rostocker Bürgerschaft, nun einmal in kriegerische Laune versetzt, gab durch den Ausschuß dem Rat zu verstehen, unbedingt die Rüstungen für die Lübecker zu forcieren. Dieses ungestüme Drängen der Gemeinde reizte den Bürgermeister Bernd Murmann, der schon in der Vergangenheit seine ablehnende Haltung gegenüber den neuen Predigern und der veränderten Ordnung in Rostock des öfteren zum Ausdruck gebracht hatte,¹⁴³ zu der Feststellung, den Rat in dieser Frage nicht zu drängen.¹⁴⁴ Auf Grund dieser Äußerung berief der Ausschuß die Gemeinde, die zwölf Bevollmächtigte benannte. Diese trugen dem Rat die Forderung der Bürgerschaft vor, Bernd Murmann aus dem Rat zu schicken und unter Hausarrest zu stellen. Am 22. Juli mußte er den Rat verlassen, und auch im Dezember des gleichen Jahres widersetzte sich die Bürgerschaft seiner Wiedereinsetzung.¹⁴⁵

Seit der Absetzung Nikolaus Smiterlows hatte in Stralsund die lübeckfreundliche Partei die Oberhand, so daß Oldendorp und Dannemann nach ihrer Ankunft sehr schnell die Unterstützung erreichten. Das wurde in der sofortigen Bereitstellung von Kriegsschiffen deutlich.

So war einerseits durch den persönlichen Einsatz Oldendorps gelungen, die Bürgerschaft der Städte Wismar, Rostock und Stralsund für die Pläne Lübecks zu gewinnen. Andererseits hatte die Einmischung Wullenwevers in die Innenpolitik der wendischen Städte zur Folge, daß dem Beispiel Jochim Gerckens in Lübeck folgend, erst Nikolaus Smiterlow in Stralsund und später auch Bernd Murmann in Rostock den Ratsstuhl räumen mußte. Ebenso wie in Lübeck war die nichtpatrizische Kaufmannschaft dieser Städte bestrebt, sich der patrizischen Bevormundung innerhalb des Rates zu entledigen.

¹³⁹ Siehe Friedensverhandlungen zwischen Christian III. und Lübeck, 1534, Juli, Waitz, II, Nr. 20, S. 285.

¹⁴⁰ Vgl. dazu Schildhauer, Auseinandersetzungen, S. 131.

¹⁴¹ Oldendorps und Dannemanns, der Gesandten Lübecks, Erklärung im Namen ihrer Stadt an Rostock daß Lübeck die begonnenen Unternehmen selbst verantworten will, 1534, Juli 14., Waitz, II, Nr. 17, S. 281.

¹⁴² Vgl. HR, IV, 1, Nr. 299.

¹⁴³ Siehe bei Schildhauer, Auseinandersetzungen, S. 137.

¹⁴⁴ So bei Waitz, Wullenwever, II, S. 71, Anm. 5.

¹⁴⁵ Siehe bei Schildhauer, Auseinandersetzungen, S. 137.

Wie tief sich die Kräfte mit Lübeck verbunden fühlten, fand seinen Niederschlag in einem gemeinsamen Brief der drei Städte an Christian von Holstein, in dem sie betonten, daß sie fest an der Seite Lübecks stehen würden.¹⁴⁶

Obwohl Wullenwever die Ablehnung seiner Politik durch Hamburg und Lüneburg kannte, unternahm er doch den Versuch, die Bürgerschaft dieser Städte zu gewinnen. Der Lüneburger Gesandte berichtete, daß am gleichen Tage, an dem Dr. Oldendorp und Helmke Dannemann Lübeck verließen, Marcus Meyer mit einem Ratsherrn und einem Sekretär nach Hamburg abgefertigt wurden.¹⁴⁷ Aus der Äußerung eines Lübecker Ratsmitgliedes wird ersichtlich, daß sich Wullenwever keinen Illusionen hingab, den patrizischen Rat in Hamburg zu gewinnen. Er gab Marcus Meyer mit auf den Weg, die Bürgerschaft in Hamburg anzusprechen.

Um die ablehnende Haltung Hamburgs gegenüber Lübeck zu stärken, erschien am 10. Juli die Räte Christians von Holstein und erreichten die Zusage von Hamburg, nichts gegen den Herzog zu unternehmen. Trotzdem erfüllte Marcus Meyer seine Mission teilweise, denn mit der Unterstützung Joachim Wullenwevers¹⁴⁸ gelang es ihm, eine Schenkung von 10 000 m.l. für Lübeck durchzusetzen, die aber nur für den Krieg in Dänemark und Schweden bestimmt waren.¹⁴⁹

Nach dem Vorbild Hamburgs hat sich dann auch Lüneburg verpflichtet gefühlt, Lübeck ein Darlehen von 10 000 m.l. zu gewähren,¹⁵⁰ um vielleicht im Falle eines erfolgreichen Ausganges für Lübeck bei der Nutzung zukünftiger Privilegien und Freiheiten nicht leer auszugehen.

Alles in allem kann man konstatieren, daß die Sendungen Wullenwevers in die wendischen Hansestädte eine Bereitschaftserklärung zum Ergebnis hatten, die ihn in seinem Vorhaben bestärken mußte, trotz eingetretener ungünstiger militärischer Lage den Kampf fortzusetzen.

Aber schon das nächste Zusammentreffen aller wendischen Hansestädte vom 25.–27. September in Wismar und vom 30. September–4. Oktober 1534 in Lübeck,¹⁵¹ wurde für Wullenwever eine herbe Enttäuschung. Durch Vermittlungsaktionen Sachsens, Hessens sowie der Städte Lüneburg und Hamburg und des Herzogs Heinrich von Mecklenburg trafen sich die Städte, um den Krieg mit Dänemark zu beenden. Hatte Wullenwever gehofft, bedingt durch die vorausgegangenen Werbungen Dr. Oldendorps und Marcus Meyers, die Städte auf seiner Seite zu haben, so wurde er bitter enttäuscht. Nur durch einen dringenden Appell an das hansische Zusammengehörigkeitsgefühl wurde der Zerfall der wendischen Städtegruppe verhindert.

Die Begeisterung über die Anfangserfolge waren in Lübeck längst verhallt, und je enger sich der Belagerungsring durch die Holsten um Lübeck zog, um so kritischer wurde die Stimmung gegen Wullenwever. Angesichts dieser bedrohlichen Mißstimmung in Lübeck und der wankelmütigen Haltung der wendischen Städte entschloß sich Jürgen Wullenwever – Christian III.¹⁵² war auch nicht abgeneigt – zu Vermittlungsaktionen auf

¹⁴⁶ So bei Waitz, Wullenwever, II, S. 72.

¹⁴⁷ Siehe Friedensverhandlungen zwischen Christian III. und Lübeck, 1534, Juli, Waitz, II, Nr. 20, S. 285.

¹⁴⁸ Der Bruder Jürgen Wullenwevers war Ratsherr in Hamburg.

¹⁴⁹ Siehe Nachrichten über den Krieg im Sommer 1534, Waitz, II, Nr. 25, S. 309.

¹⁵⁰ So bei Waitz, Wullenwever, II, S. 74, Anm. 2.

¹⁵¹ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 315.

¹⁵² Herzog Christian von Holstein wurde am 18. August 1534 zum dänischen König gewählt.

holsteinischem Gebiet. Zugleich fand vom 22. Oktober 1534 in Lübeck eine Tagfahrt aller wendischen Städte statt, an der ebenfalls die Vertreter der dänischen Städte Malmö und Kopenhagen teilnahmen.¹⁵³

Zu Beginn dieser entscheidenden Tagfahrt wies Oldendorp die ultimativen Forderungen Christians III. zurück und appellierte an die Ratssendeboten, Lübeck in seinem Krieg unbedingt zu unterstützen. Die sich anschließende Aussprache der Ratssendeboten führte Wullenwever klar vor Augen, daß diese trotz einiger Meinungsverschiedenheiten untereinander gewillt waren, mit allen Mitteln das kriegerische Unternehmen abzubrechen.¹⁵⁴ Die gleichzeitig geführten Verhandlungen mit den dänischen Räten über einen Waffenstillstand scheiterten in der ersten Phase völlig, da sich beide Seiten unnachgiebig zeigten. Wollte Wullenwever aber einen Erfolg in Dänemark, so mußte er die wendischen Städte und Albrecht von Mecklenburg gewinnen. Völlig überraschend wurde den Ratssendeboten am 28. Oktober ein Beschluß des Lübecker Rates mitgeteilt, wonach Christian III. die dänische Königskrone zugesprochen werden sollte. Dieser Forderung Christians, die zwei Tage vorher noch als unannehmbar von Lübeck abgewiesen worden war, sollte nun zugestimmt werden. Begründet wurde der Beschluß mit Lübecks Kriegsmüdigkeit und weil keine Aussicht auf Erfolg bestand. Mit einem geschickten Seitenhieb auf die ablehnende Haltung der Ratssendeboten reagierend, wurde betont, daß Lübeck ja keine Hilfe von den Nachbarstädten erhalte.¹⁵⁵ Während Hamburg und Lüneburg diese Entscheidung begrüßten, Wismar und Rostock nur rieten, die Artikel Christian III. nicht schriftlich zu übergeben, fühlte sich Stralsund hintergangen und bezeichnete den Entschluß Lübecks als eine schimpfliche Handlung.¹⁵⁶ Unmittelbar nach dieser Beratung wurde den Abgesandten des Grafen von Oldenburg, Malmö und Kopenhagens in Gegenwart der Ratssendeboten der wendischen Städte der Beschluß Lübecks durch den Bürgermeister Godert van Hovelen mitgeteilt, was bei diesen höchste Bestürzung auslöste. Im Gegensatz zur Rechtfertigung vor den wendischen Städten begründete Godert van Hovelen die Entscheidung Lübecks damit, daß die Belagerung Lübecks durch die nachlässige Kriegsführung des Grafen Christoph von Oldenburg herbeigeführt worden war.¹⁵⁷

Wie stark die oppositionellen Kräfte gegen den Rat waren, zeigte sich, als am folgenden Tag der Rat die Bürger¹⁵⁸ vorlud, um sie über den Stand der Verhandlungen mit Christian III. zu informieren, wobei er der Anwesenheit der Ratssendeboten aus Wismar, Rostock und Stralsund große Bedeutung beimaß. Die Unzufriedenheit der Bürger mit der Politik Wullenwevers war schon so groß, daß nach der Erläuterung der Situation durch Dr. Oldendorp Stimmen laut wurden, mit Hilfe der Ratssendeboten ein „ordentliches“ Regiment in Lübeck zu schaffen.¹⁵⁹ Das wurde von den Ratssendeboten abgelehnt.

Danach nahm Wullenwever die Verhandlungen mit den Ratssendeboten über das Abkommen mit Christian III. wieder auf. Geschickt lenkte er während der Beratung die Aufmerksamkeit auf die Frage, was geschähe, wenn Christian III. die Friedensbedingungen nicht akzeptieren würde. Er unterbreitete den Vorschlag, den Herzog Albrecht von

¹⁵³ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 334.

¹⁵⁴ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 334, § 4.

¹⁵⁵ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 334, § 27.

¹⁵⁶ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 334, § 31.

¹⁵⁷ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 334, § 35.

¹⁵⁸ Es ist nicht ersichtlich, ob es sich um die Bürgerschaft oder die Bürgerausschüsse handelt. Vgl. HR, IV, 1, Nr. 344.

¹⁵⁹ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 344, § 39.

Mecklenburg zu bitten, 500 Reiter nach Dänemark zu senden, um den Grafen Christoph von Oldenburg zu unterstützen.¹⁶⁰ Dieses Anerbieten Wullenwevers fand die Zustimmung Rostocks, Wismars und Stralsunds, die zwar erklärten, sich aus der holsteinischen Fehde herauszuhalten, in Dänemark aber an der Seite Lübecks zu kämpfen.

Hatten die Städte zu Beginn der Verhandlungen unmißverständlich kundgetan, Frieden im Norden Europas einkehren zu lassen, so waren sie nun bereit, an Lübecks Seite den Krieg zum erfolgreichen Ende zu führen. Mit der Bereitschaftserklärung der drei Städte zur Kriegshilfe verschwand der Lübecker Ratsbeschuß vom Verhandlungstisch und wurde nicht mehr aufgegriffen. Da gleichzeitig die Vermittlungsverhandlungen Herzogs Heinrich von Mecklenburg darauf hinausliefen, galt das gesamte Interesse der Auseinandersetzung in Dänemark.

Aus dieser Sicht kann man den Ratsbeschuß nur als ein taktisches Manöver Wullenwevers betrachten, mit dem er einerseits die wendischen Städte aus ihrer Zurückhaltung herauslocken wollte, während er andererseits die Zustimmung und Unterstützung für Herzog Albrecht von Mecklenburg erhielt, die ihm vorher versagt worden war. Die weiteren Pläne und Aktionen zeigten, daß Wullenwever nie ernstlich daran dachte, Dänemark aufzugeben, sondern nach einer Beilegung des Kriegszustandes vor den Toren Lübecks strebte, um dann den Kampf in Dänemark energisch fortzuführen.

Obwohl durch die Werbungen von Dr. Oldendorp und Helmke Dannemann sowie Marcus Meyer die Stimmung in den verwandten Städten für Lübecks kriegerisches Unternehmen günstiger geworden war, obwohl die Ratssendeboten von Wismar, Rostock und Stralsund Hilfe zusicherten, auch die Städte Kopenhagen und Malmö fest an der Seite Lübecks standen, Graf Christoph von Oldenburg, ebenfalls trotz Meinungsverschiedenheiten mit Lübeck, bereit war, den Waffengang fortzusetzen, die Expedition des Herzogs Albrecht von Mecklenburg am 31. Oktober 1534 beschlossen wurde, konnte nichts darüber hinwegtäuschen, daß das militärische und moralische Übergewicht auf der Seite Christians III. lag. Nach dem Frieden zu Stockelsdorf am 18. November 1534, der den Krieg in Holstein beendete, war weder Christian III. bereit, auf Dänemark zu verzichten, noch wollte Wullenwever die Chance vergeben, eine günstige Entscheidung durch die Hilfe Albrechts von Mecklenburg zu erringen. Da die wendischen Städte in der Folgezeit nur mangelhaft ihren Versprechungen nachkamen, die Diskrepanzen zwischen dem Grafen von Oldenburg und dem Herzog Albrecht von Mecklenburg nicht beseitigt werden konnten, verzögerte sich die Überfahrt des Herzogs bis April 1535. In dieser Zeit hatte sich die militärische Lage der Verbündeten Lübecks wesentlich verschlechtert.

Obgleich es während der Verhandlungen zwischen Lübeck und den dänischen Räten kaum kriegerische Handlungen gab, hatte die militärische Umklammerung Lübecks durch die Truppen Christians wirtschaftliche Konsequenzen zur Folge. Deshalb empörte sich die Bürgerschaft und verlangte eine Veränderung der politischen Machtverhältnisse. Der Zorn der Bürger entlud sich nicht nur gegen den Rat, sondern auch gegen die Bürgerausschüsse, deren Auflösung gefordert wurde.¹⁶¹ Selbst Mitglieder der Ausschüsse verlangten eine Amtsentsetzung.¹⁶² Das Verlangen nach Auflösung der Ausschüsse drückt

¹⁶⁰ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 344, § 41.

¹⁶¹ Siehe Veränderungen in Lübeck, 1534, November, Waitz, II, Nr. 38, S. 362 ff.

¹⁶² Reimer Kock bemerkte dazu: *Den 64 begunde ock ibo gruwen, segen un wor unnd in wath möye se dorch etlike, so manck ebn de vornemesten wehren se geföret wehren, dat de meisten manck ebn sulvest begeren unnd wunscheden, dat se van ehren ampten mochten gesettet werden.* Bericht von Reimer Kock, Waitz, II, S. 362 ff.

m. E. besonders auch die Unzufriedenheit der Zünfte mit der Politik Wullenwevers aus, deren Vertreter nach der Kooptierung führender Männer der nichtpatrizischen Kaufmannschaft in den Rat, in den Ausschüssen wohl die führende Position innehatten. Es läßt sich nicht nachweisen, daß Wullenwever den Anstoß zur Beseitigung der Bürgerausschüsse gab, um sich ihrer lästigen Zwischenmacht zu entziehen. Daß er sich ihrer nicht mehr zu bedienen gedachte, können wir aber annehmen, denn die Quellen sagen nichts darüber aus, ob Wullenwever der Liquidierung der Bürgerausschüsse Widerstand entgegengesetzt hat.¹⁶³ Durch das Zurücktreten der Bürgerausschüsse und das gleichzeitige Wiedereintreten einiger alter Ratsherren in den Rat¹⁶⁴ hatte sich die Stellung Wullenwevers entscheidend verschlechtert. Offenkundig würden die alten Ratsmitglieder mit aller Konsequenz versuchen, Wullenwevers Einfluß einzudämmen, um die ehemaligen Verhältnisse in Lübeck wiederherzustellen.

Durch die Ergänzungswahl im April 1531 wurde der Einfluß der nichtpatrizischen Kaufleute in Lübeck bedeutend gestärkt. Sich damit nicht zufrieden gebend, schmälerte Jürgen Wullenwever in der Folgezeit den politischen Wirkungsbereich des Rates, indem die Kämmerer und höchste Ratsämter durch Mitglieder der Bürgerausschüsse besetzt wurden, ohne die Vertreter der Ämter zu berücksichtigen. Gleichzeitig führte Wullenwever gegen das Domkapitel den vernichtenden Schlag, der der katholischen Geistlichkeit das wirtschaftliche Fundament nahm und für die Zukunft den evangelischen Glauben in Lübeck garantierte.

Seit der Einsetzung der Bürgerausschüsse und während der Durchsetzung der Reformation lag die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten wie gewohnt in den Händen des Rates, obwohl die Bürgerausschüsse versuchten, außenpolitische Entscheidungen zu beeinflussen. Erst das veränderte Kräfteverhältnis in der Stadt, das gekennzeichnet war durch die politische Machtübernahme der nichtpatrizischen Kaufmannschaft, garantierte den Bürgerausschüssen das Mitspracherecht in innen- und außenpolitischen Entscheidungen.

Die außerhalb des Patriziats stehenden Kaufleute begnügten sich aber nicht damit, den Rat zu beeinflussen, sondern ihr bedeutendster Vertreter, Wullenwever, griff persönlich in die Außenpolitik ein. Die nun einsetzende Außenpolitik der lübischen Kaufleute gegenüber Holland und Dänemark hatte zum Ziel, die alte wirtschaftliche Vormachtstellung Lübecks wiederherzustellen.

Von entscheidender Bedeutung bei diesen Auseinandersetzungen war die Haltung der wendischen Hansestädte, die der Politik Wullenwevers wenig Wohlwollen entgegenbrachten. Wullenwever erkannte sehr gut, daß der Widerstand gegen seine Unternehmen in erster Linie in den patrizischen Räten lag. Er wandte sich daher mit eindringlichen Briefen an die Bürgerausschüsse und Gemeinden der Städte – gleichzeitig schickte er auch Abgesandte –, um sie für die Politik Lübecks zu gewinnen. Wullenwever wollte sich auf die Kräfte der bürgerlichen Opposition stützen, die auch in Lübeck seine Machtgrundlage bildeten. Das Eingreifen Wullenwevers in die inneren Angelegenheiten der Städte Wismar, Rostock und Stralsund hatte die Aktivierung der antipatrizischen Kräfte in Wismar und Stralsund zur Folge. In Rostock entbrannte der Kampf zwischen Rat und

¹⁶³ Am 12. November 1534 traten der 64er und der 100er Ausschuß in Lübeck zurück. Ebenda, S. 362. Barthold glaubte, „Wullenweber, im bleibenden Besitz der Dictatur, hatte Gründe, die gehässige Zwischenmacht der Hundertvierundsechziger fallen zu lassen“. Barthold, Wullenweber, S. 96.

¹⁶⁴ Siehe Veränderungen in Lübeck, 1534, November, Waitz, II, Nr. 38, S. 362.

der bürgerlichen und plebejischen Opposition und in allen drei Städten wurde der Reformation endgültig zum Sieg verholfen.

Die ungünstige militärische Lage im Krieg mit den Holsten führte Ende 1534 zu einem Anwachsen der oppositionellen Kräfte gegen Wullenwever und letztlich zur Auflösung der Bürgerschaften. Die Gründe der Auflösung liegen darin, daß die bürgerlich-gemäßigte Opposition, die durch das entschlossene Auftreten der Ausschüsse die uneingeschränkte Macht erreicht hatte, an einer Bevormundung durch die Ausschüsse nicht interessiert war. Die Vertreter der Ämter wandten sich enttäuscht ab, da ihre Interessen nicht vertreten wurden.

V. Jürgen Wullenwevers außenpolitische Zielstellung und die von ihm durchgeführten Maßnahmen unter besonderer Berücksichtigung der Ereignisse in Dänemark

Brachte der am 29. März 1533 ohne Einverständnis der wendischen Hansestädte erklärte Krieg gegen Holland keine zählbaren Erfolge, so schien der Tod des dänischen Königs Friedrich I. am 10. April 1533 ungeahnte Möglichkeiten für Wullenwever zu eröffnen. Der verhängnisvolle Schritt des dänischen Reichsrates, die Thronbesetzung auf ein Jahr auszusetzen, war für Wullenwever eine günstige Gelegenheit, die Thronfolge in Dänemark so zu beeinflussen, daß die Mitsprache bei der strittigen Sundschiffahrt gesichert werden konnte.

Optimistisch gestimmt, begab sich Wullenwever nach Kopenhagen, wo er am 6. Juni eintraf, um den dänischen Reichsrat zu einer Politik wider die Holländer zu bewegen.¹ Aber der Kanzler Friedrichs I., Wolfgang von Uttenhoven, hatte in einem Brief gewarnt, den Lübeckern etwas zuzusagen und erinnerte an die Nachteile, die Lübeck in der Vergangenheit dem dänischen Reich gebracht hatte.² Hochmütig lehnte der dänische Reichsrat das Angebot Wullenwevers ab. Verbittert über diese Abfuhr, änderte Wullenwever seinen Entschluß und gedachte, gegen den Willen des Reichsrates Herzog Christian von Holstein, den älteren Sohn des verstorbenen Königs, auf den dänischen Thron zu bringen,³ da er um die positive Einstellung des Herzogs zu den reformatorischen Lehren wußte. Wullenwever hätte aber zweifellos jeden König befürwortet, wenn dieser nur die Forderungen Lübecks erfüllt hätte.

Wie die Verbindung zu Herzog Christian von Holstein aufgenommen wurde, ist aus den Quellen nicht eindeutig festzustellen.⁴ Während auf der einen Seite der Anstoß von beiden Bürgermeistern von Kopenhagen und Malmö, Ambrosius Bogbinder und Jürgen Kock, ausgegangen sein soll, wurde auf der anderen Seite Jürgen Wullenwever die Initiative zugesprochen. Erwiesen dagegen ist, daß die entsprechenden Anträge an den Herzog zuerst über Christians Sekretär, dann vom französischen Gesandten Nicolaes Restie und letztlich vom Dithmarschen Gunther herangetragen wurden. Wullenwever bedauerte später, nicht persönlich mit Herzog Christian verhandelt zu haben.⁵

Herzog Christian von Holstein verzichtete, mit Unterstützung Lübecks, König von Dänemark zu werden, da er zur gleichen Zeit Verbindungen zum Burgundischen Hof ge-

¹ Siehe Wullenwevers Sendung nach Kopenhagen, 1533, Juni, Waitz, I, Nr. 59, S. 384.

² Wolfgang von Uttenhovens Brief an einen Dänischen Reichsrath, 1533, Juni 4., Waitz, I, Nr. 60, S. 286.

³ *Yck beddet syner f. g. gherm gheghontt, ock dar gherm thoe ghebolpenn; denn ym ryke wernn se sy f. g. wol ghewagenn in denn stedenn*, bekannte Wullenwever. J. Wullenwevers Rechtfertigungsschreiben an H. Heinrich von Braunschweig, Rothenburg, 1536, Januar 31, Waitz, III, Nr. 49, S. 500.

⁴ Siehe Ueber die Anträge Wullenwevers an H. Christian III., Waitz, I, Nr. 61, S. 387.

⁵ J. Wullenwevers Rechtfertigungsschreiben an H. Heinrich von Braunschweig, Rothenburg, 1536, Januar 31, Waitz, III, Nr. 49, S. 500.

knüpft hatte. Gerade die Ergebnisse der begonnenen Verhandlungen mit den Niederlanden waren es, die ihn zur Ablehnung des Angebots drängten.

Um die Diskrepanzen beizulegen, die sich seit den Verhandlungen 1532 in Kopenhagen zwischen den Niederlanden und Dänemark aufgetürmt hatten, sandte Friedrich I. kurz vor seinem Tode Melchior Rantzau an den Burgundischen Hof. Als die Nachricht vom Tode des Königs Melchior Rantzau erreichte, unternahm dieser den eigenmächtigen Versuch, nicht nur eine Verbesserung des diplomatischen Klimas herbeizuführen, sondern zum Abschluß eines Bündnisses zu kommen. Auf seine Vorschläge, die er am 6. Mai darlegte, erwiderte am 10. Mai Königin Maria zustimmend, einem Bündnis zwischen Kaiser Karl als König von Spanien und Herrn der Niederlande und Christian als Herzog von Schleswig-Holstein samt der Reiche Dänemark und Norwegen stehe nichts im Wege.⁶ Es wurde vorgeschlagen, Herzog Christian jährlich eine Pension von 6000 Gulden zu geben,⁷ wofür Herzog Christian dem Kaiser dienen sollte gegen jeden, außer gegen die fürstlichen Mitglieder des Schmalkaldischen Bundes und im Augenblick gegen Lübeck, wobei auch jegliche Hilfe für Lübeck durch Schleswig-Holstein, Dänemark und Norwegen untersagt wurde.⁸ Außerdem sollte der Handel zu Wasser und auf dem Lande zwischen den Niederlanden und Schleswig-Holstein, Dänemark und Norwegen frei geführt werden. Ausgerüstet mit diesen Vorschlägen verließ Melchior Rantzau am 12. Mai Brüssel.⁹

In dem Bewußtsein, daß kaiserlicherseits keine Hindernisse der Vereinigung der Herzogtümer mit Dänemark und Norwegen zu befürchten waren, Herzog Christian sogar auf Unterstützung hoffen konnte, fiel die ablehnende Antwort an Wullenwever leicht. Wullenwever, dem diese Verhandlungen bekannt wurden, beklagte die Unaufrichtigkeit der Holsten.¹⁰ Daß sich zwischen den Niederlanden – dem erklärten Feind Lübecks – und Schleswig-Holstein, Dänemark und Norwegen ein Einverständnis anbahnte, traf Wullenwever hart und hat seine künftigen außenpolitischen Entscheidungen wesentlich beeinflußt.

Obwohl sich die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen Lübecks mit Schweden nach der Inthronisierung Gustav Wasas 1523 nicht in gewünschtem Maße entwickelten, erhoffte sich Wullenwever doch eine wirksame Unterstützung durch Schweden im Kampf gegen die Niederländer. Die schriftlich und mündlich an Gustav Wasa gerichteten Auforderungen, Beistand gegen die Holländer zu leisten,¹¹ beantwortete dieser dahingehend, daß sich Schweden nach dem Verhalten Dänemarks richten werde. Empört über soviel Undankbarkeit gegenüber Lübeck, nahm Wullenwever schon in Kopenhagen eine drohende und aggressive Haltung gegen den Schwedenkönig ein.¹² Da es in der Folgezeit wegen der Schuldenentilgung Gustav Wasas zu ernsthaften Streitigkeiten kam, kündigte Gustav Wasa kurzerhand das Strågnäs-Privileg von 1523 und nahm eine feindliche Haltung zu Lübeck ein. Wullenwever mußte erkennen, daß die hansefeindliche Seite

⁶ So bei Waitz, Wullenwever, I, S. 213.

⁷ Nach Paludan-Müller, Aktstykker, II, S. 12.

⁸ Ebenda.

⁹ Siehe bei Van der Goes, Holland onder de regering van Keizer Karel den vijfden, Deel 1, Amsterdam 1971, 8, S. 204.

¹⁰ J. Wullenwevers Rechtfertigungsschreiben an H. Heinrich von Braunschweig, Rothenburg, 1536, Januar 31, Waitz, III, Nr. 49, S. 498.

¹¹ Nach Paludan-Müller, Aktstykker, I, S. 2.

¹² Ebenda, S. 26.

– Schleswig-Holstein, Dänemark und Norwegen, Schweden und Niederlande – enger zusammengedrückt war. Zwar waren die Abmachungen zwischen den Niederlanden und Herzog Christian noch nicht vertraglich besiegelt, aber gleich nach dem Kopenhagener Herrentag begaben sich Otto Krumpe und Wolfgang von Uttenhoven als Sprecher des dänischen Reichsrates und Melchior Rantzau als Vertreter des Herzogs Christian nach Gent, wo am 9. September 1533 Königin Maria mit ihnen feste Verträge schloß.¹³ Hatte die Einwilligung des dänischen Reichsrates am 14. Juli zum endgültigen Abschluß eines Vertrages mit den Niederlanden gezeigt, daß Dänemark Lübeck keinerlei Zugeständnisse machen wollte, so mußte Wullenwever im Zusammengehen dieser beiden Mächte eine echte Gefahr für die Lübecker Kaufmannschaft sehen.

Tief enttäuscht nahm Wullenwever in Kopenhagen, erfüllt von Haß gegen den holsteinischen und dänischen Adel, Verbindung mit den beiden Bürgermeistern von Kopenhagen und Malmö auf. Beide waren Protestanten und unerbittliche Gegner des dänischen Adels. Die Annäherung war wohl beidseitig, denn die bürgerliche Partei, die in Dänemark auch Verfechter der Reformation war, mußte an dem Beistand Lübecks interessiert sein, genau wie Wullenwever nach seinen Mißerfolgen Ausschau halten mußte, Bündnispartner für die Durchsetzung seiner Ziele zu finden.

Jürgen Wullenwever als Vertreter des Lübecker Bürgertums und Ambrosius Bogbinder und Jürgen Kock als Repräsentanten der dänischen Bürgerschaft einigten sich, die Macht des Feudaladels und der katholischen Kirche in Dänemark gemeinsam zu brechen, um die Entwicklung des dänischen Bürgertums zu fördern.¹⁴ Außerdem gab Wullenwever die Zusicherung, den Städten Malmö und Kopenhagen die gleichen Freiheiten einzuräumen wie anderen Hansestädten. Dieses Versprechen Wullenwevers muß schon mit etwas Zurückhaltung betrachtet werden, denn Lübeck wollte unbedingt die Herrschaft über den Sund und konnte nicht daran interessiert sein, zwei bedeutende Städte an dieser Wasserstraße unabhängig werden zu lassen. Wullenwever hat später versichert, daß die Städte Kopenhagen und Malmö gerne in den Hansebund aufgenommen worden wären, aber die Lübecker lehnten das ab.¹⁵ Ein Teil der dänischen Bürgerschaft war also bereit, die außenpolitischen Zielstellungen Wullenwevers aktiv zu unterstützen.

König Hans von Dänemark hatte sich durch seine bürgerfreundliche Politik, Lübeck und die wendischen Städte sowie den dänischen Feudaladel zu erbitterten Feinden gemacht.¹⁶ Sein Sohn, Christian II., der im Juli 1513 in Kopenhagen nach schwierigen Verhandlungen von dem dänischen und norwegischen Reichsrat zum König gewählt wurde,¹⁷ war bereit, die Politik seines Vaters kontinuierlich fortzusetzen. Obwohl Christian II. in seiner Handfeste hatte versprechen müssen, das Reich zusammen mit dem Reichsrat zu regieren,¹⁸ versuchte er bald, ohne den dänischen Reichsrat den Staat zu leiten. So bildete er 1517 eine „Bürgerregierung“, an deren Spitze der bisherige Bürgermeister von Malmö, Hans Mikkelsen, stand, der es durch seine Gesetzgebung verstand, den dänischen Bürger- und Bauernstand zu fördern¹⁹ und das Ziel Christians II. anzusteuern, den

¹³ Ebenda, S. 10 und 16.

¹⁴ Nach Huitfeldt, A., En kaart Historiske Beskriffuelse/Paa hues merckeligt/som sig Aarlige under Kong Christian den Tredie/Danmarckis/Norgis/Vendis oc Gottis Konning/etc haffuer tildragit, Kiøbenhaffn 1595, keine Seitenangabe, 1533.

¹⁵ Wullenwevers zweites Verhör, 1536, Januar 27. 28., Waitz, III, Nr. 48, S. 494, 53.

¹⁶ Siehe dazu Nielsen, A., Dänische Wirtschaftsgeschichte, Jena 1933, S. 65 f.

¹⁷ So bei Petersen, K., Hvornar skete det? Danmarkshistorisk opslagsbog, København, 1963, S. 141.

¹⁸ Siehe dazu Arup, E., Danmarks Historie (1282–1624), København 1932, S. 329.

¹⁹ Siehe bei Nielsen, Wirtschaftsgeschichte, S. 67.

dänischen Handel von der Bevormundung der Hanse zu befreien.²⁰ Nach der endgültigen Unterwerfung Schwedens 1520 strebte Christian II. mit seinen Beratern das Ziel an, Kopenhagen zu einem Umschlagplatz im Nord-Süd- und Ost-West-Handel zu machen,²¹ um die Lübecker aus dem dänischen Handel zu drängen.

Diese Wirtschaftspolitik, die die dänischen Kaufleute zum alleinigen Zwischenhändler zwischen Dänemark und dem Ausland erheben sollte, stieß nicht nur auf den Widerstand Lübecks, sondern auch des dänischen Adels, der nicht damit einverstanden war, die dänischen Kaufleute als einzigen Abnehmer der Landwirtschaftsprodukte zu dulden bzw. den eigenen Bedarf an Waren nur durch einheimische Kaufleute decken zu lassen.²² Da Christian II. gleichzeitig die Ausbreitung der lutherischen Lehre begünstigte, trat ihm der katholische dänische Adel aktiv entgegen. Es kam zu einer Verschwörung jütländischer Adliger, die ihm die Gefolgschaft aufsagten und seinen Onkel, den Herzog Friedrich von Holstein, zum König von Dänemark erkoren.

Unter dem Druck der militärischen Übermacht – Lübeck unterstützte Friedrich I. – verließ Christian II. kampflos Dänemark und fand Unterschlupf bei seinem Schwager Kaiser Karl V. in den Niederlanden. Nach der Unterwerfung Dänemarks – die Städte Kopenhagen und Malmö hatten erbitterten Widerstand geleistet – sicherte Friedrich I. dem Adel und der katholischen Geistlichkeit ihre alten Rechte wieder zu.²³

Durch die Begünstigung des Adels verschlechterte sich die Lage der Bauern, so daß es bereits 1524 in Schonen zu einem Bauernaufstand kam, der von Tyge Krabbe mit starker Militärmacht blutig niedergeworfen wurde.²⁴ Diese Erhebung in Schonen war für den Admiral Christians II., Søren Norby, der sich noch immer auf Gotland aufhielt, das Signal, sich im März 1525 an die Spitze der Bauern von Schonen und Blekinge zu stellen, um gegen den dänischen Adel zu kämpfen. Obwohl mit Ausnahme von Helsingborg und Malmö alle östlich des Öresunds gelegenen Teile des dänischen Reiches in der Hand der Aufständischen waren, gelang es Johann Rantzau, diesen Aufstand ebenfalls zu unterdrücken.²⁵ Dabei leistete Lübeck Hilfe.²⁶

Wie groß der Haß der dänischen Bürger und Bauern war, der sich während der Regierungszeit Friedrichs I. aufgestaut hatte, zeigte sich bei der gewaltsamen Rückkehr Christians II. 1531 in sein Reich, als er in Südnorwegen von der Bevölkerung begeistert begrüßt wurde und als selbst der norwegische Reichsrat dem König Friedrich I. den Gehorsam auf sagte. Diese Popularität war es auch, die seine Feinde – den holsteinischen und dänischen Adel sowie Lübeck – zu dem verräterischen Schritt bewog, unter Bruch des freien Geleits Christian II. auf Sonderburg in Verwahrung zu nehmen.²⁷

²⁰ Siehe dazu Allen, C. F., *De tre nordiske Rigers Historie under Hans, Christiern den Anden, Frederik den Første, Gustav Vasa, Grevefeiden*, Bd. 2, Kjøbenhavn 1864, S. 259.

²¹ Ebenda, S. 270.

²² Siehe bei Nielsen, *Wirtschaftsgeschichte*, S. 71.

²³ Nach Huitfeldt, A., *Konning Friderich den Førstis/Danmarkis/Norgis/Wendis oc Gotthis Konning/etc Historie/som Regerede fast IX Aar, Kiøbenhaffn 1597*, S. 35.

²⁴ Vgl. dazu Arup, *Historie*, Bd. 2, S. 427.

²⁵ Nach Rørdam, H., *Roskilde-Aarbogen 1448 til 1549*. In: *Monumenta Historiae Danicae. Historiske kildeskriver og bearbejdelser af dansk historie*, Bd. 1, Kjøbenhavn 1873, S. 355.

²⁶ Siehe *Verhandlungen zu Segeberg und Lübeck, 1525, März, Juni*, Waitz, I, Nr. 6, S. 259.

²⁷ *Verhandlungen zu Kopenhagen über K. Christian II. Behandlung, 1532, Juli 20–August 3.*, Waitz, I, Nr. 47, S. 361.

Wullenwever konnte das Bürgertum und die Bauernschaft in Dänemark als Partner im Kampf gegen den dänischen Adel betrachten. Wenn von einigen bürgerlichen Hansehistorikern immer wieder erklärt wurde, daß Wullenwever, gestützt auf das dänische Bürgertum, die Vormachtstellung Lübecks durchsetzen wollte, so muß betont werden, daß er diese Verbindung erst einging, als die Vertreter des Adels, der dänische Reichsrat und Herzog Christian von Holstein, ihm eine Absage erteilt hatten.

Nach der Ablehnung Herzog Christians von Holstein, die dänische Krone mit Unterstützung Lübecks zu bekommen, war die Besetzung des dänischen Throns völlig offen. Um der Initiative nicht verlustig zu gehen, beschloß Wullenwever, verlassen von den patrizischen Kräften der wendischen Hansestädte, von Gustav Wasa, Herzog Christian von Holstein und vom dänischen Reichsrat, aktiv in die Politik des Nordens einzugreifen. Es konnte Wullenwever nicht verborgen bleiben, daß die mächtigsten Potentaten Europas, Franz I. von Frankreich, Heinrich VIII. von England und selbst Kaiser Karl V. aus den verschiedensten Gründen großes Interesse an dem Ausgang der Thronbesetzung in Dänemark bekundeten.

Aus einem Bericht des kaiserlichen Gesandten aus London²⁸ ist bekannt, daß Christian II. nach seiner Flucht aus Dänemark am 19. Juli 1523 in England eintraf und Heinrich VIII. um Hilfe zur Wiedergewinnung seines Reiches ersuchte. Da der englische König eine neutrale Stellung einnehmen wollte, verhielt er sich zurückhaltend, versprach aber Unterstützung, wenn der Kaiser ebenfalls helfen sollte.²⁹ Das gute Verhältnis zwischen Karl V. und Heinrich VIII. zerbrach schlagartig, als der englische König sich entschloß, die Ehe mit der Tante des Kaisers, Katharina von Aragonien, scheiden zu lassen und Anna von Boleyn ehelichte. England trachtete nun danach, Verbindung zu den Lübeckern zu finden, da diese mit den Niederlanden verfeindet waren.³⁰ So tauchte im September 1533 am Hofe des Königs von England der Gedanke auf, Verbindungen zu den evangelischen deutschen Fürsten, dem König von Ungarn und Polen sowie den oberdeutschen Reichsstädten und den Hansestädten aufzunehmen.³¹ Das war die Zeit, da der Lübecker Stadthauptmann, Marcus Meyer, im Kampf mit den Holländern am 15. August an die englische Küste verschlagen und wegen Seeraubs inhaftiert wurde. Durch die Bemühungen Lübecker Kaufleute des Stalhofes in London und des Lübecker Rates gelang es, ihn zu befreien. Überraschend erhielt er am 8. November durch Heinrich VIII. den Ritterschlag und traf am 15. Januar 1534 wieder in Lübeck ein.³²

Beim Studium der Quellen entdeckte Chr. Fr. Wurm in der Cottonschen Sammlung in London zwei undatierte Schriftstücke, die über die ersten Verhandlungen zwischen Lübeck und Heinrich VIII. über Dänemark Auskunft gaben. Wurm, der beide Aktenstücke in engen Zusammenhang mit der Person Marcus Meyers brachte³³ – diesem Gedanken schloß sich auch Waitz an³⁴ – wies nach, daß beide Schriftstücke in der Zeit

²⁸ Nach Altmeyer, J. J., L. de Praet an Karl V., London 23. Juli 1523. In: *Histoire des relations commerciales et diplomatiques des Pays-bas avec le Nord de l'Europe, pendant le XVI siècle*, Brüssel 1840, S. 107 ff.

²⁹ Vgl. Wurm, *Beziehungen*, S. 15.

³⁰ Ebenda, S. 16.

³¹ Nach Lappenberg, J. M., *Actenstücke über die Verhandlungen König Heinrich VIII. mit Lübeck und Hamburg*. Zeitschr. d. Vereins f. Hamb. Geschichte, Hamburg 1849, S. 192.

³² Vgl. Wurm, *Beziehungen*, S. 24.

³³ Ebenda.

³⁴ Waitz, *Wullenwever*, II, S. 8.

vom 15. Juli 1533 bis 16. Februar 1534 geschrieben worden sind.³⁵ Im Antrag³⁶ an Heinrich VIII. baten die Lübecker ihn um Geld zur Finanzierung eines Krieges gegen Dänemark, welches sie nach der Unterwerfung Dänemarks in doppelter Höhe zurückzahlen wollten. Sollte der König auf das Unternehmen nicht eingehen, würde ein deutscher Fürst den Versuch wagen, Dänemark einzunehmen, wobei beim Beistand des englischen Königs diesem Vergünstigungen zugesichert wurden. Das Antwortschreiben,³⁷ wohl vom Staatssekretär Cromwell konzipiert – ohne Datum und Adresse an eine einzelne Person –, billigte das Verhalten der Lübecker, ohne bestimmte Versprechungen zu machen. Bevor man sich zu einer direkten Hilfe entschließen wollte, wünschte Heinrich VIII., daß eine Gesandtschaft, ausgerüstet mit genügenden Vollmachten der führenden Männer Lübecks, nach England geschickt würde. Entschieden warnte der König die Lübecker, sich mit den Holländern in Hamburg zu vergleichen. Um den Adressaten zu belohnen, wurde für ihn ein Jahrgeld ausgesetzt.

Es steht wohl außer Zweifel, daß Marcus Meyer Jürgen Wullenwever von den Plänen und Verhandlungen Heinrichs VIII. nach seiner Rückkehr unterrichtete, wobei Waitz die Möglichkeit nicht ausschloß, daß Marcus Meyer schon in England mit dem Einverständnis Wullenwevers handelte.³⁸

Wie erst es Heinrich VIII. mit seinen Bemühungen um Bündnispartner gegen Karl V. nahm, zeigte das Erscheinen des englischen Gesandten William Paget in Hamburg. Dieser teilte dem Geheimen Rat Thomas Cromwell am 22. Februar 1534 mit, daß das Treffen zwischen den Lübeckern und den Holländern noch nicht begonnen habe, und vermutete, daß bei einem Friedensschluß zwischen beiden Parteien die Lübecker gegen Schweden Krieg führen wollen.³⁹

Der englische Gesandte, dessen Aufgabe darin bestand, Danzig zur Parteinahme für Heinrich VIII. im Streit mit dem Papst zu gewinnen, reiste weiter nach Lübeck, wo er mit den Danziger Ratssendeboten zusammentraf, die sich auf der Reise nach Hamburg befanden. Unter dem Siegel der Verschwiegenheit teilte er ihnen seinen Auftrag mit und erbat eine Empfehlung an den Danziger Rat.⁴⁰ Als am 23. März 1534 ein Konsistorium von Kardinälen in Rom die Ehe Heinrichs VIII. mit Katharina von Aragonien für rechtmäßig und die Nachkommenschaft Heinrichs VIII. mit Anna von Boleyn als illegitim erklärte, schickte der englische König Dr. Lee in die norddeutschen Hansestädte, um die Entscheidung des Papstes anzufechten.⁴¹ Wie in Hamburg⁴², so ersuchte Dr. Lee auch in Lübeck den Rat um Fürsprache und Unterstützung bei den kommenden Auseinandersetzungen mit dem Papst und versprach dafür Hilfe bei kirchlichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten.⁴³ Hamburg und Lübeck folgend, hielten sich bei seiner Weiterreise nach Wismar, Rostock und Stralsund auch die Räte dieser Städte mit festen Zusicherungen gegenüber Heinrich VIII. zurück, da bei einem so wichtigen Antrag eine Beratung der

³⁵ Wurm, Beziehungen, S. 22 ff.

³⁶ Siehe Cottonsche Sammlung, Nero 8. III, Nr. 54, S. 105 b.

³⁷ Siehe Cottonsche Sammlung, Nero 8. III, Nr. 55, S. 106.

³⁸ Waitz, Wullenwever, II, S. 9.

³⁹ Vgl. HR, IV, 1, S. 218, Anm. 4.

⁴⁰ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 227, § 8.

⁴¹ Nach Mönckeberg, P., Aepins Reise nach England. Zeitschr. d. Vereins f. Hamb. Geschichte, Bd. 3, Hamburg 1849, S. 180.

⁴² Ebenda.

⁴³ Nach Altmeyer, Kampf, Urkunden, Nr. IV, S. 67.

wendischen Städte erfolgen müsse.⁴⁴ Zwar hatte Wullenwever die Ausgleichsverhandlungen in Hamburg nicht scheitern lassen, eine feste Verbindung mit England noch nicht hergestellt, aber das Verhältnis des Kaisers zu Heinrich VIII. war für Wullenwever die Gewähr, diesen fest in sein zukünftiges politisches Kalkül einzubeziehen.

Seit der Kaiserwahl 1519, bei der Karl V. seinen Mitkonkurrenten Franz I. von Frankreich auf Grund großer finanzieller Zuwendungen an die Kurfürsten aus dem Felde geschlagen hatte,⁴⁵ waren beide politische, wirtschaftliche und militärische Gegner. So nahmen die Diplomaten des französischen Königs jede sich bietende Gelegenheit wahr, aufkeimende Opposition in Europa gegen Karl V. zu schüren.

Als Christian II. in den Niederlanden Asyl und Unterstützung fand, reichte der französische Herrscher Friedrich I. mehrmals die Hand zu einem Bündnis. Er gab 1532 20 000 Kronen zur Bekämpfung Christians II. und war gleichzeitig bemüht, auch Lübeck für sich zu gewinnen.⁴⁶ Wie groß das Interesse Frankreichs an der dänischen Thronbesetzung war, wird ersichtlich durch den Aufenthalt des französischen Gesandten Nicolaes Restie auch während des Herrentages im Juni 1533 in Kopenhagen. Am kaiserlichen Hof soll sogar die Rede davon gewesen sein, daß Nicolaes Restie den dänischen Reichsräten viel Geld geboten habe, um seinem Herrn die Krone Dänemarks zu sichern.⁴⁷ Stephan Hopfensteiner, ein Gesandter des Kaisers, berichtete von Verhandlungen Nicolaes Resties Ende 1533 in Lübeck, wonach sich die Stadt 20 bis 30 Jahre unter den Schutz Franz I. begeben sollte, dann würde der König von Frankreich Lübeck mit viel Geld und Truppen im Kampf gegen die Holländer unterstützen.⁴⁸ Lübeck ging auf diese Vorschläge nicht ein, da man die Verhandlungen mit den Holländern über eine Beilegung des Streites in Hamburg nicht gefährden wollte.

Mit dem Abschluß des Vertrages vom 9. September 1533 schien gesichert, daß der Kaiser den Söhnen Friedrichs I. keinerlei Hindernisse zur Erlangung der dänischen Krone entgegensetzen würde, obwohl einige seiner Ratgeber ihn drängten, persönlich den vakanten Thron zu besetzen.⁴⁹

Um die Interessen des kaiserlichen Hofes wahrzunehmen, wurde im Mai 1534 eine Gesandtschaft nach Kopenhagen abgefertigt, die an der Wahlversammlung im Juni teilnehmen sollte. Argwöhnisch registrierten die Lübecker diesen Schritt. Sie wollten erfahren haben, daß Herzog Christian von Holstein mit 5000 Gulden jährlich entschädigt werden sollte, wenn er auf den dänischen Thron verzichte.⁵⁰ Der Bürgermeister Godert van Hovelen führte auf dem Wendischen Städtetag vom 29. Juni bis 4. Juli 1534 in Lübeck aus, daß der Kaiser den katholischen Prinzen Renatus von Oranien, ein Sohn des Grafen Heinrich von Nassau,⁵¹ auf den dänischen Thron bringen wolle.⁵² Ganz gleich, ob diese Nachrichten den Tatsachen entsprachen oder nicht, sie wurden in Lübeck geglaubt. Sie

⁴⁴ Vgl. dazu Waitz, *Beziehungen*, S. 1122.

⁴⁵ Vgl. Laube, A., Steinmetz, M., Vogler, G., *Illustrierte Geschichte der deutschen frühbürgerlichen Revolution*, Berlin 1974, S. 118.

⁴⁶ So bei Waitz, *Wullenwever*, II, S. 6.

⁴⁷ Ebenda.

⁴⁸ Ebenda, Anm. 1.

⁴⁹ Ebenda, S. 12.

⁵⁰ J. Wullenwevers Rechtfertigungsschreiben an den H. Heinrich von Braunschweig, Rothenburg, 1536, Januar 31, Waitz, III, Nr. 49, S. 501.

⁵¹ Vgl. HR, IV, 1, S. 237, Anm. 4.

⁵² Vgl. HR, IV, 1, Nr. 291, § 6.

verstärkten den Wunsch zum aktiven Eingreifen, denn auch diesen König wollte Lübeck nicht.

Noch zu Lebzeiten Friedrich I. hatte sich der dänische Reichsrat bereit erklärt, einen Sohn Friedrichs I. zum dänischen König zu wählen.⁵³ Dabei galt die Zuneigung der dänischen Reichsräte eindeutig Johann, dem ältesten Sohn aus zweiter Ehe. Der kam dann auch im Jahre 1529 als Achtjähriger nach Dänemark, um unter der Obhut des geistlichen und weltlichen Adels erzogen zu werden, während der protestantische Herzog Christian von Holstein, der älteste Sohn Friedrichs I., in Dänemark keine Sympathien besaß. Ein vom dänischen Reichsrat abhängiger, unmündiger König mußte auf Ablehnung Lübecks stoßen.

Für Herzog Christian von Holstein war Wullenwever im Sommer 1533 noch persönlich eingetreten, aber das Bündnis mit den Niederlanden ließ ihn befürchten, Christian nähme als König von Dänemark keine Rücksicht auf die politischen und wirtschaftlichen Ziele Wullenwevers. Hinzu kam noch die Gefahr, Christian könne sich mit seinem Schwager, Gustav Wasa, und dem Herzog von Preußen verbinden.⁵⁴

Auch der Kurfürst Joachim von Brandenburg sah eine Chance, einem seiner Söhne aus der Ehe mit einer Schwester Christians II., dem Markgrafen Johansen, den dänischen Thron zu sichern.⁵⁵ Zwar wandte sich der Kurfürst nicht direkt an den dänischen Reichsrat, bat aber seinen Schwiegersohn, Herzog Albrecht von Mecklenburg, bei diesem für ihn vorstellig zu werden. Er versicherte, Markgraf Johansen könne den katholischen Glauben in Dänemark erhalten.⁵⁶ Gerade der letzte Hinweis machte diesen Kandidaten für Lübeck unannehmbar.

Ob Johann, Herzog Christian von Holstein, Markgraf Johansen von Brandenburg oder Prinz Rhenatus von Oranien – sie alle kamen für Wullenwever als Thronfolger Friedrichs I. nicht in Frage, da sie die Politik Lübecks nicht unterstützen würden. In dieser für die Absichten Lübecks kritischen Situation entschloß sich Jürgen Wullenwever mit dem Einverständnis der dänischen Städte Malmö und Kopenhagen, aktiv in die Politik der nordischen Königreiche einzugreifen. Unter der Parole, den eingekerkerten Christian II. zu befreien und wieder auf den dänischen Thron zu bringen, sollte der Kampf begonnen werden.⁵⁷ Daß es Wullenwever mit dieser Losung nicht ehrlich meinte, wurde später von ihm selbst bestätigt.⁵⁸ Vielmehr kam es Wullenwever nur darauf an, das Bürgertum und die Bauernschaft Dänemarks, bei denen die Regierung Christians II. Erinnerungen an wirtschaftliche Unabhängigkeit und Freiheiten gegenüber dem Adel und der Kirche hervorriefen, als Verbündete für seinen Kampf zu gewinnen. Ob Wullenwever mit dieser Parole vielleicht auch die Aktivität der Hansestädte anstacheln wollte, ist von ihm nicht geäußert worden, aber gerade die Politik Friedrichs I. hatte den Hansestädten des wendischen Quartiers geschadet.⁵⁹ Dieses Zusammengehen zwischen der Bürgerschaft Lübecks und Dänemarks war natürlich durch verschiedene Gegensätze gekennzeichnet. Lübeck als Haupt der Hanse hatte das Ziel, seine ehemalige Vormacht-

⁵³ H. Christian III. Schreiben an Landgraf Philipp von Hessen, Flensburg, 1533, Mai 9., Waitz, I, Nr. 56, S. 378.

⁵⁴ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 291, § 7; ebenfalls Anm. 5, 6, 7.

⁵⁵ Nach Paludan-Müller, Aktstykker, I, S. 21.

⁵⁶ Ebenda, S. 22.

⁵⁷ Siehe Verabredungen mit den Dänischen Städten und Graf Christoph von Oldenburg, Waitz, II, Nr. 2, S. 247.

⁵⁸ Ebenda.

⁵⁹ Nach Ekendahl, D. G., Christierns II. Arkiv, Bd. 4, Stockholm 1835–1842, S. 1203.

stellung im Ostseeraum trotz der aufkommenden Konkurrenz der Holländer und Engländer wiederzuerlangen. Es wollte den Sund beherrschen, während die unterdrückten dänischen Bürger den beabsichtigten Wunsch hatten, sich vom herrschenden Feudaladel zu befreien, um mehr Selbständigkeit und Freiheiten im Handel zu erhalten.

Für ihren Kampf gewannen die dänischen Städte und Lübeck den Grafen Christoph von Oldenburg, einen Vetter Christians II., wobei die Initiative vom Malmöer Bürgermeister Jürgen Kock ausging. Graf Christoph von Oldenburg, der in der Grafschaft Oldenburg keine Herrscherambitionen hegen konnte, hatte schon als Kriegsmann beim Landgrafen Philipp von Hessen, dann bei Christian II. und zuletzt in der Flotte der Niederländer gedient, die im Sommer 1533 in den Sund lief, um gegen die Lübecker zu kämpfen.⁶⁰ In dieser Zeit knüpfte Jürgen Kock eine Verbindung zu dem Grafen Christoph von Oldenburg.⁶¹ Danach nahm Jürgen Wullenwever Kontakte mit dem Grafen auf, denn als Marcus Meyer am 15. Januar 1534 aus England heimkehrte, fand er den Grafen, Benedict von der Wish, Achim Buckwolt und Wullenwever zusammen, die den Krieg gegen Dänemark beschlossen hatten.⁶² Außer Benedict von der Wish und Achim Buckwolt haben Hans Bogbinder, ein Bruder des Kopenhagener Bürgermeisters, und Heinrich Cron in Wullenwevers Auftrag mit dem Grafen von Oldenburg verhandelt.⁶³ Außerdem fanden auch heimliche Absprachen zwischen Wullenwever und Christoph direkt in Lübeck⁶⁴ und im Erzbistum Bremen⁶⁵ statt.

Durch Versprechungen, bei denen die Beredsamkeit Dr. Johann Oldendorps ihre Wirkung hatte, gelang es, Graf Christoph für den Kampf um die Befreiung Christians II. zu gewinnen. Er sagte zu, Truppen für die kommende Auseinandersetzung anzuwerben. Bezugnehmend auf die Absprachen vom Sommer 1533 ließ Wullenwever durch Klaus Holm das Einverständnis des Grafen an Jürgen Kock melden.⁶⁶

Mit Dr. Johann Oldendorp war ein Mann in den Wirkungsbereich Wullenwevers getreten, der, erfüllt von den neuen religiösen und politischen Ideen der Zeit, einen spürbaren Einfluß auf die weiteren Entscheidungen des Lübecker Bürgermeisters ausübte. Dr. Johann Oldendorp, ein gebürtiger Hamburger, hatte in Rostock, Köln und Bologna studiert, bis er als Professor an die Greifswalder Universität berufen wurde. Auf Grund seines Bekenntnisses zu den Lehren Luthers, die der Greifswalder Rat in seiner Stadt nicht dulden wollte, mußte Dr. Oldendorp Greifswald verlassen und wurde 1526 in Rostock als Stadtsyndikus eingestellt. Hier wohnte er zuerst im Hause der Witwe Joachim Gerdes, erwarb aber dann in Rostock erheblichen Grundbesitz.⁶⁷ Mit dem Wechsel von Greifswald nach Rostock drangen durch Dr. Oldendorp die Gedanken der Reformation verstärkt in den Rostocker Rat und in die Bürgerschaft ein, denn mit noch größerem Eifer verfocht er hier das neue Evangelium. Gleichzeitig forderte er, lutherisch gesinnte Bürger an der Leitung der Stadt teilhaben zu lassen.⁶⁸ Wegen seines

⁶⁰ Nach Paludan-Müller, Aktstykker, I, S. 9.

⁶¹ Wullenwevers zweites Verhör, 1536, Januar 27. 28., Waitz, III, Nr. 48, S. 493, 37.

⁶² Nach Paludan-Müller, Aktstykker, I, S. 558, 1.

⁶³ So bei Waitz, Wullenwever, II, S. 20.

⁶⁴ Vgl. HR, IV, 2, Nr. 86, § 209.

⁶⁵ Nach Paludan-Müller, Aktstykker, II, S. 216.

⁶⁶ Wullenwevers zweites Verhör, 1536, Januar 27. 28., Waitz, III, Nr. 48, S. 491, 9.

⁶⁷ Vgl. dazu Koppmann, K., Zur Geschichte Dr. Johann Oldendorps. In: Rost. Beitr. 3, 1, Rostock 1900, S. XXXI.

⁶⁸ Van radt=/slagende/wo men gu/de Politie und ordenum=/ge ynn Steden und landen/crholden moeghe./An de Erbarn Radt,/unnd ghemeyne tho/Hamborg./Durch Joannem Oldendorp./Doctorem,

Eintretens für die neuen religiösen Lehren und seiner Verbindung zu den Bürgern der Stadt wurde Dr. Oldendorp von den Katholiken verschmäht, mit Schimpfnamen tituliert und bei Herzog Albrecht von Mecklenburg verklagt, der daraufhin eine Bestrafung des Syndikus forderte.⁶⁹ Nun unternahm Dr. Oldendorp den Versuch, sich gegen die Anklagen seiner Gegner in einer Schrift⁷⁰ zu verteidigen.

Es ist anzunehmen, daß Dr. Oldendorp seit dem Emporkommen Wullenwevers freundschaftliche Beziehungen zu diesem hatte. Offensichtlich wollte Wullenwever sich dieses gelehrten Mannes auf der Hamburger Versammlung bedienen.⁷¹ Das scheiterte am verweigerten Geleit des Herzogs Albrecht von Mecklenburg.⁷² Urkundlich ist der Aufenthalt Dr. Oldendorps am 12. April 1534 in Lübeck belegt, denn an diesem Tag bat er den Rostocker Rat um seine Entlassung aus den Diensten der Stadt.⁷³

Im Urteil zeitgenössischer Chronisten, die ihm allerdings nicht wohlgesonnen waren, wurde Dr. Oldendorp als *ein kleinn mennekenn, men groth jn der schalckheiti*⁷⁴ und als ein Mensch von aufrührerischer Natur⁷⁵ bezeichnet. Einmal in die Dienste Lübecks genommen, gelang es ihm sehr schnell, das Vertrauen Jürgen Wullenwevers zu erringen.

Inzwischen war Gustav Wasa nach der Entzweiung Schwedens und Lübecks bestrebt, sich dem dänischen Reichsrat zu nähern. Das wurde mit dem Abschluß eines Vertrages am 2. Februar 1534 besiegelt, der eine gegenseitige Unterstützung bei einem Angriff Lübecks festlegte. Wie vergiftet die Atmosphäre zwischen den Hansestädten und den nordischen Reichen zu diesem Zeitpunkt bereits war, offenbarte allein die Überschrift einiger Auszüge dieses Paktes: *Hier folgt ein Auszug des Bundes so die unchristlichen Schelme und Bösewichte der Reichsrath von Dänemark und Norwegen mit dem Tyrannen und Bluthund dem König von Schweden gemacht hat.*⁷⁶

Um die Bevormundung durch Gustav Wasa zu beseitigen, wollte Wullenwever auch in Schweden einen neuen König an die Macht bringen. Die Wahl fiel auf den Sohn des früheren Reichsverwesers, Svante Sture, der am Hof des Herzogs von Lauenburg Asyl hatte: Unter einem Vorwand nach Mölln gelockt, unterbreitete Marcus Meyer den Vorschlag Lübecks, den Svante Sture aber ablehnte. Daraufhin brachte Marcus Meyer ihn gewaltsam nach Lübeck. Erst als wiederholte Geschenke und Versprechungen den jungen Mann nicht umstimmen konnten, entließ man ihn nach neun Wochen auf Geheiß des Herzogs von Lauenburg. Parallel zu den Werbungen um Svante Sture waren schon Verhandlungen mit dem Schwager des Schwedenkönigs, Graf Johann von Hoya, angebahnt worden, dem ebenfalls als Köder die schwedische Königskrone in Aussicht gestellt

Syndicum tho Rozstock./Malum consilium/consultari passi=/mum/Proverb. XII./M. D. XXX./DORHEIT MACHT ARBEIT! Waitz, I, S. 369.

⁶⁹ So bei Waitz, Wullenwever, I, S. 193.

⁷⁰ Wahrhaftige Entschuldunge wedder de mordgirigen oprorschen Schandt-Dichter und falschen Klegere, Ungnaden, Amoen. Stück 14, 6, 1533, S. 1089 ff.

⁷¹ Nach Paludan-Müller, Aktstykker, I, S. 46.

⁷² Ebenda, S. 48.

⁷³ Siehe Schreiben vom 12. April 1534. In: Meckl. Jbb. 24, S. 159.

⁷⁴ Berckmann, J., Stralsundische Chronik und die noch vorhandenen Auszüge aus alten verloren gegangenen Stralsundischen Chroniken nebst einem Anhang, urkundliche Beiträge zur Kirchen- und Schulgeschichte Stralsunds enthaltend. In: Stralsundische Chroniken, hrsg. von G. C. F. Mohnike und E. H. Zober, I. Teil, Stralsund 1833, S. 46.

⁷⁵ So bei Kantzow, Th., Chronik von Pommern in ndt. Mundart. Hrsg. von G. Gaebel. Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Pommern, Bd. 1, 4, Stettin 1929, S. 210.

⁷⁶ Waitz, Wullenwever, II, S. 22.

wurde. Die familiäre Eintracht zwischen Gustav Wasa und dem Grafen, die ihren Niederschlag in der Belehnung umfangreicher Gebiete in Finnland gefunden hatte, kühlte sich später ab. Obwohl der Schwedenkönig Graf Johann von Hoya zur Treue zu Schweden ermahnt hatte,⁷⁷ ließ sich dieser für die Lübecker Ziele überreden und begab sich in die Stadt. Gustav Wasa, dem das Intrigenspiel der Lübecker nicht entgangen war, wandte sich in einem Brief an den dänischen Reichsrat, den abgeschlossenen Vertrag gegen Lübeck so schnell wie möglich zu ratifizieren.⁷⁸ Dem folgten noch weitere Vermittlungsangebote des schwedischen Königs.⁷⁹

Den Haß der Dithmarschen gegen die Holsten ausnutzend, eröffneten die Lübecker in der ersten Hälfte des Jahres 1534 durch Andreas Stolpe⁸⁰ und Klaus Holm⁸¹ gleichfalls Verhandlungen. Diese hatten eine rückhaltslose Bereitschaftserklärung der Bauern zum Ergebnis.⁸² So verpflichteten sie sich, den Lübeckern mit 10 000 Kriegern und 12 000 Mark⁸³ zu Hilfe zu kommen. Der durch Dr. Johann Oldendorp gewonnene Graf Christoph von Oldenburg erschien Anfang Mai 1534 mit 3000 Knechten⁸⁴ an der Elbe und rückte dann bis vor Lübeck. Am 12. Mai wandte er sich in einem Schreiben an die Bürgerschaft der Stadt mit der Bitte, bei der Befreiung Christians II. behilflich zu sein, da doch auch die Lübecker Gesandten damals den Geleitbrief Christians II. unterschrieben hätten, dessen Nichteinhaltung ihn ins Gefängnis gebracht hatte.⁸⁵ Waitz vermutete hinter dieser Aufforderung ein abgekartertes Spiel mit Wullenwever, denn mit keinem Wort wurde die Mitschuld Wullenwevers bei der Festsetzung Christians II. erwähnt.⁸⁶ Als sich Jürgen Wullenwever der militärischen Unterstützung des Grafen Christoph von Oldenburg, des Grafen Johann von Hoya, der Dithmarschen Bauern, der dänischen Bürger und Bauern, der Lübecker Bürgerschaft und – trotz Meinungsverschiedenheiten – der wendischen Hansestädte sicher war, dazu auf die Hilfe der Könige von England und Frankreich hoffen konnte, begann er die kriegerische Auseinandersetzung im Norden Europas.

Obwohl durch den überraschenden Überfall auf Holstein am 14. Mai 1534 mit Eutin, Trittau und Segeberg wichtige strategische Punkte in die Hände Lübecks fielen und ein Teil der Städte und der Bauern durch den Aufruf⁸⁷ Graf Christophs zum aktiven Widerstand gegen Herzog Christian von Holstein aufgefordert werden konnte, gelang es unter dem Oberbefehl Johann Rantzaus relativ schnell, die holsteinische Ritterschaft und die streitbare Bevölkerung zu mobilisieren, so daß den Eindringlingen erfolgreich Widerstand geboten wurde. Nachdem sich für Lübeck keine weiteren Erfolge mehr einstellten und Herzog Christian die Freilassung Christians II. ablehnte, sollte Christophs Heer nach dem eigentlichen Kriegsziel, Dänemark, geführt werden.

Nun hielt Wullenwever auch den Zeitpunkt für gekommen, vom Grafen Christoph

⁷⁷ Nach Paludan-Müller, *Aktstykker*, I, S. 58.

⁷⁸ Ebenda, S. 49.

⁷⁹ Ebenda, S. 75.

⁸⁰ Fragestücke für Wullenwevers Verhör, 1536, Januar; Interrogatorium im Namen K. Christian III., Waitz, III, Nr. 47, S. 486, 19.

⁸¹ Siehe Verabredungen mit den Dänischen Städten und Graf Christoph von Oldenburg, Waitz, II, Nr. 2, S. 249.

⁸² Wullenwevers zweites Verhör, 1536, 27. 28., Waitz, III, Nr. 48, S. 493, 40.

⁸³ Ebenda, S. 493, 41.

⁸⁴ Nach Paludan-Müller, *Aktstykker*, I, S. 68.

⁸⁵ Ebenda, S. 180.

⁸⁶ Waitz, *Wullenwever*, II, S. 25.

⁸⁷ Vgl. Paludan-Müller, *Aktstykker*, I, S. 77.

Versprechungen zu fordern, die der Lübecker Kaufmannschaft Vorteile im Handel bringen sollten. Neben den Zusicherungen aller bisherigen Privilegien und Freiheiten in Dänemark und Norwegen, die Rückzahlung einer Schadenssumme von 400 000 Gulden, mußte der Graf sich verpflichten, den Lübeckern in Schonen Helsingborg und in Seeland Helsingör, Trittau und Segeberg in Holstein samt Zoll zu überlassen und versprechen, nach dem Tode Christians II. keinen dänischen König ohne Einverständnis Lübecks zu wählen.⁸⁸

Diese Forderungen Lübecks erinnern an den Höhepunkt hansischer Machtentfaltung gegenüber Dänemark, dem Stralsunder Frieden von 1370. Nirgends dokumentierten sich die Wünsche der Lübecker Kaufmannschaft so eindeutig. Was Helsingborg und Helsingör für den Nord-Ostseeverkehr, waren Trittau und Segeberg für die Sicherung des Landhandels nach Hamburg. Der Einfluß auf die dänische Königswahl bedeutete die Konsolidierung dieser Zustände. Es ist erstaunlich, daß von direkten Zusicherungen Lübecks an Graf Christoph keine Rede war. In den Ausführungen des Bürgermeisters Godert van Hovelen vor den Ratssendeboten der wendischen Hansestädte am 29. Juni 1534 in Lübeck klang aber an, daß Lübeck dem Grafen von Oldenburg die dänische Krone in Aussicht gestellt hatte.⁸⁹

In der Zwischenzeit hatte sich die militärische Lage Lübecks in Holstein weiter verschlechtert. Gestärkt durch die Hilfe deutscher Fürsten und des jütländischen Adels, war Herzog Christian mächtig genug, wichtige Positionen zurückzuerobern. Sein Heer näherte sich nun der Lebensader Lübecks, der Trave. Hinzu kam die Zwangslage des Herzogs von Holstein, die den dänischen und holsteinischen Adel zu der Erkenntnis führte, Herzog Christian von Holstein unbedingt zum dänischen König zu wählen.⁹⁰ In dieser für Lübeck kritischen Situation verließ der Graf von Oldenburg am 19. Juni 1534 Travemünde, um den Krieg nach Dänemark zu tragen.

Bei den mannigfachen Interessen, die bei diesen Kämpfen im Norden Europas auf dem Spiel standen, verfolgten die Herrscher Europas und Deutschlands mit großer Aufmerksamkeit die Ereignisse. Wullenwever kam es darauf an, vor allen Dingen die benachbarten wendischen Städte, aber auch die anderen Hansestädte für seine Pläne zu gewinnen. Da aber auch einige deutsche Fürsten, manche durch die Nachbarschaft, andere durch familiäre Bindungen, Interesse an den nordischen Angelegenheiten bekundeten, beeilte sich Wullenwever, unter diesen tatkräftige Bündnispartner zu suchen. Wullenwever war es wichtig, die benachbarten deutschen Fürsten auf seine Seite zu ziehen, mußte er doch damit rechnen, daß seine Gegner diese für ihre Pläne benutzen würden. Das war in der Vergangenheit schon des öfteren der Fall gewesen. Doch dieser Kampf unterschied sich von früheren Auseinandersetzungen. Während sich in vergangenen Kriegen die Hanse und Dänemark um die Vorherrschaft im Norden und auf der Ostsee stritten, waren diesmal die nordischen Herrschaften das Ziel, um andere Gegner – Holland und England – zu bekämpfen.

Dem Erzbischof von Bremen waren die Lübecker nicht geneigt, denn er hatte feste Verbindungen zum Burgundischen Hof.⁹¹ Auch bei den Brüdern Christophs von Bremen,

⁸⁸ Graf Christophs von Oldenburg Versprechungen an Lübeck, (1534, Juni 3.), Waitz, II, Nr. 7, S. 259 f.

⁸⁹ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 291, § 12.

⁹⁰ Siehe Sendung Knud Gyldenstjerns an H. Christian III., 1534, Juni, Waitz, II, Nr. 8, S. 263; ebenfalls Der Holsteinische Adel über die Dänische Krone, 1534, Juni, Waitz, II, Nr. 9, S. 264.

⁹¹ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 291, § 6.

den Herzögen Heinrich und Erich von Braunschweig, konnte Wullenwever nicht auf Unterstützung hoffen. Sie hingen dem katholischen Glauben an und waren erbitterte Gegner der in Lübeck regierenden Partei. Herzog Heinrich hatte sich schon früher gegen Lübeck gestellt, als es galt, das Domkapitel gegen Angriffe Wullenwevers zu schützen.

Herzog Albrecht von Preußen, ein Schwager Herzog Christians von Holstein, nahm von Anfang an eine feindliche Haltung ein. Er schickte sofort Kriegsknechte und Kriegsgerät zur Unterstützung Herzog Christians und unterbreitete einen Vorschlag zum Aufstellen einer bedeutenden Flotte. Holstein, Schweden, Holland, Preußen, Danzig und Königsberg sollten Schiffe stellen,⁹² um die Lübecker zu besiegen.

Die beiden Herzöge, Barnim, dessen Schwester die Stiefmutter Herzog Christians war, und Philipp von Pommern, machten aus ihrer Sympathie für Christian kein Hehl, indem sie von Lübeck geworbenen Söldnern den Durchzug verweigerten. Die Verantwortung für die unruhige Stimmung in den Städten Pommerns gaben sie den Vorgängen in Lübeck. Deshalb dachten sie daran, eine Vereinigung aller norddeutschen Fürsten zu gegenseitigem Schutz zu schaffen, die auch gegen Lübeck genutzt werden konnte.⁹³

Obwohl Joachim von Brandenburg, der Schwager Christians II., zum Verbündeten Lübecks prädestiniert schien, lehnte er jegliche Hilfe ab.⁹⁴

Besondere Wichtigkeit besaß die Stellung des Kurfürsten Johann Friedrich von Sachsen, da er das einflußreichste Mitglied des Schmalkaldischen Bundes war. Er nahm eine abweisende Haltung ein und versuchte zu vermitteln.

Herzog Ernst von Lüneburg unterstützte mit Kriegsbeginn Herzog Christian, indem er diesen Werbungen in seinem Herzogtum durchführen ließ, während er den Lübeckern den Durchzug von Kriegsknechten verweigerte.

Seit dem Besuch Herzog Christians im Februar 1534 in Kassel, wo er dem Landgrafen Philipp von Hessen finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt hatte,⁹⁵ konnte er fest auf die Hilfe des Landgrafen bauen. Bei dieser Zusammenkunft boten der Landgraf und andere deutsche Fürsten schon dem Herzog Christian ihre Unterstützung zur Erreichung der dänischen Krone an.⁹⁶ Beim Bekanntwerden des Krieges zwischen Lübeck und Holstein entließ Landgraf Philipp Kriegsknechte und gab Christian Geld, um Lübeck zu schaden.⁹⁷

Nur bei Herzog Albrecht von Mecklenburg hatten die Werbungen Wullenwevers Erfolg, während sich sein evangelisch gesinnter Bruder neutral verhielt, da er es mit Lübeck, aber auch mit Herzog Christian nicht verderben wollte.

Wie sehr aber auch die Sympathien der geistlichen und weltlichen deutschen Fürsten auf Seiten Herzog Christians liegen mochten, für die protestantischen Fürsten war Lübeck ein zu bedeutender Machtfaktor, um sich einfach gegen die Stadt zu stellen. So fehlte es nicht an Bemühungen – sei es von Hessen, Sachsen, Pommern, aber auch von Hamburg und Lüneburg –, in dieser Auseinandersetzung zu vermitteln. Diese scheiterten zunächst an der starren Haltung beider Kontrahenten.

⁹² H. Albrechts von Preußen Project' Holsteins Entsetzung zu Schiffe betreffend, 1534, Waitz, II, Nr. 11, S. 266.

⁹³ So bei Waitz, Wullenwever, II, S. 47, Anm. 3.

⁹⁴ Verhalten Churf. Joachim von Brandenburg zu Christian III., Waitz, II, Nr. 12, S. 268.

⁹⁵ So bei Waitz, Wullenwever, II, S. 50, Anm. 1.

⁹⁶ Ebenda, Anm. 2. Das berichtete der englische Gesandte Paget am 22. Februar 1534 an Cromwell.

⁹⁷ Nach Paludan-Müller, Aktstykker, I, S. 171. Wullenwever äußerte in einem Gespräch mit dem Gesandten Herzog Albrechts: *Es war Inen auch nicht verborgen, Das dem hertzen von boldtein so vil hülfte mit nichten geschege, So der lantgraff nit wer.*

Schon während der Verhandlungen mit dem Grafen Christoph von Oldenburg bemühte sich Wullenwever, den katholischen Herzog Albrecht von Mecklenburg, den Landesherrn der Städte Wismar und Rostock, für die Lösung der nordischen Angelegenheiten zu interessieren, da Wullenwever um dessen Zuneigung für Christian II. wußte. Zeigte sich der Herzog bei der Bitte des Lübecker Rates um freies Geleit für Oldendorp noch ablehnend,⁹⁸ so hat ein Schreiben Wullenwevers, in dem dieser sich persönlich für Oldendorp verwandte,⁹⁹ bewirkt, den Herzog in seiner Haltung zu Lübeck und zum Grafen Christoph umzustimmen. Benedikt von der Wish, der zwischen dem Grafen Christoph und dem Herzog Albrecht Kontakte hergestellt hatte, erreichte eine militärische Hilfe des Herzogs zugunsten des Unternehmens Christophs.¹⁰⁰ Wie ernst Herzog Albrecht seine Beteiligung nahm, zeigte sich darin, daß er der Aufforderung zur Verhandlung mit Wullenwever und dem Grafen in Lübeck heimlich Folge leistete.¹⁰¹

Bei den Verhandlungen zwischen Lübeck und Herzog Albrecht von Mecklenburg, die in erster Linie von Oldendorp und Helmke Dannemann geführt wurden, versuchte Wullenwever, Artikel durchzusetzen, die der lübischen Kaufmannschaft die absolute wirtschaftliche Macht im Norden Europas garantierten,¹⁰² während Herzog Albrecht seine Herrscherambitionen in Dänemark bestätigt wissen wollte. Neben den politischen und wirtschaftlichen Forderungen verlangte Wullenwever eindringlich, die evangelische Lehre in Dänemark zu schützen. Dafür versprachen die Lübecker, Herzog Albrecht zum Gouverneur von Dänemark zu machen und nach Christians II. Tod zum dänischen König zu wählen.¹⁰³

Solange die militärische Situation zwischen Lübeck und Holstein sowie des Grafen Christoph und Dänemark günstig war, zögerte Wullenwever den Abschluß eines Vertrages mit Herzog Albrecht hinaus, so daß sich die Unterhandlungen über den ganzen Sommer 1534 hinzogen. Dem Drängen des katholischen Herzogs konnte Wullenwever Einhalt gebieten, da dieser nicht bereit war, den geforderten Artikel über den neuen Glauben durchzusetzen.¹⁰⁴

Mehrmals hatte Gustav Wasa über den dänischen Reichsrat versucht, zu Ausgleichsverhandlungen mit Lübeck zu kommen. Als dieses Unterfangen immer aussichtsloser wurde, wandte sich der Schwedenkönig seinem Schwager Herzog Christian zu. War der Vertrag vom 2. Februar 1534 auch noch nicht ratifiziert, so hoffte Gustav Wasa bei einem eventuellen Angriff Lübecks, Hilfe von Dänemark zu erhalten,¹⁰⁵ die er dem dänischen Reichsrat ebenfalls zusagte. Um die Dänen im Kampf gegen Graf Christoph und die Lübecker zu unterstützen, gab König Gustav am 8. Juli zu erkennen, zehn große Kriegsschiffe auszurüsten.¹⁰⁶ Er warnte die Kopenhagener Bürger vor den Plänen der Lübecker, die nur eine Bevormundung der drei nordischen Reiche im Sinn hätten, und gab ihnen den Rat, die Herrschaft in Dänemark Herzog Christian von Holstein zu übertragen.¹⁰⁷

Aber nicht nur Gustav Wasa, sondern auch Herzog Christian von Holstein unternahm

⁹⁸ Ebenda, S. 46.

⁹⁹ Ebenda, S. 45.

¹⁰⁰ Ebenda, S. 68.

¹⁰¹ Ebenda, S. 75.

¹⁰² Ebenda, S. 281–283 und S. 285–287.

¹⁰³ Ebenda, S. 288.

¹⁰⁴ Ebenda, S. 121.

¹⁰⁵ Ebenda, S. 79.

¹⁰⁶ Nach Paludan-Müller, *Aktstykker*, II, S. 31.

¹⁰⁷ Nach Paludan-Müller, *Aktstykker*, I, S. 108.

Schritte, sich dem schwedischen König zu nähern. So bat er um Schiffe zur Entsetzung Kopenhagens, die ihm vom Schwedenkönig auch zugesagt wurden.⁴⁰⁸

Neben dem Bündnis Dänemarks mit den Niederlanden empfanden die Lübecker die Verbindung zwischen Dänemark und Schweden, die sie in der Vergangenheit mit allen Mitteln zu verhindern suchten, als bedrohend für die politische und wirtschaftliche Stellung ihrer Stadt. Da die militärische Situation im Sommer 1534 in Dänemark für Lübeck noch günstig war, entschied sich Wullenwever für eine feindliche Haltung gegenüber Schweden. Nun ergab sich auch die passende Gelegenheit, neben dem dänischen Thron ebenfalls die schwedische Königskrone zur Gewinnung militärischer Kräfte zu nutzen.

Dem Wunsch des englischen Königs entsprechend, fertigten im Mai 1534 Hamburg und Lübeck Gesandtschaften nach England ab, wobei die Lübecker den Auftrag erhielten, dem König theologischen Beistand zu gewähren und gleichzeitig über Interessen des Handels und der Stadt zu sprechen. Sandte der Hamburger Rat den Superintendenten Aepin, den Bürgermeister Albert Westede und den Ratsherrn Hinrich Hesterberg,⁴⁰⁹ so delegierte Lübeck *Othonem Adam Paceum, Gerbardum Adinberg und Johannem ab Elpergo*,⁴¹⁰ also keinen geistlichen Vertreter, da die Stadt seit der Suspendierung von Herrmann Bonnus keinen Superintendenten besaß. Während Lappenberg⁴¹¹ und Wurm⁴¹² vermuteten, Othones Adam Paceus sei der berüchtigte Dr. Otto Pack, nahm Waitz⁴¹³ dies schon als Tatsache hin.

Nach ihrer Ankunft in England wurden den Gesandten beider Städte die Artikel des Königs überreicht, in denen dieser forderte, die Sache des Königs gegen den Papst zu verteidigen, 10 000 Mann und 12 wohlausgerüstete Schiffe auf Kosten des Königs zu stellen, den Handel seiner Untertanen zu sichern und kein Bündnis oder Frieden ohne Erlaubnis Englands zu schließen.⁴¹⁴ Im Gegensatz zu den Hamburgern, die ein Abkommen ohne Wissen des Kaisers ablehnten, erklärten sich die Lübecker bereit, den Artikeln zuzustimmen, und fügten dem Entwurf weitere hinzu, die dem König von England die dänische Krone freistellten.⁴¹⁵

Es war offensichtlich, daß die Abgesandten im Auftrage Wullenwevers handelten, schrieb dieser doch in jenen Tagen an den Herzog Albrecht, daß sich Lübeck um Hilfe an einen mächtigen Potentaten gewandt habe.⁴¹⁶ Als Gegenleistung erhielten die Lübecker Sendboten am 2. August eine Geldsumme von 20 000 Gulden, über die uns die letzte Seite des Entwurfes eines Vertrages zwischen England und Lübeck Auskunft gibt.⁴¹⁷

Obwohl es nicht zum Abschluß des Vertrages kam, hatte Lübeck die 20 000 Gulden erhalten, denn neun Jahre später bemühte sich der lübische Rat um die Rückzahlung der Summe. Am 29. Januar 1543 borgten die Kaufleute des Stalhofes dem Lübecker Rat 4444 Angelotten und 10 Stoters (10 000 Gulden), um die Hälfte der Schulden zu tilgen, die der Lübecker Rat beim englischen König gemacht hatte.⁴¹⁸

⁴⁰⁸ Ebenda, S. 116.

⁴⁰⁹ Vgl. Mönckeberg, Reise, S. 180.

⁴¹⁰ Nach Lappenberg, Actenstücke, S. 196.

⁴¹¹ Ebenda, Anm. 1.

⁴¹² Wurm, Beziehungen, S. 28.

⁴¹³ Waitz, Wullenwever, II, S. 110.

⁴¹⁴ Nach Lappenberg, Actenstücke, S. 198 ff.

⁴¹⁵ Nach Altmeyer, Histoire, S. 515.

⁴¹⁶ Nach Paludan-Müller, Aktstykker, I, S. 127.

⁴¹⁷ Nach Lappenberg, Actenstücke, S. 210.

⁴¹⁸ So bei Wurm, Beziehungen, S. 34.

Diese für Lübeck nachteiligen Zugeständnisse an Heinrich VIII., besonders das Anerbieten der dänischen Krone, waren aus der Not geboren und konnten von Wullenwever nicht ernst gemeint sein, denn ein mächtiger Herrscher am Sund bot keine echte Gewähr für Lübeck, wirtschaftliche Sicherheiten zu bekommen, zumal die englischen Kaufleute zu den härtesten Konkurrenten der Lübecker zählten. Außerdem wußte Wullenwever selbst sehr gut, daß das dänische Volk keinen fremden Herrscher in Dänemark dulden würde.

Bei der allgemeinen Abneigung der deutschen Fürsten gegenüber den kriegerischen Handlungen Lübecks entging Wullenwever die neutrale Haltung des Kurfürsten Johann Friedrich von Sachsen nicht. Vielleicht gab Bernhard von Melen, der sich im Juni 1534 im Auftrage des Kurfürsten in Lübeck aufhielt, den Anstoß, daß Wullenwever in diesen Tagen beschloß, Verhandlungen mit dem Kurfürsten aufzunehmen. Beeinflußt wurde dieser Schritt Wullenwevers durch die Information, daß die Reichsräte von Jütland und Fühnen fest entschlossen waren, dem Herzog Christian von Holstein die dänische Krone anzubieten, um so der Besetzung des Thrones durch Lübeck vorzugreifen. Am 10. Juli schickte der Lübecker Rat durch den dänischen Adligen Otto Stigesson ein Schreiben an den Kurfürsten, worin alle Beschuldigungen der Holsten und Dänen zurückgewiesen wurden, und appellierte an ihn, Lübeck zu unterstützen.¹¹⁹ Dem dänischen Ritter folgten am 14. Juli Bernhard von Melen und der Sekretär Andreas Stolpe Richtung Torgau, um dem Kurfürsten die Lübecker Anträge darzulegen.

Nach ausführlicher Darstellung der Situation zwischen Lübeck und dem Herzog Christian aus Lübecker Sicht, wobei vor allen Dingen betont wurde, daß die Verbindung Niederlande, Dänemark und Schleswig-Holstein große Gefahren für die religiösen und wirtschaftlichen Angelegenheiten heraufbeschwören würde, beteuerten die Lübecker, Dänemark nicht für sich behalten zu wollen.¹²⁰ Nachdem der Lübecker Rat taktisch geschickt darauf hinwies, daß einige Potentaten Europas starkes Interesse an Dänemark hegten, erinnerte er an die familiären Beziehungen des Kurfürsten zu Dänemark und bot ihm die dänische Königskrone an.¹²¹ Dafür erwartete Lübeck zur Ersetzung der Kosten für Graf Christoph von Oldenburg und der Stadt Lübeck, daß ein Ort im Reiche Dänemark übergeben werde.¹²² Zur Unterstützung der Instruktion gab Wullenwever den Gesandten ein persönliches Schreiben mit, in dem er auf die Durchsetzung des neuen Evangeliums in Dänemark und Schweden insistierte.¹²³ Der Kurfürst, dem das Angebot zwar schmeichelte, der aber jegliche Gewaltanwendung zur Erreichung der dänischen Krone ablehnte, gab den Gesandten am 23. Juli keine eindeutige Antwort. Er erklärte sich aber bereit, umgehend Räte nach Lübeck abzufertigen.

Gleichzeitig nahm der Kurfürst im Einverständnis mit dem Landgrafen Philipp von Hessen die Vermittlung zwischen Lübeck und Herzog Christian wieder auf, wozu sich seine Räte mit denen des Landgrafen am 2. August in Celle treffen sollten. In einer Instruktion an den Herzog Ernst von Lüneburg teilte der Kurfürst das Angebot Lübecks

¹¹⁹ Siehe Lübecks Anerbieten an Churfürst Johann Friedrich von Sachsen, 1534, Juli, Waitz, Nr. 22, S. 290.

¹²⁰ Instruction für Lübecks Gesandte an Churf. Johann Friedrich von Sachsen, wegen der Dänischen Krone, 1534, Juli 13., Waitz, II, Nr. 22, S. 292.

¹²¹ Ebenda.

¹²² Ebenda.

¹²³ Wullenwever an Churfürst Johann Friedrich, 1534, Juli 15., Waitz, II, Nr. 22, S. 295.

mit, unterstrich aber, keine Zusage gegeben zu haben.¹²⁴ Dabei hielt er es nicht für erstrebenswert, einen entscheidenden Einfluß Burgunds in Dänemark zuzulassen, da es dem katholischen Glauben anhing.

Wie groß das Interesse des Kurfürsten an der dänischen Krone war, zeigte sich in dem Auftrag seiner beiden Räte, Christoph von Taubenheim und Casper von Mickwitz, nach der Zusammenkunft in Celle unverzüglich nach Lübeck weiterzureisen, um die im Zusammenhang mit der dänischen Thronbesetzung gemachten Versprechungen zu überprüfen.¹²⁵ Bei diesen Besprechungen, die in der Zeit vom 15. August bis 24. August in Lübeck stattfanden, brachten dann auch die Lübecker ihre Forderungen vor, die den wirtschaftlichen und politischen Einfluß im Norden sichern sollten.¹²⁶ Zwar waren die sächsischen Gesandten vom Eifer Wullenwevers, der auf militärische Hilfe des Kurfürsten für Graf Christoph drängte, angetan, zu Gegenversprechungen konnten sie sich aber nicht entschließen. Wullenwevers Verhandlungen mit weiteren dänischen Kronkandidaten entging ihnen nicht.¹²⁷ Mit dem Hinweis Wullenwevers, so schnell wie möglich Antwort zu geben, verließen die Gesandten des Kurfürsten Lübeck.

Zwar hatten Wullenwever und seine Anhänger gehofft, den Kurfürsten für sich zu gewinnen, doch die in der Folgezeit gescheiterten Vermittlungsverhandlungen und die wachsende feindliche Einstellung der deutschen Fürsten, die im Kampf Lübecks ein Aufbegehren gegen die Feudalklasse sahen, bewogen den Herrscher von Sachsen, das Recht Herzog Christians und auch Christians II. hervorhebend, zu einer abschlägigen Antwort.¹²⁸

Nach der endgültigen Absage des Kurfürsten von Sachsen war Wullenwever entschlossen, Herzog Albrecht von Mecklenburg zur militärischen Hilfe zu bewegen. Das war notwendig, weil es durch die Belagerung Christians III. in Lübeck zu Schwierigkeiten kam, die zu einer offenen Kritik an der herrschenden Partei führten. Lübeck und seine Verbündeten versicherten dem Herzog Albrecht nochmals, ihn zum König von Schweden oder Dänemark zu machen.¹²⁹ Am 14. November 1534 kam dann auch der Vertrag zwischen Herzog Albrecht von Mecklenburg und den Städten Lübeck, Rostock, Stralsund und Wismar zustande, der dem Herzog nach dem Tode Christians II. die Königskrone in Dänemark sichern sollte, ohne daß die von Lübeck geforderten Artikel bestätigt wurden.¹³⁰ Die Gewährung des neuen Glaubens war die entscheidende Voraussetzung zur Erlangung der dänischen Königskrone. Darüber informierter der nach Dänemark vorausgeschickte Kanzler Herzog Albrechts, Joachim von Jessen.¹³¹

Man kann an der festen Überzeugung Wullenwevers zur Lehre Luthers zweifeln, wenn man seine Haltung in den außenpolitischen Auseinandersetzungen im Norden Europas betrachtet.

¹²⁴ Siehe Verhandlungen Churf. Johann Friedrichs mit Lübeck, 1534, Juli, August., Waitz, II, Nr. 23, S. 296.

¹²⁵ Ebenda, S. 229.

¹²⁶ Siehe Verhandlung der Sächsischen Gesandten mit Lübeck, 1534, August, Waitz, II, Nr. 24, S. 304.

¹²⁷ Ebenda, S. 305.

¹²⁸ Churf. Johann Friedrichs von Sachsen Schreiben an Lübeck wegen Ablehnung der ihm angebotenen Krone Dänemarks, 1534, October 1., Waitz, II, Nr. 27, S. 316.

¹²⁹ Siehe Verhandlungen der Wendischen Städte mit H. Albrecht von Mecklenburg, 1534, October., Waitz, II, Nr. 33, S. 337.

¹³⁰ Nach Paludan-Müller, Aktstykker, I, S. 200.

¹³¹ Ebenda, S. 319 f.

Da standen der lutherische Graf Christoph von Oldenburg, der lutherische Bürgermeister Wullenwever und der katholische Herzog Albrecht von Mecklenburg zusammen, um dem Namen nach für einen König zu kämpfen, der mehrmals seine religiösen Ansichten wechselte, um persönliche Vorteile zu haben. Auch bei Wullenwever standen die religiösen Interessen hinter den politischen zurück. Es kam zu Verbindungen, die vom religiösen Standpunkt widersinnig waren. Um die Ziele der reichen Kaufmannschaft Lübecks durchzusetzen, waren Wullenwever alle diplomatischen Mittel recht. Während Graf Christoph von Oldenburg Hoffnungen auf die Erreichung des dänischen Throns gemacht wurden, verhandelten zu gleicher Zeit Dr. Otto Pack, Hans von Elpen und Gerd Odinckburg mit dem König von England in London, Johann Oldendorp und Helmke Dannemann mit dem Herzog Albrecht von Mecklenburg in Wismar sowie Bernhard von Melen und Andreas Stolpe mit dem Kurfürsten Johann Friedrich von Sachsen in Torgau – alle um den Preis der dänischen Krone.

Von besonderer Bedeutung bei den nordischen Auseinandersetzungen war die Haltung des mächtigsten Herrschers in Europa, des Kaisers Karl V. Auf Grund der Einführung der neuen religiösen Lehren und des Zerwürfnisses mit den Niederlanden war Lübeck in Widerspruch zum Kaiser geraten, aber der von Lübeck entfesselte Krieg zwang Karl V. seine Position zu überprüfen.

Das Bündnis vom 9. September 1533 zwischen Herzog Christian und dem Kaiser schien die lübeckfeindliche Seite entscheidend zu stärken, aber die Hansestadt erschien zu wichtig, als daß sich der Kaiser rückhaltslos gegen sie stellen konnte. Hinzu kamen Graf Christoph von Oldenburg und Herzog Albrecht von Mecklenburg als zwei Fürsten im Dienste Lübecks, die auch kaiserliche Interessen vertraten, während Herzog Christian von Holstein mit solchen deutschen Fürsten verbündet war, die in politischem und religiösem Gegensatz zum Kaiser standen. Außerdem rief Wullenwever zur Befreiung eines Königs auf, der in der Vergangenheit als Schwager Karls V. Vorteile für die Niederlande gebracht hatte.

Noch im Frühjahr 1534 sandte Königin Maria ihren Sekretär Hans Kreutner zu Herzog Christian. Er gab dem Herzog das Versprechen, ihn bei der Erlangung der dänischen Krone zu unterstützen.¹³² Am 27. Mai wurden die beiden Gesandten Gerard Mulard und der Bischof von Brixen, welche den kaiserlichen Hof bei den Ausgleichsverhandlungen im März 1534 in Hamburg vertreten hatten, zur angesetzten Königswahl nach Dänemark abgefertigt.¹³³ In Buxtehude wurden sie über den Kriegsbeginn zwischen Lübeck und Holstein informiert, und deshalb beschlossen sie, ihre Mission abzubrechen.

Gleich nach dem Überfall der Lübecker hatte sich Herzog Christian mit der Bitte an Königin Maria gewandt, jetzt die Bundeshilfe entsprechend dem Vertrag zu leisten. Die Königin lehnte nicht ab, wollte sich aber erst mit ihren Räten beraten. Die Gesandten, die sich in der Zwischenzeit von Buxtehude nach Osterholt bei Bremen begeben hatten, bestätigten Herzog Christian, daß Königin Maria den Vertrag halten werde,¹³⁴ womit der Herzog aber nicht zufrieden war.

In der kriegerischen Auseinandersetzung sahen die Niederländer eine Gelegenheit, Lübeck entscheidend zu schwächen. In einer Botschaft an Herzog Christian stellte Königin Maria eine weitere Pension von 6000 Gulden in Aussicht. Sie wollte 400–500 Kriegsknechte besolden und forderte, Travemünde müsse unbedingt von Christian ge-

¹³² Siehe Kreutners Sendung an H. Christian III., 1534, Mai, Juni, Waitz, II, Nr. 28, S. 318.

¹³³ Nach Paludan-Müller, Aktstykker, II, S. 17.

¹³⁴ Ebenda, S. 19.

halten werden, um den Lübecker Handel empfindlich zu stören.¹³⁵ Diese Hilfe mußte aber geheim bleiben, da die Niederländer Repressalien gegen ihre Schiffe fürchteten, die sich noch auf der Ostsee befanden. Mit einer ähnlichen Botschaft ging zur gleichen Zeit Dr. Tucher nach Dänemark.¹³⁶

Wie doppelzünftig das diplomatische Spiel gegenüber dem Herzog Christian und den dänischen Reichsräten von Seiten der Niederlande war, kam in einigen Zusätzen der letztgenannten Instruktion zum Ausdruck. Bei einer eventuellen Befreiung Christians II. durch Graf Christoph sollte Dr. Tucher diesem beste Empfehlungen der Königin übermitteln und ihn auffordern, ein Bündnis mit den Niederlanden abzuschließen.¹³⁷ Sollte Graf Christoph die Regierung in Dänemark übernehmen, wären Glückwünsche angebracht.¹³⁸ Die Zustände, die Dr. Tucher in Dänemark antraf, bewogen dann die Niederlande, eine abwartende Stellung einzunehmen.

Obwohl der kaiserliche Hof in dieser Zeit nicht die Absicht hatte, sich fest an der Seite Dänemarks zu arrangieren, tauchte doch der Plan auf, den Einfluß des Hauses Habsburg im Norden Europas zu verstärken.

Um den Pfalzgrafen Friedrich für seine Dienste gegenüber dem Kaiser zu belohnen, regte König Ferdinand den Gedanken an, den fünfzigjährigen Pfalzgrafen mit der vierzehnjährigen Tochter Christians II., Dorothea, zu vermählen, um damit einen Anspruch auf die dänische Krone zu rechtfertigen. Trotz moralischer Vorbehalte schickte Friedrich seinen Sekretär Hubertus Thomas Leodius im Juni 1534 in den Norden, wo dieser erst in Hamburg und dann in Lüneburg auf die Ablehnung der Städte und der Königin Maria stieß, einer Kandidatur des Pfalzgrafen in Dänemark zuzustimmen.¹³⁹

Der frühere Erzbischof von Lund, Johann von Wese, versuchte mit aller Eindringlichkeit, den Kaiser zum aktiven Eingreifen im Norden zu bewegen, da sonst der Norden für den Katholizismus verloren sei.¹⁴⁰ Der Kaiser konnte sich aber nicht entschließen, Partei zu ergreifen, so daß weder Herzog Christian noch Lübeck im Augenblick Hilfe erhoffen konnten. Die Verhältnisse in Dänemark hatten sich so entwickelt, daß es dem Kaiser nicht geraten schien, das kriegerische Geschehen zu beeinflussen.

Der Aufforderung Lübecks Folge leistend, gelang es Jürgen Kock am 29. Mai 1534 mit der Bürgerschaft Malmös die adlige Herrschaft in der Stadt zu beseitigen, indem er den Befehlshaber des Schlosses, Mogens Gyldensterne, überlistete und das Schloß niederbrannte. Ein ähnlicher Versuch in Kopenhagen mißlang. Der gelungene Anschlag Jürgen Kocks auf den Adel Dänemarks schürte die Stimmung innerhalb der dänischen Bauern- und Bürgerschaft, so daß Graf Christoph bei seiner Landung am 22. Juni in der Nähe Kopenhagens, wo sofort Jürgen Kock und Ambrosius Bogbinder zu ihm stießen,¹⁴¹ als Befreier begrüßt wurde. Um den dänischen Adel zu besiegen, bat der Malmöer Rat Lübeck, Schiffe in den Belt zu schicken.¹⁴² Dadurch sollte der Nachschub aus Jütland und Fünen verhindert werden. Dem Wunsch der beiden Bürgermeister entsprechend, brachte Graf Christoph mit Unterstützung der dänischen Bauern und Bürger Seeland und die

¹³⁵ Nach Lanz, Staatspapiere, S. 143.

¹³⁶ Ebenda, S. 150.

¹³⁷ Ebenda, S. 154.

¹³⁸ Ebenda.

¹³⁹ Nach Lanz, K., Correspondenz des Kaisers Karl V., Bd. 2, (1532–1549), Leipzig 1845, S. 100.

¹⁴⁰ Ebenda, S. 128.

¹⁴¹ Nach Paludan-Müller, Aktstykker, II, S. 22.

¹⁴² Ebenda, S. 29.

Hauptstadt Kopenhagen in seine Gewalt, wo am 25. Juli auch der Schloßhauptmann Johann Urne kapitulierte. Überrascht von den Erfolgen Graf Christophs und aus Angst vor der Rache der Bauern huldigte die Ritterschaft und der Adel Seelands und Fünens dem Grafen,¹⁴³ denen der Adel Schonens am 29. Juli folgte.¹⁴⁴ Den Adligen, die sich dem Grafen Christoph unterwarfen, bestätigte dieser ihren Besitz und seinen Schutz vor Aufrührern, eine Maßnahme, die bestimmt nicht die Zustimmung der dänischen Bauern und Bürger sowie Wullenwevers fand, der auch die Huldigung der Städte Kopenhagen und Malmö ablehnte.¹⁴⁵ Waitz vermutete,¹⁴⁶ daß Graf Christoph sich im dänischen Adel eine eigene Stütze schaffen wollte, um von den Städten unabhängig zu sein.

Wenn Wullenwever davon ausging, daß nach Seeland und Schonen weiterhin Fünen, Halland, Bleking, Laaland, Langeland und Falster, also ab 12. August alle dänischen Gebiete östlich des Kleinen Belts von Graf Christoph beherrscht wurden, so schien das Kriegsunternehmen Lübecks recht günstig zu stehen. Die Lübecker Flotte kontrollierte die Wasserstraßen Dänemarks und Graf Christoph befahl, den Sundzoll nicht zu Helsingör, sondern auf einem lübischen Schiff zu entrichten.¹⁴⁷

Unter dem Druck der Verhältnisse entschlossen sich die Reichsräte von Jütland und Fünen, dem Herzog Christian von Holstein die dänische Krone anzutragen. Am 17. Juli erschienen die Abgeordneten aus Jütland und Fünen in Preetz und erklärten, Herzog Christian zum dänischen König zu wählen, wenn er die bestehenden Privilegien und Freiheiten bestätigte.¹⁴⁸ Am 18. August empfing Christian III. die Huldigung als dänischer König in der Nähe von Horsens.

Da sich aber ein Teil der schonischen und seeländischen Reichsräte Graf Christoph unterworfen hatten, damit also für eine Wiedereinsetzung Christians II. eintraten, verweigerten Kaiser Karl V., Heinrich VIII. von England und einige deutsche Fürsten, unter ihnen auch der Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen, Christian III. als dänischem König die Anerkennung. Gustav Wasa erkannte ihn sofort an.

Nach der Huldigung eilte Christian III. zu seinem inzwischen schlagkräftigen Heer nach Holstein zurück. Es gelang ihm, bis Ende September Lübeck einzuschließen, so daß eine verzweifelte militärische und wirtschaftliche Situation für Lübeck entstand. Zwar hatten die Erfolge in Dänemark auch die Lübecker Bürgerschaft stimuliert, die ihr Kriegsziel in unmittelbarer Nähe gerückt sah, aber die militärische Umklammerung Lübecks stellte diesen Erfolg in Frage. Unter diesen Umständen war es auch nicht möglich, die vom Grafen Christoph benötigte und geforderte Verstärkung zu schicken.

Auf Geheiß des Grafen Christoph landete am 14. September Schiffer Klement, ein früherer Gefolgsmann Christians II., bei der Stadt Aalborg, wo sich ihm sofort die Tore öffneten und die zum Aufstand bereiten Bauern anschlossen, so daß in kurzer Zeit Nordjütland in seine Hände geriet. In der Stunde der höchsten Gefahr vereinigte sich der jütländische Adel in Randers, stellte dem Bauernheer Klements ein schwerkgepanzertes Ritterheer entgegen. Dieses wurde aber am 18. Oktober bei Svenstrup, südlich von Aalborg vernichtend geschlagen. Klement entschloß sich, die Stadt Randers einzunehmen,

¹⁴³ Nach Paludan-Müller, Aktstykker, I, S. 120.

¹⁴⁴ So bei Alten, A. v., Graf Christoff von Oldenburg und die Grafenfehde 1534-1536. Ein Beitrag zur Geschichte des Dänischen Interregnums, Hamburg 1853, S. 191.

¹⁴⁵ Siehe Friedensverhandlungen 1534, October, November, Waitz, II, Nr. 37, S. 355.

¹⁴⁶ Waitz, Wullenwever, II, S. 116.

¹⁴⁷ Jacobs von Barthen Brief an den Rath zu Danzig, Helsingör, Juli 3., Waitz, II, Nr. 30, S. 325.

¹⁴⁸ Nach Paludan-Müller, Aktstykker, I, S. 111.

was aber mißlang, da er zu wenig gutausgerüstete und kampferprobte Kriegsknechte in seinen Reihen hatte.¹⁴⁹

Der beidseitigen schwierigen militärischen Situation Rechnung tragend, willigten Christian III. und Lübeck zu Vermittlungsverhandlungen ein, die Mitte Oktober in Stockelsdorf begannen. Zur gleichen Zeit versammelten sich die sechs wendischen Städte zu einer Tagfahrt in Lübeck, an der auch die Gesandten des Grafen Christoph sowie der Städte Kopenhagen und Malmö teilnahmen.¹⁵⁰ Durch geschickte diplomatische Täuschungsmanöver gelang es, Graf Christoph von Oldenburg, die dänischen und wendischen Städte sowie Herzog Albrecht von Mecklenburg für den weiteren Waffengang in Dänemark zu interessieren.

Da in den folgenden Wochen die Umklammerung Lübecks nicht aufgehoben wurde, militärische Hilfe weder von Graf Christoph noch von Herzog Albrecht eintraf, schloß Lübeck am 18. November 1534 den Frieden zu Stockelsdorf.

Solange das Bündnis zwischen Lübeck, dem Grafen Christoph, den dänischen Städten und einem Teil des dänischen Adels hielt, gelang es, Erfolge in Dänemark zu erringen. Mit der Herausbildung des Widerspruches zwischen Lübeck und dem Grafen Christoph, der seinen Ursprung in der mangelnden gegenseitigen militärischen Unterstützung hatte, zerbrach die Vereinigung an ihrer entscheidenden Stelle. Dazu trug die Verfolgung eigener Interessen der Bündnispartner ebenfalls bei. Ob und inwieweit der Graf über die geheimen Unterhandlungen Lübecks mit weiteren potentiellen dänischen Kronprätendenten vor der Tagfahrt im Oktober 1534 zu Lübeck informiert war, ist nicht ersichtlich. Aber der Beschluß der Städte, Herzog Albrecht von Mecklenburg an seine Seite in Dänemark zu stellen, bestärkte ihn, sich nach einer anderen Stütze umzusehen. In dieser Zeit verschlechterte sich auch das Verhältnis des Grafen zu den dänischen Städten und zum Adel.

Dem Grafen Christoph war bekannt, daß am kaiserlichen Hof das Vorhaben, den Pfalzgrafen Friedrich zum dänischen König zu machen, nicht aufgegeben worden war. Anfang September beschloß Königin Maria, ihren Gesandten Dr. Pangart an den Kanzler des Grafen, Melchior von Germanien, zu senden, um Graf Christoph für die Wahl des Pfalzgrafen zu begeistern.¹⁵¹ Auch ihrem Kundschafter im Norden, Stephan Hopfensteiner, gab Königin Maria mit auf den Weg, Fürsprecher für die Wahl des Pfalzgrafen zu suchen.¹⁵²

Während ihres Aufenthaltes zur Tagfahrt in Lübeck im Oktober traten die Gesandten Graf Christophs mit Stephan Hopfensteiner in Verbindung und berieten Artikel, wonach dem Pfalzgrafen die dänische Krone zugesichert wurde.¹⁵³ Als Gegenleistung wünschten die Gesandten, daß Christian II. befreit, dem Grafen die standesmäßige Behandlung garantiert, dem dänischen Reichsrat und den dänischen Städten Privilegien und Freiheiten eingeräumt und den Lübeckern alle bisherigen Vergünstigungen, die sie in den nordischen Reichen besaßen, bestätigt werden.¹⁵⁴ Gleichzeitig baten die Gesandten des Grafen, eine Gesandtschaft an Herzog Christian abzufertigen, mit der Botschaft, sich

¹⁴⁹ So bei v. Alten, Christoff, S. 206.

¹⁵⁰ Zum Verlauf der Unterhandlungen vgl. HR, IV, 1, Nr. 344.

¹⁵¹ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 344, § 73 und Anm. 1.

¹⁵² Siehe Graf Christophs Unterhandlungen mit dem Niederländischen Hofe, Waitz, II, Nr. 39, S. 368.

¹⁵³ Ebenda.

¹⁵⁴ So bei Waitz, Wullenwever, II, S. 171 f.

unverzüglich aus der dänischen Fehde zurückzuziehen. Es wäre besser, den Kaiser oder den Pfalzgrafen als Graf Christoph, Frankreich, England oder Mecklenburg zum Nachbarn zu haben.¹⁵⁵

Die Erklärung Oldendorps am 31. Oktober vor den Ratssendeboten der wendischen Städte über die beabsichtigte Verbindung Graf Christophs mit dem politischen, wirtschaftlichen und religiösen Erzfeind Lübecks,¹⁵⁶ brachte die Gemüter in Bewegung. Während die Rostocker abrieten, den Herzog Albrecht unter diesen Bedingungen nach Dänemark zu senden, da die dänischen Städte vielleicht die Niederländer lieber sähen als die Lübecker,¹⁵⁷ witterten die Stralsunder ein abgekartertes Spiel, daß nämlich Graf Christoph schon vorher im Einverständnis des Kaisers handelte.¹⁵⁸

Diesen Gedanken, daß der Kaiser dem Vorhaben Graf Christophs, Christian II. zu befreien und wieder auf den dänischen Thron zu bringen, wohlwollend gegenüberstand, um dem Streben Franz I. und Heinrich VIII. nach der dänischen Krone entgegenzuwirken, äußerte später auch F. v. Alten.¹⁵⁹ Waitz wies diese Behauptung als unverbürgt zurück.¹⁶⁰

Obwohl die gleichzeitig verlaufenden innenpolitischen Veränderungen, die gekennzeichnet waren durch den Rücktritt der Bürgerausschüsse und den Wiedereintritt alter Ratsmitglieder in das höchste Organ der Stadt, den Einfluß Jürgen Wullenwevers und seiner Anhänger herabsetzten, konnte die Stadt den Plänen des Kaisers und des Grafen nicht zustimmen, da sie nicht ihren politischen und ökonomischen Erwartungen entsprachen. Bestärkt wurde Wullenwever in seiner Haltung, solchem Ansinnen entgegenzutreten, durch die Meinung der Gesandten Malmös und Kopenhagens, König Christian II. erst zu befreien,¹⁶¹ bevor man sich gemeinsam über Dänemark einigen könne. Auch den dänischen Städten war ein habsburgischer Herrscher nicht genehm, bedeutete es doch, dem Katholizismus wieder den Norden Europas zu öffnen.

Graf Christoph dagegen war nicht abgeneigt und schickte seinen Kanzler Melchior von Germanien am 27. Oktober an den Burgundischen Hof, wo er am 25. November zu Bings im Hennegau eintraf und am 28. November zur Audienz empfangen wurde, um die Artikel des Grafen zu übergeben.¹⁶² Sollte sich der kaiserliche Hof zur Hilfe entschließen, bot Graf Christoph Dänemark zu ewigem Lehen an.¹⁶³ Königin Maria gab keine bindende Zusage und überließ die Entscheidung dem Kaiser. Dieser zögerte seine Antwort hinaus und hielt sich an den Rat des Erzbischofs von Lund, erst dann zu verhandeln, wenn beide Parteien sich gegenseitig erschöpft hätten,¹⁶⁴ wovon er sich dann auch nicht abbringen ließ, als Johann von Wese zu Verhandlungen mit dem Grafen Christoph von Oldenburg riet.¹⁶⁵

Nach Abschluß des Friedens zu Stockelsdorf begab sich Johann Rantzau in Eilmärschen mit seinem Heer nach Jütland, um dem bedrängten jütländischen Adel gegen die

¹⁵⁵ Siehe Graf Christophs Unterhandlungen mit dem Niederländischen Hofe, Waitz, II, Nr. 39, S. 369.

¹⁵⁶ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 344, § 73.

¹⁵⁷ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 344, § 74.

¹⁵⁸ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 344, § 75.

¹⁵⁹ v. Alten, Christoff, S. 113.

¹⁶⁰ Waitz, Wullenwever, II, S. 20.

¹⁶¹ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 344, § 80.

¹⁶² Nach Lanz, Correspondenz, Bd. 2, S. 222 f.

¹⁶³ Siehe Graf Christophs Unterhandlungen mit dem Niederländischen Hofe, Waitz, II, Nr. 39, S. 369.

¹⁶⁴ Nach Lanz, Correspondenz, Bd. 2, S. 135 f.

¹⁶⁵ Ebenda, S. 149 f.

aufständischen Bauern und Schiffer Klement zu Hilfe zu kommen. Klement zog sich mit seinen Bauern und Kriegsknechten auf Aalborg zurück, gefolgt vom holsteinischen Heer. Nachdem ein Kapitulationsangebot Johann Rantzaus abgelehnt worden war, stürmte dieser am 18. Dezember Aalborg und nahm die Stadt ein. Zwar konnte Klement entkommen, fiel aber durch Verrat in die Hände seiner Feinde und wurde später hingerichtet. Damit war auch der Bauernaufstand, der weder vom Grafen Christoph noch von Lübeck unterstützt worden war, niedergeschlagen und Jütland in der Gewalt Christians III.

Die militärische Lage Graf Christophs verschlechterte sich weiterhin, da schon im Oktober der Schwedenkönig in Halland einbrach, Halmstad und Warberg einnahm und Helsingborg belagerte. Bei diesen Kämpfen gegen Gustav Wasa wurde spürbar, daß der aus Angst zu Graf Christoph übergegangene dänische Adel nicht mehr gewillt war, mit dem Grafen und den dänischen Städten zusammenzugehen.¹⁶⁶ Neben den permanenten Diskrepanzen unter den Partnern mag ein weiterer Grund für den Abfall des Adels darin gelegen haben, daß Wullenwever das Reich Dänemark zum Spielball seiner Politik gemacht hatte.

Die Unstimmigkeiten, die sich seit der offiziellen Kandidatur Herzog Albrechts und seit dem Stockelsdorfer Frieden zwischen Lübeck und dem Grafen Christoph vermehrt hatten, entgingen Christian III. nicht, so daß er sich entschloß, aus ihnen politisches Kapital zu schlagen. Um sich mit dem Grafen zu vergleichen, lud er diesen zu einer Zusammenkunft ein, der Graf Christoph am 18. Dezember Folge leistete.¹⁶⁷ Christian III. bot dem Grafen eine Entschädigung und selbst die Hand seiner Schwester, um ihn zum Verzicht auf Dänemark zu bewegen, doch dieser wies alle Anträge hochmütig zurück und forderte für sich und den gefangenen Christian II. Dänemark, wobei er Jütland Christian III. überlassen wollte.¹⁶⁸ Da keine Einigung erzielt werden konnte, schieden beide Kontrahenten in Erbitterung.

Graf Christoph brach in Verkennung der Situation, nämlich im Gefühl der unumschränkten Macht über Dänemark östlich des Kleinen Belts, hoffend auf den Sieg Schiffer Klements in Jütland und der Hilfe des kaiserlichen Hofes sicher, alle Brücken einer Verständigung zu Christian III. ab und richtete sich auf eine Fortsetzung der kriegerischen Auseinandersetzungen in Dänemark ein.

Um sich die militärische Hilfe Herzogs Albrecht endgültig zu sichern, hatten Lübeck, Rostock, Wismar und Stralsund diesem die dänische Krone fest zugesagt. Die dänischen Städte Kopenhagen und Malmö begrüßten die Unterstützung des mecklenburgischen Herzogs und sicherten ihm ihren Beistand zu.¹⁶⁹ Trotz dieser Zusicherungen zögerte der Herzog seine Hilfe hinaus, da er um die Haltung Graf Christophs wußte, und er nicht in Widerspruch zum Kaiser geraten wollte. Hinzu kam die ausbleibende Unterstützung der deutschen Fürsten, mit der er gerechnet hatte. Sie rieten im Gegenteil von dem Unternehmen ab, wie sein Schwiegervater Kurfürst Joachim von Brandenburg.¹⁷⁰

Sich des tiefen Bruches mit dem Grafen Christoph und der wankelmütigen Haltung des mecklenburgischen Herzogs bewußt, unternahm Wullenwever alles, um den Herzog

¹⁶⁶ Nach Paludan-Müller, *Aktstykker*, I, S. 251.

¹⁶⁷ Siehe Christian III. Zusammenkunft mit Graf Christoph von Oldenburg zu Kolding, 1534, December., Waitz, II, Nr. 42, S. 377.

¹⁶⁸ Ebenda, S. 378.

¹⁶⁹ Nach Paludan-Müller, *Aktstykker*, I, S. 193.

¹⁷⁰ Ebenda, S. 214.

Albrecht zum aktiven Eingreifen zu bewegen. Oldendorp erreichte am 22. November in Wismar, daß der Graf von Hoya im Namen des Herzogs mit Reitern und Knechten nach Dänemark gehen sollte.¹⁷¹

Hier trat am 23. November Oldendorp an Herzog Heinrich von Mecklenburg, der in der Vergangenheit den größten Anteil an den Vermittlungen zwischen Lübeck und Christian III. hatte, mit der Bitte heran, Lübeck in Dänemark zu unterstützen.¹⁷² Dafür bot Lübeck ihm die schwedische Krone, die dieser aber für sich und seine Söhne ablehnte.¹⁷³

Hatte Herzog Heinrich den Antrag auch verworfen, so mußte schon der Gedanke Christian III. zur Vorsicht mahnen, der diese Neuigkeit sofort dem Schwedenkönig mitteilte.¹⁷⁴

Auf der am 11. Dezember in Marienehe abgehaltenen Zusammenkunft der Städte Lübeck, Wismar und Rostock mit Herzog Albrecht wurde der Vertrag besiegelt und beschlossen, daß unter der Führung des Grafen von Hoya unbedingt militärischer Nachschub nach Dänemark zu bringen sei. Das geschah auch.¹⁷⁵ In einer Instruktion, die der Graf von Hoya von Herzog Albrecht erhielt, wurde er beauftragt, sich für die Befreiung Christians II. einzusetzen und den Grafen Christoph zu bewegen, ihn als Gubernator in Dänemark anzuerkennen.¹⁷⁶

Wullenwever, der an den Verhandlungen in Wismar und Marienehe nicht teilgenommen hatte, sah nun den Zeitpunkt für gekommen, sich mit ganzer Kraft am Ort des Geschehens für seine außenpolitischen Zielstellungen einzusetzen. Außerdem engten die innenpolitischen Machtverschiebungen in Lübeck seinen Aktionsradius entscheidend ein, so daß er sich entschloß, nach Dänemark zu reisen. Sein Ziel war, Graf Christoph und die dänischen Städte für Lübecks Pläne mit Herzog Albrecht zu gewinnen und den Herzog Albrecht zum persönlichen Engagement in Dänemark zu zwingen. Einer Bitte Herzog Albrechts, die Reise zugunsten einer Zusammenkunft aufzuschieben, kam Wullenwever nicht nach.¹⁷⁷

Bezeichnend für die Unsicherheit Wullenwevers hinsichtlich des Erfolges seiner Pläne in Dänemark war der letzte Brief seiner Überfahrt an Herzog Albrecht. Wullenwever bat diesen, seine Schwiegermutter, eine Tochter des gefangenen Christians II., zu bewegen, nach Dänemark zu kommen.¹⁷⁸ Überzeugt davon, daß die Interessen Graf Christophs von denen Lübecks weit entfernt waren, die Kräfte der dänischen Bürger und Bauern nicht ausreichten, baute Wullenwever auf die Sympathien des Königshauses Christians II., also auf den Ruf des Adels, um den Kampf zum erfolgreichen Ende zu führen. Die gemeinsamen religiösen Anschauungen waren keine Gewähr für ein festes Bündnis und der katholische Herzog Albrecht bot keine Garantie, die politischen, wirtschaftlichen und religiösen Ziele Lübecks zu verwirklichen.

In der Instruktion Oldendorps für Jürgen Wullenwever und Gotke Engelstede, die von zwei Rostocker Ratsmitgliedern begleitet wurden – Wismar und Stralsund blieben

¹⁷¹ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 345, §§ 6–8.

¹⁷² Vgl. HR, IV, 1, Nr. 345, § 15.

¹⁷³ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 345, § 16.

¹⁷⁴ Nach Paludan-Müller, Aktstykker, II, S. 50.

¹⁷⁵ Vgl. HR, IV, 1, Nr. 370.

¹⁷⁶ Nach Paludan-Müller, Aktstykker, I, S. 244.

¹⁷⁷ Ebenda, S. 257.

¹⁷⁸ Ebenda, S. 260.

aus –, stand, daß die Gesandten Verhandlungen in Dänemark führen sollten, die darauf hinausliefen, ein Bündnis zwischen Lübeck, Rostock, Stralsund, Wismar, Kopenhagen und Malmö zu schließen.¹⁷⁹

Unter dem Eindruck der militärischen Niederlagen in Jütland und Halland trafen Wullenwever und seine Mitgesandten bei ihrer Ankunft am 2. Januar 1535 in Kopenhagen eine gereizte Stimmung an. Es waren Stimmen laut geworden, die den Abzug des Grafen Christoph aus Dänemark forderten und von einer Befreiung Christians II. abrieten.¹⁸⁰ Groß war auch das Mißtrauen gegen Herzog Albrecht wegen seiner religiösen Haltung, obwohl dessen Kanzler, Joachim von Jetzen, sich bemühte, in Dänemark für seinen Herrn zu werben. Der Kanzler versprach, daß der Herzog der Messe und den alten Zeremonien entsagen und die Bischöfe, Äbte und den Adel verjagen werde.

Die ablehnende Haltung Wullenwevers zu diesen Versprechungen, der um die tatsächliche Einstellung des Herzogs Albrecht zu den religiösen Fragen wußte, brachte ihn in den Verdacht, gegen den Herzog zu intrigieren.¹⁸¹ Dieses Urteil des Kanzlers Joachim von Jetzen kann aber kein Beweis dafür sein, daß Wullenwever die Verbindung mit dem mecklenburgischen Herzog hintergehen wollte, denn gerade in Dänemark setzte er sich für die Belange seines Favoriten ein.

Obwohl Marcus Meyer und Graf von Hoya zur Unterstützung der Anhänger Graf Christophs nach Schonen gezogen waren, stellten sich hier in der ersten Januarhälfte 1535 militärische Rückschläge ein, die vor allen Dingen im offenen Verrat des dänischen Adels ihre Begründung fanden.¹⁸²

Nach der vernichtenden Niederlage Klements in Jütland, den militärischen Mißerfolgen in Halland, Schonen und Blekinge, dem verräterischen Abfall des dänischen Adels sowie der nicht einsetzenden Hilfe des kaiserlichen Hofes, zeigte sich Graf Christoph nachgiebiger und erklärte sich zu Verhandlungen mit Wullenwever bereit. Mit dem Übertritt des dänischen Adels auf die Seite Christians III. hatte sich für Graf Christoph, Lübeck und die dänischen Bürger und Bauern wieder eindeutig ein Gegner herauskristallisiert, den es gemeinsam zu bekämpfen galt.¹⁸³

Am 18. Januar willigten Graf Christoph, Kopenhagen und Malmö ein, die Hilfe Herzog Albrechts zur Befreiung Christians II. anzunehmen und versprachen ihm außerordentliche Rechte.¹⁸⁴ Tags darauf wurde dem Grafen von Hoya zugebilligt, daß auch er Mitspracherecht im Reiche Dänemark haben sollte. Hinter dem Rücken Herzog Albrechts gelang es Wullenwever, die Bestimmung aufnehmen zu lassen, daß bei einer Nichtbefreiung oder beim Tode Christians II., kein dänischer König ohne Zustimmung Lübecks gewählt werden dürfe. Dazu erklärte sich auch Graf von Hoya bereit.

Obwohl nach außen hin alles geregelt schien, zeigten die nächsten Tage schon, daß die Uneinigkeit unter den Bündnispartnern nicht beseitigt worden war. Trotz der fordernden Briefe Wullenwevers und Joachim von Jetzens ließ sich Herzog Albrecht nicht dazu be-

¹⁷⁹ Instruction Wullenwevers und Engelstedes für die Gesandtschaft nach Dänemark, 1534, December 13., Waitz, II, Nr. 44, S. 380.

¹⁸⁰ Nach Paludan-Müller, Aktstykker, I, S. 315.

¹⁸¹ Ebenda, S. 321. Joachim von Jetzen schrieb an Herzog Albrecht: *Es verdrewsst Ihme, das Johan Andres e. g. pauern vnd Burger zugethan macht, vnd furchtet, wo es die lenge webret, das s. f. mehr zufalls kriegt als die Lubschen.*

¹⁸² Vgl. dazu Waitz, Wullenwever, II, S. 196.

¹⁸³ Nach Paludan-Müller, Aktstykker, I, S. 330.

¹⁸⁴ Ebenda, S. 312.

wegen, durch persönliches Eingreifen die Situation in Dänemark zu beeinflussen. Aus diesem Grunde begaben sich Oldendorp und Helmke Dannemann Anfang 1535 nach Wismar, um mit Herzog Albrecht über die Kriegsrüstung und die Überfahrt nach Dänemark zu verhandeln. Der Herzog versicherte, sich mit Pferd und Landsknechten nach Dänemark begeben zu wollen und im Einverständnis mit seinem Bruder an den Burgundischen Hof schicken zu wollen.¹⁸⁵ Wullenwever hat wahrscheinlich den Herzog in diesem Entschluß stark beeinflusst.¹⁸⁶ Obgleich der Vorschlag Wullenwevers der Not entsprang, wurde schon bei den Verhandlungen mit Herzog Albrecht sichtbar, daß Wullenwever die Lösung der dänischen Frage weitaus mehr in den Vordergrund stellte als die der holländischen Angelegenheit. So ließen die Lübecker durchblicken, daß sie sich mit den Holländern gerne vergleichen würden.¹⁸⁷ Jetzt, da sich die Lübecker Aussichten in Dänemark immer ungünstiger zeigten, Wullenwever aber auch die reservierte Haltung des Burgundischen Hofes gegenüber Christian III. nicht entgangen war, gaben Wullenwever und Oldendorp jegliche Zurückhaltung auf und forderten den Herzog Albrecht auf, mit den Niederländern in Verbindung zu treten.¹⁸⁸

Zu einer Sendung an den kaiserlichen Hof kam es noch nicht, aber als im Februar 1535 Joachim Maltzan im Namen des Königs Ferdinand in Schwerin eintraf, unterbreitete der Herzog dem Gesandten die Vorschläge Lübecks, daß Holland freie Schifffahrt genießen könne, wenn man Christian III. nicht unterstütze.¹⁸⁹

Wullenwever versuchte auch, den Herzog Albrecht zur Kontaktaufnahme nach England zu animieren. Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Dänemark wünschte Wullenwever eine Aussprache in Wismar. Tatsächlich erschienen Richard Candish und Dr. Otto Pack am 26. März in Schwerin und erreichten das Einverständnis des Herzogs zu einem Bündnis mit Heinrich VIII., wenn dieser bereit wäre, Geld und andere Hilfe zur Befreiung Christians II. zu geben.¹⁹⁰ Wullenwever war damit noch nicht zufrieden und riet, unbedingt Bernhard von Melen nach England zu senden, um Geld zu bekommen. Diese Sendung schien Wullenwever deshalb so wichtig, weil, wie ihm bekannt geworden war, Christian III. sich ebenfalls um Hilfe an den englischen König gewandt hatte.¹⁹¹ Sich dem Wunsch des Lübecker Bürgermeisters beugend, fertigte Herzog Albrecht Bernhard von Melen am 1. April nach England ab.¹⁹² Ohne Skrupel verhandelte der katholische Herzog mit dem Feind des Kaisers, um Lübecks und seine eigenen Interessen im Norden durchzusetzen.

Obwohl die Sendungen des Kammersekretärs Christians III., Peter Suave, an Heinrich VIII.¹⁹³ und an den König von Schottland¹⁹⁴ sowie Melchior Rantzaus nach den Niederlanden¹⁹⁵ keine unmittelbaren Hilfeleistungen nach sich zogen, verbesserte sich die

¹⁸⁵ Siehe Verhandlungen unter den Wendischen Städten, 1535, Januar-März, Waitz, II, Nr. 46, S. 384.

¹⁸⁶ Nach Paludan-Müller, Aktstykker, I, S. 317.

¹⁸⁷ Ebenda, S. 286.

¹⁸⁸ Ebenda, S. 317.

¹⁸⁹ So bei Waitz, Wullenwever, II, S. 208.

¹⁹⁰ Nach Paludan-Müller, Aktstykker, I, S. 373.

¹⁹¹ Ebenda, S. 381.

¹⁹² Nach Paludan-Müller, Aktstykker, II, S. 66.

¹⁹³ Christian III. Instruction für Peter Suave zu einer Sendung an K. Heinrich VIII. von England, 1535, Januar 20., Waitz, II, Nr. 49, S. 390.

¹⁹⁴ So bei Waitz, Wullenwever, II, S. 215.

¹⁹⁵ Nach Paludan-Müller, Aktstykker, I, S. 303.

militärische Stellung Christians III. durch die wohlwollende Haltung deutscher Fürsten¹⁹⁶ und durch die Mobilisierung aller Kräfte des eigenen Landes beträchtlich. Während ein Teil des Heeres Christians III. Gustav Wasa in Schonen zur Hilfe kam, faßte Johann Rantzau festen Fuß auf Fünen, so daß Christian III. im Frühjahr jeglichen Vermittlungsvorschlägen Herzog Heinrichs von Mecklenburg ablehnend gegenüberstand.¹⁹⁷ Diese sich nun verschärfende Lage führte zu weiteren Unstimmigkeiten unter den Bündnispartnern Lübecks. Graf Christoph, der sich von Herzog Albrecht und von Wullenwever verraten fühlte, entschloß sich – trotz der festen Abmachungen vom 18. Januar –, seine Beziehungen zum Burgundischen Hof wieder aufzunehmen. In einem Schreiben, das Wolf Gyler und Georg von Ravensburg überbringen sollten, trug Graf Christoph dem Kaiser, Christian II. und dessen Tochter Dorothea das Reich Dänemark an, wobei der Graf Gubernator in Dänemark bleiben wollte und eine hohe Entschädigungssumme forderte.¹⁹⁸

Da alle schriftlichen Mahnungen an Herzog Albrecht nicht fruchteten, begaben sich Wullenwever und Oldendorp am 22. März zu Besprechungen nach Schwerin. Nun endlich gelang es nach weiteren Zugeständnissen Lübecks, den Herzog Albrecht zur Überfahrt zu bewegen, welche am 8. April von Rostock in Begleitung Wullenwevers erfolgte. Graf Christoph bereitete den Ankömmlingen am 16. April in Kopenhagen einen kühlen Empfang und verweigerte Herzog Albrecht von Mecklenburg das Kopenhagener Schloß.¹⁹⁹

Unter diesen Umständen war an ein gemeinsames militärisches Handeln, das nötig gewesen wäre, um die errungenen Positionen in Dänemark zu halten, nicht zu denken. Hatte Wullenwever im Januar noch eine Annäherung der Partner erreicht, so gelang ihm das trotz anstrengender Bemühungen nicht mehr. Ohne Rücksicht auf Wullenwever versuchten beide Kontrahenten Unterstützung zu erreichen, da die eigenen militärischen Kräfte nicht annähernd genügten. Während sich Graf Christoph an den englischen König und die Herzöge von Cleve und Geldern wandte, nahm Herzog Albrecht ebenfalls zu Heinrich VIII.²⁰⁰ und zu katholischen deutschen Fürsten Verbindung auf.²⁰¹ Aus dieser Rivalität Kapital schlagend, gelang es Johann Rantzau am 11. Juni in der Schlacht am Ochsenberg das Heer des Grafen Christophs vernichtend zu schlagen, während einige Tage später eine schwedisch-preußisch-dänische Flotte unter der Führung von Peter Skram die lübische Flotte aufrieb, so daß damit die Niederlage im Norden besiegelt war. Der vollkommenen Unterwerfung Fünens folgte Anfang Juli 1535 der Übergang Christians III. nach Seeland und die Belagerung Malmö und Kopenhagens, wohin sich Graf Christoph und Herzog Albrecht zurückgezogen hatten.

Der entscheidende Sieg Christians III. am Ochsenberg und der Untergang der lübischen Flotte, die offensichtliche Zurückhaltung der wendischen Hansestädte bei der Führung des Krieges in Dänemark sowie die Verweigerung militärischer Hilfe durch Heinrich VIII. zwangen Wullenwever, sich in dieser prekären Situation nach neuen Verbün-

¹⁹⁶ Siehe Christian III. Verbindungen mit den Deutschen Fürsten, Anfang 1535, Waitz, II, Nr. 50, S. 398 ff.

¹⁹⁷ Siehe Friedensverhandlungen im Frühjahr 1535, Waitz, II, Nr. 52, S. 407.

¹⁹⁸ Siehe dazu v. Alten, Christoff, S. XLVII.

¹⁹⁹ So bei Waitz, Wullenwever, II, S. 228.

²⁰⁰ Nach Paludan-Müller, Aktstykker, II, S. 82.

²⁰¹ So zu Herzog Heinrich von Braunschweig und Kurfürst Joachim von Brandenburg. Siehe Herzog Albrecht und die Deutschen Fürsten, Waitz, II, Nr. 55, S. 413.

deten umzusehen. Hatten die Bemühungen Wullenwevers und Oldendorps, den Herzog Albrecht von Mecklenburg zur Aufnahme von Beziehungen zum kaiserlichen Hof zu bewegen, hauptsächlich das Ziel gehabt, die vertraglichen Bindungen zwischen den Niederlanden und Christian III. nicht zur Ausführung kommen zu lassen, so war Wullenwever nun an direkter Hilfe der kaiserlich-katholischen Seite interessiert.

Die Verlobung des Pfalzgrafen Friedrich mit der Tochter des gefangenen Christian II., Dorothea, am 18. Mai 1535, wodurch der Pfalzgraf ebenfalls Ansprüche auf den dänischen Thron geltend machen konnte, schien auch für Wullenwever und seine Verbündeten erfolversprechende Perspektiven zu bieten.

Nachdem Wullenwever am 11. Juni aus Dänemark nach Lübeck zurückgekehrt war, informierte er Herzog Albrecht über seine Absicht, Hilfe bei fremden Mächten zu suchen.²⁰² Zwar nannte Wullenwever in diesem Schreiben noch keinen Namen, aber in der folgenden Nachricht gab er jegliche Zurückhaltung auf. Weder bei Herzog Albrecht, bei Graf Christoph noch bei den dänischen Städten stieß der Plan Wullenwevers, den Pfalzgrafen um Hilfe zu bitten, auf Ablehnung.²⁰³ Die Ergebnisse der von Wullenwever eingeleiteten Verhandlungen erwartete dieser ungeduldig. Am 19. Juli gab Wolf Gyler dann die beruhigende Antwort, daß Hilfe zu erwarten sei.²⁰⁴ Ende Juli erhielt Wullenwever auch von Kopenhagen und anderen dänischen Ständen, die sich ebenfalls an den Pfalzgrafen gewandt hatten, die Botschaft, daß der Pfalzgraf auf friedlichem Wege Christian III. ersuchen werde, vom Reich Dänemark Abstand zu nehmen.²⁰⁵

Neben den laufenden Verhandlungen mit dem Pfalzgrafen versäumte es Wullenwever nicht, sich direkt um Hilfe beim kaiserlichen Hof zu bemühen. So teilte Stephan Hopfensteiner mit, daß in Lübeck die Meinung bestehe, das Reich Dänemark dem Kaiser zu übertragen, der es dem Pfalzgrafen überlassen solle. Wenn er weiterhin darlegte, daß bei einer Machtübernahme des Pfalzgrafen dieser der Schutzherr der Städte der Ostsee werden sollte, so hätte das praktisch die Unterwerfung der Hansestädte bedeutet.²⁰⁶

Bei allem Hang Stephan Hopfensteiners zu Übertreibungen ist anzunehmen, daß diese Zusicherungen von Wullenwever persönlich in den Junitagen 1535 gemacht wurden.²⁰⁷ Daß diese Versprechungen nicht ehrlich gemeint waren, hat er später beteuert.²⁰⁸ Wullenwever aber, bedingt durch seine politische Stellung, wäre bereit gewesen, militärische Hilfe von seinen Feinden, den Niederlanden, anzunehmen, um doch noch einen Erfolg in den nordischen Angelegenheiten zu erzwingen.

Schon die im Herbst 1534 ungünstige militärische Lage Lübecks, die gekennzeichnet war durch eine Umklammerung der Stadt durch Truppen Christians III., hatte zu einem Anwachsen der oppositionellen Kräfte gegen Wullenwever und zur Auflösung der Bürgerausschüsse geführt. Damals hatte Wullenwever seine Stellung behauptet, aber mit den ausbleibenden Erfolgen in Dänemark wuchs die Antipathie in Lübeck weiter.

Als Ende Februar 1535 eine Gesandtschaft der Dithmarschen nach Lübeck kam

²⁰² Nach Paludan-Müller, *Aktstykker*, I, S. 428.

²⁰³ Siehe Verhandlungen Lübecks mit den Dänen und den Wendischen Städten unmittelbar vor dem Hansetag, 1535, Juni, Juli, Waitz, III, Nr. 9, S. 378.

²⁰⁴ Nach Paludan-Müller, *Aktstykker*, I, S. 435.

²⁰⁵ Ebenda, S. 438.

²⁰⁶ Siehe Verbindung Lübecks und seiner Verbündeten mit dem Burgundischen Hof im Sommer 1535, Waitz, III, Nr. 22, S. 408.

²⁰⁷ Wullenwevers erstes Verhör, 1535, December 31. 1536, Januar 1., Waitz, III, Nr. 43, S. 476, 17.

²⁰⁸ J. Wullenwevers Rechtfertigungsschreiben an H. Heinrich von Braunschweig, Rothenburg, 1536, Januar 31., Waitz, III, Nr. 49, S. 502.

und vor versammelter Bürgerschaft zu Frieden und Eintracht riet, stellte ihr Sprecher Peter Nanne den Antrag, den geflohenen Bürgermeister Nikolaus Brömse wieder in die Stadt zu holen.²⁰⁹ Kein geringerer als der Kaufmann Harmen Israhel, der zu Beginn der Bewegung gegen den patrizischen Rat aktiv tätig war, verkündete im Namen der versammelten Rentner, Kaufleute, Junker und Älterleute der Ämter das Einverständnis.²¹⁰ Das war eine offene Kampfansage an die Politik Wullenwevers, der sich – wie so oft – zu dieser Zeit in Dänemark aufhielt. Die nichtpatrizische Kaufmannschaft – durch ihre Vertreter im Rat an der politischen Machtausübung beteiligt – fürchtete die völlige Isolierung. Das könnte auch die Ämter zur Kritik an Wullenwevers Politik bewogen haben. So hoffte man, durch die Rückkehr Nikolaus Brömses, der vom Kaiser zum Ritter geschlagen worden war, die drohende Gefahr abzuwenden.

Das Bekanntwerden der militärischen Mißerfolge im Juni 1535 in Dänemark steigerte die Stimmung in der Stadt zur offenen Empörung. Der Zorn der Opposition entlud sich, als die Gemeinde über das Versagen der lübeckischen Kapitäne urteilen sollte, die ihre Schiffe im Belt verlassen hatten. So beschuldigten Hinrich Koller und Andreas Bussmann Wullenwever offen des Verrats. Auch der Kaufmann Lambert von Dahlen rief zur Absetzung Wullenwevers auf.²¹¹ Noch konnte Wullenwever für diesen massiven Protest eine Bestrafung der Aufrührer durch den Rat verlangen, aber den Mut und die Kraft, gegen seine Feinde energisch vorzugehen, besaß er nicht mehr.

Geradezu verhängnisvoll für die Position Wullenwevers mußte sich die Bekanntgabe des neuerlichen kaiserlichen Mandats am 7. Juli auswirken, welches an den Rat und die Bürgerausschüsse gerichtet war und forderte, alle Artikel früherer Mandate zu erfüllen.²¹² Unter Androhung der kaiserlichen Acht wurde verlangt, diese Bedingungen innerhalb von 45 Tagen durchzusetzen. Während in der Vergangenheit die kaiserlichen Mandate die Lübecker Bürgerschaft im Kampf gegen die patrizische Herrschaft aktiviert hatten, riet die Gemeinde in der jetzigen Situation zur Beilegung der Streitigkeiten in der Stadt. Die Gegner Wullenwevers sahen so eine günstige Gelegenheit, die alte Ordnung wieder herzustellen.

Schwer mußte Wullenwever die Erkenntnis treffen, daß die kaiserliche Partei, von der er militärischen Beistand erwartet hatte, sich gegen die bestehende Ordnung in Lübeck wandte. Hinzu kam, daß die kaiserliche Anordnung die Haltung der Hansestädte gegen Lübeck entscheidend beeinflusste, die zu einer Tagfahrt nach Lüneburg eingeladen worden waren.

Da die unüberwindlichen Gegensätze zwischen Lübeck und Dänemark auch im Sommer 1535 noch keine Beendigung des Krieges versprachen, war das Bemühen einiger Hansestädte offensichtlich, dieses für den Hansebund wichtige Problem auf einer allgemeinen hansischen Versammlung zu lösen. So gelang es, durch die Initiative der Städte Hamburg und Lüneburg einen Hansetag einzuberufen, auf dem eine Einigung der Kriegsgegner erreicht werden sollte. Wullenwever lag an der Durchführung eines solchen Treffens verständlicherweise nichts, denn er mußte fest mit einer Verurteilung seiner Politik gegenüber Dänemark durch die Beteiligten rechnen. Während des Krieges hatte es sich ja erwiesen, daß die Mehrzahl der Hansestädte keine Sympathien für den Kampf um die Vormachtstellung Lübecks in der Ostsee empfanden.

²⁰⁹ Siehe Antrag der Ditmarschen auf Brömses Herstellung, 1535, März 1., Waitz, III, Nr. 19, S. 402.

²¹⁰ Ebenda, S. 403.

²¹¹ Siehe Bürgerversammlung zu Lübeck, im Juli 1535, Waitz, III, Nr. 20, S. 403 ff.

²¹² Executorial-Mandat des Kammergerichts gegen Lübeck, 1535, Juli 7., Waitz, III, Nr. 21, S. 405 f.

Während die livländischen und preußischen Hansestädte aktive Gegner der Politik Wullenwevers waren, mißbilligten die sächsischen Hansestädte auf ihren Städtetagen in Braunschweig²⁴³ und die westfälischen Städte bei ihren Zusammenkünften in Soest, Arnsberg und Meschede²⁴⁴ schon vorher offen die lübeckische Politik. Die Einstellung der beiden mecklenburgischen Städte Wismar und Rostock war von der Haltung ihres Landesherren abhängig. Wullenwever erkannte sehr richtig, daß diese Städteversammlung das Ziel hatte, Christian III. als dänischen König anzuerkennen und das bestehende Regiment in Lübeck zu stürzen.²⁴⁵ So lehnte es Wullenwever ab, persönlich an den wichtigen Verhandlungen in Lüneburg teilzunehmen.

In den Einladungen an die Hansestädte wurden siebzehn Verhandlungspunkte angekündigt, aber nur zwei Angelegenheiten haben den Hansetag beherrscht: Die Beendigung des Kriegszustandes im Norden Europas und die Wiederherstellung eines „ordentlichen“ Regiments in den Hansestädten.

Die mündliche Werbung herzoglich lüneburgischer und landgräfllich hessischer Beauftragter, den Krieg in Dänemark zu beenden sowie die Darlegungen des Braunschweiger Syndikus', Levin von Emden, Christian III. als König von Dänemark anzuerkennen, bildeten den Hauptverhandlungspunkt der Versammlung.²⁴⁶ Die Lübecker – Oldendorp machte sich zu ihrem Sprecher – willigten nicht ein, sondern verschanzten sich hinter dem Argument, daß sie keine Entscheidung ohne Zustimmung Herzog Albrechts, Graf Christophs und der dänischen Städte treffen könnten.²⁴⁷ Die Ablehnung der obengenannten Forderungen durch Lübeck konnte für keinen der Anwesenden überraschend sein. Wichtig aber war für die Ratssendeboten der Städte, daß sie durch eine einheitliche Meinung Eindruck auf die herrschende Partei in Lübeck machen konnten, um sie zur Einsicht zu zwingen. Die Haltung der Hansestädte war während des gesamten Hansetages dadurch gekennzeichnet, daß sie unbedingt zum Frieden mahnten, fürchteten sie doch die Einmischung der Fürstenmacht in ihren Kompetenzbereich.

Hatte der Versuch der Beilegung des kriegerischen Zwists schon die Diskrepanzen der Hansestädte zu Lübeck bloßgelegt, so erhielten die Verhandlungen am 9. August 1535 in Lübeck – die Versammlung hatte am 21. Juli den Tagungsort von Lüneburg nach Lübeck gewechselt – mit der Aufnahme der Beratung über die Wiederherstellung der alten Ordnung in den Hansestädten eine weitere Zuspitzung. Die patrizischen Vertreter der Städte waren sich darin einig – die Bürgermeister von Bremen, Danzig und Köln machten sich zu ihren Sprechern –, das alte Regiment in Lübeck wieder herzustellen. Dabei kam den Gegnern Wullenwevers entgegen, daß das Mandat des Reichskammergerichts Lübeck die Acht androhte, falls man die Verfassungsänderung nicht rückgängig mache. Eine Aussprache Lübecker Bürgermeister – die Teilnahme Wullenwevers ist nicht verbürgt, aber anzunehmen – mit dem 64er und dem 100er Ausschuß am 10. August²⁴⁸ sowie die Beratung des Lübecker Rates mit der Bürgerschaft einen Tag später²⁴⁹ ergaben keine Einigkeit in der Auslegung des kaiserlichen Mandats, so daß der Lübecker Bürgermeister Jochim Gercken die Abgesandten der Städte bat, ihnen zu raten. Die Städte

²⁴³ Vgl. HR, IV, 2, S. 2.

²⁴⁴ Vgl. HR, IV, 2, S. 2.

²⁴⁵ Nach Paludan-Müller, Aktstykker, I, S. 437.

²⁴⁶ Vgl. HR, IV, 2, Nr. 86.

²⁴⁷ Vgl. HR, IV, 2, Nr. 86, § 175.

²⁴⁸ Vgl. HR, IV, 2, Nr. 86, § 316.

²⁴⁹ Vgl. HR, IV, 2, Nr. 86, § 358.

wiesen die Entscheidung an den Lübecker Rat und die Bürgerschaft zurück, rieten aber, das kaiserliche Mandat inhaltlich zu erfüllen.

Obwohl sich die Position Wullenwevers zusehends verschlechterte,²²⁰ so hatte ihm die Aussprache mit der Bürgerschaft bewiesen, daß ein großer Teil der Gemeinde die bestehende Ordnung in Lübeck bejahte. Sich der Gunst der Bürgerschaft noch sicher, bestritt Wullenwever am 12. August vor der Hanseversammlung die Anwendung des Executorialmandats auf seine Person, da er im August 1532 noch nicht im Rat gewesen sei.²²¹

Nachdem die Hansestädte am 13. August einen Ausschuß gebildet hatten, trat dieser in Verhandlungen mit den Lübeckern und schlug vor, Nikolaus Brömse in die Entscheidung über das kaiserliche Mandat mit einzubeziehen.²²² Dazu nahm Wullenwever Stellung. Sein Rücktritt führe nicht zur Herstellung des inneren Friedens in der Stadt, da die Gemeinde Nikolaus Brömse ablehne.²²³

Wie falsch Wullenwever die Haltung der Bürgerschaft zu seiner Politik eingeschätzt hatte, offenbarte sich auf der Bürgerversammlung am 14. August. Hier konnte Wullenwever zwar die Zustimmung der Gemeinde erhalten, die lutherische Lehre in Lübeck zu verteidigen, aber nicht verhindern, daß die Bürgerschaft die Erfüllung des kaiserlichen Mandats forderte.²²⁴ Außerdem gab die Gemeinde ihre Zustimmung zur Auflösung der Bürgerausschüsse.

Die Willenserklärung der Bürgerschaft, die reformatorischen Lehren Luthers mit allen Mitteln zu verteidigen, bot für Wullenwever noch einmal eine günstige Voraussetzung, sich an die Spitze dieser Bewegung zu setzen. Es lassen sich aber keine Aktivitäten Wullenwevers nachweisen, die Bürger für sich zu gewinnen.

Wullenwevers am 15. August erfolgte Abreise im Auftrage des Lübecker Rates zu Herzog Heinrich von Mecklenburg, um diesen als Vermittler anzurufen,²²⁵ kam einer Kapitulation vor seinen Feinden gleich, denn damit beraubte er sich jeglicher Möglichkeit, aktiv in Lübeck gegen seinen Sturz zu kämpfen.

Als Wullenwever am 23. August zurückkehrte, hatten am 21. August die Ratsmitglieder Hinrich Reinhusen, Tile Tegetmeier, Albrecht Klever und Evert Störtelberg abgedankt, denen Gotke Engelstede, Gert Odinckberg und Hans von Elpen am 28. August folgten.²²⁶

Trotz dieser Tatsache äußerte Wullenwever sich noch optimistisch, da er in diesen Tagen günstige Nachrichten vom Pfalzgrafen und den Niederlanden betreffs der Unterstützung der dänischen Städte erhielt.²²⁷ Mit aller Kraft klammerte sich Wullenwever an die Mächte, die er einst demütigen wollte und die nun versuchten, ihn zu beseitigen.

Der Rat, der nach dem Ausscheiden der obengenannten Mitglieder fast nur noch aus

²²⁰ Nach Paludan-Müller, Aktstykker, I, S. 443. Joachim Buckwold schrieb an Herzog Albrecht: *Jürgen Wulleweber dem wirdt hardt zugesetzt vnd wollen gern umb den bals brengen; Doch der anhang ist zu grosz, das szie mit schaffen werden.*

²²¹ Vgl. HR, IV, 2, Nr. 86, § 365.

²²² Vgl. HR, IV, 2, Nr. 86, §§ 374–378.

²²³ Vgl. HR, IV, 2, Nr. 86, § 380.

²²⁴ Berichte über die Vorgänge in Lübeck, 1535, August. Protokoll über die Versammlung der Gemeinde, 1535, August 14., Waitz, III, Nr. 24, S. 432 ff.

²²⁵ Gesandtschaft Wullenwevers u.s.w. an H. Heinrich von Meklenburg, 1535, August, Waitz, III, Nr. 25, S. 435 ff.; ebenfalls HR, IV, 2, Nr. 179–184.

²²⁶ Die Abdankung der neugewählten Rathsmglieder in Lübeck, 1535, August, 26. 27. 28., Waitz, III, Nr. 26, S. 436 f.

²²⁷ Nach Paludan-Müller, Aktstykker, I, S. 455.

Angehörigen der patrizischen Oberschicht bestand, war natürlich daran interessiert, auch den aufrührerischen Bürgermeister aus seinen Reihen auszustoßen, denn wahrscheinlich machte Nikolaus Brömse seine Wiederkehr von der Beseitigung Wullenwevers abhängig.

Verlassen von seinen ehemaligen Mitstreitern im Rat, nur noch hoffend auf eine günstige Wendung des Kriegsgeschehens in Dänemark, willigte Wullenwever ein, den Rat zu verlassen. Trotz dieser mündlichen Zusage Wullenwevers war der Rat nicht bereit, die Abdankung der Bürgerschaft kundzutun, sondern wollte die Gemeinde mitentscheiden lassen. Wie richtig der Rat die Stimmung in der Stadt beurteilt hatte, zeigte sich auf der Bürgerversammlung am 26. August, zu der die Bürgerschaft sehr zahlreich erschien. Nachdem Bürgermeister Jochim Gercken der Bürgerschaft mitgeteilt hatte, daß Wullenwever bereit wäre, abzudanken, das kaiserliche Mandat erfüllt und Nikolaus Brömse zurückkehren werde, entstanden Unstimmigkeiten unter den Versammelten.²²⁸ Besonders die niederen Ämter und Teile der plebejischen Opposition lehnten die Rückkehr Nikolaus Brömse und damit die Wiederherstellung der alten Zustände ab.

Noch einmal bot sich für Wullenwever die Gelegenheit, sich in diesem Tumult zum Fürsprecher der Unzufriedenen zu machen. Statt dessen beruhigte er die aufgebrachte Gemeinde und forderte sie auf, den Forderungen des kaiserlichen Mandats nachzukommen. In diesen, seinen letzten als Amtsperson gesprochenen Worten war kein Aufbegehren zu verspüren, sich dem Lauf der Dinge entgegenzustemmen.²²⁹

Dem geäußerten Unwillen der Gemeinde zur Wiederkehr Nikolaus Brömse Rechnung tragend, entschloß sich der Rat am 28. August, die Älterleute der Bergen-, Schonen- und Nowgorodfahrer, der Goldschmiede, Schmiede, Bäcker und Schumacher sowie der Salzherren einzuladen,²³⁰ um ihr Einverständnis für die Rückkehr Nikolaus Brömse zu erwirken. Das gelang dem Rat auch. Nur die größten Ämter waren eingeladen, denn der Rat fürchtete weiterhin die Reaktion der niederen Zünfte. Noch am 28. August wurde Nikolaus Brömse feierlich in die Stadt geführt.

Mit dem Eintritt Nikolaus Brömse und anderer patrizischer Vertreter in den Rat wurden die alten Herrschaftsverhältnisse in Lübeck wieder gefestigt. Das war möglich, weil das Bündnis zwischen bürgerlicher und plebejischer Opposition zerbrach und selbst die bürgerliche Opposition ihren Vertretern im Rat das Vertrauen entzog.

Wohl hatte Wullenwever seine Position innerhalb der Stadt aufgegeben, aber schon auf der Bürgerversammlung am 26. August äußerte er, als Ratsmitglied abzutreten, jedoch die militärischen Auseinandersetzungen zugunsten seiner Verbündeten weiterhin zu unterstützen. Nach wie vor hoffte Wullenwever auf militärische Hilfe aus Geldern, England, Burgund und von dem Pfalzgrafen.²³¹

Er setzte sich auch für die Aufstellung einer neuen Flotte ein, um Kopenhagen zu entsetzen.

Nach seiner Entlassung aus dem Rat konnte Wullenwever in Lübeck bleiben. Von Feinden umgeben, waren seinem Wirkungsbereich Grenzen gesetzt. Trotzdem verlor er den Mut nicht und erklärte, für Unterstützung in Dänemark zu sorgen. Als Wullenwever bekannt wurde, daß ein Gefolgsmann Graf Christophs, Ovelacker, sich im Lande Ha-

²²⁸ Protokoll über die Sitzungen der Lübecker Gemeinde, 1535, August 26. 28., Waitz, III, Nr. 27, S. 439.

²²⁹ Lamberts von Dahlen Bericht über die Lübecker Ereignisse 1530–1537, Waitz, III, Nr. 59, S. 531.

²³⁰ Protokoll über die Sitzungen der Lübecker Gemeinde, 1535, August 26. 28., Waitz, III, Nr. 27, S. 439.

²³¹ Nach Paludan-Müller, Aktstykker, I, S. 459.

deln mit Kriegsknechten befand, verließ er trotz mehrmaliger Warnungen Anfang November 1535 Lübeck, um persönlichen Kontakt mit diesem aufzunehmen.²³²

Auf dem Gebiet des Erzbischofs von Bremen wurde er gefangenengenommen, in Ketten gelegt und dem Herzog Heinrich von Braunschweig-Wolfenbüttel, einem Bruder des Erzbischofs, übergeben. Schon die Art seiner Gefangenhaltung – man ließ die Schlösser der Ketten mit Blei ausfüllen²³³ – ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß seine Feinde diesen für sie gefährlichen Mann vernichten wollten. Die Beschuldigungen seiner Gegner, sich gegen die kirchliche und weltliche Obrigkeit vergangen zu haben, gipfelten in der Anklage, die Täuferherrschaft in Lübeck angestrebt zu haben. Das Patriziat der Hansestädte und Adel haßten ihn, weil Wullenwever mit Unterstützung der bürgerlichen und plebejischen Opposition ihre Alleinherrschaft erschüttert hatte. Die auf der Folter gemachten Aussagen Wullenwevers boten die Grundlage, ihm den Prozeß zu machen und ihn am 29. September 1537 zu enthaupten.

Obwohl es dem Lübecker Rat nach dem Sturz Wullenwevers noch einmal gelang, die wendischen Hansestädte zu erneuten Kriegshilfen für die Verbündeten in Dänemark zu gewinnen, beeinflussten die eintretenden Erfolge Christians III. die Haltung der Lübecker dahingehend, sich zu Ausgleichsverhandlungen mit dem dänischen König bereitzufinden. Das stieß auf den entschiedenen Widerstand Graf Christophs, Herzog Albrechts und der Städte Kopenhagen und Malmö.²³⁴ Nicht minder lehnten Rostock und Wismar diese Einstellung Lübecks ab, da sie sich gezwungenermaßen den Anordnungen ihres Landesherrn beugen mußten. Ungeachtet der Einwände seiner ehemaligen Bundesgenossen schloß Lübeck, das weitere eigene Verluste verhindern wollte, mit Christian III. am 14. Februar 1536 den Hamburger Frieden.²³⁵ Er beendete den Kriegszustand zwischen den beiden Kontrahenten und bot allen Beteiligten die Möglichkeit, sich der Ratifizierung anzuschließen, was aber nur Stralsund innerhalb der benannten Frist tat.²³⁶

Wenn auch die mecklenburgisch-kopenhagensche Gruppe bereit war, den Krieg gegen Christian III. fortzusetzen, so besiegelten die Einnahme Malmös am 11. April 1536, die Niederlage Marcus Meyers am 27. Mai in Warberg und die Übergabe Kopenhagens am 28. Juli die endgültige Niederlage.

Von besonderer Bedeutung für die innerstädtischen Auseinandersetzungen in den Ostseestädten und den Bestand der Hanse war die außenpolitische Tätigkeit Wullenwevers. Das Ziel der gegenüber Holland und Dänemark eingeleiteten Politik Wullenwevers bestand darin, die alte Mittlerstellung Lübecks im Ostseehandel wieder herzustellen. Abgewiesen vom dänischen König Friedrich I. und nach dessen Tod auch vom dänischen Reichsrat, bot Wullenwever dem ältesten Sohn Friedrichs I., Christian, die dänische Krone an, da er um dessen positive Einstellung zur Reformation wußte. Dieser lehnte es aber ab, König von Lübecks Gnaden zu werden. Zur gleichen Zeit bahnte sich ein Bündnis zwischen den Niederlanden und Schleswig-Holstein, Dänemark und Norwegen an, dem sich auch Schweden zugehörig fühlte.

Gerade das Zusammengehen der hansefeindlichen Mächte beeinflusste die außenpolitischen Entscheidungen Wullenwevers. Sich der Gefahr dieser politischen, wirtschaftlichen

²³² Siehe dazu Waitz, Wullenwever, III, S. 171 f.

²³³ Nach Paludan-Müller, Aktstykker, II, S. 186.

²³⁴ Vgl. HR, IV, 2, S. 9.

²³⁵ Vgl. HR, IV, 2, Nr. 391.

²³⁶ Vgl. HR, IV, 2, Nr. 446.

und militärischen Kräftekonstellation bewußt, bemühte sich Wullenwever in der Folgezeit, alle Gegner des holsteinischen und dänischen Feudaladels zu sammeln, um durch eine kriegerische Auseinandersetzung seine außenpolitische Zielstellung zu verwirklichen.

Dabei erblickte Wullenwever im dänischen Bürgertum und in der dänischen Bauernschaft Verbündete, die ihm bei der Niederwerfung des Feudaladels von Nutzen sein konnten. So einigte sich Jürgen Wullenwever als Vertreter der Lübecker Bürgerschaft mit Ambrosius Bogbinder und Jürgen Kock als Repräsentanten der dänischen Bürgerschaft, die Macht der katholischen Kirche und die des dänischen Adels zu beseitigen.

Sich der militärischen Unterstützung der dänischen Bürger und Bauern, der Lübecker Bürgerschaft und – trotz Meinungsverschiedenheiten – der wendischen Hansestädte, der Dithmarschen Bauern, des Grafen Christoph von Oldenburg, des Grafen von Hoya, sicher, hoffend auf Hilfe von England und Frankreich, begann Wullenwever den Krieg im Norden Europas unter dem Vorwand, Christian II. aus seiner Gefangenschaft zu befreien.

Rein kräftemäßig schienen die hier vereinten Kräfte einen Erfolg für Lübeck in Aussicht zu stellen, aber das Bündnis zwischen deutschen Bürgern und dänischen Bürgern und Bauern sowie den Vertretern feudaler Mächte war durch verschiedene innere und äußere Gegensätze gekennzeichnet. Lübeck als Haupt der Hanse hatte das Ziel, seine Vormachtstellung im Ostseeraum durchzusetzen, die Bürger und Bauern Dänemarks, sich vom Feudaladel zu befreien, während die feudalen Mitstreiter Machtzuwachs in Dänemark erreichen wollten.

Nach anfänglichen militärischen Erfolgen – die Lübecker Kriegspartei nutzte die Bauernaufstände in Jütland und Schonen sowie die bedingungslose Hilfe der Städte Malmö und Kopenhagen – traten die Widersprüche offen hervor. Das führte zu einer Beeinträchtigung der Schlagkraft der Verbündeten gegenüber dem dänischen und holsteinischen Adel.

Bei den sich nun abzeichnenden militärischen Mißerfolgen für Lübeck, scheute sich Wullenwever nicht, gleichzeitig mehrere Feudalmächte – den katholischen Herzog Albrecht von Mecklenburg, den evangelischen Kurfürsten Friedrich von Sachsen und den protestantisch gesinnten König Heinrich VIII. – für seine Pläne zu gewinnen, indem er ihnen die dänische Königskrone anbot.

Zur Erreichung seiner politischen und wirtschaftlichen Interessen traten die religiösen Ansichten zurück. Hatte die Bündnispartner bisher zumindest der reformatorische Glauben geeint, so war Wullenwever nun jede politische Verbindung recht – wenn sie nur militärische Hilfe versprach –, um die Ziele der reichen Kaufmannschaft Lübecks zu erfüllen.

Während Wullenwever auf der einen Seite versuchte, den Feudaladel Dänemarks zu stürzen, war er auf der anderen Seite bereit, andere Feudalmächte durch die Einflußnahme in Dänemark zu stärken, wenn sie nur den Forderungen Lübecks nachkamen.

Als Wullenwever dann spürte, daß die Kräfte Lübecks, der wendischen Städte, Graf Christophs, der dänischen Bauern und Bürger und Herzog Albrechts nicht ausreichten, schreckte er nicht davor zurück, bei dem Hauptfeind Lübecks, den Niederlanden, um Rückhalt nachzusuchen. Obwohl Wullenwever bestimmt nicht dem kaiserlichen Hof den dänischen Thron einräumen wollte – das hätte den politischen und wirtschaftlichen Untergang Lübecks bedeutet –, war er gegenüber militärischer Hilfe durch den Kaiser nicht abgeneigt, um doch noch einen Erfolg in Dänemark zu erreichen.

Die außenpolitischen Mißerfolge und die Angst der nichtpatrizischen Kaufmannschaft, vollends in die politische und wirtschaftliche Isolierung zu geraten, brachte die Lübecker

Bürgerschaft in Opposition zu Wullenwever. Da auch die Schwesterstädte nicht mehr bereit waren, Unterstützung zu geben, wurde die Stellung Wullenwevers unhaltbar. Sich dem kaiserlichen Mandat beugend, ohne noch einmal den Versuch zu machen, die bürgerliche und plebejische Opposition für sich zu gewinnen, trat er von der politischen Bühne in Lübeck ab.

Der Hamburger Frieden, der Lübeck aus den Kriegswirren im Norden Europas löste, bestimmte die zukünftige Stellung Lübecks mit. Die Hansestadt mußte erfahren, daß eine auf feudale Privilegien beruhende und durch militärische Maßnahmen gestützte Wirtschaftspolitik im Ostseeraum nicht mehr möglich war, da diese sich gegen die objektiv politischen und ökonomischen Entwicklungstendenzen richtete.

VI. Jürgen Wullenwevers Wirksamkeit – Zusammenfassung und Wertung

Die brutale Unterdrückung des Bauernkrieges besiegelte die Niederlage der antifeudalen Kräfte. Dennoch breitete sich in der der frühbürgerlichen Revolution folgenden Phase eine Oppositionsbewegung auch in den vom Bauernkrieg nicht erfaßten Gebieten, insbesondere in Nord- und Nordwestdeutschland, aus. Während in Mitteldeutschland die Reformation Luthers nach der Zerschlagung der Bauernheere immer stärker in die Hände der Fürsten überging, begann in zahlreichen Städten im Norden Deutschlands (Bremen, Hamburg, Lüneburg, Wismar, Rostock, Stralsund, Lübeck) erst ihre eigentliche Ausbreitung.

Sehen zahlreiche bürgerliche Geschichtsschreiber in der Einführung der Reformation im deutschen Ostseegebiet nur eine religiöse Bewegung, so beurteilen die marxistischen Historiker die „religiösen Auseinandersetzungen nur (als) die eine Seite des sich verschärfenden Klassenkampfes, nur ein Austragen der wirtschaftlich-sozialen und politischen Kämpfe auf anderer Ebene“.¹ So war für die Auseinandersetzungen in den Hansestädten charakteristisch, daß die Durchsetzung der lutherischen Lehren gegen die katholische Kirche gleichzeitig zu einem Kampf gegen die bestehende politische Ordnung wurde.

Schon vor dem Eindringen der lutherischen Lehren bildeten sich in Lübeck soziale und politische Spannungen zwischen der Bürger- und Einwohnerschaft und dem Patriziat, die wesentliche Ursachen im Verlust der führenden Stellung Lübecks innerhalb der Hanse und des Ostseehandels hatten.

Um das Vordringen der Holländer und der Engländer in den Ostseeraum zu verhindern, forderte die Lübecker Bürgerschaft vom Rat eine aktive Außenpolitik, die die weitere Vorherrschaft im Nord-Ostsee-Handel und ausländische Märkte sichern sollte. Hinzu kam der finanzielle Druck, der durch Rat und katholische Geistlichkeit auf der Bürger- und Einwohnerschaft lastete. Daraus erwuchs die Forderung nach einer Verbesserung der wirtschaftlich-sozialen Lage der mittleren und unteren Schichten des Städtebürgertums. Dabei darf nicht außer acht gelassen werden, daß der unüberbrückbare Gegensatz zwischen dem herrschenden Patriziat und den plebejischen Schichten dem reicheren Bürgertum die Gelegenheit bot, die Stoßkraft der politisch und sozial Entrechteten zur Durchsetzung ihrer Ziele zu nutzen, da sich die plebejische Opposition im Kampf gegen das Patriziat eine Besserung der sozialen Stellung erhoffte.

So wuchsen mit dem Eindringen der reformatorischen Lehren in Lübeck die sozialen und politischen Forderungen besonders der mittleren und unteren Schichten, denn sie wurden durch die ideologischen Auseinandersetzungen in ihrer Kritik an den bestehenden kirchlichen und politischen Zuständen bestärkt. Obwohl der Rat und das Domkapitel in Lübeck Luthers Lehre verboten, konnten sie nicht verhindern, daß die neue Ideologie

¹ Siehe bei Schildhauer, Auseinandersetzungen, S. VII.

von der bürgerlichen und plebejischen Opposition aufgenommen und der Kampf um ihre Verwirklichung mit sozial-politischen Forderungen verknüpft wurde. Der offene Konflikt zwischen Patriziat und Bürgerschaft brach aus, als der Rat 1528 den nicht endenwollenden finanziellen Schwierigkeiten, die ihre Hauptursache in der Unterstützung für Dänemark und Schweden gegen Christian II. hatten, durch neue Steuern mindern wollte. Die reiche Kaufmannschaft trat nun offen dem Rat entgegen und machte die Bewilligung der Steuern von der Wahl eines 36er Ausschusses abhängig, der die Finanzpolitik der Stadt kontrollieren sollte. Indem die Vertreter der Bürgerschaft – führend war der Kaufmann Harmen Israhel – erzwangen, daß sich das Domkapitel ebenfalls am Steueraufkommen beteiligte, deutete sich eine neue Qualität der Kämpfe an, die sich nun nicht nur gegen das Patriziat, sondern auch gegen die katholische Geistlichkeit richteten. Die Gegensätze spitzten sich weiter zu, als der Rat 1529 abermals neue Steuerartikel vorlegte. Die Gemeinde wählte daraufhin einen 48er Ausschuß – 24 aus der Gruppe der Kaufleute, Junker, Rentner und 24 aus den Ämtern –, der die Zahlung neuer Abgaben von der Rechenschaftslegung des Rates und der Einstellung lutherischer Prediger abhängig machte. Die paritätische Zusammensetzung des Ausschusses weist darauf hin, daß die Handwerker in der Bewegung gegen das Patriziat Einfluß gewonnen hatten, während Vertreter der plebejischen Schichten fehlten.

Die Verknüpfung von politischen und kirchlichen Forderungen an den Rat – ein wichtiges Moment in der Auseinandersetzung – war in erster Linie auf Veranlassung der Ämter geschehen, deren Abgeordnete in der folgenden Zeit als die vorwärtstreibenden Kräfte auftraten. Bei der Erreichung der politischen und religiösen Zugeständnisse, die vom Rat und Klerus hinausgezögert wurden, waren es neben Harmen Israhel vor allen Dingen die Ausschußmitglieder der Ämter, der Brauer Jochim Sandow, der Grobschmied Borchert Wrede und der Schuster Peter Molenbeke, die durch ihr energisches Auftreten wichtige Voraussetzungen für den Durchbruch der lutherischen Lehre und für die politische Mitbestimmung der Bürgerausschüsse schufen. Das konnte nur geschehen, weil sie die Kräfte der gesamten Bürgerschaft und zum Teil auch der plebejischen Schichten nutzten, so daß Rat und Domkapitel nachgeben mußten. Als sich zu Beginn des Jahres 1530 die oppositionelle Bewegung gegen den Rat verstärkte, wählte die Gemeinde einen 64er Ausschuß, dem auch der Kaufmann Jürgen Wullenwever angehörte. Blieben in der ersten Zeit der Tätigkeit dieses Ausschusses weiterhin die Vertreter der Ämter, Peter Molenbeke, Jochim Sandow, Borchert Wrede und der Schiffer Hinrich Möller und Harmen Israhel die bestimmenden Kräfte, so konnte sich Jürgen Wullenwever eine führende Stellung erst allmählich sichern. In der Auseinandersetzung mit dem Domkapitel und dem Rat – besonders im Zusammenhang mit dem kaiserlichen Mandat vom Oktober 1530 – gelang es ihm, entscheidende Forderungen für die Einführung der Reformation durchzusetzen und die politische Mitbestimmung des 64er Ausschusses neben dem Rat zu sichern. Nachdem die Beteiligung der bürgerlichen Opposition an der politischen Machtausübung gesichert war, wurde es offensichtlich, daß der Rat und der 64er Ausschuß alle Bewegungen der Bürgerschaft, die zu einer weiteren Radikalisierung der Auseinandersetzungen hätten führen können, einzudämmen versuchte. Um unkontrollierbare Versammlungen zu verhindern, einigten sich der Rat und der 64er Ausschuß im Oktober 1530 über die Wahl eines 100er Ausschusses, der aus Kaufleuten und Handwerkern bestand und die Vertretung der gesamten Gemeinde übernehmen sollte. Durch die außerordentliche Stellung Jürgen Wullenwevers, die in seiner Wahl zu einem der vier Wortführer des 64er Ausschusses im Januar 1531 ihre Bestätigung fand, konnte dieser alle Entscheidungen des 64er Ausschusses, die das Zurückdrängen der gemeinen

Bürgerschaft und der unteren Schichten sowie die Erhaltung der Obrigkeit zum Ziel hatten, stark beeinflussen.

Nach der Wahl zum Wortführer wurde das Bestreben Jürgen Wullenwevers sichtbar, den Rat in Lübeck so umzugestalten, daß die Vertreter der nichtpatrizischen Kaufmannschaft entscheidendes politisches Mitspracherecht bekamen. Bei der Flucht der beiden Bürgermeister Nikolaus Brömse und Harmen Plönnies offenbarte sich deutlich der Wille Jürgen Wullenwevers, den Bürgerausschüssen die absolute politische Macht zu gewähren. Die im Zusammenhang mit der Flucht durchgeführte Arretierung aller Ratsmitglieder bedeutete die vollkommene Entmachtung des Rates, dessen Beseitigung von Teilen der Bürgerschaft gefordert wurde. Der Unterstützung der Gemeinde gewiß, wäre es für die bürgerliche Opposition leicht gewesen, die bisherige Herrschaftsform endgültig zu beseitigen. Stattdessen wurden alle Ratsherren wieder freigelassen. Jürgen Wullenwever lehnte sogar die freiwillige Abdankung einiger Ratsmitglieder ab. Er befürchtete, daß ein einflußloser Rat die Stadt nach außen nicht wirkungsvoll vertreten könnte.

Nachdem Jürgen Wullenwever die politische Stellung des Rates wieder hergestellt hatte, wurden sieben neue Ratsherren aus dem 64er und 100er Ausschuß in den Rat gewählt, so daß die politische Macht der bürgerlich-gemäßigten Opposition gewährleistet war. Gelang es Jürgen Wullenwever schon vorher, die Vertreter der Ämter in ihrem Aktionsradius einzuengen – die Quellen berichten nach der Wahl Jürgen Wullenwevers zum Wortführer nur noch von unbedeutenden Aktivitäten –, so mußten die Handwerker bei der Ergänzungswahl erfahren, daß Jürgen Wullenwever ihren verdienstvollen Abgeordneten keine politische Mitbestimmung einräumte.

Durch die Einführung der evangelischen Kirchenordnung im Mai 1531 hatte die lutherische Lehre in Lübeck endgültig den Katholizismus verdrängt. Dennoch versuchten die Anhänger des alten Glaubens, die religiösen Umwälzungen rückgängig zu machen. Ausgelöst durch ein weiteres kaiserliches Mandat, das die Herstellung der alten politischen und kirchlichen Ordnung in Lübeck forderte, kam es im September 1531 unter Beteiligung Jürgen Wullenwevers zu einem Streitgespräch zwischen dem Domkapitel und Ausschußmitgliedern. Hierbei war Jürgen Wullenwever gewillt, nicht nur den politischen Machtbereich der nichtpatrizischen Kaufmannschaft zu erweitern, sondern auch einen vernichtenden Schlag gegen das Domkapitel zu führen. Die getroffenen Festlegungen gegenüber der katholischen Geistlichkeit beseitigten das wirtschaftliche Fundament der alten Kirche und garantierten die Durchsetzung der lutherischen Lehre für die Zukunft in Lübeck. Alle Maßnahmen, Verwaltung der Kämmerei, Besteuerung der Kirchengüter und Säkularisation von Kirchenbesitz, entsprachen den Vorstellungen der Kaufleute und auch der Handwerksmeister, hofften diese doch, den finanziellen Schwierigkeiten der Stadt Einhalt gebieten zu können.

Die Einsetzung der Bürgerausschüsse und die Durchsetzung der Reformation in Lübeck hatten bisher nichts daran geändert, daß die Erledigung außenpolitischer Aufgaben nach wie vor fest in den Händen des alten Rates lag. Die Kooptierung von Mitgliedern der außerhalb des Patriziats stehenden Kaufmannschaft in den Rat wirkten sich nun jedoch auch auf die außenpolitischen Entscheidungen der Stadt aus. Zwar hatten Abgeordnete der Bürgerausschüsse noch nicht direkt an Verhandlungen teilgenommen – außer bei den Unterhandlungen des Schmalkaldener Tages im März 1531 –, aber bei den Verhandlungen mit dem Legaten des Kaisers, Wolfgang Prantner, erwies es sich, daß auch der unkontrollierbaren Alleinherrschaft des Rates in der Außenpolitik ein Ende gesetzt worden war.

Es war Jürgen Wullenwever nicht entgangen, daß die Wirksamkeit der lübischen

Außenpolitik in dieser Zeit stark eingeschränkt wurde. Das machte sich für die Kaufmannschaft der Stadt nachteilig bemerkbar. So begnügten sich der Vertreter nicht damit, den Rat in seinen Entscheidungen zu beeinflussen, sondern ihr bedeutendster Vertreter, Jürgen Wullenwever, griff aktiv in die Außenpolitik ein, um die Belange der Lübecker Kaufleute zu vertreten. Es war sein Ziel, die alte wirtschaftliche Vormachtstellung Lübecks im Kampf gegen Holland und Dänemark wiederherzustellen. Dabei mußte Jürgen Wullenwever bei seiner ersten außenpolitischen Aktion als Wortführer des 64er Ausschusses in Kopenhagen im April 1532 erkennen, daß sich diesem Vorhaben nicht nur Dänemark und Schweden und teilweise auch die wendischen Hansestädte energisch widersetzen, sondern daß ihm die protestantischen Stände des Reiches jegliche Unterstützung versagten, da das Ziel Lübecks im Norden Europas nicht mit ihren Interessen übereinstimmte.

Der Rücktritt einiger 1531 in den Rat gewählter Ausschußmitglieder, die aus Furcht vor den Folgen des kaiserlichen Mandats vom Oktober 1532 ihr Amt verlassen hatten, und die außenpolitischen Mißerfolge bestärkten Jürgen Wullenwever in seinem Vorhaben, den Rat zu verändern. So wurden zu Beginn des Jahres 1533 Jürgen Wullenwever und weitere sieben Mitglieder des 64er Ausschusses in den Rat gewählt. Durch die Wahl Jürgen Wullenwevers zum Bürgermeister und durch die neue personelle Zusammensetzung des Rates – zwölf neue und zwölf alte Ratsmitglieder – war der politische Einfluß der nichtpatrizischen Kaufmannschaft weiter gestiegen. Trotzdem gab es von Anfang an Kräfte – die beiden geflohenen Bürgermeister, die katholische Geistlichkeit und alte Ratsmitglieder –, die sich der Politik Jürgen Wullenwevers und seiner Anhänger widersetzen. Hinzu kam, daß sich als Ergebnis seiner diplomatischen Mißerfolge eine Opposition innerhalb der Lübecker Kaufmannschaft bildete, die nach seinem mißglückten Auftreten im März 1534 in Hamburg offen opponierte.

Da sich der Revolte auch alte Ratsmitglieder angeschlossen hatten, entschied sich Jürgen Wullenwever, das Kräfteverhältnis im Rat radikal umzugestalten. Nach der Entfernung von sechs patrizischen Ratsherren – zwei waren schon 1533 verstorben – befanden sich höchstens noch vier alte Mitglieder im Rat. Die Vertreter der Kaufleute mit Jürgen Wullenwever an der Spitze hatten damit endgültig die patrizische Herrschaft in Lübeck beseitigt und sich die politische Macht gesichert, eine Maßnahme, die nun auch den Widerstand von Teilen der evangelischen Geistlichkeit hervorrief. Mit dem Einzug der einflußreichsten Vertreter der nichtpatrizischen Kaufmannschaft in den Rat vollzog sich die Spaltung innerhalb der Bürgeropposition. Je eifriger die vermögenden Kaufleute ihre Politik vertraten, um so mehr wurden die Handwerksmeister in einen Gegensatz zum Rat gedrängt.

Bedingt durch die militärische Umklammerung Lübecks im Oktober 1534, steigerte sich der Zorn der Lübecker Bürger- und Einwohnerschaft gegen den Rat und die Ausschüsse. Der Wunsch nach Eigenauflösung drückte die Unzufriedenheit der Zünfte mit der Politik Jürgen Wullenwevers aus. Zwar läßt sich nicht nachweisen, daß sich Jürgen Wullenwever der lästigen Bevormundung durch die Ausschüsse entledigen wollte, aber daß er sich ihrer nicht mehr bediente, war offensichtlich, denn er setzte dem Abtreten der gewählten Bürger keinen Widerstand entgegen. Mit der Auflösung der Bürgerausschüsse im November 1534 beraubte sich die bürgerlich-gemäßigte Opposition ihrer wichtigen Machtinstrumente, die ihre Interessen gegenüber dem alten Rat und der katholischen Kirche durchgesetzt hatten. Da gleichzeitig die im April 1534 entsetzten Ratsmitglieder in den Rat zurückkehrten, hatte sich die Stellung Jürgen Wullenwevers und seiner Anhänger entscheidend verschlechtert. Unter dem Druck der sich abzeichnenden Niederlage

Lübecks im Kampf gegen den dänischen Feudaladel und angesichts des kaiserlichen Mandats im Juni 1535, das die Wiederherstellung der alten politischen Zustände forderte, mußten Jürgen Wullenwever und seine Mitstreiter aus dem Rat ausscheiden.

Der Verlust der Einheit der Bürgerschaft und der Bruch des zeitweiligen Zusammengehens zwischen der bürgerlichen und der plebejischen Opposition ermöglichten die Rückkehr der verdrängten patrizischen Kräfte nach Lübeck, so daß die alten Herrschaftsverhältnisse wiederhergestellt wurden.

Mit der Einführung und Durchsetzung der Reformation in Lübeck, an der Jürgen Wullenwever entscheidenden Anteil hatte, war die ursprüngliche ideologische Machtgrundlage des Patriziats zerschlagen. Sich mit diesem Sieg nicht zufrieden gebend, verfolgte Jürgen Wullenwever das Ziel, breiteren Schichten des reicheren Bürgertums die politische Machtausübung zu sichern. Obwohl er als Interessenvertreter der nichtpatrizischen Kaufmannschaft keine Teilnahme der Handwerker und der plebejischen Schichten an der Stadtherrschaft wünschte, nutzte er zum Sturz der politischen Herrschaft des Patriziats die Kraft der plebejischen Opposition. Mit ihren religiösen Forderungen, die zugleich Ausdruck der sozialen Gegensätze waren, brachten sie die bürgerlichen Schichten in Bewegung. Erst mit der Erkämpfung des politischen Mitbestimmungsrechts durch Jürgen Wullenwever und durch die bürgerlich-gemäßigte Opposition war die Voraussetzung für den Sieg der lutherischen Reformation geschaffen worden. Wenn auch die innenpolitischen Erfolge auf die Dauer nicht gesichert werden konnten, so waren die kirchlichen Neuerungen nicht mehr rückgängig zu machen.

Bei der Auseinandersetzung Lübecks mit den Niederlanden und Dänemark war die Haltung der wendischen Hansestädte von entscheidender Bedeutung. Daß sie nicht mehr kritiklos die Politik Lübecks unterstützten, deutete sich u. a. bei den Verhandlungen mit dem kaiserlichen Gesandten 1531 an. Im September 1531 wurde Gabriel von Eisenhofen nach Wismar, Stralsund und Rostock geschickt, um die Städte zur militärischen Hilfe für Friedrich I., der sich des Angriffes Christians II. erwehren mußte, aufzumuntern. Dabei konnte den Lübeckern nicht entgehen, daß die Städte eine auffallende Zurückhaltung bekundeten. Diese Reserviertheit war in ihrer Furcht einer Bevorteilung Lübecks und in der Ablehnung der politischen Veränderungen in Lübeck begründet. Obwohl durch die Einsetzung von Bürgerausschüssen auch in Wismar und Stralsund der unkontrollierbaren Herrschaft des Rates Einhalt geboten worden war und sich dort und in Rostock die reformatorischen Lehren Luthers durchgesetzt hatten, war die patrizische Stadtherrschaft im Gegensatz zu Lübeck erhalten geblieben. Auch in der Folgezeit änderte sich die Einstellung der wendischen Hansestädte zur Außenpolitik Jürgen Wullenwevers nicht – der endgültige Sturz der patrizischen Herrschaft in Lübeck wird die Sympathien weiter reduziert haben. Jürgen Wullenwever brauchte aber die gesamte Kraft der herrschenden Schicht der wendischen Städte, um seine Politik gegen die Niederlande und die nordeuropäischen Mächte Dänemark und Schweden zum Sieg zu führen. Soenschloß er sich, jene Kräfte in den drei Ostseestädten zu mobilisieren, die er auch in Lübeck zur Durchsetzung seiner Ziele genutzt hatte. Er wandte sich daher mit eindringlichen Briefen an die Räte, Bürgerausschüsse und Gemeinden der Städte Wismar, Rostock und Stralsund, während gleichzeitig der Abgesandte Klaus Holm durch persönlichen Einfluß die lübeckfreundlichen Kräfte aufmuntern sollte. Das Eingreifen Jürgen Wullenwevers in die inneren Angelegenheiten Wismars und Stralsunds hatte zur Folge, daß die schon vorhandenen antipatrizischen Kräfte aktiviert wurden, denn gegen den Willen patrizischer Vertreter wurde die Unterstützung Lübecks beschlossen. In Rostock dagegen entbrannte der Kampf zwischen dem Rat und der bürgerlichen und plebejischen Opposition. Die im

Zusammenhang mit der Bereitstellung finanzieller Mittel für Lübecks Krieg in Dänemark folgenden erbitterten sozialen Auseinandersetzungen, insbesondere in Rostock, in deren Verlauf sich die bürgerliche Opposition in den drei Ostseestädten vorübergehend durchsetzte, brachte die endgültige Sicherung der lutherischen Lehre in diesen Städten. Zwar hatten die Drohungen Jürgen Wullenwevers die Bereitschaftserklärung der Städte erreicht, aber es zeigte sich bald, daß sie diese unter fadenscheinigen Begründungen umgehen wollten. Erst das persönliche Engagement von Johann Oldendorp und Helmke Dannemann, die im Juli 1534 nochmals von Jürgen Wullenwever nach Stralsund, Rostock und Wismar gesandt worden waren, erreichte es, daß die Bürgerschaft dieser Städte im Bündnis mit Lübeck bereit war, gegen die feudalen Kräfte Dänemarks vorzugehen.

Jürgen Wullenwever konnte nicht nur die Bürger der Städte Wismar, Rostock und Stralsund für kurze Zeit für den Kampf gegen die dänische Feudalgewalt gewinnen, sondern auch die antifeudale Einstellung der Bürger Kopenhagens und Malmös für seine Ziele nutzen. Nachdem er von den Vertretern des dänischen und holsteinischen Adels eine demütigende Abfuhr erhalten hatte, nahm er tief enttäuscht Verbindung zu den beiden protestantischen Bürgermeistern von Kopenhagen und Malmö, Ambrosius Bogbinder und Jürgen Kock auf. Die gleichen religiösen Positionen und vor allen Dingen der unerbittliche Haß gegen den dänischen Feudaladel boten eine scheinbar erfolgversprechende Grundlage für ein gemeinsames Vorgehen. Ambrosius Bogbinder und Jürgen Kock als Vertreter der Bürgerschaft Dänemarks und Jürgen Wullenwever als Vertreter des Lübecker Bürgertums einigten sich, die Macht der katholischen Kirche und die des dänischen Feudaladels gemeinsam zu zerschlagen. Geschickt den permanenten Gegensatz zwischen den dänischen Bauern und dem dänischen Feudaladel und der katholischen Kirche ausnutzend, bezog Jürgen Wullenwever auch die Bauern in seine Pläne ein.

Diesen Zusammenschluß von deutschen Bürgern, dänischen Bürgern und Bauern gegen die herrschenden Feudalgewalten Dänemarks schuf Jürgen Wullenwever, um die Ziele der Lübecker Kaufleute zu erreichen. Von Anfang an war dieses Zusammengehen jedoch durch innere Gegensätze charakterisiert. Während die Bauern und Bürger Dänemarks das Ziel verfolgten, sich vom dänischen Feudaladel zu befreien, wollte Lübeck seine Vormachtstellung im Ostseeraum gegen die aufkommende Konkurrenz der Holländer und Engländer wieder erringen. Wenn diese auch letztlich unterlagen, so wurde doch die katholische Kirche in Dänemark und Schweden gestürzt und der lutherischen Reformation zum Durchbruch verholfen. Die Einführung der Reformation in Dänemark und Schweden sowie der Sieg über Lübeck und seine Verbündeten bewirkte eine Stärkung der Zentralgewalt. Sie wurde zur Grundlage für die Entwicklung einer nationalen absoluten Königsherrschaft in diesen Ländern.

Als sich die militärische Niederlage Lübecks und seiner Verbündeten anbahnte, scheute Jürgen Wullenwever sich nicht, gleichzeitig mehreren Feudalmächten die dänische Krone anzubieten. Gerade das Zusammengehen mit dem katholischen Herzog Albrecht von Mecklenburg – dem Landesherrn der Städte Wismar und Rostock – bewies, daß die religiösen Ansichten Jürgen Wullenwevers in den Hintergrund traten, wenn es um die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Lübecker Kaufmannschaft ging. Er schreckte sogar nicht davor zurück, bei dem Hauptfeind Lübecks, den Niederlanden, um Rückhalt nachzusuchen. Obwohl Jürgen Wullenwever bestimmt nicht dem kaiserlichen Hof den dänischen Thron einräumen wollte, war er gegenüber militärischer Hilfe durch den Kaiser nicht abgeneigt. Hier offenbarte sich auch deutlich die zwiespältige Haltung Jürgen Wullenwevers zu den Feudalmächten. Wenn Jürgen Wullenwever auf der einen Seite vorgab, den dänischen Adel mit allen Mitteln beseitigen zu wollen, war er auf

der anderen Seite bereit, andere Feudalgewalten zu stärken, indem er ihnen – bei Unterstützung seiner Kriegsziele – Einfluß in Dänemark zusicherte. Trotz vielseitiger diplomatischer und militärischer Bemühungen Jürgen Wullenwevers war dennoch die Niederlage Lübecks und seiner Verbündeten unvermeidbar. Der neuen Kräftekonstellation im Ost- und Nordseeraum – das wirtschaftliche Erstarken Hollands und das politische Vordringen der skandinavischen Mächte – war die lübisch-hansische Seite nicht gewachsen. Wenn sich auch der Zerfall des hansischen Wirtschaftssystems nicht mehr abwenden ließ, so hat die Niederlage Lübecks diesen Prozeß insgesamt beschleunigt. Durch das Bestreben, alle Gegner des holsteinischen und dänischen Feudaladels zu sammeln, bewirkte Jürgen Wullenwever das Zusammengehen aller hansefeindlichen Mächte. Mit dem Sieg des dänischen Königtums büßte Lübeck endgültig seine führende Position im Nord-Ostsee-Handel ein. Die Quellen zeigen, daß in der Folgezeit der Warenaustausch zwischen dem Ostsee- und Nordseeraum nicht mehr vorrangig von Lübecker Kaufleuten geführt wurde, sondern kontinuierlich in die Hände der stärksten Konkurrenten – der Niederländer – überging.²

Insgesamt bedeutete der Ausgang dieses Kampfes eine Schwächung des Hansebundes, wurden doch die Zerfallerscheinungen durch die unterschiedliche Haltung der Hansestädte zu den beiden Kriegsparteien vertieft. Auch litt die Einheit der hansischen Wirtschaftsgemeinschaft darunter, daß wirtschaftliche Fragen, die die Hanse betrafen, in der Zeit der kriegerischen Auseinandersetzungen nicht behandelt werden konnten.

Die Politik Jürgen Wullenwevers führte dazu, daß die Hansestädte Rostock, Wismar und Stralsund – mit Lübeck bildeten sie in der Vergangenheit die Machtgrundlage hansischer Wirtschaftspolitik – in diesen Kampf einbezogen wurden. Diese Städte, die zum Herrschaftsgebiet der mecklenburgischen und pommerschen Herzöge gehörten, standen schon seit Mitte des 15. Jahrhunderts im ständigen Streit mit ihren Landesherrn, um ihre Privilegien und Freiheiten zu sichern. Da die Kraft der einzelnen Stadt oft nicht ausreichte, leisteten sich die wendischen Städte untereinander tatkräftige Hilfe. Der Krieg und die innerstädtischen Auseinandersetzungen schwächten sie aber politisch und wirtschaftlich so, daß die feudalen Partikulargewalten es wagen konnten, erneut Angriffe auf ihre Privilegien zu unternehmen. Die Zunahme des Einflusses der territorial-fürstlichen Gewalt beschleunigte den Niedergang des Hansebundes und stärkte die feudalen Mächte.

Nicht nur für das Bürgertum der wendischen Hansestädte, sondern auch für seine Verbündeten – das dänische Bürgertum und die dänische Bauernschaft – hatte die Niederlage in der sogenannten Grafenfehde eine spürbare Schwächung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zur Folge. Das dänische Bürgertum verlor durch den Sieg des lutherischen Königs und des holsteinischen und dänischen Adels jeglichen politischen Einfluß. Der Adel sicherte sich seine alte Machtstellung und beseitigte die Privilegien und Freiheiten der dänischen Städte. Durch den ökonomischen und politischen Rückgang der Hanse – insbesondere der wendischen Städtegruppe – wuchs schließlich in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts dennoch die wirtschaftliche Bedeutung der dänischen Städte.

Am grausamsten waren die Auswirkungen bei den nordjütländischen Bauern zu verspüren. Mit unerbittlicher Härte gingen die Zentralgewalt und der dänische Adel gegen die Aufständischen vor. Durch harte Maßnahmen wurden nicht nur die schon abhängigen

² So bei Schildhauer, Fritze, Stark, *Hanse*, S. 242.

Bauern, sondern auch die freien Bauern, von denen es in Jütland verhältnismäßig viele gab, bestraft und zu Pächtern gemacht.³

Gab es schon seit Bestehen der Hanse keine wirksame Verbindung zur Zentralgewalt, so verschärfte sich mit der Einführung der Reformation in Lübeck der Gegensatz zum Kaiser, da dieser als ein entschiedener Verfechter des Katholizismus auftrat. Indem Jürgen Wullenwever den Holländern den wirtschaftlichen und militärischen Kampf ansagte, verstärkte sich der Widerspruch, da der Kaiser seit 1482 auch Herrscher der Niederlande war. Die kaiserlichen Mandate wiesen unmißverständlich darauf hin, welche Haltung Karl V. zum Sturz der patrizischen Stadtherrschaft in Lübeck durch Jürgen Wullenwever einnahm. Dieser politische, wirtschaftliche und religiöse Gegensatz ließ es zu keinem Bündnis Lübecks mit der Zentralgewalt kommen. Wenn den in den Jahren nach der frühbürgerlichen Revolution ausgebrochenen Kämpfen gegen die patrizische Stadtherrschaft nur ein vorübergehender Erfolg beschieden war, so konnten die kirchlichen Neuerungen, die auch eine tiefe soziale Verwurzelung besaßen, nicht rückgängig gemacht werden.

Wenn wir mit den Darlegungen der innerstädtischen Auseinandersetzungen in Lübeck und seiner außenpolitischen Verwicklungen im Norden Europas den Versuch einer Wertung Jürgen Wullenwevers unternehmen, so geschieht das auf der Grundlage seines Wollens und Wirkens auf beiden genannten Gebieten.

Jürgen Wullenwever war ein typischer Vertreter des Handelsbürgertums, das mit dem Ziele der Sicherung der handelspolitischen Stellung der Hanse, der Steigerung des Handelskapitals in den Städten den nichtpatrizischen Kaufleuten im Kampf gegen das Patriziat zur Ausübung der städtischen Macht verhalf. Ihre Begrenztheit kommt aber in der alten handelspolitischen und außenpolitischen Konzeption zum Ausdruck. Hier gilt die Erkenntnis von K. Marx: wo Handelskapital vorherrscht, herrschen veraltete Zustände.⁴

Indem Jürgen Wullenwever die Herrschaft einer patrizischen Oligarchie beseitigte, sich dabei auf breitere Kreise des Bürgertums – besonders die nichtpatrizische Kaufmannschaft – stützte, indem er – zugleich gemeinsam mit den Bürgern anderer wendischer Hansestädte – die feudale Kirche empfindlich traf und der reformatorischen Lehre zum Durchbruch verhalf, ist sein innenpolitischer Kampf in Lübeck weitgehend als positiv zu werten, da er neuen Entwicklungen Bahn brach.

Demgegenüber ist der außenpolitische Kampf Jürgen Wullenwevers um die Mittlerstellung Lübecks im Ostsee- und Nordseeraum – damit sollten politische und wirtschaftliche Verhältnisse der Vergangenheit wiederhergestellt werden – als ausgesprochen konservativ einzuschätzen. Sein außenpolitisches Programm sollte Verhältnisse restaurieren, die den objektiven politischen und ökonomischen Entwicklungstendenzen im ersten Drittel des 16. Jahrhunderts widersprachen, und war somit zum Scheitern verurteilt.

Jürgen Wullenwever ist eine charakteristische Persönlichkeit seiner Zeit und seiner sozialen Stellung, die, ergriffen von den religiös-sozialen Ideen der frühbürgerlichen Revolution, bestrebt war, die alte Vormachtstellung Lübecks wiederherzustellen. Er erkannte nicht, daß dafür die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen nicht mehr gegeben waren.⁵ Als typischer Vertreter des Handelskapitals jener Zeit offenbarte Jürgen

³ Nach Paludan-Müller, Aktstykker, I, S. 503.

⁴ Marx, K., Das Kapital, Bd. 3, In: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 359.

⁵ Vgl. dazu Schildhauer, J., Jürgen Wullenwever und die sozialreligiöse Bewegung in Norddeutschland. Erscheint in: WZ d. Karl-Marx-Universität Leipzig.

Wullenwever seine Inkonsequenz und seine Zwiespältigkeit darin, daß er auf der einen Seite bereit war, die Entmachtung der katholischen Kirche als ideologische Machtstütze des Feudalsystems durchzuführen, andererseits sich aber scheute, die patrizische Herrschaft in Lübeck mit Hilfe der in Opposition stehenden Handwerker sowie der plebejischen Schichten endgültig zu beseitigen. Jürgen Wullenwevers Leben endete durch einen Justizmord. Seine Gegner schreckten vor unlauteren Mitteln mittelalterlicher Gerichtsbarkeit nicht zurück, um Geständnisse zu erpressen, die eine strenge Aburteilung des für sie gefährlichen Mannes rechtfertigten.

ANHANG

Anlage I:

Der Lübecker 64er Ausschuß¹

Folgende 64 Bürger wurden am 7. April 1530 gewählt:

- | | |
|---|--|
| 1. Gottschalk Lunte
Ritter | 22. Tile Tegetmeyer
Kauffmann |
| 2. Hinrich von Kalben
Juncker | 23. Hans Hermeling
Kauffmann |
| 3. Jürgen Basedau
Juncker | 24. Lütke Scheppenstede
Wandschneider |
| 4. Klingenberg Kerckring
Juncker | 25. Hans Stippekolck
Wandschneider |
| 5. Andreas Bußmann
Rentener | 26. Hermann Hundtenberg
Wandschneider |
| 6. Albrecht Klevorn
Rentener | 27. Gert Oldenborger
Kauffmann |
| 7. Ludewig Taschenmacher
Rentener | 28. Hieronijmus Schinckel
Kauffmann |
| 8. Marcus Tode
Rentener | 29. Herman Steenkamp
Saltzherr |
| 9. Gert Stötebrügge
Rentener | 30. Hans Sengestake
Saltzherr |
| 10. Goßwin Bütepage
Rentener | 31. Hans Sonnenschein
Bargefahrer |
| 11. Jürgen Wullenwever
Kauffmann | 32. Hinrich Kleissen
Kauffmann |
| 12. Evert Sörtelberg
Kauffmann | 33. Andreat Passau
Kauffmann |
| 13. Carsten Zimmermann
Kauffmann | 34. Daniel Brockhusen
Kauffmann |
| 14. Herman Israel
Kauffmann | 35. Hinrichs Karstens
Krahmer |
| 15. Helmke Danneman
Kauffmann | 36. Werner Friesenstein
Kauffmann |
| 16. Johann Wigerinck
Kauffmann | 37. Hinrich Reinhusen
Kauffmann |
| 17. M. Johann Bußmann
Wandschneider | 38. Jacob Fölscher
Kauffmann |
| 18. Gögecke Engelstede
Kauffmann | 39. Hans Röllinckhusen
Kauffmann |
| 19. Jochim Graminendorff
Wandschneider | 40. Hinrich Sepinck
Schonefahrer |
| 20. Johann v. Achtern
Kauffmann | 41. Hermann Kopperschläger
Kauffmann |
| 21. Hans van Elpen
Kauffmann | 42. Paul Heydensfelt
Weinschencker |

¹ Kirckring, Müller, Compendium, S. 161 ff.

- | | |
|--------------------------------------|---------------------------------------|
| 43. Hans Frillinck
Brauer | 54. Hinrich Crohn
ein Schiffer |
| 44. Hans Ratecke
Brauer | 55. Roloff Rolloffen
Fleischhauer |
| 45. Jürgen Sengestacke
Brauer | 56. Hans Mewes
ein Goldschmidt |
| 46. Jochim Sandau
Brauer | 57. Gerdt Plate
ein Bundtmacher |
| 47. Hinrich Stern
ein Becker | 58. M. Gerd N.
ein Barbierer |
| 48. Tyle Dürkop
ein Becker | 59. Lütke Beckman
ein Wollenweber |
| 49. Borchert Wreede
Groobschmidt | 60. Claus Schabau
ein Schwertfeger |
| 50. Marcus Vieregge
ein Schneider | 61. Hans Schünemann
ein Tischler |
| 51. Herman Schickepreen
Schuster | 62. Hinrich Küsel
ein Beutelmacher |
| 52. Hans Edeler
ein Schneider | 63. Claus Bardewick
Kupferschmidt |
| 53. Hinrich Möller
ein Schiffer | 64. M. Matz
ein Platenschläger |

Anlage II:

Der Lübecker 100er Ausschuß²

Folgende 100 Bürger wurden am 22. Oktober 1530 gewählt:

- | | |
|-----------------------------------|--------------------------------------|
| 1. Lütcke Nenstede
Rentener | 11. Jochim Bohne
Kauffmann |
| 2. Jochim Schinckel
Rentener | 12. Cordt Köne
Kauffmann |
| 3. Hans Hennings
Kauffmann | 13. Hans Herbade
Kauffmann |
| 4. Hinrich Kordes
Kauffmann | 14. Hinrich Badendick
Kauffmann |
| 5. Andreas Schwarte
Saltzherr | 15. Claus Meins
Kauffman |
| 6. Jacob Karstens
Kauffmann | 16. Hans Krahmer
Kauffmann |
| 7. Hans Busch
Bargefahrer | 17. Dietrich Neyhusen
Bargefahrer |
| 8. Herman Wilcken
Kauffmann | 18. Claus Görries
Kauffmann |
| 9. Jochim Gottschalk
Kauffmann | 19. Hinrich Brüning
Bargefahrer |
| 10. Claus Witte
Kauffmann | 20. Jacob Mundt
Saltzherr |

² Ebenda, S. 163 ff.

21. Herman Stüve
Kauffmann
22. Hans Beestman
Bergefahrer
23. Hans Rolle
Kauffmann
24. Hinrich v. d. Helle
Krahmer
25. Lütcke Middendorff
Kauffmann
26. Peter Schneider
Kauffmann
27. Hinrich Berendes
Kauffmann
28. Gert Schulte
Krahmer
29. Peter Kröger
Kauffmann
30. Albert Lefferlin
Kauffmann
31. Jacob Krabbe
Kauffmann
32. Herman Schierholtz
Krahmer
33. Merten Trappe
Kauffmann
34. Gert Folmers
Kauffmann
35. Johann Bone
Kauffmann
36. Hermann Lypsman
Kauffmann
37. Helmcke Pylkrul
Kauffmann
38. Henrich Künding
Kauffmann
39. Marcus Lüdemer
Krahmer
40. Jacob Koel
Kauffmann
41. Simon Gisebrecht
Kauffmann
42. Marcus Winterberg
Kauffmann
43. Peter Brüning
Kauffmann
44. Benedictus Dreger
Kauffmann
45. Dietrich Ludewig
Kauffmann
46. Daniel Nybuhr
Kauffmann
47. Andreas Krohn
Kauffmann
48. Jacob Gobel
Kauffmann
49. Michel Schulte
Kauffmann
50. Albrecht v. Lübeck
Kauffmann
51. Gorries Picht
Kauffmann
52. Berend Herbades
Kauffmann
53. Hans Macke
Kauffmann
54. Cord Tyle
Kauffman
55. Steffen Steeman
Brauer
56. Gerdt Busch
Brauer
57. Henrich Detleffs
Brauer
58. Gert Heybey
Brauer
59. Hinrich Bendschauw
Brauer
60. Carstens Jürgens
Wirth
61. Jost Roloffsen
Fleischhauer
62. Hennick Heyde
Becks-Bier-Krüger
63. Paul Sump
Bundtmacher, Kürßner
64. Jochim Möller
Wullenweber
65. Claus Lindestede
Wullenweber
66. Jochim Grote
Schneider
67. Michem Lefferling
Schneider
68. Jacob Kriwitz
Schneider
69. Hans Siverdes
Becker
70. Hinrich Beegman
Becker
71. Hinrich Voß
Becker
72. Herman Greve
Grobschmiedt

73. Peter Mohlenbecke
Schuster
74. Andreas Hübener
Schuster
75. Dietrich Gravenstede
Schuster
76. Teves Tabbert
Schuster
77. Claus Oldendorp
Schuster
78. Hans Frohlich
Goldschmiedt
79. Jacob Werman
Goldschmiedt
80. Jacob Goldtschläger

81. Hanß Holste
Balbier
82. Hans Stücke
Schiffer
83. Ewolt Nyhoff
Schiffer
84. Jochim Wolter
Kleinschmid
85. N. Brachse
Plattenschläger
86. Hans Brauns
Bärsteindreyer

87. Schwarte Warner
Pferdekauffer
88. Hinrich Sperling
Messerschmid
89. N. Crohn, der Jünger
Rohtgiesser
90. Herman Spleet
Grapengiesser
91. Tidcke N.
ein Böddecke
92. Marcus Weydeman
ein Böddecke
93. Thomas N.
ein Sattelmacher
94. Marcus Rutenberg
Riemer
95. Hans Köster
Beutelmacher
96. Marcus v. Herwede
Riemer
97. Hans Fredebold
Pantoffelmacher
98. Hinrich Mumme
Drechsler
99. Jochim Bentschneider

100. Teves Bentschneider

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

1. Quellen

- Altmeyer, Jean Jaques: Histoire des relations commerciales et diplomatiques des Pays-bas avec le Nord de l'Europe, pendant le XVI siecle, Brüssel 1840.
- Baasch, Ernst: Die Lübecker Schonenfahrer. (= Hans. Geschichtsquellen, NF, Bd. IV, Lübeck 1922.
- Berckmann, Johann: Stralsundische Chronik und die noch vorhandenen Auszüge aus alten verloren gegangenen Stralsundischen Chroniken nebst einem Anhang, urkundliche Beiträge zur Kirchen- und Schulgeschichte Stralsunds enthaltend. In: Stralsundische Chroniken, hrsg. von G. C. F. Mohr- nique und E. H. Zober, I. Teil, Stralsund 1833.
- Bonnus, Hermann: Chronika der vörnemlikesten geschichte unde handel der Keyserlichen Stadt Lübeck up dat körteste vörvatet und mit vlite vertekent, gedruket tho Magdeborch 1559.
- Bruns, Friedrich: Die Lübecker Bergenfahrer und ihre Chronistik. (= Hans. Geschichtsquellen, NF, Bd. II, Berlin 1900.
- Ebel, Wilhelm: Lübecker Ratsurteile, Bd. 3, 1526-1550, Berlin-Frankfurt 1958.
- Ekendahl, Daniel Georg: Christierns II. Arkiv, 4 Bde, Stockholm 1835-1842.
- Grauthoff, Ferdinand Heinrich: Die Lübeckischen Chroniken in niederdeutscher Sprache, Hamburg 1821.
- Hanserezesse von 1477-1530, III. Abt.: 1.-7. Bd., bearb. von Dietrich Schäfer, Leipzig 1881-1905; 8.-9. Bd., bearb. von Dietrich Schäfer und Friedrich Techen, Leipzig 1910/München und Leipzig 1913.
- Hanserezesse von 1531-1560, IV. Abt. 1. Bd., bearb. von Gottfried Wentz, Weimar 1941.
- Hanserezesse von 1531-1560, IV. Abt. 2. Bd., bearb. von Klaus Friedland und Gottfried Wentz, Köln-Wien 1970.
- Huitfeldt, Arrild: En kaart Historiske Beskriffuelse/Paa hues merckeligt/som sig Aarlige under Kong Christian den Tredie/Danmarckis/Norgis/Vendis oc Gottis Konning/etc haffuer tildragit, Kiøben- haffn 1595.
- : Konning Friderich den Førstis/Danmarckis/Norgis/Wendis oc Gotthis Konning/etc Historie/som Regerede fast IX Aar, Kiøbenhaffn 1597.
- Kantzow, Thomas: Chronic von Pommern in ndt. Mundart. Hrsg. von G. Gaebel. (= Veröffent- lichungen der Historischen Kommission für Pommern, Bd. I, 4) Stettin 1929.
- : Chronik von Pommern in hdt. Mundart. Hrsg. von G. Gaebel, Bd. 1 und 2, Stettin 1897 f.
- Kirchring, Gottschalk, Müller, Gottschalk: Compendium Chronicae Lubecensis oder Auszug und Historischer Kern Lübischer Chronicken aus verschiedenen Authoribus als: Alberto Crantzio, Her- manno Bonno, Chythreo, Reimaro Kock, Reckmann, Helmoldo, Rehbeen, Angelo, Petersen/und anderen dergleichen Scribenten auffß fleißigste extrahiert/und biß auff jetzige Zeiten continuiret, Hamburg 1678.
- Lanz, Karl: Staatspapiere zur Geschichte des Kaisers Karl V. Aus dem königlichen Archiv und der Bibliothek de Bourgogne zu Brüssel. In: Bibliothek des Literarischen Vereins in Stuttgart, Bd. XI, Stuttgart 1845.
- : Correspondenz des Kaisers Karl V. Aus dem königlichen Archiv und der Bibliothek de Bour- gogne zu Brüssel, Bd. 2, 1532-1549, Leipzig 1845.

- Lappenberg, Johann Martin: Actenstücke über die Verhandlungen König Heinrich VIII. mit Lübeck und Hamburg. Zeitschr. d. Vereins f. Hamb. Geschichte, Hamburg 1849.
- Oldendorp, Johann: Wahrhaftige Entschuldunge wedder de mordgirigen oproschen Schandt-Dichter und falschen Klegere. In: Ungnaden, Amoenites . . ., Stück 14, 6, 1753, S. 1089-1096.
- Paludan-Müller, C.: Aktstykker til Nordens Historie i Grevefeidens Tid, 2 Bde, Odense 1852-1853.
- Petersen, F.: Ausführliche Geschichte der Lübeckischen Kirchenreformation in den Jahren 1529-1531 aus dem Tagebuch eines Augenzeugen und Beförderers der Reformation, Lübeck 1830.
- Regkmann, Hans: Lubeckische Chronick/Das ist/Alle vornembste Geschicht und Hendel/so sich in der Kayserlichen Reichs-Stadt Lubeck/von zeit ihrer ersten erbawung zugetragen: Wer jederzeit Burgermeister/und Bischoffe gewesen etc. Auf das kurzest/aus gewissen Authoren und Alten Chronicken/in drey Büchern zusammen getragen Durch Hans Regkmann. Ehrngedachter Stadt und E. E. Rath daselbst..an tag gegeben/e Mss. Johann Friedrichs Fausten von Aschaffenburg, 1619.
- Rørdam, Holger: Monumenta Historiae Danicae. Historiske kildekrifter og bearbejdelser af dansk historie, 1. Bd., Kjøbenhavn 1873.
- Sastrow, Bartholomäus: Herkommen, Geburt und Lauff seines gantzen Lebens. Hrsg. von G. C. F. Mohnike, 1. Teil, Greifswald 1823.
- Schäfer, Dietrich: Das Buch des Lübeckischen Vogts auf Schonen. (= Hans. Geschichtsquellen, hrsg. vom Verein für Hansische Geschichte, zweite verbesserte Auflage) Lübeck 1927.
- Urkundenbuch der Stadt Lübeck. Hrsg. vom Verein für Lübeckische Geschichte, Lübeck 1843 ff.
- Van der Goes: Holland onder de regering van Keizer Karel den viifden, Deel 1, 8, Amsterdam 1971.
- Waltz, Georg: Quellenanhang zu: Lübeck unter Jürgen Wullenwever und die europäische Politik, 3 Bde, Berlin 1855/56.
- Willebrandt, Johann Peter: Hansische Chronik aus beglaubten Nachrichten zusammengetragen, Lübeck 1748.

2. Literatur

- Allen, Carl Friedrich: Breve og Aktstykker til Oplysning af Chritiern II. og Frederik I. Historie, Bd. 1, Kjøbenhavn 1854.
- : De tre nordiske Rigers Historie under Hans, Christiern den Anden, Frederik den Første, Gustav Vasa, Grevefeiden, 1497-1536, 5 Bde, Kjobenhavn 1864-1872.
- : Geschichte des Königreiches Dänemark, 2. Auflage, Kiel 1846.
- Alten, F. v.: Graf Christoff von Oldenburg und die Grafenfehde 1534-1536. Ein Beitrag zur Geschichte des Dänischen Interregnums, Hamburg 1853.
- Altmeyer, Jean Jaques: Die politische Rolle der Niederlande in den nordischen Revolutionen. In: Der Kampf demokratischer und aristokratischer Principien zu Anfang des 16. Jhs., Lübeck 1843, S. 85-115.
- Arup, Erich: Danmarks Historie 1282-1624, København 1932.
- Barthold, Friedrich Wilhelm: Jürgen Wullenweber von Lübeck oder die Bürgermeisterfehde. In: Raumers Historisches Taschenbuch, Leipzig 1835.
- : Die Geschichte der deutschen Hanse, Bd. 1, Magdeburg-Leipzig 1909.
- Becker, Johann Rudolf: Umständliche Geschichte der Keiserlichen und Heil. Römischen Reiches freyen Stadt Lübeck, 3 Bde, Lübeck 1782, 1784, 1805.
- Beretning om det Nordiske Historikermøde i Århus 7.-9. August 1957, Aarhus 1958.
- Bohmbach, Jürgen: Sozialschichten und Steuervermögen in Stade 1677. Stad.Jb. 1974, S. 22-82.
- Brandt, Ahasver von: Die gesellschaftliche Struktur des mittelalterlichen Lübeck. Untersuchungen zur gesellschaftlichen Struktur der mittelalterlichen Städte in Europa. Reichenau-Vorträge 1963-1964, hrsg. vom Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte, Bd. XI, Konstanz-Stuttgart 1966, S. 215-239.
- : Die Hanse und die nordischen Mächte im Mittelalter. (Arbeitsgemeinschaften für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen), H. 102, Köln-Opladen 1962.
- : Die Hansestädte und die Freiheit der Meere. In: Städtewesen und Bürgertum als geschichtliche Kräfte. Gedächtnisschrift für Fritz Rörig. Hrsg. von A. v. Brandt und W. Koppe, Lübeck 1953.

- : Die Lübecker Knochenhaueraufstände von 1380/84 und ihre Voraussetzungen. Studien zur Sozialgeschichte Lübecks in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts. Ztschr. f. Lüb. Gesch. 39/1959, S. 123–202.
- : Geist und Politik in der Lübeckischen Geschichte. Acht Kapitel von der Grundlage historischer Größe, Lübeck 1954.
- : Grenzen und Möglichkeiten einer hansischen Gesamtgeschichte. HG Bll 72/1954, S. 91–100.
- Brendler, Gerhard: Das Täuferreich zu Münster 1534/35, Berlin 1966.
- Czok, Karl: Die Stadt. Ihre Stellung in der deutschen Geschichte, Leipzig/Berlin/Jena 1969.
- : Revolutionäre Volksbewegungen in mittelalterlichen Städten zur Zeit von Reformation und Bauernkrieg. In: 450 Jahre Reformation, hrsg. von Leo Stern und Max Steinmetz, Berlin 1967, S. 128–145.
- : Städtische Volksbewegungen im deutschen Spätmittelalter. Ein Beitrag zu Bürgerkämpfen und innerstädtischen Bewegungen während der frühbürgerlichen Revolution, Phil. Habil., 2 Teile, Leipzig 1963.
- Daenell, Ernst: Die Blütezeit der deutschen Hanse, 2 Bde, Berlin 1905/06.
- Deutsche Literaturgeschichte in einem Band, hrsg. von Hans Jürgen Geerdts, Berlin 1965.
- Dollinger, Philippe: La Hanse (XII^e–XVII^e) siècles, Paris 1964.
- : Die Hanse, Stuttgart 1966.
- Ellermeyer, Jürgen: Stade 1300–1399; Liegenschaften und Renten in Stadt und Land. Untersuchungen zur Wirtschafts- und Sozialstruktur einer hansischen Landstadt im Spätmittelalter. Einzelschriften des Stader Gesch.- und Heimatvereins, 25, Stade 1975.
- : Zur Ermittlung städtischer Sozialstrukturen im Spätmittelalter; Ergebnisse, Fragen und Vorschläge am Beispiel Stades. Stad.Jb. 1974, S. 83–103.
- Engels, Friedrich: Der deutsche Bauernkrieg, Berlin 1972.
- : Über den Verfall des Feudalismus und das Aufkommen der Bourgeoisie. In: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1962.
- Ennen, Edith: Die europäische Stadt des Mittelalters, Göttingen 1972.
- Epstein, A. D.: Reformation und Bauernkrieg in Deutschland als erste bürgerliche Revolution. In: Sowjetwiss., Ges. Beitr., H. 3, 1958, S. 363–392.
- Erbstößer, Manfred: Der Knochenhaueraufstand in Lübeck 1384. In: Vom Mittelalter zur Neuzeit. Zum 65. Geburtstag von Heinrich Sproemberg, Berlin 1956, S. 126–132.
- Faulstich, Ernst: Zur Geschichte Stralsunds in der Zeit der Grafenfehde. Jahresbericht des Gymnasiums zu Stralsund 1902, S. 3–48.
- Fehling, Emil Ferdinand: Lübeckische Ratslinie von den Anfängen der Stadt bis auf die Gegenwart. (= Veröff. zur Gesch. der Freien und Hansestadt Lübeck, hrsg. vom Staatsarchiv Lübeck, Bd. 7, Heft 1), Lübeck 1925.
- Fink, Georg: Die Frage des Lübeckischen Patriziats im Lichte der Forschung. Ztschr. f. Lüb. Gesch., 29/1938, S. 257–279.
- : Die geschichtliche Gestalt Jürgen Wullenwevers. In: Der Wagen. Ein Lübisches Jahrbuch, Lübeck 1938.
- Franz, Günter: Bücherkunde zur Weltgeschichte, München 1956.
- Frensdorff, Ferdinand: Die Hanse zu Ausgang des Mittelalters. HG Bll 1893, S. 73–101.
- Friedland, Klaus: Das wirtschaftspolitische Erbe Jürgen Wullenwevers. HG Bll 89/1971, S. 26–40.
- : Die Hanse. In: Der Göttinger Arbeitskreis, H. 40, Kitzingen/Main 1954.
- : Die Hanserezepte der Frühen Neuzeit. In: Hansische Studien, Berlin 1961, S. 72–81.
- : Kaufmannstum und Ratspolitik im späthansischen Lübeck. In: Ztschr. f. Lüb. Gesch., 43/1963, S. 5–17.
- : Probleme der Hanseforschung. im letzten Jahrzehnt. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Stuttgart 1963, S. 484–491.
- Fritze, Konrad: Am Wendepunkt der Hanse. Untersuchungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der wendischen Hansestädte in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts, Berlin 1967.
- : Die Bevölkerungsstruktur Rostocks, Stralsunds und Wismars am Anfang des 15. Jahrhunderts. Versuch einer sozialstatistischen Analyse. Greifwald Stralsunder Jb. 4/1964, S. 69–79.

- : Die Lage der hansestädtischen Plebejer. In: Rost. Beitr. 1/1966, S. 41–44.
- : Soziale und politische Auseinandersetzungen in wendischen Hansestädten am Ende des 14. Jahrhunderts. In: Städtische Volksbewegungen im 14. Jahrhundert, Berlin 1961, S. 147–156.
- : Tendenzen der Stagnation in der Entwicklung der Hanse nach 1370. In: WZ Greifswald Jg. XII/1963, Ges. Spr. Wiss. Reihe Nr. 5/6, S. 520–524.
- Fuchs, W. P.: Das Zeitalter der Reformation. In: Gebhardt, B., Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. II. Von der Reformation bis zum Ende des Absolutismus. 16. bis 18. Jahrhundert, hrsg. von H. Grundmann, achte, vollständig neu bearbeitete Auflage, Stuttgart 1955, S. 1–104.
- Gerhardt, Manfred, Hubatsch, Walter: Deutschland und Skandinavien im Wandel der Jahrhunderte, Bonn 1950, S. 54–113.
- Grauthoff, Ferdinand Heinrich: Vorlesungen über lübeckische Reformationsgeschichte. In: Historische Schriften aus dem Nachlasse, 2. Bd., Lübeck 1836.
- Gutzkow, Karl: Wullenweber. In: Dramatische Werke, Dreizehntes und Vierzehntes Bändchen, 3. Auflage, Jena 1872.
- Hamann, Manfred: Der Einfluß der verschiedenen Bevölkerungsklassen auf das mittelalterliche Stadtrecht. Gezeigt am Beispiel der wendischen Hansestädte im Gebiet der DDR. Diss. Berlin 1953. (Maschinenschrift)
- : Wismar-Rostock-Stralsund-Greifswald zur Hansezeit. Ein Vergleich. In: Vom Mittelalter zur Neuzeit. Zum 65. Geburtstag von Heinrich Sproemberg, Berlin 1956.
- Häpke, Rudolf: Die Regierung Karl V. und der europäische Norden. (= Veröff. zur Gesch. der Freien und Hansestadt Lübeck, hrsg. vom Staatsarchiv Lübeck, Bd. 3), Lübeck 1914.
- : Die Sundfrage und der holländisch-lübische Konflikt auf der Tagung zu Kopenhagen April 1532. Ztschr. f. Lüb. Gesch., 14/1912, S. 90–136.
- : Der Untergang der hansischen Vormachtstellung in der Ostsee (1531–1544). HG Bl 18/1912, S. 85–120.
- Hartwig, Julius: Der Lübecker Schoß bis zur Reformationszeit. Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, hrsg. von G. Schmoller, Bd. 21, H. 6, Lübeck 1903.
- Hassinger, Ernst: Das Werden des neuzeitlichen Europa 1300–1600, Braunschweig 1959.
- Heitz, Gerhard: Zu einigen wirtschaftsgeschichtlichen Fragen der frühbürgerlichen Revolution. In: Die frühbürgerliche Revolution in Deutschland, Bd. 2, Berlin 1961, S. 59–63.
- Hering, Ernst: Die deutsche Hanse, Leipzig 1940.
- Heyden, Hellmuth: Zu Jürgen Wullenwevers „Grafenfehde“ und ihre Wirkung auf Pommern. Greifswald Stralsunder Jb. 6/1966, S. 29–41.
- Hoffmann, Max: Geschichte der freien und Hansestadt Lübeck, Lübeck 1889/92.
- Hubatsch, Walter: Unruhe des Nordens, Göttingen 1956.
- Jannasch, Wilhelm: Reformationsgeschichte Lübecks vom Petersablaß bis zum Augsburger Reichstag 1515–1530. (= Veröff. z. Gesch. der Hansestadt Lübeck, hrsg. vom Archiv der Hansestadt, Bd. 16), Lübeck 1958.
- Jeannin, Pierre: Lübecker Handelsunternehmen um die Mitte des 16. Jahrhunderts. Ztschr. f. Lüb. Gesch., 43/1963, S. 19–67.
- Jecht, Horst: Studien zur gesellschaftlichen Struktur der mittelalterlichen Städte. Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 19/1926, S. 48–85.
- Johannesson, Göstar: Die Kirchenreformation in den nordischen Ländern. XIe Congres International des Sciences Historique. Rapports IV, Göteborg-Stockholm-Uppsala 1960.
- Johansen, Paul: Der nordische Historikerkongreß 1957 und die Hanse. HG Bl 76/1958, S. 143–153.
- Kellenbenz, Herrmann: Forschungsbericht über skandinavische Geschichte. In: Historische Zeitschrift, Bd. 190, H. 3, München 1960, S. 618–655.
- Klassenkampf-Tradition-Sozialismus. Von den Anfängen des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Grundriß. Hrsg. vom Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaft der DDR, Berlin 1974.
- Koenig, R.: Deutsche Litteraturgeschichte, 9. Auflage, Leipzig 1880.
- Koopmann, Karl: Des Syndicus Dr. Johann Oldendorp Bestallung. In: Rost. Beitr. 1, 1, 1890, S. 47–50.

- : Urkundliche Nachrichten über Dr. Johann Oldendorp. In: Rost. Beitr. 3, 1, 1900, S. 78.
- : Zur Geschichte Dr. Johann Oldendorps. In: Rost. Beitr. 3, 1, 1900, S. XXXI.
- Krause, Hans-Thomas: Dietrich Schäfer und die Umorientierung der deutschen bürgerlichen Hanseforschung zu Beginn des 20. Jhs. In: Neue Hansische Studien, Berlin 1970, S. 93-118.
- Landgraf, H.: Bevölkerung und Wirtschaft Kiels im 15. Jahrhundert. Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Neumünster 1959.
- Laube, Adolf; Steinmetz, Max; Vogler, Günter: Illustrierte Geschichte der deutschen frühbürgerlichen Revolution, Berlin 1974.
- Lüntzel, Herrmann: Geschichte des Schlosses Steinbrück im Fürstenthume Hildesheim und Jürgen Wullenweber, Hildesheim 1851.
- Mantels, Wilhelm: Hermann Bonnus, Lübecks erster Rector und Superintendent, als lübischer Chronist. Beiträge zur Lübisch-Hansischen Geschichte, Jena 1881.
- Marx, Karl: Das Kapital, Bd. 1 und 3. In: Marx/Engels, Werke, Bd. 23 und 25, Berlin 1962 und 1964.
- Marx, Karl; Engels, Friedrich: Ausgewählte Briefe, Berlin 1953.
- Mittenzwei, Ingrid: Bemerkungen zum Charakter von Reformation und Bauernkrieg in Deutschland. In: Die frühbürgerliche Revolution in Deutschland, Berlin 1961, S. 101-107.
- Mönckeberg, P.: Aepins Reise nach England. Ztschr. f. Hamb. Gesch., Bd. 3, Hamburg 1851, S. 179-187.
- Mottek, Hans: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 1, 5. Auflage, Berlin 1973.
- Mühlen, Heinz von zur: Versuch einer soziologischen Erfassung der Bevölkerung Revals im Spätmittelalter. HG Bll 75/1957, S. 48-69.
- Müller-Mertens, Eckhard: Fragen zur Städtehanse und Stand der Hanseforschung in der DDR angesichts des 600. Jahrestages des Stralsunder Friedens. In: Neue Hansische Studien, Berlin 1970, S. VII-XVII.
- : Zu den Aufgaben der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland und der Rolle des Königtums. In: Die frühbürgerliche Revolution in Deutschland, Bd. 2, Berlin 1961, S. 81-90.
- Neumann, Käthe: Das geistige und religiöse Leben Lübecks am Anfang des Mittelalters. Ztschr. f. Lüb. Gesch., Bd. 22, H. 1, 1923, S. 65-119.
- Nielsen, Axel: Dänische Wirtschaftsgeschichte, Jena 1933.
- Obermann, Karl: Die deutschen Historiker in der Revolution von 1848/49. In: Studien über die deutsche Geschichtswissenschaft vom Beginn des 19. Jhs. bis zur Reichseinigung von oben, hrsg. von Joachim Streisand, Berlin 1963, S. 219-240.
- Olechnowitz, Karl Friedrich: Handel und Seeschifffahrt der späten Hanse. (= Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte, hrsg. im Auftrag des hansischen Geschichtsvereins, Bd. VI), Weimar 1965.
- Pagel, Karl: Die Hanse, Oldenburg 1942.
- : Die Hanse, Braunschweig 1952.
- : Die Hanse, 3. neubearbeitete Auflage, Braunschweig 1963.
- Pannach, Heinz: Einige Bemerkungen zu den sozialökonomischen Problemen um Jürgen Wullenweber. In: Vom Mittelalter zur Neuzeit. Zum 65. Geburtstag von Heinrich Sproemberg, Berlin 1956, S. 113-125.
- Petersen, K.: Hvornar skete det? Danmarkshistorisk opslagsbog, København 1963.
- Planitz, Hans: Die deutsche Stadt im Mittelalter.. Von der Römerzeit bis zu den Zunftkämpfen, Graz-Köln 1954.
- Pölnitz, G. Freiherr v.: Fugger und Hanse. Ein hundertjähriges Ringen um Ostsee und Nordsee, Tübingen 1953.
- Ranke, Leopold v.: Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation, Bd. 3, Berlin 1840, S. 565-600.
- Reincke, Heinrich: Bevölkerungsprobleme der Hansestädte. HG Bll 70/1951, S. 1-33.
- Reisner, W.: Die Einwohnerzahl deutscher Städte in früheren Jahrhunderten unter besonderer Berücksichtigung Lübecks, Lübeck 1903.

- Richter, Werner: Lübeckische Vermögen im 16. und 17. Jahrhundert (1500–1630). Dissertation, Berlin 1913.
- Ritter, Gerhardt: Die Neugestaltung Europas im 16. Jahrhundert. Die kirchlichen und staatlichen Wandlungen im Zeitalter der Reformation und der Glaubenskämpfe, Berlin 1950.
- Rörig, Fritz: Hanse, Ostseeraum und Skandinavien. In: Völker und Meere, hrsg. von Egmont Zechlin, Leipzig 1944.
- : Stand und Aufgaben der hansischen Geschichtsforschung. HG Bll 69/1950, S. 1–13.
- : Vom Werden und Wesen der Hanse, Leipzig 1940.
- : Raum, Volk und politische Ordnung in der deutschen Hanse. Vorträge und Schriften der Preuß. Akademie der Wissenschaften, H. 19, Berlin 1944.
- : Wirtschaftskräfte im Mittelalter. Abhandlungen zur Stadt und Hansegeschichte, hrsg. von Paul Kaegbein, Weimar 1959.
- : Außenpolitische und innerpolitische Wandlungen in der Hanse nach dem Stralsunder Frieden. In: Hansische Beiträge zur deutschen Wirtschaftsgeschichte. Schriften der Baltischen Kommission zu Kiel, Bd. IX. Veröffentlichungen der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft Nr. 12, Breslau 1928.
- : Die Hanse und die nordischen Länder. In: Ebenda, S. 157–173.
- : Lübeck und der Ursprung der Ratsverfassung. In: Ebenda, S. 139–156.
- : Die geistigen Grundlagen der hansischen Vormachtstellung. Historische Zeitschrift, Bd. 139, 1929.
- Sartorius, Georg: Geschichte des Hanseatischen Bundes, 3. Teil, Göttingen 1808.
- Schäfer, Dietrich: Die Hanse, Bielefeld und Leipzig 1903.
- : Die Hansestädte und König Waldemar von Dänemark, Jena 1879.
- : Die Hanse und ihre Handelspolitik. In: Derselbe, Aufsätze, Vorträge und Reden, Bd. 1, Jena 1913.
- : Die Lübeckische Chronik des Hans Reckemann. HG Bll 1876, S. 59–93.
- : Wullenwever. In: Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 44, Leipzig 1898, S. 300.
- : Die Aufgaben der deutschen Seegeschichte. HG Bll 15/1909, S. 1–12.
- Schildhauer, Johannes: Soziale, politische und religiöse Auseinandersetzungen in den Hansestädten Stralsund, Rostock und Wismar im ersten Drittel des 16. Jahrhunderts. (= Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte, hrsg. im Auftrag des Hansischen Geschichtsvereins, Bd. II), Weimar 1959.
- : Die Sozialstruktur der Hansestadt Rostock von 1378–1569. In: Hansische Studien, Berlin 1961, S. 341–353.
- : Progressive und nationale Traditionen in der Geschichte der Hanse. WZ d. E.-M.-Arndt-Univ. Greifswald, Jg. XII/1963, Ges. Spr. Wiss. Reihe Nr. 5/6, S. 497–505.
- : Forschungen zur hansischen und hanseatischen Geschichte 1960–62. Ebenda, Ges. Spr. Wiss. Reihe Nr. 2/3, S. 129–146.
- : Das Anwachsen der plebejischen Schicht der Stadtbevölkerung im Ostseegebiet und deren Rolle in der frühbürgerlichen Revolution. In: Die frühbürgerliche Revolution in Deutschland, Bd. 2, Berlin 1961, S. 73–80.
- : Untersuchungen zur Sozialstruktur wendischer Hansestädte, WZ d. E.-M.-Arndt-Univ. Greifswald, Jg. VI/1956/57, Ges. Spr. Wiss. Reihe Nr. 1/2, S. 89–94.
- : Forschungen zur Geschichte des Ostseegebietes. Literaturbericht über die in der DDR erschienenen Publikationen. In: Rost. Beitr. Regionalgeschichtliches Jb. der mecklenburgischen Seestädte, Bd. 1, Rostock 1967.
- : Die skandinavischen Länder vom 12. bis 15. Jahrhundert. In: Weltgeschichte in zehn Bänden, Bd. 3, Berlin 1963, S. 794–800.
- : Die skandinavischen Länder im 16. und in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts. In: Ebenda, Bd. 4, Berlin 1964, S. 407–426.
- : Jürgen Wullenwever und die sozial-religiöse Bewegung in Norddeutschland. Erscheint in: WZ d. Karl-Marx-Universität Leipzig.
- Schildhauer, Johannes (und Autorenkollektiv): Grundzüge der Geschichte der deutschen Hanse. ZfG 11/4, 1963, S. 729–746.

- Schildhauer, Johannes; Fritze, Konrad: Stand und Aufgaben der Hansegeschichtsforschung in der DDR. WZ d. E.-M.-Arndt-Univ.-Greifswald, Jg. IX, 1959/60, Ges. Spr. Wiss. Reihe Nr. 2/3, S. 167-178.
- Schildhauer, Johannes; Fritze, Konrad; Stark, Walter: Die Hanse, 3. Auflage, Berlin 1977.
- Schildhauer, Johannes; Fritze, Konrad; Langer, Herbert; Spading, Klaus; Stark, Walter: Grundzüge der Geschichte der deutschen Hanse. WZ d. E.-M.-Arndt-Univ. Greifswald, Jg. XIV, 1965, Ges. Spr. Wiss. Reihe Nr. 2/3.
- Schilfert, Gerhard: Leopold von Ranke. In: Studien über die deutsche Geschichtswissenschaft des 19. Jahrhunderts bis zur Reichsgründung von oben, hrsg. von Joachim Streisand, Berlin 1963, S. 241-270.
- : Die Behandlung der Rolle der Volksmassen und ihrer Führer durch L. v. Ranke. In: Forschen und Wirken, Festschrift zur 150-Jahrfeier der Humboldt-Universität Berlin 1810-1960, Bd. 3, Berlin 1960.
- Schüller/Lübben: Mittelniederdeutsches Wörterbuch, 6 Bde, Bremen 1875-1881.
- Schmidt, Heinrich: Über zwei Gesamtdarstellungen der Hansegeschichte. HG Bll 83/1965, S. 109-118.
- Schwaiger, Georg: Die Reformation in den nordischen Ländern, München 1962.
- Schwebel, Karl-Heinz: Der Stralsunder Friede (1370) im Spiegel der historischen Literatur. Eine Übersicht. Schriften der Wittheit zu Bremen, Neue Folge, Bd. 2, Bremen 1970.
- : Zur Historiographie der Hanse im Zeitalter der Aufklärung und der Romantik. HG Bll 82/1964, S. 1-20.
- Smirin, M. M.: Wirtschaftlicher Aufschwung und revolutionäre Bewegung in Deutschland im Zeitalter der Reformation. In: Sowjetwiss. Ges. Beitr., 1958, S. 243-265.
- Spading, Klaus: Holland und die Hanse im 15. Jahrhundert. Zur Problematik des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus. (= Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte, hrsg. von der Hansischen Arbeitsgemeinschaft der Historiker-Gesellschaft der DDR, Bd. XII), Weimar 1973.
- : Zu den Ursachen für das Eindringen der Holländer in das hansische Zwischenmonopol im 15. Jahrhundert. In: Neue Hansische Studien, Berlin 1970, S. 227-242.
- Stark, Walter: Lübeck und Danzig in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts. Untersuchungen zum Verhältnis der wendischen und preußischen Hansestädte in der Zeit des Niedergangs der Hanse. (= Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte, hrsg. von der Hansischen Arbeitsgemeinschaft der Historiker-Gesellschaft der DDR, Bd. XI), Weimar 1973.
- : Der Lübecker Preußenhandel - seine Struktur und Stellung im System des Lübecker Ostseehandels am Ende des 15. Jahrhunderts. In: Neue Hansische Studien, Berlin 1970, S. 243-262.
- Steinmetz, Max: Die Entstehung der marxistischen Auffassung von Reformation und Bauernkrieg als frühbürgerliche Revolution. ZfG 1967, 7, S. 1171-1192.
- : Die frühbürgerliche Revolution in Deutschland (1476-1535). Thesen. In: Die frühbürgerliche Revolution in Deutschland, Bd. 2, Berlin 1961, S. 7-16.
- : Forschungen zur Geschichte der Reformation und des deutschen Bauernkrieges. In: Historische Forschungen in der DDR 1960-1970, Sonderband der ZfG, 1970, S. 338-350.
- : Probleme der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts. In: Die frühbürgerliche Revolution in Deutschland, Bd. 2, Berlin 1961, S. 17-52.
- : Das marxistisch-leninistische Geschichtsbild des deutschen Bauernkrieges und seine Stellung im welthistorischen Prozeß. In: Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft der DDR, 1974, 1, S. 5-23.
- Stephan, Walter: Jürgen Wullenwever. In: Hansische Volkshefte, H. 17, Bremen 1929.
- Stieda, Wilhelm: Aus der Zeit Jürgen Wullenwevers. In: Mitteilungen d. Vereins f. Lüb. Geschichte, H. 5, Lübeck 1893.
- Thieme, Hans: Der Prozeß Jürgen Wullenwevers. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Strafrechtspflege. In: Städtewesen und Bürgertum als geschichtliche Kräfte. Gedächtnisschrift für Fritz Rörig. Hrsg. von A. v. Brandt und W. Koppe, Lübeck 1953, S. 349-375.
- Tschaikowskaja, O. G.: Über den Charakter der Reformation und des Bauernkrieges in Deutschland. In: Sowjetwiss. Ges. Beitr., 1957, 6, S. 721-738.

- Uthmann, R. J.: Sozialstruktur und Vermögensbildung im Hildesheim des 15. und 16. Jahrhunderts, Bremen 1957.
- Vogel, Walter: Kurze Geschichte der deutschen Hanse. In: Pflingstblätter des Hansischen Geschichtsvereins, XI, Leipzig 1915.
- Vogler, Günter: Revolutionäre Bewegung und frühbürgerliche Revolution. Betrachtungen zum Verhältnis von sozialen und politischen Bewegungen und deutscher frühbürgerlicher Revolution. ZfG, 1974, 4, S. 394-411.
- Waitz, Georg: Lübeck unter Jürgen Wullenwever und die europäische Politik, 3 Bde, Berlin 1855/56.
- : Jürgen Wullenwever. Zweiter Artikel. Die Beziehungen zu England. Die politischen Beziehungen Heinrichs VIII. zu Marcus Meyer und Jürgen Wullenwever. Erläutert aus den Cottonschen Handschriften im britischen Museum durch C. F. Wurm, Hamburg 1582. In: Allgemeine Monatsschrift für Wissenschaft und Literatur, Halle und Braunschweig 1852, 2, S. 1119-1133.
- : Jürgen Wullenwever. Aktstykker til Nordens historie i Grevefeidens Tid. Af danske og fremmede Archiver. Samlede og udgivne af Fyens Stifts literære Selskab, H. 1, 2, Odense 1850, 1851. In: Ebenda, Halle 1851, S. 366-385.
- Wehrmann, C.: Das Lübeckische Patriziat. Ztschr. f. Lüb. Gesch., Bd. 5, H. 3, Lübeck 1888.
- Wentz, Georg: Der Prinzipat Jürgen Wullenwever und die wendischen Städte. HG BlI 56/1931, S. 83-112.
- Wichmann-Kadow, J.: Über des Syndicus Dr. Oldendorp Weggang von Rostock. In: Jahrbücher des Vereins für mecklenburgische Geschichte und Altertumskunde, hrsg. von Dr. G. C. Friedrich Lisch, Jg. 24, Schwerin 1859, S. 156-161.
- Wullenweber, Heinrich: Beiträge zur Herkunft und zur zeitgenössischen Beurteilung des Lübecker Bürgermeisters Jürgen Wullenwever. Ztschr. f. Hamb. Gesch., Bd. 48, 1962.
- Wurm, Christian-Friedrich: Die politischen Beziehungen Heinrichs VIII. zu Marcus Meyer und Jürgen Wullenwever. Erläutert aus den Cottonschen Handschriften des britischen Museums. In: Verzeichnis der Vorlesungen welche am Hamburgischen akademischen Gymnasium von Ostern 1852 bis Ostern 1853 gehalten werden, Hamburg 1852.
- : Eine deutsche Kolonie und deren Abfall. In: Schmidt's Allgemeine Zeitschrift für Geschichte, Bd. 5, Berlin 1846, S. 201-271; Bd. 6, Berlin 1846, S. 97-175.

